

Thomasz Konicz

KRISENIDEOLOGIE

WAHN UND WIRKLICHKEIT SPÄTKAPITALISTISCHER KRISENVERARBEITUNG

TELEPOLIS

Inhaltsverzeichnis

Titel

Vorwort

1. Einleitung

2.1 Die neoliberale Neue Rechte

Wie die neoliberale Hegemonie der vergangenen Dekaden die krisenbedingte Formierung der europäischen Neuen Rechten beförderte.

2.2 Deutsche Krisenideologie

Wie man hierzulande all das zu erklären glaubt, was es eigentlich nicht geben dürfte.

2.3 Die Welt als ewige Weltverschwörung

Ein kurzer Exkurs über die Genese und zunehmende Popularität von Verschwörungstheorien in Krisenzeiten.

2.4 In der Krise wächst der Hass

Antiziganismus in Südosteuropa.

2.5 Sarrazins Sieg

Wie Thilo Sarrazin den deutschen Rassismus und Chauvinismus modernisierte.

2.6 All you can eat

Ist das Wachstum der Weltbevölkerung schuld an der globalen Nahrungsmittelknappheit? Eine Kritik der Wiederbelebung der Thesen des britischen Pfarrers Thomas Robert Malthus.

2.7 Wir sind Zombies

Über die steile kulturindustrielle Karriere, die dem Phänomen der Untoten in den vergangenen Jahren bescheiden war.

2.8 Bloch vs. Dschungelcamp

Worin besteht die Erbschaft einer Zeit, in der sadistische Demütigungsshows ein

begeistertes Millionenpublikum finden?

2.9 Projektionsfläche Amerika

Was der deutschlandweit grassierende Antiamerikanismus über die Zustände in der machtpolitisch aufstrebenden Bundesrepublik verrät

2.10 "Unsere große Stärke liegt in unserer Machtlosigkeit"

Ein Gespräch mit dem US-Publizisten Chris Hegdes über die schleichende Erosion der amerikanischen Demokratie und die Zukunft der Occupy-Bewegung

2.11 Wir müssen draußen bleiben

Stigmatisierung, Marginalisierung und Exklusion als zentrale Reflexe bürgerlicher Krisenideologie und -praxis

2.12 Von Judenzählern, Horthy-Verehrern und völkischen Ornithologen

Ein Überblick über die antisemitischen und rechtsextremistischen Wahngebilde, die in Ungarn immer stärker um sich greifen

2.13 Ungarn: "Kultur des Faschismus"

Ein Gespräch mit der Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky über den völkischen Ungeist in Ungarn

2.14 Weniger Demokratie wagen

Wie die krisenbedingte Diktatur des Sachzwangs die Illusion von Freiheit und Selbstbestimmung im Kapitalismus zerstört

2.15 Separatismus und Krise

Ökonomisch abgeschlagene Regionen werden von den avancierten Regionen als "Schmarotzer" wahrgenommen

2.16 Die Antiquiertheit der Demokratie

Wozu noch Wahlen abhalten, wenn es keine Wahl mehr gibt?

2.17 Roma zwischen Segregation, Pogrom und Vertreibung

In vielen Ländern der europäischen "Wertegemeinschaft" gelten Roma inzwischen als Freiwild

3.1 Die Krise kurz erklärt

Was Sie schon über die Krise wissen wollen, aber nie zu fragen wagten. Die etwas anderen FAQ zur kapitalistischen Dauerkrise

3.2 Kurze Geschichte der Weltwirtschaftskrise

Das Ende des "Goldenen Zeitalters" des Kapitalismus und der Aufstieg des Neoliberalismus

3.3 Happy Birthday, Schweinesystem!

Deutschlands Eliten aus Wirtschaft und Staat haben allen Grund, das zehnjährige Jubiläum ihrer Agenda 2010 zu feiern. Für die Lohnabhängigen ist es hingegen der Jahrestag einer historischen Niederlage

3.4 Die erste Macht im Staate

Wie Massenmedien Regierungen einsetzen, Politik machen, die Bevölkerung unmündig halten und Kriege führen lassen

Textnachweis

Impressum

Vorwort

Europa befindet sich seit mehr als einem halben Jahrzehnt in einer schweren, systemischen Krise. Doch anstelle eines globalen Aufbruchs, einer Suche nach Alternativen, verhärteten sich nur die bestehenden Weltanschauungen und Ressentiments. Aufkommender Nationalismus und Chauvinismus, blanker Hass auf Minderheiten und stoisches Festhalten am Bestehenden prägen das gesellschaftliche Klima nicht nur im krisengeschüttelten Europa, in dem arme und reiche Länder auseinanderdriften und sich die Kluft zwischen Arm und Reich innerhalb der Staaten vertieft, während die Festung Europa ausgebaut wird.

Tomasz Konicz beleuchtet in diesem Buch die vielschichtigen Momente dieser um sich greifenden Krisenideologie, die eine fiebrige Sündenbocksuche mit der Naturalisierung der bestehenden Gesellschaftsordnung verknüpft. Die Bandbreite der einzelnen Beiträge reicht dabei von der Analyse des krisenbedingt zunehmenden "Extremismus der Mitte" über die Darstellung kulturindustrieller Phänomene, wie des Dschungelcamps und des Zombie-Booms, bis zur Auseinandersetzung mit dem Antiziganismus, dem Verschwörungsdenken oder den Separatismuswünschen reicher Regionen.

Der Überblick über die unterschiedlichen ideologischen und emotionalen Reaktionen auf das Krisengeschehen, auf die Angst vor dem Absturz, macht deutlich, dass diese es den Menschern ermöglichen, sich trotz Krise mit der bestehenden Gesellschaftsunordnung abzufinden.

Ergänzend finden sich in dem Buch zudem Ansätze einer Krisenanalyse, die sich nicht in der üblichen Sündenbocksuche verliert, sondern die Ursachen der gegenwärtigen Krise in den Widersprüchen der kapitalistischen Produktionsweise aufzuzeigen versucht.

Zum Autor:

Tomasz Konicz, geb. 1973 in Olsztyn/Polen, studierte Geschichte, Soziologie,

Philosophie in Hannover sowie Wirtschaftsgeschichte in Poznan. Arbeitet als freier Journalist mit Schwerpunkt Krisenanalyse. Er lebt in Hannover.

1. Einleitung

» *Tried to save myself but myself keeps slipping away.* «
Nine Inch Nails - Into The Void

Ideologie ist Rechtfertigung. Sie ist das verzerrte, von den Gesellschaftsmitgliedern alltäglich neu reproduzierte Abbild einer irrationalen gesellschaftlichen Realität, die letztendlich nicht gerechtfertigt werden kann. Ideologie vermag es, die Gesellschaftsmitglieder mit den größten Widersprüchen und Absurditäten zu versöhnen, die der Kapitalismus alltäglich produziert. Schreiende soziale Gegensätze, massenhafte Verarmungsschübe und die sich beschleunigende gesellschaftliche Zerrüttung können so mit einem systemimmanenten Sinn, mit einer Binnenlogik aufgeladen werden.

Im Rahmen der ideologieverzerrten, auf Markt, Konkurrenz und Leistung geeichten Optik mutieren diese Krisenverwerfungen zu Folgen persönlichen oder kollektiven Fehlverhaltens, das gegen die heiligen marktwirtschaftlichen Gebote verstieß. Ideologie stellt somit nicht einfach nur ein Fantasiegebilde oder eine Lügenansammlung dar; in den ideologischen Gebilden finden sich Elemente der gesellschaftlichen Realität wieder, doch sind diese deformiert und in einen apologetischen Gesamtkontext eingebaut, der die himmelschreienden Widersprüche der kapitalistischen Gesellschaftsformation zuverlässig externalisiert.

Ideologie wird – wie es sich für den Kapitalismus nun mal gehört – in einem eigens hierfür zuständigen Wirtschaftszweig, der Kulturindustrie, massenhaft produziert, deren wichtigste Exponenten auch eine ungehörte politische Machtfülle akkumuliert haben. Dennoch greift die übliche Frage nach dem Cui bono, nach dem "Wem nützt es" der Ideologieproduktion zu kurz. Ideologie ist ein "notwendig falsches Bewusstsein" (Marx), sie ist ein Gedankengefängnis, das einer Gesellschaftsformation eigen ist, in der die Menschen zu ohnmächtigen Objekten einer krisengeschüttelten und marktvermittelten Kapitaldynamik degradiert wurden.

Obwohl alle Gesellschaftsmitglieder das Kapital mit ihrer eigenen Hände Arbeit alltäglich reproduzieren, sind sie zugleich – aufgrund der marktvermittelten Reproduktionsform des Kapitalverhältnisses – der Dynamik des Kapitals als einer Art gesellschaftlicher Naturgewalt schutzlos ausgesetzt. Die "Märkte" herrschen vermittels ihrer unerbittlichen "Sachzwänge" über die Menschen, obwohl die Märkte nichts anderes als Menschenwerk sind - die Summe der Aktionen der Marktsubjekte. Ideologie bemüht sich im Kapitalismus letztendlich darum, die Menschen mit diesem bizarren Zustand ihrer Gesellschaft zu versöhnen.

Ideologie im Kapitalismus ist somit kein Ausdruck personeller und direkter Herrschaftsverhältnisse, sondern einer vermittelten, systemischen Herrschaft, der Herrschaft eines Gesellschaftsverhältnisses, des Kapitalverhältnisses, das den einzelnen - selbst den mächtigsten - Gesellschaftsmitgliedern als eine feindliche, zerstörerische Macht entgegentreten kann. Diese Erfahrung der zunehmenden Heteronomie, der alltäglichen Fremdbestimmtheit, wird durch die spätkapitalistische Ideologie verarbeitet und inzwischen in einen mehr oder minder geschlossenen Kanon von pseudoreligiös anmutenden Geboten und Sollenssätzen gegossen: Leistung, Flexibilität, Härte gegen sich und andere, lebenslanges Lernen, Kreativität bei gleichzeitiger Konformität, Aufopferungswille, etc. pp.

Dabei muss man sich Ideologie erst einmal leisten können, sie wird vornehmlich für diejenigen Gesellschaftsschichten produziert, die noch nicht abgestürzt sind. Adorno bemerkte schon in der Nachkriegszeit angesichts der Ideologieproduktion in den Wirtschaftswunderdemokratien: "Zur Ideologie im eigentlichen Sinne bedarf es sich selbst undurchsichtiger, vermittelter und insofern auch gemilderter Machtverhältnisse." Dort, wo unmittelbare Machtverhältnisse herrschten, gebe es keine Ideologie, so Adorno.

In Krisenzeiten gerät somit die Ideologieproduktion vermehrt unter Druck. Während die materiellen Gratifikationen wegfallen, gehen die vermittelten "gemilderten Machtverhältnisse" in direkten und offensichtlichen Zwang über, wie ihn etwa die Gesellschaften Südeuropas während der jüngsten Eurokrise erfahren haben. Auf diese Verhärtungen der Machtverhältnisse reagiert die Ideologie mit einer ideellen Verhärtung, mit einer extremistischen Zuspitzung ihrer zentralen

Postulate. Es greift eine offene Bejahung des gegebenen Systems und seiner eskalierenden Widersprüche um sich, die keinerlei ideologischen "Weichzeichner" bedarf und sich auf folgende Formel bringen ließe: "Es ist, wie es ist."

Die Variationen dieses Kultes des Gegebenen, der die gegenwärtigen Krisenverwerfungen zu einer anthropologischen Konstante des Menschen schlechthin erklärt, sind weit verbreitet: Das Leben ist hart, die Welt ungerecht, Kriege wird es immer geben. Es findet eine Bejahung der Barbarei, der Härte und der täglichen Massenmorde statt, die dieses in Agonie befindliche System in anschwellendem Ausmaß produziert. Die ideologische Schminke blättert ab: Ja, das System sei hart und ungerecht - und wir müssen damit umgehen lernen, uns anpassen, härter, brutaler werden.

Die Grundvoraussetzung dieser ideologischen Verfallsform - bei der etwa Massaker westlicher Interventionstruppen in den Zusammenbruchgebieten der Dritten Welt damit legitimiert werden, dass Kriege nun mal mit Massakern einhergingen - bildet die Unmöglichkeit, öffentlich über gesellschaftliche Alternativen zum Kapitalismus zu debattieren. Mit dieser Barbarisierung betreibt Ideologie somit ihre Selbstauflösung. Es ist keine Rechtfertigung einer barbarischen Krisenrealität mehr notwendig, wenn die Akzeptanz und Bejahung dieser Barbarei insbesondere in den Mittelschichten immer weiter um sich greift.

Die reale gesellschaftliche Bewegung, die diesen ideologischen Verfallsprozessen zugrunde liegt, besteht aus einer krisenbedingten Konkurrenzverschärfung. Auch wenn oftmals immer noch die Existenz einer Systemkrise rundweg negiert wird, haben vor allem große Teile der Mittelklasse längst auf die Erosionsprozesse in ihrer Schicht reagiert: Die Mittelklasse reagiert mit einer Art Zeitlupen-Panik, mit einem "Rette sich, wer kann", bei dem die Verschärfung des Konkurrenzverhaltens den eigenen sozialen Status sichern soll – auf Kosten der Anderen, die aus der kriselnden kapitalistischen Arbeitsgesellschaft ausgeschlossen werden. Die Verfallsformen der kapitalistischen Krisenideologie sind gerade darum bemüht, diese Krisenkonkurrenz zu legitimieren.

Diese brutale Krisenkonkurrenz, der Versuch, sich angesichts der eskalierenden

Verwerfungen selbst zu retten, ist angesichts der systemischen Ursachen der gegenwärtigen Krise letztendlich zum Scheitern verurteilt. Die Grundlage des Kapitals, die Verwertung von Lohnarbeit, stösst in der gegenwärtigen Krise aufgrund großer Produktivitätssprünge an ihre innere Schranke. Somit verliert nicht nur die kapitalistische Ideologie, sondern auch die spezifische kapitalistische Identität, die des bürgerlichen Konkurrenzsubjekts, ihre gesellschaftliche Grundlage. Alle versuchen, sich selbst zu retten, während das Selbst in Auflösung begriffen ist. Eigentlich stellt diese Krisenkonkurrenz nur die Zuspitzung der dem Kapitalismus innewohnenden Konkurrenzverhältnisse dar. Während jeder Bürger in seiner Eigenschaft als Marktsubjekt sich selbst zu retten versucht, befindet sich die Identität des Bürgers aufgrund zerfallender Märkte in einem Stadium des Zerfalls.

Was bleibt, ist die Leere der vom kollabierenden Kapitalverhältnis ausgebrannten Subjekthülsen, die mit dem Krieg aller gegen alle weitermachen werden, auch wenn der kapitalistische Bezugsrahmen, in dem dieser ausgefochten und intensiviert wurde, zerfallen sollte. Dies ist keine Prognose, sondern in Ländern wie Libyen, Syrien, Mexiko, Kongo oder Irak längst barbarische Realität. Gerade dieser Reflex der meisten Menschen, angesichts der Krise nur sich selbst retten zu wollen, forciert somit die weitere Barbarisierung, in der letztendlich niemand Rettung finden wird.

Die vorliegende Textsammlung ist in zwei Abschnitte gegliedert. Im ersten Abschnitt werden Elemente der gegenwärtigen Krisenideologie dargelegt, im anschließenden Abschnitt finden sich - als eine Art ideologiekritisches Gegengift - Texte, die Ansätze zu einer systemischen und historischen Krisenanalyse liefern sollen.

2.1 Die neoliberale Neue Rechte

Wie die neoliberale Hegemonie der vergangenen Dekaden die krisenbedingte Formierung der europäischen Neuen Rechten beförderte.

Sind Europas rechte Rattenfänger die wahren politischen Krisenprofiteure? Die Eurokrise scheint tatsächlich vor allem eine politische Entwicklung beschleunigt zu haben: den Aufstieg einer populistischen oder extremistischen Rechten, der sich in Wahlerfolgen wie erschreckend hohen Zustimmungswerten äußert. In Österreich etwa konnten rechtspopulistische Partien bei den Wahlen Ende September 2013 mehr als 30 Prozent der Stimmen auf sich vereinigen, während in Frankreich der rechtsextreme Front National bei aktuellen Wahlumfragen als stärkste politische Kraft gehandelt wird. Die militanten Neonazis der griechischen "Goldenen Morgenröte" konnten auf rund 13 Prozent Wählerzuspruch zählen, bevor der Mord an einem antifaschistischen Musiker ihre Umfragewerte einbrechen ließ - und die griechischen Behörden angesichts erster Putschdrohungen endlich zu Gegenmaßnahmen veranlasste.

Wahlsiege von Rechtsparteien oder eine im Aufstieg befindliche Rechtsbewegung charakterisieren die politische Landschaft in so unterschiedlichen Ländern wie Norwegen, Großbritannien, Finnland, den Niederlanden oder Belgien. Dabei konnte die Rechte in etlichen Ländern bereits die politische Hegemonie erringen. In der wohlhabenden Schweiz hat sich mit der "Schweizerischen Volkspartei" des Rechtspopulisten Christoph Blocher eine extrem ausländerfeindliche Partei als stärkste politische Kraft etabliert, deren populistische Kampagnen maßgeblich zur Verschärfung der Asyl- und "Ausländerpolitik" beigetragen, und ein Klima der Intoleranz gegenüber kulturellen, nationalen oder ethnischen Minderheiten erzeugt haben.

Das politische System Ungarns, das von der rechtspopulistischen Fidesz aufgrund ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament geformt wurde, befindet sich längst in

einem Zustand der Postdemokratie. Die demokratischen Institutionen dienen nur noch als Kulisse für die autokratischen Machenschaften von Ministerpräsident Viktor Orban, der jüngst etwa Obdachlose mit Zwangsarbeit und Gefängnisstrafen bedrohen lässt, falls sie in den ungarischen Innenstädten im Freien übernachten.

Selbstverständlich reiht sich auch das Wahlergebnis in der Bundesrepublik in diesen europäischen Rechtstrend ein. Werden die Stimmen der knapp an der Fünf-Prozent-Hürde gescheiterten FDP und der "Alternative für Deutschland" (AfD) mit denen der CDU addiert, dann haben rund 51 Prozent aller an der vergangenen Bundestagswahl teilnehmenden Bundesbürger ihre Stimme einer Partei der politischen Rechten gegeben. Zudem wächst gerade mit der AfD auch in der BRD eine klassisch rechtspopulistische Kraft heran, die ihre programmatische Euroskepsis mit deutschtümelndem Chauvinismus und offenem Hass auf marginalisierte Bevölkerungsgruppen paart. Während Parteichef Bernd Lucke im Wahlkampf unter tosendem Applaus vor dem "sozialen Bodensatz" warnte, den "Ausländer" in der Bundesrepublik bilden würden, forderte der außenpolitische Sprecher der AfD gar eine Rückkehr zur bismarckschen Außenpolitik und eine "selbstbewusste Vertretung nationaler Interessen" durch Berlin – ganz so, als ob es nicht die Bundesregierung gewesen wäre, die Europa das eiserne Spardiktat oktroyierte, unter dem viele Krisenländer zerbrechen. Dass auch Arbeitslose für die Rechtspopulisten nur Menschen zweiter Klasse darstellen, machte etwa der AfD-Mann Konrad Adam deutlich, der allen Ernstes die Abschaffung des Wahlrechts für alle Bundesbürger forderte, die nicht ihren Lebensunterhalt selber verdienen können.

Dabei stammt das Personal der AfD - deren Spitzenkräfte den Vorwurf des Populismus empört zurückweisen - keinesfalls von den "Rändern" der Gesellschaft. Es sind honorige, gutbürgerliche Gestalten wie eben der Wirtschaftsprofessor Lucke, oder Figuren aus der Oberschicht wie die Lobbyistin Beatrix von Storch, die das mediale Erscheinungsbild der "Professorenpartei" AfD prägen. Ähnlich verhält es sich bei den meisten rechtspopulistischen Parteien Europas, deren Führungsfiguren und Parteianhang überwiegend in der Mittel- und Oberschicht der betroffenen Länder zu finden sind. Evident wird das etwa bei dem "Team

Stronach", das der austrokanadische Milliardär Stronach bei den letzten Wahlen erfolgreich antreten ließ (aus dem Stand 5,8 Prozent), oder bei der Schweizerischen Volkspartei, die ja von dem millionenschweren Unternehmer Christoph Blocher geführt wird.

Doch auch in der offen neonazistischen "Goldenen Morgenröte" sammelten nicht etwa Outlaws und Desperados, sondern die vermeintlichen Stützen der Gesellschaft: Mehrere ranghohe griechische Polizeibeamte wurden ihres Amtes enthoben, nachdem die weitverzweigten Verbindungen zwischen den Sicherheitskräften und den griechischen Faschisten bei jüngsten Ermittlungen offenbar wurden. Mitunter sollen Mitglieder griechischer Eliteeinheiten in der Goldenen Morgenröte organisiert gewesen sein – und die Aufstellung paramilitärischer Einheiten geleitet haben. Auf Sympathien treffen die als "Saubermänner" auftretenden Stiefelfaschisten bei Ladenbesitzern, Kleinunternehmern oder Angestellten, die durch die Krise verunsichert sind und von Abstiegsängsten geplagt werden. Auch die ungarischen Neonazis, die sich in der offen antisemitischen und antiziganischen Partei Jobbik zusammenrotten, können übrigens auf honorige Gönner und Unterstützer in den Sicherheitskräften oder aus der Unternehmerschaft zählen.

Diese Tendenz zur Ausbildung eines buchstäblichen "Extremismus der Mitte" spiegelt sich auch in der Ideologie, die von diesen rechtsextremen oder rechtspopulistischen Bewegungen transportiert wird. Die Neue Rechte greift dabei auf Anschauungen, Wertvorstellungen und ideologische Versatzstücke zurück, die im Mainstream der betroffenen Gesellschaften herrschen. Diese Mittelschichtideologie, deren Ausformung maßgeblich von der neoliberalen Hegemonie der vergangenen drei Jahrzehnte geprägt wurde, wird in Reaktion auf die Krisendynamik zugespitzt und ins weltanschauliche Extrem getrieben. Es ist somit keine "äußeren", der bürgerlichen Mitte entgegengesetzten Kräfte, die nun viele zivilisatorische Standards in Europa infrage stellen. Die krisenbedingt angstschwitzende Mitte brütet die Ideologien der Ungleichwertigkeit von Menschen ganz in Eigenregie aus.

Der Begriff des Extremismus kann die Grundlagen dieser Krisenideologe - die im

Bestehenden und scheinbar "Alltäglichem" wurzeln - aber nur dann erhellen, wenn er ernst genommen und nicht nur als eine rein formale Begriffshülse verwendet wird, mit der in totalitarismustheoretischer Diktion Kräfte an den Rändern des politischen Spektrums belegt werden. Stattdessen gilt es, die Grundzüge der weltanschaulichen Wahnsysteme des europäischen Rechtspopulismus nachzuzeichnen, um so die Kontinuität zwischen neoliberaler und rechtspopulistischer Ideologie aufzuzeigen. Erst bei dieser Auseinandersetzung mit dem konkreten Inhalt der neurechten Ideologie - sowie deren Verwurzlung im Mainstream der spätbürgerlichen Gesellschaften - wird der besagte Begriff des Extremismus der Mitte voll verständlich.

Kult der Konkurrenz

Welche ideologischen Vorstellungen, die der Neoliberalismus in den vergangenen Jahrzehnten in der "Mitte" einpflanzte, werden also von der Neuen Rechten zugespitzt und ins Extrem getrieben?

An erster Stelle steht das entfesselte Konkurrenzdenken, das inzwischen nahezu alle Gesellschaftsbereiche erfasst hat. Der Neoliberalismus hat die Konkurrenzprinzipien bewusst auch innerhalb der Arbeiterschaft und unter den Lohnabhängigen gefördert, um hierdurch das Solidaritätsprinzip auszuhöhlen und Gegenwehr zu minimieren. Inzwischen konkurrieren nicht nur die Belegschaften unterschiedlicher Konzerne gegeneinander, auch innerhalb der Unternehmen werden die einzelnen Standorte - etwa bei drohenden Betriebsschließungen - in ein Konkurrenzverhältnis gedrängt. Hierzu kommen breit propagierte Praktiken individueller "Selbstoptimierung", mit denen Lohnabhängige auf den individuellen Konkurrenzkampf im Betrieb geeicht werden. Neben der zunehmenden Konkurrenz auf betrieblicher und individueller Ebene etablierte sich noch das Standortdenken, bei dem die Länder zu bloßen "Wirtschaftsstandorten" verkamen, die in allseitiger Konkurrenz zueinanderstehen.

Und selbstverständlich haben Rechtspopulismus wie Rechtsextremismus in all ihren Spielarten das Konkurrenzprinzip schon immer begeistert aufgenommen und auf vielfältige Art und Weise modifiziert und zugespitzt. Diesem Grundprinzip der

kapitalistischen Wirtschaftsweise verleihen rechte Ideologien einen "höheren", zeitlosen Sinn, indem die Konkurrenz zu einem ewigen Grundprinzip menschlichen Zusammenlebens imaginiert wird: Die ideologische Spannbreite reicht hier von sozialdarwinistischen Vorstellungen bis zu dem manichäischen Wahnsystem des deutschen Nationalsozialismus, der einen ewigen Konkurrenz- und Überlebenskampf zwischen unterschiedlichen "Rassen" und insbesondere zwischen den Ariern und Juden halluzinierte.

In der deutschen Öffentlichkeit erfuhr eine biologistisch aufgeladene Zuspitzung des Konkurrenzgedankens spätestens im Gefolge der Sarrazin-Debatte im Sommer 2010 ihren Durchbruch. Sarrazin sah in seinem Machwerk "Deutschland schafft sich ab" die Ursachen der von ihm postulierten "Verdummung" der deutschen Bevölkerung in einem Mangel an Selektion im wohlfahrtsstaatlich geprägten Nachkriegsdeutschland, sowie im Zuzug von Ausländern aus Regionen mit einer minderwertigen genetischen Disposition. Hierdurch hätten sich vor allem die "Dummen" besonders stark vermehrt.

Nicht der Abbau des Sozialstaats habe laut Sarrazin zum Aufkommen einer "Unterschicht" und zu den sozialen Erosionsprozessen in der BRD beigetragen, sondern gerade die Errichtung eines Sozialstaats und die damit einhergehende Zurückdrängung des Konkurrenzprinzips und des Selektionsdrucks. Sarrazin spricht in diesem Zusammenhang offen von fehlender "Darwinscher, natürlicher Zuchtwahl im Sinne von 'survival of the fittest'."

Von dieser Reanimierung des Sozialdarwinismus im Hinblick auf die bundesrepublikanischen Prekarisierungsschübe - die maßgeblich durch die Agenda 2010 initiiert wurden - war es nur noch ein kleiner Schritt, um auch der Eurokrise eine korrespondierende sozialdarwinistische Interpretation zu verpassen. Der zuerst nach innen fokussierte ideologische Blick, der überall nur "natürliche Zuchtwahl" walten sehen will, wurde folglich nach außen gerichtet. Nun wurden rassisch oder kulturell bedingte Mängel und Unzulänglichkeiten in der Bevölkerung Südeuropas herbeifantasiert, um den Krisenverlauf zu rationalisieren und die harsche deutsche Sparpolitik in Europa zu legitimieren. Die Südeuropäer galten plötzlich aufgrund ihrer genetischen Veranlagung oder ihrer kulturellen Prägung als faul,

verschwendungssüchtig und korrupt.

Gerade in der Eurokrise trat der Kult des Konkurrenzprinzips als Gemeinsamkeit sowohl neoliberaler wie rechtspopulistischer Krisenideologie klar zum Vorschein. Den Opfern der kapitalistischen Krisen kann vermittels dieser Konkurrenzideologie die Schuld für die krisenbedingten Verwerfungen in die Schuhe geschoben werden. Es findet eine Personifizierung der Krisenursachen statt.

Das Scheitern in der Konkurrenz ist laut dem Neoliberalismus nicht Ausdruck zunehmender Widersprüche und Krisen im Kapitalismus, sondern der Minderwertigkeit der betroffenen Personen: Du bist schuld, wenn du scheiterst – dies ist das Mantra des Neoliberalismus. Die neue Rechte hat diese Ideologie konsequent zugespitzt und buchstäblich erweitert: Die (rassische oder kulturelle) Minderwertigkeit wird nicht nur beim individuellen Scheitern konstatiert, sondern auch beim scheinbaren "kollektiven Scheitern" einer Nation im Standortwettbewerb.

Totalitärer Ökonomismus

Eine weitere Kontinuitätslinie, die zwischen Neoliberalismus und dem heutigen Rechtspopulismus besteht, stellt die zentrale Rolle ökonomischer Begriffe und Kategorien in der Programmatik und Rhetorik der Neuen Rechten dar. Darin spiegelt sich die nahezu totale Unterwerfung aller Gesellschaftsbereiche unter die betriebswirtschaftliche Logik, die vom Neoliberalismus nicht nur durch die landläufigen Privatisierungskampagnen, sondern auch durch die Zurichtung vieler dezidiert nichtökonomischer Sphären - wie Bildung, Forschung, Kultur, etc. - entlang der Wirtschaftsinteressen forciert wurde. Hier ist eindeutig ein Wandel rechter Ideologie zu konstatieren, die diesen Prozess der Landnahme der Ökonomie bejaht und ideologisch überhöht. Die rechtsextreme Vorstellung einer rassisch reinen "Volksgemeinschaft", wie sie der Nationalsozialismus prägte, weicht nun der Wahrnehmung der Nation als einer Leistungsgemeinschaft, in der prinzipiell alle Leistungswilligen willkommen seien – bei gleichzeitigem Ausschluss der ökonomisch marginalisierten Bevölkerungsgruppen. Seine zugespitzte Artikulierung fand dieser totalitäre Ökonomismus in der besagten, aus den Reihen

der AfD erhobenen Forderung nach einer Abschaffung des Wahlrechts für Arbeitslose.

Diese Wandlung der Exklusionsmuster geht aber offensichtlich nicht mit einem Rückgang der rassistischen und xenophoben Ressentiments einher. Es findet hingegen eine Neuformierung von Kulturalismus, Rassismus und Fremdenfeindlichkeit statt, die gerade ökonomisch vermittelt wird. Die kulturelle oder rassische Hierarchisierung von Nationen und Minderheiten wird bei diesen ökonomisch grundierten Ressentiments gerade aus ihrer wirtschaftlichen Stellung in der Weltwirtschaft oder in der betreffenden Volkswirtschaft abgeleitet. Wirtschaftlicher Erfolg deute auf überlegene Gene oder eine überlegene Kultur hin, während Verarmung und Marginalisierung im Umkehrschluss auf genetische oder kulturelle Mängel zurückgeführt werden.

Die Gesellschaftssphäre der Ökonomie wandelt sich in dieser Ideologie zur "zweiten Natur" menschlicher Existenz, zu einem Wirtschaftsdschungel, der durch seine Selektionsmechanismen die "natürliche Zuchtwahl" zwischen den einzelnen Konkurrenzsubjekten wie auch den "Wirtschaftsstandorten" vornimmt – und so eine Hierarchie von rassisch oder kulturell überlegenen oder minderwertigen Menschengruppen definiert. Bis zur Realsatire hat diese Vorstellungen etwa Thilo Sarrazin im Gespräch mit der Märkischen Allgemeinen getrieben, als er allen Ernstes das Wetter für den angeblichen südeuropäischen Schlendrian - und folglich die Eurokrise - verantwortlich machte:

» *In meinem Buch nenne ich das den Nebel-Faktor. Je nebliger und kälter die Winter in einem Land sind, desto solider sind die Finanzen. Wenn man schon durch die Natur gezwungen ist, für harte Zeiten Vorsorge zu treffen, prägt das offenbar den Charakter eines Volkes.* «

Dieses Andocken des Rechtspopulismus an den neoliberalen Standortdiskurs - bei dem das Standortdenken mit kulturalistischen oder rassistischen Ressentiments angereichert wird - äußert sich aber auch in einer verstärkten Hetze gegen alle Menschen im In- und Ausland, die als "unnütze" Kostenfaktoren wahrgenommen

werden. Hier werden wiederum die in der Mitte herrschenden ideologischen Anschauungen ins Extrem getrieben. Der moderne Rechtspopulist agiert wie ein Neoliberaler auf Aufputschmitteln, der die hinlänglich bekannte neoliberale Polemik gegen die "Loser" und die "Unterschicht" abermals um eine rassistische Komponente erweitert.

Der Übergang von neoliberaler zu rechtspopulistischer Hetzte gegen die wirtschaftlich "Überflüssigen" kann in Deutschland anhand der öffentlichen Auseinandersetzungen bei der Durchsetzung der Agenda 2010 und während der Sarrazin-Debatte nachvollzogen werden. Während die Legitimierung etwa der Hartz-IV-Arbeitsgesetze mit einer allgemeinen Polemik gegen "Sozialschmarotzer" und "Leistungsverweigerer" einherging, griff Sarrazin bereits auf rassistische und sozialdarwinistische Argumentationsmuster zurück, bei denen die Feindbilder des Sozialschmarotzers und des Ausländers verschmolzen, um das durch die Agendapolitik verursachte Elend zu rationalisieren.

TINA – There is no Alternative

Die dritte große Parallele zwischen Neoliberalismus und neuen Rechtspopulismus formulierte schon Margaret Thatcher bei der neoliberalen Transformation Großbritanniens in den 80ern: "There is no Alternative." Es gebe keine Alternative zu dem Sozialkahlschlag und den Privatisierungen, die Gesellschaft habe sich in das Notwendige zu fügen und das Beste daraus zu machen.

Dieses Mantra von der Alternativlosigkeit der bestehenden gesellschaftlichen Verfassung und der neoliberalen Politik – oftmals auch als "TINA-Prinzip" bezeichnet – gehört seitdem zu dem Standardrepertoire neoliberaler Argumentationsmuster. Im deutschsprachigen Raum brachte dieser Diskurs das Wortungetüm des (ökonomischen) "Sachzwangs" hervor, an den sich die (neoliberale) Politik nur noch bestmöglich anpassen könne. Die Sprache ist hier besonders entlarvend: Es seien Zwänge, die von Sachen ausgeübt werden, denen wir uns alle zu beugen hätten. Damit wurde eigentlich schon vom Neoliberalismus die - menschengemachte - Sphäre der Ökonomie in den Rang eines Gesetzes erhoben.

Die Alternativlosigkeit, die von Neoliberalismus propagiert wird, hat die Neue Rechte abermals zugespitzt, indem sie die Möglichkeit einer Formulierung von Alternativen apriori negiert. An die Stelle des neoliberalen Sachzwangs tritt die Natur in Form des erläuterten "survival of the fittest" in der Marktkonkurrenz. Die neoliberal zugerichtete Ökonomie ist hier - in Gestalt eines rassistisch aufgeladenen Sozialdarwinismus - längst zu einer "zweiten Natur" der menschlichen Gesellschaft geronnen, wodurch die Formulierung von Alternativen unmöglich wird. Wer will sich schon gegen Naturgesetze auflehnen? Der Rechtspopulismus kann somit nur noch Strategien zur Adaption an die Krisen ausbrüten, die auf Kosten der Schwächeren realisiert werden sollen – die ja in dieser Ideologie längst zu den Krisenverursachern gestempelt wurden. Das krisenbedingte Verschwinden der politischen Gestaltungsspielräume, das der Neoliberalismus rationalisierte, wird so vom Rechtspopulismus vollendet.

Mit dieser blinden Unterordnung und Unterwerfung unter die Grundprinzipien einer krisengeschüttelten Ökonomie werden aber autoritäre Tendenzen entscheidend gestärkt und die bürgerliche Demokratie vollends ausgehöhlt. Wenn es keine Alternative mehr gibt, wenn wir nichts mehr zu wählen haben, wozu sollen dann überhaupt noch Wahlen abgehalten werden? Schließlich bildet die schiere Existenz von Alternativen die logische Voraussetzung einer Wahl – ohne Wahlmöglichkeiten in essenziellen Wirtschaftsfragen verkommt aber jeder Urnengang zu einem hohlen Polittheater, ähnlich der Entscheidung zwischen Pepsi und Coke im nächstbesten Supermarkt.

Die Marktwirtschaften treten in den Zustand der Postdemokratie, wo zwar die demokratischen Institutionen noch vorhanden, aber machtlos sind, während die Entscheidungsfindung längst anhand ökonomischer Imperative automatisiert wurde und von allen Parteien unterschiedslos exekutiert wird. Bei der Wahl stimmt man inzwischen nur noch darüber ab, wie die "Sachzwänge" optimal zu realisieren sind, die eine krisengeschüttelte Ökonomie der ohnmächtigen Politik setzt. Diese postdemokratische Ohnmacht der Politik bietet autoritären Tendenzen und Rechtsbewegungen, die sich vollauf mit dem Systemimperativen identifizieren, ein breites Einfallstor.

Von der Ideologie zur Praxis

Es ist nicht nur die neoliberale Ideologie, die in den vergangenen Jahrzehnten als eine Brutstätte rechtspopulistischer und rechtsextremer Wahnsysteme fungiere. Auch die gegenwärtige neoliberale Praxis in Europa - das von der Bundesregierung europaweit oktroyierte Spardiktat - befördert den Aufsteig der diversen europäischen Rechtsparteien. Diese Wechselwirkung zwischen Spardiktat und dem Aufstieg einer rechtsextremistischen Bewegung stellt schließlich kein historisches Novum dar; sie bildete die Grundlage des Aufstiegs des "nationalsozialistischen" Terrorregimes im krisengeschüttelten Deutschland der frühen dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts.

Es war nicht die deutsche Hyperinflation von 1923, die dem deutschen Faschismus den Weg ebnete, sondern die drakonische Austeritätspolitik der Präsidialkabinette von Brüning, Papen und Schleicher, die zu der Vertiefung der Rezession und einer massiven Verelendungswelle in der Weimarer Republik führten. Erst das katastrophale Scheitern der wirtschaftsliberalen Bemühungen um die Haushaltssanierung insbesondere unter Reichskanzler Brüning inmitten einer Weltwirtschaftskrise verschaffte der NSDAP den notwendigen Auftrieb.

Angela Merkel griff bei der europaweiten Durchsetzung einer ähnlichen Austeritätspolitik selbstverständlich nicht auf Notverordnungen zurück, wie es etwa Reichskanzler Brüning tat, sondern auf vermittelte Methoden, bei denen Berlin bemüht war, entsprechende "Sachzwänge" für die Krisenstaaten Europas zu errichten. Merkel agiere ähnlich einer "Kaiserin von Europa", bemerkte die Washington Post am 23. September 2013, sie herrsche, ohne direkte Befehle zu erteilen oder Forderungen zu stellen. Stattdessen lege Merkel "einfach die Parameter fest, und dann lässt sie jedem die "Entscheidungen" selbst machen".

Zu dieser Strategie gehörte die Durchsetzung des europäischen Fiskalpaktes durch Merkel und Schäuble (Anfang 2012), der die Staaten Europas zu einer knallharten Sparpolitik vertraglich verpflichtet, sowie die zuvor bewusst betriebene Eskalation der Schuldenkrise bei allen Krisenstaaten, die sich den deutschen Sparauflagen wiedersetzten. Berlin torpedierte jegliche Hilfsmaßnahmen, bis sich die

Regierungen der Schuldenstaaten aufgrund einer steigenden Zinslast und eskalierender Refinanzierungsprobleme dem deutschen Druck beugten und eine Austeritätspolitik implementierten. Letztendlich wurden die Krisenstaaten Europas vor eine Scheinalternative gestellt: Entweder sie würden die Umsetzung der drakonischen deutschen Sparprogramme einleiten oder es drohte ein Ausschluss aus der Eurozone, der die betreffenden Volkswirtschaften in den sozioökonomischen Kollaps treiben würde.

Europäisches Spardiktat

Diese von Merkel gesetzten "Parameter" ließen den Krisenstaaten Europa aber nur zwei unterschiedliche Wege in den wirtschaftlichen Abstieg, da das europäische Sparregime im Endeffekt dieselben Folgen in Zeitlupe zeitigt, wie es auch ein Austritt der Krisenstaaten aus der Eurozone hätte. Die Beteuerungen Berlin, Südeuropa müsse nur diese "scherzhaften Reformen" durchsetzen, um ähnlich der Bundesrepublik "gestärkt" aus der Krise zu kommen, stellen reine Ideologie dar. Das europaweite Spardiktat Merkels – das im Endeffekt als eine europäische Version der Agenda 2010 verkauft wird - kann gar nicht so wie in der BRD zu Beginn des 21. Jahrhunderts "funktionieren", da hierfür die elementarsten Voraussetzungen fehlen. Deutschland konnte die massiven Einbrüche der Massennachfrage im Gefolge der Agenda 2010 nur deswegen verkraften, weil sie durch enorme Außenhandelsüberschüsse in der Eurozone kompensiert wurden.

Die sich massiv verschuldenden Eurostaaten haben bis zum Krisenausbruch 2008 durch ihren boomenden, spekulationsgetriebenen Binnenkonsum erst die Durchsetzung der Agenda 2010 und die daraus resultierende Exportfixierung der deutschen Wirtschaft überhaupt ermöglicht. Doch genau diese Option einer Exportausrichtung, mit der die einbrechende Binnennachfrage kompensiert würde, steht den europäischen Krisenstaaten nun nicht mehr zur Verfügung, wie der Ökonom Paul Krugman in der New York Times erläuterte. Um eine "europäische Depression zu verhindern", hätte die BRD ihre Binnennachfrage massiv ausweiten und "mehr ausgeben müssen, während ihre Nachbarn gezwungen wurden, weniger auszugeben". Die Defizite der Schuldenstaaten sanken zwar, doch die deutschen Überschüsse seien geblieben, was die "Kosten der Austerität vervielfacht". In Berlin

sehe man Deutschland als ein "leuchtendes Beispiel, das von allen nachgeahmt werden müsse, und die peinliche Tatsache, dass wir nicht alle gigantische Handelsüberschüsse erzielen können, wird einfach nicht registriert", so Krugman resignierend.

Somit ist die Parallele zwischen der heutigen europäischen Krisenpolitik und der Endphase der Weimarer Republik absolut zulässig. Das Spardiktat Brünings zielte ja ebenfalls auf eine massive Erhöhung der deutschen Exporte im Gefolge von Sparmaßnahmen, doch konnte diese Politik damals ebenso wenig aufgehen wir heute, da alle anderen Staaten ebenfalls dieselbe verhängnisvolle Mischung aus Sparprogrammen und Exportförderung verfolgten. Im Umkehrschluss bedeutet dies natürlich auch, dass die neoliberale Umformung der deutschen Volkswirtschaft im Verlauf der Agenda 2010 nur deswegen - auf Kosten der Euroländer - "funktionieren" konnte, weil die BRD als einziger großer Eurostaat diese Strategie verfolgte. Nun zeitigt die Sparpolitik angesichts der tief greifenden Krise des kapitalistischen Weltsystems ähnliche verheerende Folgen wie in den 30er Jahren des 20. Jahrhunderts: explodierende Arbeitslosigkeit, jahrelang anhaltende Rezession sowie weiterhin gegebene Haushaltsdefizite.

Dennoch stellt sich die Frage, wieso vor allem die Rechte von dieser Krise profitieren konnte. Wieso erlebt Europa angesichts dieser tief greifenden kapitalistischen Krise keine Renaissance antikapitalistischer Bewegungen? Anstatt einer Suche Alternativen zur kapitalistischen Dauerkrise, dominiert eine Haltung der übersteigerten Identifikation mit dem Bestehenden, dazu kommen zunehmend Ideologien der Ausgrenzung in unterschiedlichsten Ausprägungen. Neben dem offensichtlichen Unvermögen der europäischen Linken, auf der Höhe des 21. Jahrhunderts angesiedelte Antworten auf die gegenwärtige Krise des Kapitals zu finden, sind es mächtige objektive sozioökonomische und auch psychologische Faktoren, die der Rechten in der Krise einen enormen Auftrieb verschaffen.

Materieller Kern des Rechtsextremismus

Zum einen weisen alle rechtspopulistischen und rechtsextremen Ideologien der menschlichen Ungleichwertigkeit einen tatsächlich gegebenen materialen Kern auf,

sie folgen - auch in ihren "nationalsozialistischen" Varianten - einem Kosten-Nutzen-Kalkül, das auf der Verinnerlichung kapitalistischer Rentabilitätskriterien und Vergesellschaftungsformen beruht und insbesondere in Krisenzeiten an Anziehungskraft gewinnt.

Die Marginalisierung, die Vertreibung oder gar die Ermordung von Bevölkerungsgruppen ("Ausländer", Roma, Juden, Muslime, Schwule, etc.), die von der Rechten unterschiedlichster Couleur propagiert wird, soll mit handfesten materiellen Vorteilen für die Mehrheitsbevölkerung einhergehen. Mit der Versagung von sozialen Leistungen für die zu Feindbildern aufgebauten Minderheiten, mittels ihrer offenen Diskriminierung auf dem "Arbeitsmarkt", oder durch deren Vertreibung und Enteignung soll die soziale und materielle Stellung der Mehrheitsbevölkerung verbessert werden. Die Krisenfolgen sollen nun vermittels konkreter Politik auf stigmatisierte Minderheiten abgewälzt werden, was eigentlich abermals nur einer Zuspitzung der üblichen neoliberalen Wirtschaftspolitik entspricht, die dies innenpolitisch durch eine Verschärfung des Klassenkampfs von oben, und außenpolitisch vermittels der Realisierung möglichst hoher Handelsüberschüsse zu realisieren versucht.

Das Kalkül, das insbesondere "nationalsozialistische" Gruppierungen wie die "Goldene Morgenröte" oder die NPD bei dieser Hetze betreiben, ist offensichtlich: Ohne die zu Feindbildern aufgebauten Minderheiten würden die schwindenden finanziellen Mittel für die als "Volksgemeinschaft" halluzinierte Mehrheitsbevölkerung schon reichen.

Im Endeffekt kann die Rechte Teile der Bevölkerung mit dem Ziel mobilisieren, Minderheiten in Krisenzeiten die gesamte Last der Krisenfolgen aufzubürden. Bis zum Extrem wurde die Strategie einer Ethnisierung des Elends etwa bei den Roma Europas getrieben, die inzwischen nahezu total marginalisiert wurden. Ein großer Teil der Arbeitslosen etwa in Ungarn besteht aus Roma, denen der ungarische Antiziganismus postwendend ihre Marginalisierung vorwirft. In Frankreich oder Deutschland sind es hingegen die Einwohner aus der Türkei oder dem arabischen Raum, die ohnehin aufgrund bestehender rassistischer und kulturalistischer Ressentiments sozial und wirtschaftlich benachteiligt sind - und die von der Neuen

Rechten verstärkt als Sündenböcke aufgebaut werden, weil sie angeblich auf Kosten der Mehrheitsbevölkerung leben. Der Reflex, den die Rechte in der Krise ausschlachtet, ist somit klar: Angesichts schwindender finanzieller Ressourcen werden ethnisch, rassisch, religiös, sozial oder kulturell definierte Gesellschaftsgruppen stigmatisiert, denen die Finanzmittel oder gar die Lebensgrundlagen entzogen werden sollen, um so Mehrheitsbevölkerung zu entlasten.

Das kriselnde kapitalistische System mitsamt seinen Kategorien bleibt so außerhalb der Betrachtung. Die Rechte avanciert hingegen zum politischen Exekutor der wirtschaftlichen Krisendynamik, die ja tatsächlich immer größere Massen an wirtschaftlich "überflüssigen" Menschen produziert. Es muss auch hier darauf hingewiesen werden, dass es sich bei dieser rassistisch oder kulturalistisch grundierten Marginalisierungspolitik um eine Zuspitzung des alltäglichen Rassismus handelt, wie er dem Konkurrenz- und Kapitalsystem quasi naturwüchsig entspringt. Schon seit den Eroberungszügen der Europäer in Lateinamerika und dem darauf aufbauenden atlantischen Dreieckshandel mit afrikanischen Sklaven wurde bei Konkurrenzsituation auf rassistische Ideologien zurückgegriffen, um die Errichtung von Systemen der Unterwerfung oder Ausbeutung zu legitimieren.

Die Aufspaltung Europas in scheinbare Krisengewinner und Krisenverlierer spiegelt sich übrigens auch in der ideologischen Ausrichtung der populistischen oder extremen Rechten in den betreffenden Ländern. In den im Abstieg befindlichen Ländern befinden sich eher an "nationalsozialistischen" Ideologien orientierte Gruppierungen im Aufwind, wie die griechische Goldene Morgenröte, die ungarische Jobbik oder auch der französische Front National. In den Kernländern der EU sind es explizit neoliberale Rechtspopulisten, die sich der Hetze gegen Minderheiten verschrieben haben. Hier seien die Schweizerische Volkspartei (SVP), die FPÖ und die BZÖÖsterreichs oder auch die deutsche AfD genannt. In allen Fällen sind es die bürgerlichen Mittelschichten, die den fruchtbarsten Boden für rechte Ideologien bieten.

Doch während die bereits im Abstieg befindliche Mittelklasse in den Krisenländern die Ausgrenzung "der Anderen" mit sozialer Absicherung für sich selber gekoppelt

sehen will, glauben die Mittelschichten in den Kernländern der Eurozone noch fest daran, durch eine forcierte Unterordnung unter die Systemimperative der Krisendynamik entkommen zu können. Deswegen pflegt die populistische Rechte – etwa die AfD in der BRD – auch eine pseudodemokratische Rhetorik. Diesen Bewegungen geht es nicht um die Formulierung von Alternativen, sondern um die Exekutierung der Krisendynamik, um die rassisch oder kulturalistisch verbrämte Vollendung der totalen Ökonomisierung der Gesellschaft, die der Neoliberalismus in Angriff genommen hat. Für die populistische Rechte, die die bestehenden Zustände in Reaktion auf die Krise ins Extrem treiben will, funktioniert die "Demokratie" ja tatsächlich. Sie kann das erreichen, was sie will, ihre Postulate, die der krisenbedingten Barbarisierung Vorschub leisten, können voll verwirklicht werden, da sie das Bestehende bejaht.

Eine irre Ideologie

Einen weiteren gewichtigen Faktor, der die neoliberale Krisenpraxis zu einer Brutstätte von Rechtsbewegungen werden lässt, stellt deren Irrationalismus dar. Der dem Kapitalverhältnis innewohnende Irrationalismus - bei dem vermittels rationaler Methoden der irrationale und gesellschaftlich blinde Selbstzweck uferloser Kapitalverwertung betrieben wird - tritt in der Krise immer stärker in Vorschein, indem das System immer größere Massen unverkäuflicher Waren und "überflüssiger" Menschen ausspeit. Zugleich steigt mit den eskalierenden Widersprüchen der ökonomische Druck auf alle Gesellschaftsbereiche und Gesellschaftsschichten; sei es in Form gesteigerter Arbeitsintensität, gekürzter Sozialleistungen oder wegbrechender Lebenschancen. Mit den sich immer stärker um den Hals der meisten Lohnabhängigen zusammenziehenden "Sachzwängen" der kriselnden Kapitalverwertung bleiben diesen eigentlich nur zwei Optionen: die Rebellion gegen den Krisenwahnsinn oder die gesteigerte irrationale Identifikation und Unterwerfung.

Dabei ist es ein grundlegender psychischer Mechanismus, der gerade die Identifikation mit den gegebenen Autoritäten in Krisenzeiten befördert. Die Ausbildung des Gewissens, des Freudschen Über-Ichs, erfolgt in der frühen Kindheit gerade durch die Identifikation mit der äußeren (zumeist elterlichen)

Autorität, die vom Kind verinnerlicht wird: Die elterlichen Verbote, die dem Lustprinzip des Kindes Grenzen setzten, wecken in diesem Aggressionen, die aber sublimiert werden und zur Aufrichtung des Über-Ich beitragen. "Die Aggression des Gewissens konserviert die Aggression der Autorität", wie Freud es bezeichnete. Bei der frühkindlichen Ausbildung des Gewissens wird die aggressive Beziehung zu einer äußeren Autorität durch einen Prozess der Identifizierung mit eben dieser Autorität verinnerlicht.

Ein ähnlicher Vorgang liegt aber auch den irrationalen Krisenreaktionen zugrunde, die den rechten Extremismus der Mitte ermöglichen. Ähnlich dem Kleinkind verinnerlicht der durch eine autoritäre Charakterstruktur gekennzeichnete Träger rechtsextremer Ideologie die sich verschärfenden Anforderungen und Vorgaben der Kapitalverwerfung. In den sich verschärfenden systemischen Zwängen wirken die - niemals überwundenen - autoritären Fixierungen aus dem familiären Umfeld weiter. Mit zunehmender Krisenintensität verschärft sich somit auch die Identifizierung des autoritären Charakters mit dem bestehenden System, wie Erich Fromm im berühmten Sammelband "Autorität und Familie" schon 1936 feststellte:

» *Je mehr ... die Widersprüche innerhalb der Gesellschaft anwachsen und je unlösbarer sie werden, je mehr Katastrophen wie Krieg und Arbeitslosigkeit als unabwendbare Schicksalsmächte das Leben des Individuums überschatten, desto stärker und allgemeiner wird die sadomasochistische Triebstruktur und damit die autoritäre Charakterstruktur, desto mehr wird die Hingabe an das Schicksal zur obersten Tugend und Lust.* «

Dieser Sadomasochismus resultiert aus den Verzichtsforderungen, die den sich fügenden autoritären Charakteren seitens der Krisendynamik aufgelegt werden. Auch hier stauen sich immer größere Aggressionen an, die nach einem Ventil suchen. Je größer die Triebversagung, desto größer das Bedürfnis nach Triebabfuhr; der Masochismus verlangt nach sadistischer Satisfaktion. In ekelerregender Vollkommenheit ist diese sadomasochistische Fixierung in der deutschen Krisenpolitik zu besichtigen, die ja explizit die Grausamkeiten, die nun der südeuropäischen Peripherie von Berlin angetan werden, damit begründet, dass man

hierzulande im Verlauf der Agenda 2010 eben Ähnliches erduldet und überstanden habe. Das unterwürfige Ertragen von Versagungen und Schmerzen berechtigt dazu, nun selber Schmerzen zuzufügen – dies ist eigentlich der sadomasochistische, pathologische Kern aller sozialdarwinistischen rechten Parolen von "Stärke", "Durchsetzungsvermögen" und "Härte".

Der Sozialpsychologe Oliver Decker hat diesen buchstäblich irrsinnigen "autoritären Kreislauf" in Bezug gesetzt zu der totalitären Ökonomisierung der krisengeschüttelten spätkapitalistischen Gesellschaften:

» *Die ständige Orientierung auf wirtschaftliche Ziele - präziser: die Forderung nach Unterwerfung unter ihre Prämissen - verstärkt einen autoritären Kreislauf. Sie führt zu einer Identifikation mit der Ökonomie, wobei die Verzichtsforderungen zu ihren Gunsten in jene autoritäre Aggression münden, die sich gegen Schwächere Bahn bricht.* «

Die neoliberale Verzichtspolitik, die nun europaweit umgesetzt wird, fördert somit die autoritäre Aggression gegen die Krisenopfer, auf der rechtspopulistische wie rechtsextremistische Ideologien gleichermaßen beruhen. Je strikter das Spardiktat, je heftiger die hierdurch hervorgerufenen sozioökonomischen Verwerfungen, desto größer der Hass auf die Opfer dieser Krisenpolitik, der unter all den Gesellschaftsmitgliedern wütet, die die entsprechenden autoritären Dispositionen aufweisen. Der offensichtliche spätkapitalistische Irrationalismus, der um der selbstzweckhaften Anhäufung immer größerer Quanta toter Arbeit wegen die ökologischen wie sozialen Grundlagen des menschlichen Zivilisationsprozesses untergräbt, findet in diesem irrationalen, autoritären und letztlich pathologischen Identifikationsprozess seinen innersten psychosozialen Beweggrund, auf dem alle rechten Krisenideologien blühen.

Die rechte Krisenideologie fußt in allen ihren Ausprägungen letztendlich auf einer psychopathologischen Grundlage, auf einer schweren infantilen Regression, in der frühkindliche Verinnerlichungsprozesse der elterlichen Autorität in modifizierter reanimiert werden, um den zunehmenden Verzichtsforderungen der kriselnden

Kapitaldynamik noch in Unterwerfung entsprechen zu können. Das damit aufgestaute aggressive Potenzial wird nach außen gelenkt: auf die zu Sündenböcken gestempelten Krisenverlierer, die zu Krisenverursachern halluziniert werden.

Die europäische Rechte brütet somit buchstäblich irre Ideologien aus, die dem alltäglichen Irrsinn der kapitalistischen Dauerkrise entsprechen – und diesem mit einem halluzinierten "Sinn" aufladen. Der sadomasochistische Kern der vollständig abgerichteten spätkapitalistischen Untertanen, die inzwischen ihre Ausbeutung am liebsten in Eigenreiche "selbstoptimieren", tendiert aber perspektivisch zur Selbstzerstörung. Tief im Inneren spüren auch die autoritären Subjekte, die nur noch Stümpfe von Menschen bilden, die Verletzungen ihrer selbst und die immense Gewalt, die sie sich alltäglich selbst beim bloßen "Funktionieren" antun müssen. Diese unterdrückten inneren Widersprüche, die einen Spiegel der eskalierenden sozialen Widersprüche bilden, sollen instinktiv im Nichts des Todes aufgelöst werden. Die dem Faschismus schon immer innewohnende Todessehnsucht, die sich beispielsweise in der berüchtigten Parole "Deutschland wird leben, auch wenn wir sterben müssen" manifestiert, stellt auch gegenwärtig eine mächtige ideologische Antriebskraft dar. Diese Todessehnsucht des Rechtsextremismus bildet die ideologische Entsprechung für die autodestruktive Krisendynamik des Kapitals, das um den irren Selbstzweck seiner uferlosen Verwertung die Welt buchstäblich verbrennt. Kapital und Faschismus fallen somit in dieser Todesbejahung und in ihrem Todesdrang in eins.

2.2 Deutsche Krisenideologie

Wie man hierzulande all das zu erklären glaubt, was es eigentlich nicht geben dürfte.

Es ist zum Verrücktwerden: Da strampelt man sich ab, ackert bis zum Burnout, krempelt die Ärmel hoch zum Wohl des Wirtschaftsstandorts Deutschland, erringt mit der Deutschland AG etliche Exportweltmeisterschaften – und dann kommt so eine Eurokrise daher, die alles wieder kaputtzumachen droht. Alle wollen sie nun an unser hart erarbeitetes Geld. Auf diesen Nenner ließe sich die Stimmung bringen, die in weiten Teilen der bundesrepublikanischen Bevölkerung angesichts der nicht enden wollenden Eurokrise herrscht.

In nahezu allen kapitalistischen Kernländern entwickelte sich in Reaktion auf die seit 2007 manifest gewordene Systemkrise eine spezifische Krisenideologie, doch bietet die Lage in Deutschland eine Besonderheit: In kaum einem Industrieland wurde die herrschende spätkapitalistische Ideologie des totalitären Ökonomismus - der totalen Unterordnung der Gesellschaft unter die Erfordernisse der Ökonomie - so stark verinnerlicht und befolgt wie in Deutschland (siehe "Happy Birthday, Schweinesystem"). Die jahrelange Lohnzurückhaltung, der beständig gesteigerte Leistungsdruck und die massiven Einschnitte im Sozialsystem konnten in der Bundesrepublik deswegen relativ mühelos durchgesetzt werden, weil große Bevölkerungsteile dazu gebracht werden konnten, diese Verzichtsideologie zu verinnerlichen. Zugleich baute dieser Verzicht aber auch ein sehr großes Aggressionspotenzial auf, das nach Möglichkeiten der Frustabfuhr sucht.

Folglich ist der ideologische Legitimitätsdruck in der gegenwärtigen kapitalistischen Systemkrise in der Bundesrepublik besonders hoch. Die Krise dürfte es eigentlich nicht geben, angesichts der Opfer, die viele Lohnabhängige und Arbeitslose der Deutschland AG gebracht haben. Alles wurde anscheinend "richtig" gemacht, viele Bevölkerungsgruppen haben Verzicht geübt und sich aufgeopfert, und dennoch – auch das spüren eigentlich alle – müssen nun in der Krise weitere Opfer gebracht

werden.

Der aus dieser Politik des Gürtel-enger-Schnallens resultierende ideologische Legitimitätsdruck materialisiert sich somit in einer besonders aggressiven Krisenideologie, die das zu erklären vorgibt, was es eigentlich nicht geben dürfte.

Wer ist schuld?

Wenn der Kapitalismus - in Gestalt seiner Vergesellschaftungsformen Geld, Markt, Lohnarbeit, Kapital, etc. - in der herrschenden Wahrnehmung längst zu einem Naturzustand sedimentiert ist, der genauso wenig einer weiteren Rechtfertigung bedarf wie etwa die Schwerkraft, dann müssen einzelne Personen oder Personengruppen die Schuld am Krisenausbruch tragen. Da der eigentlich naheliegende Erklärungsansatz, die Ursachen der derzeitigen kapitalistischen Krise in den Widersprüchen des Kapitals zu verorten (siehe: "Die Krise kurz erklärt"), öffentlich tabuisiert ist, bleibt nur die Suche nach Sündenböcken. Irgendjemand müsse doch das Krisendesaster verschuldet haben, so ähnlich wie es sich im Betrieb oder Büro verhält, wenn mal wieder irgendetwas nicht stimmt. Die Unfähigkeit, gesellschaftliche Strukturen als menschengemacht, als veränderbar zu erkennen, führt somit zu einer Personifizierung der Krisenursachen.

Zum einen greift ein verkürzter Pseudo-Antikapitalismus um sich, der vor allen den Funktionsträgern der Finanzbranche die Schuld am Krisenausbruch zuschiebt. Die Banker, die Finanzmanager und die Spekulanten werden hierbei zu Oberbösewichtern aufgebauscht, die mit ihrer maßlosen Gier die Krise verursacht hätten – als ob nicht die "Gier" nach höchstmöglichen Profiten das Wesen des Kapitalverhältnisses ausmachen würde.

Diese Bankerschelte ist auch in anderen Industriestaaten üblich, doch der massive Export der Krisenursachen ins Ausland ist eine genuin deutsche Erfindung. Hierbei wird die Schuld an der Krise den Krisenopfern in Südeuropa die Schuhe geschoben. Dabei kommen kulturalistisch oder rassistisch grundierte Ressentiments gegen Südeuropäer zu Ausprägung. Die Spanier, Griechen oder Portugiesen hätten nun mal "über ihre Verhältnissen gelebt" und sich auf Pump ein "schönes Leben"

gemacht, was entweder an ihrer kulturbedingten Sozialisation oder ihrer ethnisch/rassischen Disposition liegen solle. Fakten, wie etwa das besonders niedrige Lohnniveau in diesen Ländern schon vor Krisenausbruch, die das Gerede vom "Leben über den Verhältnissen" Lügen strafen, tangieren dieses chauvinistische Wahngebilde kaum.

Somit ermöglicht diese Personifizierung der Krisenursachen eine Wiederbelebung xenophober Ressentiments. Da Deutschland als Krisenherd innerhalb der deutschen Krisenideologie nicht infrage kommt, muss das personifizierte Böse von dort kommen, wo es den landläufigen Ressentiments nach immer herkommt: aus dem Ausland. Es sind nicht nur die Südeuropäer, die mit ihrer angeblichen Faulheit und Verantwortungslosigkeit die Eurokrise verursacht haben sollen (siehe: "Krisenmythos Griechenland"), auch das Finanzkapital wird mit dem Ausland, vor allem mit den Vereinigten Staaten und der "Wall Street" assoziiert.

Wir sind wieder wer

Der bisherige Krisenverlauf in der Eurozone hat zur Ausbildung eines neuen deutschen Chauvinismus beigetragen, der die Überlegenheit und den Führungsanspruch Deutschlands in Europa aufgrund ihres "überlegenen Geschäftsmodells" (Süddeutsche Zeitung) propagiert. Das verhängnisvolle Spardiktat, das die Bundesregierung der restlichen Eurozone oktroyierte, stößt in breiten Teilen der Öffentlichkeit trotz der damit einhergehenden sozialen Verwerfungen auf Zuspruch. In der veröffentlichten Meinung wird die Dominanz Berlins bei der Ausgestaltung der drakonischen europäischen Sparpolitik als eine Selbstverständlichkeit betrachtet, während jeglicher südeuropäischer Widerstand gegen das Krisendiktat als illegitim dargestellt wird.

Als sich etwa das kleine Zypern gegen die vom deutschen Finanzminister Wolfgang Schäuble oktroyierten Krisenmaßnahmen wehrte, die den Inselstaat nun in den sozioökonomischen Kollaps treiben, kommentierte das Handelsblatt dies mit dem sprichwörtlichen Bild eines Hundeschwanzes, der mit dem Hund wedelt. Die Aussage ist klar: Wer das meiste ökonomische Gewicht in die Waagschale werfen kann, der bestimmt auch den Kurs Europas.

Unübertroffen hat der Spiegel-Rechtsausleger Jan Fleischhauer dieses neue deutsche Überlegenheitsdenken zum Ausdruck gebracht, das wesentlich auf einem Glauben an eine exzeptionelle ökonomische Leistungsfähigkeit Deutschlands beruht. In Reaktion auf die Proteste gegen das deutsche Spardiktat in Europa schrieb Fleischhauer:

» *Es fehlt nicht mehr viel, und sie verbrennen deutsche Flaggen. Aber halt, auch das tun sie ja bereits. Man kannte das bislang nur aus arabischen Ländern, wo die Jugend bei jeder sich bietender Gelegenheit auf die Straße rennt, um gegen den Satan USA zu Felde zu ziehen. Aber so ist es, wenn man aus Sicht anderer als zu erfolgreich, zu selbstbewusst, zu stark gilt. Wir sind jetzt die Amerikaner Europas. Der Rollenwechsel wird nicht leicht, das kann man schon heute sagen. Wir sind es gewohnt, dass man uns für unsere Effizienz und unseren Fleiß bewundert, nicht, dass man uns dafür hasst.* «

Nicht weit entfernt von der Argumentation Fleischhauers war auch der deutsche Finanzminister Wolfgang Schäuble, der die verzweifelten Proteste gegen die deutsche Verelendungspolitik in Südeuropa gegenüber dem ZDF einfach mit Neidgefühlen zu erklären versuchte:

» *Es ist immer so, es ist auch in Klassen so: Wenn man manchmal bessere Ergebnisse hat, sind die anderen, die mehr Schwierigkeiten haben, auch ein bisschen neidisch.* «

In dieser Aussage findet sich der Kern der deutschen Krisenideologie beinahe in Reinform wieder: Die Krise, das ist die Krise der Anderen, der Südeuropäer, während Deutschland als neoliberaler Musterschüler deren Neid auf sich ziehe.

Deutschland, das angebliche Opfer

Die deutsche Krisenideologie sieht Deutschland folglich auch in der Rolle des Opfers, der verfolgten Unschuld und des Sündenbocks für die Verfehlungen anderer. Die veröffentlichte Meinung in Bundesrepublik, in der die Suche nach Sündenböcken für die Krise bis zum Exzess getrieben wurde (siehe: "Krisenmythos

Griechenland"), imaginiert Deutschland immer wieder als einen Sündenbock, sobald die internationale Kritik an der deutschen Krisenpolitik in Europa unüberhörbar wird.

Alle Welt zeige bei der Suche nach dem Schuldigen "mit dem Finger auf Deutschland", monierte die Tageszeitung Die Welt auf dem bisherigen Höhepunkt der Eurokrise Mitte 2012, um anschließend eine rhetorische Frage zu stellen: "Müssen wir uns das bieten lassen?"

Als die Bundesregierung in brutalster Weise daran ging, Zypern mittels drakonischer Krisenmaßnahmen in den Wirtschaftszusammenbruch zu treiben, (siehe: "Das großgehungerte Deutschland") jammerte die Frankfurter Allgemeine Zeitung (FAZ), dem "Sündenbock Deutschland" werde nun europaweit "Hegemonialstreben" vorgeworfen. Diese anschwellende Kritik an der rücksichtslosen deutschen Machtpolitik wurde von der FAZ gar als ein "Ressentiment" gebrandmarkt. Deutschland befinde sich "zu unrecht am Pranger", die Kommentare in den Krisenländern seien "oft negativ bis unverschämt."

Die Süddeutsche Zeitung solidarisierte sich während der Zypernkrise ebenfalls mit dem rabiat auftretenden Finanzminister Schäuble, dem von den Südeuropäern die Rolle des "Schwarzen Peters" zugeschoben worden sei. Der Merkur sah Deutschland wiederum als "Europas Buhmann" verunglimpft.

Ignoranz: Es darf nicht sein, was die eigene Weltanschauung stört

Den Opferstatus des von neidischen Nachbarn umgebenen "Musterschülers Deutschland" kann die deutsche Krisenideologie selbstverständlich nur unter Ausblendung derjenigen Fakten aufrechterhalten, die dieses Selbstbild zerstören würden. Es hat sich eine selektive Realitätswahrnehmung in Deutschland etabliert, die Ähnlichkeiten mit dem Neudenk in Orwells 1984 aufweist. Tatsachen werden immer öfter als bloße Meinungen abgetan.

Als Erstes ist hier selbstverständlich das totale Scheitern der deutschen Krisenpolitik, des rabiaten Spardiktats in der Eurozone, zu nennen. Die harsche

Kritik an Deutschland in den Krisenländern ist nicht maßgeblich Ausdruck eines Ressentiments, wie es etwa die FAZ meint, sondern der sozioökonomischen Folgen der "Sparpolitik", die Berlin europaweit - unter Beifall der hiesigen Presse - durchsetzte. Der Bankrott des Berliner Spardiktats, das nicht einmal zu einer Absenkung der Verschuldung in den in die Depression getriebenen Volkswirtschaften führte, wird innerhalb der deutschen Krisenideologie auf die Unwilligkeit oder das Unvermögen der "Südländer" zurückgeführt. Es wurde in Südeuropa halt nicht konsequent genug gespart, so in etwa lautet das landläufige Erklärungsmuster dafür, dass die deutsche Sparpolitik in Südeuropa zumindest bislang scheiterte.

Ausgeblendet wird auch die Rolle der Bundesrepublik beim Krisenprozess in der Eurozone. Die gigantischen Leistungsbilanzüberschüsse (mehr als 700 Milliarden Euro), die die deutsche Exportwirtschaft gegenüber der Eurozone akkumulierte, trugen maßgeblich zur Ausbildung der südeuropäischen Schuldenberge bei. Die Überschüsse der Bundesrepublik entsprechen nun mal den Defiziten der Schuldenländer. Deutschlands Exportindustrie fußt somit ebenfalls auf Verschuldungsprozessen, die aber ins Ausland exportiert werden. Inzwischen ist die Abhängigkeit der deutschen Volkswirtschaft von diesen Leistungsbilanzüberschüssen so groß, dass sie auch nur bei einer ausgeglichenen Handelsbilanz in der Rezession versinken würde (Siehe: "Der Exportüberschussweltmeister"). Dies stel vielleicht die größte Absurdität der deutschen Krisenideologie dar: Die deutsche Öffentlichkeit empört sich über die ausartende Auslandsverschuldung, während die deutsche Konjunktur ohne diese Auslandsverschuldung zusammenbrechen würde.

Ignoriert wird auch gerne das Engagement der deutschen Banken in den Krisenländern vor Ausbruch der Eurokrise. Die deutschen Institute haben die Schuldenblasen in vielen heutigen Krisenländern maßgeblich befeuert. In Irland etwa agierten Deutsche Bank und Co. bis zum Krisenausbruch als größte ausländische Kreditgeber, die die dortige Immobilienblase mit der Kleinigkeit von 113 Milliarden Euro aufzupumpen halfen.

Leistungsgemeinschaft statt Volksgemeinschaft

Die mit der Krise forcierte Ökonomisierung der Gesellschaft beschleunigte auch einen Wandel des Nationalismus und der Exklusionsmuster, die diesem innewohnen. Zur Deutschland AG gehören alle, die Leistung bringen. Ausgeschlossen von dieser nationalen Leistungsgemeinschaft sind folglich nicht nur diejenigen Menschen, die an konkurrierenden Wirtschaftsstandorten tätig sind, sondern perspektivisch auch all diejenigen, die aus der kriselnden Arbeitsgesellschaft in Deutschland herausgefallen sind. Alle gesellschaftlichen Gruppierungen, die nicht in der Lage sind, sich auf den Arbeitsmarkt zu verkaufen, werden verstärkt unter Druck gesetzt und aus der Leistungsgemeinschaft ausgeschlossen.

Im Prinzip hieße dies aber, das "Leistungsträger" aus anderen Ländern in der Deutschland AG willkommen wären. Dennoch führt dieser ökonomistische Nationalismus gerade nicht zu einer Überwindung der älteren Ressentiments gegen Ausländer und Menschen aus anderen Kulturkreisen. Es findet hingegen eine Art Ressentimentrecycling statt, bei dem nur die Rechtfertigungsmuster der üblichen Vorurteile gegen Ausländer einem Wandel unterliegen. Immer öfter wird die postulierte Minderwertigkeit von Einwanderern aus Südeuropa oder dem arabischen Raum gerade mit ihrer angeblich mangelhaften wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit begründet. Nicht mehr Rasse oder Kultur, sondern die wirtschaftliche Performance entscheidt innerhalb der deutschen Krisenideologie über die "Wertigkeit" eines Menschen, eines Kulturkreises oder einer Nation.

Gerade in diesem Wandel der deutschen Xenophobie spiegelt sich auch die totale Ökonomisierung der spätkapitalistischen Gesellschaften. Als wichtigster Exponent dieser "Modernisierung" der Xenophobie muss Thilo Sarrazin benannt werden, der geradezu besessen immer wieder all die Migrantengruppen attackiert, die aus dem Arbeitsmarkt herausgefallen sind:

» *In Berlin leben zwanzig Prozent der Bevölkerung, die nicht ökonomisch gebraucht werden, von Hartz-IV und Transfereinkommen. ... Ich muss niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert.*

... Ganze Clans haben eine lange Tradition von Inzucht und entsprechend viele Behinderungen. Es ist bekannt, dass der Anteil der angeborenen Behinderungen unter den türkischen und kurdischen Migranten weit überdurchschnittlich ist. Aber das Thema wird gern totgeschwiegen. Man könnte ja auf die Idee kommen, dass auch Erbfaktoren für das Versagen von Teilen der türkischen Bevölkerung im deutschen Schulsystem verantwortlich sind. ... Eine große Zahl an Arabern und Türken in dieser Stadt hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel, und es wird sich vermutlich auch keine Perspektive entwickeln. Das gilt auch für einen Teil der deutschen Unterschicht. «

Die Ansage Sarrazins, die auf breite Zustimmung stieß (siehe: "Sarrazins Sieg"), ist klar: Niemand wird mehr "anerkannt" werden, wenn er "vom Staat lebt," denn es seien seine "Erbfaktoren", die dessen "Versagen" determinierten.

Der neue deutsche Ständestaat

Die Krise brachte eine ungeheure Verschärfung der sozialen Spaltung Deutschlands mit sich, die in der Trägerschicht der neuen deutschen Krisenideologie - in der erodierenden Mittelklasse - zum Aufkommen blanker Existenzangst führte. Diese Angst vor dem Abstieg, die die sprichwörtliche "Mitte" der Gesellschaft erfasste, wandelte sich in blanken Hass gegen Absteiger, gegen die marginalisierten Bevölkerungsschichten, die inzwischen landläufig als "Unterschicht" tituliert werden.

Dieser Hass mündete in ein gesteigertes Abgrenzungsbedürfnis gegenüber dieser Unterschicht, mit dem die eigene, als gefährdet betrachtete Stellung in der Mittelschicht verteidigt werden sollte. Die ohnehin kaum durchlässigen Klassengrenzen in der Bundesrepublik, wo der Familienhintergrund den einflussreichsten Faktor beim beruflichen Werdegang darstellt, sollen gänzlich abgedichtet werden. Die spätkapitalistische Klassengesellschaft würde sich in eine frühkapitalistische Ständegesellschaft zurückverwandeln.

Begleitet wird dieses Abgrenzungsbestreben mitsamt der Stigmatisierung der "Unterschicht" von einem Revival sozialdarwinistischer Argumentationsmuster.

Auch hier hat die Sarrazin-Debatte den entscheidenden Durchbruch gebracht, der erst die Entstehung einer "Alternative für Deutschland" mit ihrer Forderung nach der Abschaffung des Wahlrechts für Arbeitslose möglich machte. Sarrazin sieht auch die Intelligenz der Menschen genetisch vorbestimmt und somit als vererbbar an, sodass die niedrige soziale Stellung der deutschen "Unterschichten" ihrer minderwertigen genetischen Ausstattung entsprechen würde. Versuche, die "Unterschichten" zu fördern, seien diesem Sozialdarwinismus zufolge zum Scheitern verurteilt.

Dennoch geht man in der Mitte in Bildungsfragen lieber auf Nummer sicher. Wie wenig die Mittelschicht dieser sozialdarwinistischen Ideologie von der angeborenen intellektuellen Überlegenheit ihres Nachwuchses Glauben schenken will, wurde etwa bei den Auseinandersetzungen um die Hamburger Schulreform deutlich, als eine Bürgerinitiative vermittels eines Volksentscheides die Einführung einer sechsjährigen Primarschule verhinderte, mit der die ansonsten übliche Selektion der Schüler nach der vierten Schulklasse zumindest um zwei Jahre hinausgeschoben worden wäre. Das Bedürfnis, den eigenen Nachwuchs von den marginalisierten Bevölkerungsschichten abzukapseln, war innerhalb des Hamburger Bürgertums einfach zu stark.

Ideologische Projektionen

Projektionen - die Übertragung innerer Zustände oder Prozesse auf ein äußeres Projektionsobjekt – sind in vielen Ideologien präsent. Hierbei findet eine ideelle "Entäußerung" all dessen statt, was in der gegebenen Gesellschaft von statten geht und zugleich tabuisiert wird.

Die wohl offensichtlichste Projektionsleistung stellt die Selbstdarstellung der Bundesrepublik als "Sündenbock" in der Eurokrise dar. In der deutschen Krisenideologie wandelt sich Deutschland so zum Opfer von europaweit anschwellenden Ressentiments – während in Deutschlands Massenblättern zugleich munter gegen Südeuropäer weitergehetzt werden kann. Der in der deutschen Krisenideologie ausgeprägte "Export" von Schuldzuweisungen wird nun auch der Gegenpartei - den unter dem deutschen Krisendiktat stöhnenden

Südeuropäern – unterstellt.

Ähnlich verhält es sich mit dem deutschlandweit zunehmenden Antiamerikanismus. (siehe: "Projektionsfläche Amerika") Je ähnlicher sich die Bundesrepublik und die USA in ihrer inneren Verfasstheit wie in ihrer Machtpolitik werden, desto stärker wächst hierzulande das Bedürfnis, diese Parallelen auf die USA vermittels antiamerikanischer Ressentiments zu projizieren. Während Berlin in der Eurozone knallharte nationale Interessenspolitik betreibt und seine machtpolitische Dominanz ausbaut, kann sich ein Großteil der deutschen Öffentlichkeit als hilflose Opfer des US-Imperiums imaginieren.

Wie sehr die antiamerikanische Stimmung in Deutschland von den Verhältnissen in den Krisenländern abweicht, zeigte eine entsprechende Umfrage in einem Land, in dem aufgrund eines von den USA gestützten Militärputsches bis vor wenigen Jahren klar antiamerikanische Einstellungen überwogen: in Griechenland. Das Ansehen der Vereinigten Staaten ist in Hellas ungeachtet des jüngsten Spionageskandals zwischen 2005 und dem August 2013 massiv angestiegen, gerade weil sich Washington gegen das deutsche Spardiktat aussprach:

» *Laut Umfrage werten 55,5 Prozent der Befragten die USA positiv. Der Anstieg ist bemerkenswert. Vor acht Jahren hatten nur 27,8 Prozent der damals Befragten Sympathie für die Amerikaner gezeigt. US-Präsident Barack Obama plädierte in der Euro-Krise dafür, weniger hart zu sparen und stattdessen die Wirtschaft stärker zu fördern.* «

Auch die Empörung über die Schuldenexzesse der Südeuropäer stellt letztendlich eine Projektion dar, bei der die Schuldfrage in der Eurokrise dorthin exportiert wird, wo auch Deutschlands Exportüberschüsse und Kredite bis Krisenausbruch flossen: nach Südeuropa. Deutschlands "Geschäftsmodell" beruht auf den Export der Verschuldungsdynamik, die überhaupt erst die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse ermöglicht. Zugleich findet ein ideeller Export der Krisenursachen in eben die Krisenregion statt, die bis Krisenausbruch die größten Leistungsbilanzdefizite gegenüber der Bundesrepublik verzeichnete.

Sadomasochismus als Volkswirtschaftslehre

Ein zentraler, dezidiert faschistoider Grundzug der deutschen Krisenideologie besteht im allgegenwärtigen Lob der Härte und in der felsenfesten Überzeugung, dass Schmerzen gut und notwendig seien. Es seien "schmerzhafte Reformen" notwendig, die langfristig zu einer Gesundung der südeuropäischen Volkswirtschaften führten, so in etwa lautet das Mantra, mit dem die europäische Sparpolitik in der Bundesrepublik begründet wird. Oftmals folgt die Bemerkung, dass Deutschland ähnlich schmerzhaften Reformschritten seine gute Wirtschaftslage verdanke Die Tatsache, dass Deutschlands Agenda 2010 (siehe "Happy Birthday, Schweinesystem!") nur deswegen gelingen konnte, weil gerade die sich immer weiter verschuldende Eurozone die gigantischen deutschen Leistungsbilanzüberschüsse aufnehmen konnte, bleibt hingegen im Dunkeln.

Durch das klaglose Hinnehmen von schmerzhaften Reformen ist in der Bundesrepublik die Überzeugung herangewachsen, man habe nun ein Anrecht erworben, auch anderen Volkswirtschaften diese Schmerzen zufügen zu dürfen. Die masochistische Lust an der Hinnahme von Schmerzen wandelte sich so in einen deutschen Wirtschaftssadismus. Der irrationale sadistische Trieb, die erduldeten "schmerzhaften Reformen" - gegen die zu rebellieren man hierzulande nicht den Mut fand - nun anderen zuzufügen, bedient sich der volkswirtschaftlichen Argumentationsmuster nur, um zur Realisierung zu gelangen und Lust aus dem Leiden anderer ziehen zu können.

Neuer Untertanengeist

Dieser Sadomasochismus verweist somit auf einen neuen Untertanengeist, der nicht auf eine Führerfigur, sondern auf den Wirtschaftsstandort Deutschland ausgerichtet ist. Das Grundprinzip dieses deutschen Untertanengeistes ist aber gleich geblieben: Nach oben buckeln, nach unten treten. Man ackert für die Deutschland AG bis zum Burnout, dafür kann man auf sadistische Triebabfuhr hoffen – etwa bei den ungeheuer populären Demütigungsshows (siehe: "Bloch vs. Jugendcamp").

Die forcierte sadomasochistische und autoritäre Identifikation mit der Ökonomie (siehe: "Krise und Wahn"), die den Lohnabhängigen immer größere Opfer zugunsten "ihres" Wirtschaftsstandortes abverlangt, ist auch Ausdruck einer fundamentalen Verschiebung in den Legitimationsmustern der kapitalistischen Gesellschaftsunordnung. Jahrzehntelang konnte der Kapitalismus seine Legitimität aus dem Konstrukt der "Wohlstandsgesellschaft" beziehen. Die im Nachkriegsboom rasch anwachsenden Mittelschichten in den kapitalistischen Kernländern schienen die Realisierung der Parole von "Wohlstand für Alle" möglich zu machen. Jeder könne es in der Marktwirtschaft zumindest zum bescheidenen Wohlstand bringen, wenn er sich nur tüchtig anstrenge – diese Argumentation schien sich für viele Menschen zumindest in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems zu bewahrheiten.

Diese "positive Motivation" ist angesichts der krisenbedingten Erosion der Mittelklassen einer rein negativen Motivationslage gewichen. Es geht nur noch um das Halten des bereits Erreichten, um den beständigen Kampf gegen den sozialen Absturz, der mittels einer forcierten Anpassung an die übermächtigen und widersprüchlichen Sachzwänge geführt wird, die das kriselnde Kapitalverhältnis der gesamten Gesellschaft wie den einzelnen Lohnabhängigen aufbürdet. Mit den zunehmend krasser hervortretenden "Sachzwängen" zerbricht auch die Illusion des mündigen und frei agierenden Bürgers.

Mit dem freien Bürger, der sich in einen auf permanente Selbstoptimierung geeichten Untertan der Deutschland AG wandelt, verschwindet auch der Glaube an die Gestaltungskraft der bürgerlichen Demokratie (siehe: "Weniger Demokratie wagen"). Wenn nur noch die Sachzwänge exekutiert werden müssen, die aus den krisenbedingt eskalierenden Widersprüchen der kollabierenden kapitalistischen Ökonomie resultieren, greifen autoritäre Tendenzen um sich: Die Postdemokratie, in der wir derzeit leben, droht selbst ihrer morschen Fassade verlustig zu gehen. (siehe: "Die Antiquiertheit der Demokratie")

Kapitalismus als Religion des Realen

Die Verheerungen, die etwa Griechenland oder Zypern heimsuchen, der

millionenfache Fall in Elend und Marginalisierung, legen allen binnenkapitalistischen Rationalisierungsversuchen zu Trotz vollkommen offen, dass die Menschen ihre eigene Gesellschaftsformation nicht kontrollieren können, dass sie sich in einem Zustand der Heteronomie gegenüber einer fremden, ihnen zusehends feindlich gegenübertretenden Macht befinden.

Die spätkapitalistische Ideologie nimmt bei ihrem voranschreitenden Zerfall letztendlich Züge eines pseudoreligiösen Kults des Realen. Es ist eine Opfermythologie, bei der das kollabierende und alle Weltregionen verheerende Kapitalverhältnis eine Rolle annimmt, die Götter und Geister in vorchristlicher Zeit innehatten: Es soll mit immer neuen Opfergaben die sehr reale Schuld (die Schulden) der diesem Kapitalverhältnis unterworfenen Menschen mittels Leiden beglichen werden. In dieser Realmetaphysik der Hoffnungslosigkeit sollen immer neue Opfergaben das Wohlwollen dieses sehr realen Götzen erkaufen, der den Menschen – obwohl selbst Produkt der unbewussten Handlungen der Marktsubjekte – wie jene unbeherrschbaren Naturkräfte entgegentritt, die einstmals zur Ausbildung der ersten Naturreligionen führten.

Somit wird in der gegenwärtigen Systemkrise das offenbar, was Walter Benjamin in seinem Fragment "Kapitalismus als Religion" zu fassen versuchte:

» *Der Kapitalismus ist vermutlich der erste Fall eines nicht entsühnenden, sondern verschuldenden Kultus. Hierin steht dieses Religionssystem im Sturz einer ungeheuren Bewegung. Ein ungeheures Schuldbewusstsein, das sich nicht zu entsühnen weiß, greift zum Kultus, um in ihm diese Schuld nicht zu sühnen, sondern universal zu machen, dem Bewusstsein sie einzuhämmern und endlich und vor allem den Gott selbst in diese Schuld einzubegreifen, um endlich ihn selbst an der Entsühnung zu interessieren. ... Es liegt im Wesen dieser religiösen Bewegung, welche der Kapitalismus ist, das Aushalten bis ans Ende, bis an die endliche völlige Verschuldung Gottes, den erreichten Weltzustand der Verzweiflung, auf die gerade noch gehofft wird. Darin liegt das historisch Unerhörte des Kapitalismus, dass Religion nicht mehr Reform des Seins, sondern dessen Zertrümmerung ist. Die Ausweitung der Verzweiflung zum religiösen Weltzustand, aus dem die Heilung zu*

erwarten sei. Gottes Transzendenz ist gefallen. Aber er ist nicht tot, er ist ins Menschenschicksal einbezogen. «

Das Kapital ist unser sehr realer, rachsüchtiger und wutschnaubender Gott. Dies wird in dem historischen Moment offenbar, in dem es an seinen Widersprüchen kollabiert und die gesamte Welt zu zertrümmern droht – das letzte Opfer, dass uns dieser Kultus der Verzweiflung abverlangen wird, ist das Menschenopfer.

2.3 Die Welt als ewige Weltverschwörung

Ein kurzer Exkurs über die Genese und zunehmende Popularität von Verschwörungstheorien in Krisenzeiten.

Seit Herausbildung der Herrschaft des Menschen über den Menschen gibt es Verschwörungen. Sie bilden eine der ältesten Techniken zur Eroberung und Aufrechterhaltung von Macht. Schon die ersten Herrscher von Stadtstaaten im Zweistromland etwa usurpierten oftmals den Thron vermittels einer Verschwörung – und sie lebten in permanenter Angst vor einer gegen sie gerichteten Verschwörung. Folglich spekulierten seit Anbeginn der Herrschaft die Beherrschten über die Ränkespiele am Hofe, über die Absichten der jeweils herrschenden Kaste. Man kann somit sagen, dass diese Spekulation der Untertanen über die Machenschaften am hermetisch abgeschlossenen Hofe, über die Ziele, Strategien und "Verschwörungen" der Herrschenden, so alt ist wie die Herausbildung der städtischen Zivilisation selbst.

Selbstverständlich werden auch in der jüngsten Geschichte – sicher auch in der Gegenwart – Verschwörungen ausgeheckt. Als Beispiel käme etwa der Putsch gegen Salvador Allende 1973 in Frage oder die Verschwörung des 20. Juli 1944, als Wehrmachtoffiziere versuchten, Hitler durch einen Bombenanschlag zu eliminieren. Selbst die Vorarbeiten zur Durchsetzung der Hartz-IV-Reformen in Deutschland oder auch die mit Lügengeschichten forcierte Mobilisierung für den Irak-Krieg nahmen bei bestimmten Machtgruppen und Zirkeln der US-Administration einen verschwörungsartigen Charakter an. Auch heutzutage bemühen sich Menschen, den Machenschaften der Herrschenden auf die Schliche zu kommen. So könnte man etwa die Journalisten, die den Watertgate-Skandal aufdeckten, als Verschwörungstheoretiker bezeichnen, da sie ja im Rahmen ihrer Recherchen tatsächlich eine Theorie dieser Verschwörung aufstellen mussten, um sich anhand der von ihnen ermittelten Indizien der Wahrheit anzunähern.

Mit dieser beim Mainstream-Journalismus längst in Vergessenheit geratenen Aufklärungsarbeit hat aber die rastlose, manische und pathologische Suche nach Verschwörungen, die heutzutage üblicherweise mit dem Begriff des Verschwörungstheoretikers assoziiert wird, nicht viel gemein. Diese Menschen leisten keinerlei Theoriebildung, sie befinden sich im Bann einer Ideologie. Um hier die nötige begriffliche Trennschärfe einzubringen, sollen diejenigen Personen und Gruppen, die von der unaufhörlichen Suche nach Verschwörern und Verschwörungen besessen sind, fortan als Verschwörungsideologen bezeichnet werden.

Der Verschwörungsideologe bemüht sich, hinter allen möglichen gesellschaftlichen Missständen oder auch nur Phänomenen und Entwicklungen (Irak-Krieg, Weltwirtschaftskrise, Schweinegrippeimpfung, 9/11, Jörg Haiders Unfalltod etc.) das Wirken einer Verschwörergruppe aufzudecken; für ihn ist die Welt eine einzige Weltverschwörung. Negative Auswirkungen kapitalistischer Vergesellschaftung – wie Elend oder Krieg – werden auf das böse Treiben einer verschworenen Gruppe böser Menschen zurückgeführt.

Ursprünge des Verschwörungsglaubens

Ihre Ursprünge haben Verschwörungsideologien also mitnichten in dem gesunden Misstrauen, dass beispielsweise der mittelalterliche Bauer seinem Feudalherrn oder dem Pfaffen entgegenbrachte. Der Glaube an das gesellschaftliche Wirken einer allmächtigen Verschwörergruppe bildete sich erst im Zeitalter der Aufklärung, im 18. Jahrhundert, heraus. Noch heutzutage sind die Verschwörungsideologen davon überzeugt, mit ihrem Wirken der "Aufklärung" Vorschub zu leisten. Ironischerweise haben die auch als "Truther" bezeichneten Gruppen und Zusammenhänge damit sogar ein Körnchen Wahrheit erfasst, denn der Verschwörungsglaube bildet tatsächlich einen Teil der "dunklen Seite" des historischen Prozesses der Aufklärung. Zentral in dieser Hinsicht ist die im 17. und 18. Jahrhundert Epoche machende Entdeckung, dass nicht Gott, sondern "die Menschen" ihre Geschichte machen.

»*Seit je hat Aufklärung im umfassendsten Sinn fortschreitenden Denkens das Ziel*

verfolgt, von den Menschen die Furcht zu nehmen und sie als Herren einzusetzen. ... Das Programm der Aufklärung war die Entzauberung der Welt. Sie wollte die Mythen auflösen und Einbildung durch Wissen stürzen.«

So fassten Adorno und Horkheimer in den ersten Sätzen ihrer Dialektik der Aufklärung den Prozess der Aufklärung zusammen. Der Mensch tritt an die Stelle Gottes als Herr seiner Geschichte, seines Lebens, seiner Gesellschaft. Der menschliche Wille tritt an die Stelle der "göttlichen Mächte", die zuvor als Triebfedern gesellschaftlicher Veränderung und natürlicher Ereignisse angesehen wurden.

Sobald Gott nicht mehr als die allumfassende Deutungs- und Rechtfertigungsinstanz der Gesellschaft firmiert, verliert auch die religiöse Konnotation beim Verschwörungswahn ihre Bedeutung – dieser unterliegt einem Prozess der Säkularisierung. Die der Verschwörung bezichtigten Menschen sind nicht mehr mit dem Satan oder Dämonen im Bunde, um eine gottgewollte Ordnung zu erschüttern, sondern mit sich selbst. Hier, im Hexen- und Dämonenwahn, haben die Verschwörungsideologien ihre eigentlichen historischen Wurzeln: Ob es das Wüten der Inquisition in Spanien oder die Hexenverbrennungen der frühen Neuzeit waren, auch hier wurden stets negative Erscheinungen mit dem Wirken bestimmter Menschengruppen in Zusammenhang gebracht. Der große Unterschied zur heutigen Zeit war nur, dass diese Menschen angeblich mit jenseitigen Kräften – dem Teufel oder bösen Geistern – im Bunde zu stehen schienen oder als deren Agenten fungierten.

Die Aufklärung bringt somit auch den modernen Verschwörungsglauben zur Ausformung. Tatsächlich waren die ersten Objekte einer Verschwörungstheorie erklärte Aufklärungsfeinde. Im späten 17. und frühen 18. Jahrhundert war insbesondere im angelsächsischen Raum und unter französischen Aufklärern die Vorstellung einer allgegenwärtigen jesuitischen Verschwörung weit verbreitet. Eine ihrem Wahnbild adäquate, recht amüsante literarische Ausgestaltung fand diese erste aller Weltverschwörungfantasien beispielsweise in dem Roman "Mason and Dixon" des amerikanischen Schriftstellers Thomas Pynchon.

Da aber im Verlauf des Aufklärungsprozesses die gesamte Welt "entzaubert" wird, tritt nicht nur der menschliche Wille an die Stelle des Wirkens göttlicher oder dämonischer Kräfte; auch das Verständnis der Gesellschaft unterliegt einem Prozess der Säkularisierung. Das Bürgertum als Träger des Aufklärungsprozesses propagiert die Errichtung einer Gesellschaftsformation, die gemäß einer "naturgemäßen Ordnung" eingerichtet ist. Der sich in der frühen Neuzeit ausprägende Kapitalismus wird von der Aufklärung als eine natürliche, dem menschlichen Wesen adäquate Gesellschaft aufgefasst. Die Aufklärung fungierte ja innerhalb des konkreten historischen Emanzipationsprozesses des Bürgertums auch als ideologische Waffe im Kampf gegen die Privilegien des Adels.

Ein Naturrecht, die daraus abgeleiteten "natürlichen", unteilbaren Menschenrechte, die Gleichheit vor dem Gesetz und die Vertragsfreiheit ließen die auf Adelsprivilegien fußende spätfeudale Gesellschaftsformation als "widernatürlich" erscheinen. Die vernünftige Einrichtung der Gesellschaft ist laut dem bürgerlichen Aufklärungsbegriff immer die naturgemäße Einrichtung der Gesellschaft. Ein konkreter historischer Entwicklungsabschnitt menschlicher Geschichte – der Kapitalismus – wird von der bürgerlichen Aufklärung im Rahmen eines konkreten historischen Klassenkampfes zu einer naturgemäßen Voraussetzung menschlicher Existenz schlechthin erklärt.

Laut der bürgerlichen Aufklärung gibt es folglich nur noch den menschlichen Willen und die "natürliche Ordnung" als festen Bezugsrahmen zur Deutung gesellschaftlicher Phänomene. Nur noch der Wille des Menschen und Naturkräfte scheinen an der Ausformung unserer Welt beteiligt zu sein. Somit wäre die Welt von jeglichem Aberglauben befreit. "Aber die vollends aufgeklärte Erde strahlt im Zeichen triumphalen Unheils", um den letzten Satz aus dem ersten Absatz der Dialektik der Aufklärung zu zitieren. Unsere "natürlich" und folglich "vernunftgemäß" eingerichtete Welt ist trotzdem voller Widersprüche: voller Krieg, Tod, Elend und Hunger. Da übernatürliche Instanzen als Verursacher dieser ungeheuren Verwerfungen nicht mehr in Betracht kommen, kann der Verschwörungsideologe nur noch nach einer Gruppe von Menschen suchen, deren böser Wille für die Störung unserer "naturgemäß" und "vernünftig" eingerichteten

Welt verantwortlich sein soll.

Die Verschwörungsideologen wollen seit der Neuzeit, durchaus zu Recht, hinter die Institutionen und gesellschaftlichen Phänomene blicken, die sie nicht verstehen. Sie hintertreiben diesen ersten Impuls aber dadurch, dass sie sich dieses "Dahinter" doch nur wieder in konkreten Personen, "Strippenziehern" und mächtigen Gruppen vorstellen können, die sie aus der Welt der gegebenen Institutionen bereits kennen. Die Verschwörungsideologen wollen eine "Politik hinter der Politik" demaskieren, die von verschworenen Zirkeln betrieben werden soll. Folglich waren es zumeist Mitglieder von Geheimgesellschaften – wie der Freumaurer und vor allem der bereits 1785 zerschlagenen, radikaldemokratischen Illuminati -, die dieses Wahnbild einer Schicht von tatsächlich Herrschenden "hinter" den Herrschern ausfüllten. Schon 1798 stellten reaktionäre Kreise beispielsweise die These auf, dass die Illuminati entscheidend an der Organisation und Durchführung der französischen Revolution beteiligt waren.

Die Verschwörungsideologie bildet sich zwangsläufig aus dem bürgerlichen Verständnis von Aufklärung heraus. Unsere Verschwörungsideologen haben also durchaus in gewisser Weise Recht, wenn sie behaupten, mit ihren paranoiden Wahnvorstellungen "Aufklärung" zu betreiben – der Verschwörungsglaube, der dem Aufklärungsprozess einem dunklen Schatten gleich folgt, entspringt dem verkürzten bürgerlichen Aufklärungsbegriff, der die bürgerliche Gesellschaftsformation in den Rang eines Naturphänomens erhebt.

Der erste Schritt zur Überwindung des Verschwörungsdenkens besteht folglich darin, unsere Gesellschaftsformation nicht mehr als ein natürliches Phänomen anzusehen. Nur wenn der Kapitalismus nicht mehr als stumme Voraussetzung unserer Existenz und jedweder Denkbewegung fungiert, nur wenn unsere Gesellschaft als historisch, veränderbar und überwindbar aufgefasst wird, kann die Verschwörung als bloßes Oberflächenphänomen einer unser Leben bestimmenden, widersprüchlichen Dynamik der Kapitalakkumulation begriffen werden.

Wie sieht diese angeblich so "natürliche" Ordnung aus, in der wir zu leben genötigt sind und deren Grundstruktur so gut wie niemals Gegenstand – aber immer

Grundvoraussetzung – öffentlicher Diskussion ist?

Vermittlungsebenen kapitalistischer Herrschaft

Herrschaft und Unterdrückung kommen im Kapitalismus vermittelt, also indirekt, zum Ausdruck. Sie sind nicht unmittelbar erfahrbar. Die erste Vermittlungsebene bildet natürlich der Markt. Ein jeder von uns muss etwas auf dem Markte anbieten, um sich selbst reproduzieren zu können. Da die meisten von uns über keine Produktionsmittel verfügen, müssen wir uns selbst – unsere Fähigkeit zu arbeiten – auf dem Arbeitsmarkt anbieten. Dem ersten Augenschein nach ist es aber nicht ersichtlich, wie der vermittels Mehrarbeit dem Lohnabhängigen abgepresste Mehrwert vom Kapital realisiert wird. Den meisten Lohnabhängigen ist gar nicht bewusst, dass die von ihnen geleistete Arbeit die Substanz des Kapitals bildet und dass sie an einem Arbeitstag weit mehr Wert erarbeiten, als ihr Lohn wert ist. Der Schein ist ein ganz anderer: Der Lohnabhängige arbeitet und erhält hierfür einen Lohn – mehr ist unmittelbar nicht ersichtlich, die Ausbeutung verschwindet hinter dem Schleier eines (Arbeits-)Vertrages unter scheinbar gleichen Vertragsparteien. Ausgeblendet bleibt hierbei die fundamentale klassenmäßige Aufspaltung der kapitalistischen Gesellschaft in die Besitzer von Produktionsmitteln (von Fabriken und sonstigen Unternehmen) und in Lohnabhängige.

Weitere Vermittlungsebenen bilden natürlich die Politik und das durch sie geformte Rechtssystem. Die Rolle des Staates als "ideeller Gesamtkapitalist" (Friedrich Engels) und die Funktion des Rechts als objektiviertes System von Regeln zur Aufrechterhaltung der Klassenherrschaft verschwinden ebenfalls hinter dem von der bürgerlichen Aufklärung propagierten Prinzip der "Gleichheit vor dem Gesetz" wie unter einer Unmenge weiterer ideologischer Apologien. Doch es ist gerade diese abstrakte "Gleichheit" höchst ungleicher Subjekte – vom Tagelöhner bis zum multinationalen Konzern -, die den rechtlich fundierten Kern kapitalistischer Herrschaft bildet. Der gesamte Rechtsstaat fußt ja auf dem Prinzip, alle Personen ohne Ansehen ihrer gesellschaftlichen Stellung gleich zu behandeln. In gewissem Sinne stimmt das ja auch: Der Schutz des Privateigentums gilt gleichermaßen für den Obdachlosen wie für den Milliardär. Diese formelle "Gleichheit der Ungleichen" bildet somit auch einen Teil des ideologischen Fundaments des

Kapitalismus – und sie ist ja auch Auswuchs der dem bürgerlichen Aufklärungsbegriff innewohnenden Vorstellung von Menschenrechten.

Im Alltag sind diese Vermittlungsebenen von Markt, Politik und Recht als objektive "Spielregeln" erfahrbar, die für gewöhnlich nicht mehr hinterfragt werden. Diese Spielregeln nehmen den Charakter von Naturgesetzen, von Sachzwängen – also von Zwängen, die durch Sachen/Dinge ausgeübt werden – an. Uns allen dürfte noch die entsprechende Sachzwang-Argumentation in den Medien während der Durchsetzung der Hartz-IV-Gesetze bekannt sein. Der Verschwörungsideologe geht nun davon aus, dass die von ihm halluzinierte Verschwörergruppe ihre dunklen Ziele durch die Umgehung und Überschreitung dieser objektiven Spielregeln erreicht, während es gerade diese Spielregeln selber sind, die die vermittelte Struktur kapitalistischer Herrschaft und Ausbeutung bilden.

Der Unterschied zwischen der ideologischen Erscheinung einerseits und der Realität unserer Gesellschaft anderseits ist also fundamental. Die Eigenbewegung des gesamten Medienapparates führt zudem in eine ideologische Richtung, die den wahren Charakter unserer Produktionsweise verschleiert. Laut offizieller Ideologie handelt es sich beim Kapitalismus um eine demokratische Gesellschaft, in der alle Bürger frei sind und dieselben Rechte genießen. Viele Menschen spüren aber, dass dieses offizielle Bild irgendwie nicht mit der Realität übereinstimmt. Dies gilt insbesondere für die Politik mit ihren für die Öffentlichkeit bestimmten Ritualen und den tatsächlich unter Ausschluss der Öffentlichkeit ablaufenden Entscheidungsprozessen, in denen sich zumeist das Kapitalinteresse durchsetzt, solange dies das Fortbestehen des Gesamtsystems nicht gefährdet – hier, an dieser Funktion des Staates als "ideeller Gesamtkapitalist", setzen die meisten Verschwörungsphantasien an.

Da öffentliche Darstellung und tatsächliche Machtausübung in der bürgerlichen Politik auseinanderfallen, kann hier die Fantasie des Verschwörungsideologen sich voll entfalten. Dieser vermittelte und verschleierte Charakter kapitalistischer Herrschaft stellt somit einen enormen Gegensatz zum Mittelalter dar, wo der Bauer von konkret erfahrbaren und greifbaren Menschen, vom Feudalherrn oder Pfaffen, vermittels Feuer und Schwert zur Abgabe des Zehnten oder zur Fronarbeit genötigt

wurde. Im Mittelalter wurde diese Ständegesellschaft ja ganz offen als göttliche Ordnung legitimiert.

Wer "herrscht" im Kapitalismus?

Der Verschwörungsideologe ahnt nun ganz richtig, dass die offizielle Selbstdarstellung kapitalistischer Herrschaft, dass der Augenschein unser demokratischen Gesellschaft trügt. Er macht hierfür die Umtriebe einer wie auch immer definierten Clique von Verschwörern verantwortlich – und nicht die dargelegte, von Vermittlungsebenen charakterisierte Struktur des kapitalistischen Systems. Wir können auch sagen, der Verschwörungsideologe macht einen Schritt in die richtige Richtung, um hiernach wieder zwei Schritte zurück zu tun in ideologische Verblendung.

Wer "herrscht" aber im Kapitalismus? Die Antwort ist so simpel wie auch komplex: das Kapital. Es ist gerade dies abstrakte, nicht handgreiflich fassbare Wesen des Kapitals selber, das dieses Beharren des Verschwörungsideologen auf handgreifliche Sündenböcke befördert. Wir können niemandem das Kapital zeigen, da sich hierbei um einen gesellschaftlichen Prozess, um ein Produktionsverhältnis handelt, das über uns herrscht und das letztendlich wir selber alltäglich "erarbeiten".

Wir können nur Momente, Transformationsformen der Kapitalreproduktion sinnlich erfahren: das Geld, die Maschinerie in der Fabrik, den Arbeiter am Fließband oder den Angestellten im Büro. Dies alles sind Momente des beständigen Formwechsels des Kapitals in seinem Reproduktionskreislauf. Das Kapital ist aber nur aus seinem Akkumulationsprozess heraus zu verstehen. Dies ist die uferlose, auf permanente Expansion angelegte Bewegung von Geld, das vermittels Investitionen in Waren, Arbeitskräfte und Produktionsmittel zu mehr Geld werden soll. Geld-Ware-Mehr Geld (G-W-G′): Ein in solch permanent anschwellendem Kreislauf befindliches Geld ist Kapital.

Zentrale Bedeutung kommt hier der menschlichen Arbeit zu. Denn sie ist die einzige Ware, die mehr Wert schafft, als sie selber wert ist. Wir "erarbeiten" uns unsere eigene Unterdrückung. Je mehr wir als Lohnarbeiter leisten, desto größer die

Profite der Unternehmen, desto schneller schreitet die längst alle Gesellschaftsbereiche und Weltregionen erfassende Kapitalexpansion voran. Gesamtgesellschaftlich betrachtet läuft die Kapitalakkumulation als ein eigenständiger, von der eigenen Dynamik der höchstmöglichen Profitmaximierung getriebener Prozess ab, der von niemandem gesteuert wird, weil alle Menschen Geld verdienen müssen, um leben zu können. Den Prozess als solchen hat niemand auf der Rechnung. Diese Tatsache eines blinden, gesamtgesellschaftlichen Prozesses, den die Menschen erzeugen und dem sie zugleich unterliegen, relativiert die Erkenntnis der Aufklärung, wonach "Menschen ihre Geschichte" machen – sie "machen" sie nicht bewusst, sondern sind diesem durch ihr Handeln erzeugten Prozess ohnmächtig ausgeliefert. Alle, selbst die mächtigsten Akteure der Gesellschaft, sind dem eisernen Gesetz der Kapitalreproduktion unterworfen – selbst mächtige Kapitalisten fungieren ja nur als "Charaktermasken" (Karl Marx) ihrer ökonomischen Funktion.

Niemand steht da im Irgendwo versteckt "hinter den Kulissen", um die Fäden des gesamten Systems zu ziehen. Das kapitalistische System als solches, konkret der besagte Prozess der Kapitalakkumulation, ist das Problem. Selbst die kapitalistischen Eliten in Politik und Wirtschaft bemühen sich mehr schlecht als recht, diesen krisengeschüttelten Prozess der Kapitalakkumulation aufrechtzuerhalten, zu optimieren und zu lenken. Der amerikanische Ökonom und Marxist Paul Sweezy prägte für dieses Verhältnis von kapitalistischer Elite und kapitalistischer Krisendynamik die Metapher des Mannes, der einen Tiger zu reiten versucht. Selbst der größte Kapitalist ist nur ein Getriebener des Kapitals, der "bei Strafe seines eigenen Untergangs" (Marx) den Spielregeln der Profitmaximierung gehorchen muss.

Somit ist klar, dass es die objektive Struktur des Kapitalismus selbst ist, die dem um Erkenntnis bemühten Betrachter enorme Hindernisse in den Weg legt. Ausbeutung und Herrschaft funktionieren im Kapitalismus vermittelt, indirekt. Diese Vermittlungsebenen bestehen aus dem Markt, der Politik und dem Rechtssystem. Es ist nun auch klar, dass wir eher fragen müssen, "Was" – und nicht "Wer" – im Kapitalismus herrscht: Es ist dies der uferlose, widersprüchliche und

potenziell selbstzerstörerische Prozess der ewigen Kapitalakkumulation, also ein gesellschaftliches Verhältnis, ein Produktionsverhältnis, das – obwohl durch die Handlungen von Menschen konstituiert – ein "Eigenleben", eine eigene Dynamik entwickelt. Marx wählte für die Charakterisierung dieses Prozesses der Kapitalakkumulation die widersprüchliche Begrifflichkeit des "automatischen Subjekts". Das Kapital ist seinem Wesen nach ein abstrakter Prozess, der direkt nicht sinnlich erfahrbar ist.

Der Verschwörungsideologe nimmt nun durchaus tatsächlich ablaufende Verschwörungen innerhalb der herrschenden Klasse aus Politik und Wirtschaft wahr, die im Rahmen der dargelegten Bemühungen zur Optimierung, Aufrechterhaltung oder Lenkung des – blind ablaufenden und von der eigengesetzlichen Dynamik der höchstmöglichen Verwertung getriebenen – Prozesses der Kapitalakkumulation umgesetzt werden. Selbstverständlich nahmen etwa die Operationen, die zur Durchsetzung der Hartz-IV-Gesetze von der herrschenden Klasse eingeleitet wurden, den Charakter einer Verschwörung an. Ähnliches ließe sich über die Vorbereitungen der Kriege gegen Jugoslawien oder den Irak sagen. Der Verschwörungsideologe sieht nur hinter diesen im Rahmen der bekannten Institutionen stattfindenden Verschwörungen eine weitere, diesmal halluzinierte Verschwörung. Ihm ist es nicht möglich, Hartz IV oder den Irakkrieg als Aktionen zu begreifen, die sich aus der Eigengesetzlichkeit eines abstrakten Produktionsverhältnisses – also der Kapitalakkumulation – ergeben. Niedrigere Lohnkosten, zu deren Durchsetzung Hartz IV beitrug, lassen selbstverständlich die Profite des Kapitals kurzfristig explodieren (und langfristig die Kaufkraft sinken). Kriege, wie der in Irak, werden zumeist zur Sicherung von Rohstoffen, die für die Kapitalakkumulation unabdingbar sind, geführt.

Statt solcher Erklärungen braucht es für den Verschwörungsideologen immer eine Gruppe von konkreten, handgreiflich fassbaren Menschen oder Institutionen, die irgendwo im Hintergrund die Fäden ziehend an allen möglichen negativen Auswirkungen kapitalistischer Vergesellschaftung schuld sein sollen. Ob es nun Ackermann ist oder Bertelsmann – sie werden vom Verschwörungsideologen nicht aufgrund ihrer Funktion innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft kritisiert (die

auch von anderen Personen oder Institutionen ausgeübt werden könnte), sondern moralisch: als bösartige Agenten einer hinter den Kulissen ablaufenden, bloßem Augenschein nicht zugänglichen Verschwörung.

Das heißt natürlich nicht, dass man die Verantwortlichen für diese Politik nicht politisch bekämpfen kann. Es sollte aber nicht die Illusion aufkommen, dass mit dem Verschwinden der betreffenden Personen oder Institutionen – ob Ackermann oder Bertelsmann-Stiftung – die Ursachen der beklagten Fehlentwicklungen (finanzmarktgetriebener Kapitalismus, Demokratie- und Sozialabbau, Militarisierung etc.) beseitigt wären. Nur die Überwindung der dargelegten gesellschaftlichen Verhältnisse, der Produktions- und insbesondere Eigentumsverhältnisse, kann tatsächlich die auch vom Verschwörungsideologen beklagten Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung in Geschichte überführen.

Das kapitalistische System selbst wird von dem Verschwörungsideologen gar nicht als solches reflektiert. Es hat den Anschein, als sei es in seinem Bewusstsein längst zu einer ewigen Naturvoraussetzung menschlicher Existenz sedimentiert – ganz im Sinne des verkürzten bürgerlichen Aufklärungsbegriffs. Eine uralte Oberflächenerscheinung der Machtausübung, die Verschwörung, wird zum geheimen Urgrund sämtlicher negativer Auswirkungen des Kapitalismus erklärt. Der Verschwörungsideologe sieht folglich in dem Windmühlenkampf gegen die "Politik hinter der Politik" seine primäre Aufgabe. Die Widersprüche des abstrakten, sinnlich nicht direkt wahrnehmbaren Prozesses der Kapitalreproduktion werden personifiziert gedacht als die Machenschaften von Verschwörern. Die Auswirkungen abstrakter gesellschaftlicher Prozesse werden so in der Verschwörungsideologie zu der Eigenschaft von Personen oder Dingen.

Verschwörungsideologie und Krise

Es stellt sich nun die Frage, weshalb dieses ideologisch verzerrte Bild des Kapitalismus – vor allem in Krisenzeiten – so dermaßen populär ist. Derzeit ist es die längst zu einer penetranten Religionsgemeinschaft mutierte "Bewegung 9/11", der die bereits hinlänglich bekannte und aufgedeckte Verschwörung im Vorfeld des

Terrorangriffs auf das World Trade Center als Erklärung nicht ausreicht. Hinzu gesellen sich neuerdings debile Verschwörungstheorien, die die Weltwirtschaftskrise als Folge einer Verschwörung des "angelsächsischen Finanzkapitals" halluzinieren. Wie könnte es auch anders sein, wenn die gesamte Welt nur als Folge einer Weltverschwörung wahrgenommen wird? Dann müssten ja auch die Krisen – da die krisenhafte, aus der Kapitalakkumulation resultierende Eigendynamik des kapitalistischen Systems nicht wahrgenommen wird – auf das Wirken einer mächtigen Verschwörerclique zurückzuführen sein.

In Krisenzeiten scheint es dem Verschwörungsideologen folglich so, als würden die Verschwörer ihre Aktivitäten ausweiten und kurz vor dem Erreichen ihrer finsteren Ziele (zumeist der Weltherrschaft) stehen. Der Verschwörungsideologe intensiviert dementsprechend seinen Windmühlenkampf gegen diese Verschwörer, und seine Aktivitäten beginnen pathologisch-paranoide Züge anzunehmen. Überall werden Agenten der Verschwörung vermutet, die dem als Aufklärer sich imaginierenden Verschwörungsideologen auflauern. Alle Zweifler und Skeptiker, die den Verschwörungsideologen auf den offensichtlichen Irrsinn seiner Wahnvorstellungen aufmerksam machen (wie die simple Tatsache, dass eine hinter dem Anschlag auf das World Trade Center steckende Regierungsverschwörung Tausende von Menschen hätte einbeziehen müssen), werden oftmals als Agenten der Weltverschwörung halluziniert.

Solche verschwörungideologischen Welterklärungen können sich sehr schnell verbreiten. Gerade in Krisenzeiten, wenn viele vorher apolitische und theoretisch unerfahrene Menschen nach den Ursachen der auf ihr persönliches Leben sich auswirkenden Verwerfungen fragen, üben solche primitiven Erklärungsmuster, die die Krisentendenzen des Kapitalismus auf das böse Wirken einer Gruppe böser Menschen reduzieren, eine ungeheure Faszination aus. Dies erspart dem Verschwörungsideologen das Denken, die mühsame Erkenntnis der gesellschaftlichen Struktur, der inneren Antriebsdynamik und der Vermittlungsebenen kapitalistischer Herrschaft.

Die "Neue Weltordnung" ist für den Verschwörungsideologen also das Resultat des Strippenziehens einer Gruppe von einflussreichen Verschwörern, anstatt als

Ergebnis der prozessualen Entwicklung der dem Kapitalismus innewohnenden Widersprüche begriffen zu werden. Die meisten politischen Verschwörungen, die es zweifellos gibt, sind nur aus dieser destruktiven Dynamik, die dem kapitalistischen System innewohnt, zu erklären. Letztendlich ist es der Drang des Kapitals nach permanenter Expansion und die dafür notwendige Jagd nach Rohstoffen, die die imperialen Mächte zu ihren blutigen Abenteuern treiben. Die Verschwörungen von Regierungsmitgliedern und Industriellen, die teilweise solchen Kriegen vorangehen, sind nur Folge – und nicht Ursache! – dieses besagten gesellschaftlichen Verhältnisses. Es ist ein System, das selbst die mächtigsten Akteure – selbst einen George Bush, Rupert Murdoch oder George Soros – zu Getriebenen macht. Bei Strafe ihres eigenen ökonomischen Untergangs haben sie gemäß der gleichen Systemlogik der Kapitalverwertung zu agieren. Solange es den Kapitalismus gibt, wird es solche Verschwörungen geben.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass den Verschwörungsideologen das Bewusstsein vom historischen Charakter unserer Gesellschaftsformationen fehlt. Der Kapitalismus ist eine blinde Voraussetzung ihrer Ideologie und ist folglich auch nicht Gegenstand ihrer Betrachtungen. Die aus dem widersprüchlichen Charakter der Kapitalakkumulation resultierenden gesellschaftlichen Verwerfungen werden hingegen – in der Tradition des verkürzten bürgerlichen Aufklärungsbegriffs – auf den bösen Willen einer Gruppe böser Menschen, also einer Verschwörerclique, zurückgeführt.

Nun dürfte auch die eingangs vorgenommene und zur Diskussion gestellte begriffliche Scheidung zwischen Verschwörungstheoretikern und Verschwörungsideologen klar werden: Auf den ersten Blick scheint es tatsächlich so, als ob ein Verschwörungsideologe "Aufklärung" betreiben würde, da es ja tatsächlich auch in unserer Zeit an Verschwörungen nicht mangelt. Und schließlich können Verschwörungsideologen echte Verschwörungen aufdecken. Auch ein ideologisch verblendetes Huhn findet mal ein Körnchen Wahrheit. Dennoch – bei aller oberflächlichen Ähnlichkeit – hat das Treiben der Verschwörungsideologen nichts mit echter, dem Erkennen unserer Gesellschaftsstruktur dienender Aufklärung zu tun. Einem der Erkenntnis der gesellschaftlichen Zusammenhänge

verpflichteten Verschwörungstheoretiker dient eine aufgedeckte Verschwörung vor allem zur Illustrierung der dem Kapitalismus innewohnenden Antagonismen, die aus seiner Struktur als Klassengesellschaft – und der widerspruchsvollen Dynamik der Kapitalakkumulation – resultieren. Eine aufgedeckte Verschwörung dient dem Verschwörungstheoretiker folglich dazu, anhand dieses konkreten Beispiels die Notwendigkeit der Überwindung unserer kapitalistischen Produktionsweise aufzuzeigen, die eben mit gesetzmäßiger Zwangsläufigkeit Krisen, Kriege und auch Verschwörungen hervorbringt.

Der Verschwörungsideologe sieht hingegen in jeder aufgedeckten Verschwörung nur einen weiteren Ansporn, nach dem nächsten Komplott zu suchen. Mit jeder aufgedeckten Intrige verfestigt sich bei ihm seine Wahnvorstellung, der zufolge es da eine oberste aller Verschwörungen gibt, welche hinter den Kulissen alle Strippen zieht und die Geschicke der Welt lenkt. Für ihn bleibt die Welt eine einzige Weltverschwörung. Dieses Denken ist höchst gefährlich. Die Erlösung aus diesem paranoiden Wahnsystem scheint dem Verschwörungsideologen nur in der Auslöschung der Gruppe möglich, die er der Verschwörung bezichtigt.

Es muss hier aber auch in aller Deutlichkeit abschließend festgehalten werden, dass man den Verschwörungsglauben nicht automatisch als Faschismus bezeichnen darf. Viele Verschwörungsideologen haben eher ein progressives, fortschrittliches Selbstbild. Sie sehen sich als Kämpfer gegen eine verschwörerische Machtelite, die mittels einer verbrecherischen Politik die Welt zu beherrschen trachtet. Dennoch muss auf die strukturellen Übereinstimmungen des Verschwörungsglaubens mit der faschistischen Ideologie hingewiesen werden: Es waren insbesondere die Nazis, die konsequent die kapitalistische Welt als eine einzige Weltverschwörung wahrnahmen. All die ungeheuren Widersprüche kapitalistischer Vergesellschaftung, ihre Krisenanfälligkeit und die ungeheure Verelendung breitester Bevölkerungsschichten während der letzten Weltwirtschaftskrise wurden auf das bösartige und gesellschaftszersetzende Wirken einer verschworenen Gruppe von Menschen – in diesem Fall der Juden – zurückgeführt. Das jeglicher menschlichen Eigenschaft entkleidete antisemitische Wahnbild "des Juden" fungierte hier als die Personifizierung aller negativen Auswirkungen kapitalistischer

Vergesellschaftung.

Dies ist das genaue Gegenteil linker, antikapitalistischer Theoriebildung und Praxis, die ja gerade auf die Erkenntnis und Überwindung der kapitalistischen Produktionsverhältnisse abzielt – und sich nicht in der fiebrig-wahnhaften Suche nach irgendwelchen Sündenböcken verliert.

2.4 In der Krise wächst der Hass

Antiziganismus in Südosteuropa.

Die Roma Südosteuropas bilden eine marginalisierte und in der westlichen Öffentlichkeit zumeist ignorierte Minderheit, deren von bitterster Armut geprägtes Dasein nur bei Ausbruch der sporadisch aufflackernden antiziganischen Pogrome kurz in den Fokus der Massenmedien gerät. Größere Roma-Minderheiten leben in Tschechien, der Slowakei, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und in etlichen Nachfolgestaaten des ehemaligen Jugoslawien. In etlichen dieser südosteuropäischen Länder sehen sich die Roma seit Krisenausbruch einer rasch zunehmenden Feindschaft der Mehrheitsbevölkerung ausgesetzt, die mitunter von rechtsextremen Parteien erfolgreich geschürt und instrumentalisiert wird.

In Nordböhmen etwa haben faschistische Gruppierungen äußerst erfolgreich weite Kreise der einheimischen Bevölkerung gegen Roma mobilisiert, die in diese strukturschwache Region aufgrund des dort herrschenden niedrigen Mietniveaus abgedrängt werden. 2011 fanden in der Region des Schluckenauer Zipfels pogromartige Massenkundgebungen gegen die als "Zigeuner" verunglimpfe Minderheit statt. Eine Discoschlägerei, an der Roma beteiligt gewesen sein sollen, reichte aus, um den Mob zu mobilisieren, der nur von Polizeikräften vor der Stürmung von Roma-Häusern abgehalten werden konnte. In der nordböhmischen Stadt Varnsdorf nehmen gewöhnliche Bürger gemeinsam mit Neonazis an Kundgebungen teil, auf denen "Zigeuner ins Gas!" oder "Zigeuner ab zur Arbeit!" skandiert wurde

Der Erfolg der größten faschistischen Gruppierung Südosteuropas, der ungarischen Partei Jobbik, beruht größtenteils auf der hemmungslosen antiziganischen Hetzkampagne. Jobbik ließ seine paramilitärische Formation, die sogenannte Ungarische Garde, in den Roma-Gettos Ungarns aufmarschieren, um gegen angebliche "Zigeunerkriminalität" zu protestieren. Die ungarischen Faschisten warfen sich hierbei in die Pose der Beschützer der Ungarn, die dem Treiben der

Roma mit starker Hand Einhalt gebieten würden. Inzwischen ist eine Fülle lokal organisierter Nazigruppen in die Rolle der verbotenen Ungarischen Garde geschlüpft, wie etwa bei den Auseinandersetzungen in der ungarischen Ortschaft Gyöngyöspata im Frühjahr 2011, wo Nazimilizen wochenlang die Roma-Minderheit terrorisieren konnten - bis sich die Staatsmacht aufgrund internationalen Drucks endlich bemüht sah zu intervenieren. Die Ernte des antiziganischen Hasses konnte Jobbik dann im Juni einfahren, als der Kandidat dieser Nazipartei bei den Bürgermeisterwahlen in Gyöngyöspata den Sieg errang.

Ende September 2011 wurde dann Bulgarien von einer Pogromwelle gegen die Roma erfasst, nachdem ein Mitglied eines Roma-Clans in einem tödlichen Autounfall mit anschließender Fahrerflucht im südbulgarischen Katuniza verwickelt war. Anschließend brannte ein um rechtsextreme Fußballhooligans verstärkter Mob etliche Roma-Häuser in Katuniza nieder, während landesweit gegen die "Zigeuner" Demonstrationen organisiert wurden. In den folgenden Nächten lieferten sich faschistische Banden in etlichen Städten Bulgariens Auseinandersetzungen mit Sicherheitskräften, als die Faschisten etliche Romaviertel zu stürmen versuchten. In Bulgarien, wo laut Amnesty International die Behörden immer wieder Romafamilien aus ihren Häusern vertreiben, schürt insbesondere die rechtsextreme Partei Ataka den Hass gegen die Roma.

Gemeinsam ist diesem an Intensität zunehmenden Antiziganismus die Darstellung der Roma als kriminell und arbeitsscheu. Die Zigeunerhasser sehen ihren Hass aufgrund des Verhaltens der Roma wohlbegründet, die sich "nicht einfügen" würden in die kapitalistische Arbeitsgesellschaft und anstatt "ehrlicher Arbeit" nachzugehen, lieber kriminell würden. Der "Zigeuner" wird hierbei zum "arbeitsscheuen Parasiten" ideologisiert, der vermittels seiner kriminellen Energie auf Kosten der Mehrheitsbevölkerung leben würde. Je nach ihrer ideologischen Grundierung sehen die Zigeunerhasser die Ursachen dieser halluzinierten Merkmale der Roma - der vorgeblichen Arbeitsscheu wie der kriminellen Energie - entweder in ihrer kulturellen der Prägung, oder in ihren rassischen Eigenschaften begründet.

Der engagierte Rassist vergisst auch zumeist nicht, die Empirie zur Unterfütterung

seiner Hasstriaden in Beschlag zu nehmen: Die Arbeitslosenquote unter den Roma liegt in den meisten Ländern Südosteuropas weit jenseits der 50-Prozent-Marke. Und tatsächlich scheinen auch Roma oftmals überdurchschnittlich oft in den Kriminalitätsstatistiken Erwähnung zu finden, wobei hier vor allem Straftaten aus dem Bereich der Klein- und Elendskriminalität den Roma zugeschrieben werden. Die antiziganischen Stereotype vom "arbeitsscheuen und kriminellen Zigeuner" scheinen somit für den Zigeunerhasser in der Gegenwart ihre Bestätigung zu finden.

Inzwischen werden die Roma mit dem Stereotyp des prinzipiell arbeitsunfähigen Zigeuners belegt, der somit eine Art negatives Gegenbild zur kapitalistischen Arbeitsgesellschaft darstellt. Das zentrale antiziganische Ideologem der "ehrlichen Lohnarbeit" kommt auch in dem brutalen Zwangsarbeitsregime zum Ausdruck, dem die arbeitslosen Roma in Ungarn unterworfen wurden - die ungarischen Zwangsarbeiter werden bewusst zu letztendlich überflüssiger schwerer körperlicher Arbeit genötigt, obwohl diese in einem Bruchteil der Zeit auch mit Hilfe von Maschinen verrichtet werden könnte.

Diese antiziganischen Wahnbilder des "ewigen arbeitsscheuen Zigeuners" können selbstverständlich nur unter Ausblendung der historischen Gegebenheiten in allen ehemals sozialistischen Gesellschaften aufrechterhalten werden: Die Roma haben während des real existierenden Sozialismus selbstverständlich ebenfalls arbeiten müssen. In vielen sozialistischen Ländern waren Roma als Landarbeiter oder als ungelernte Hilfskräfte in der Industrieproduktion tätig. Die Roma waren also in der sozialistischen Arbeitsgesellschaft integriert, obwohl sie zumeist einfache Tätigkeiten ausübten, die keine größeren Qualifikationen erforderten. Die hysterische Angst vor "Zigeunerkriminalität" spielte bis 1989 in Südosteuropa ebenfalls keine Rolle. Gut zwei Jahrzehnte reichten somit aus, um eine rassistische Ideologie erneut zum Vorschein zu bringen, die den im Sozialismus proletarisierten Roma eine prinzipielle Arbeitsunfähigkeit andichtet.

Die wahren Ursachen für die enorme Arbeitslosigkeit unter den Roma Osteuropas lassen sich einerseits in der marginalen Integration der Roma im real existierenden Sozialismus verorten, wo es kaum nennenswerte Bemühungen gab, den

Bildungsstand und die beruflichen Qualifikationen der "Zigeuner" zu heben. Die Roma blieben vornehmlich in gerade den - auf der Verrichtung einfacher Arbeiten beruhenden - Tätigkeitsfeldern beschäftigt, die nach der Systemtransformation massenweise verschwanden. In Ungarn arbeiteten etwa viele Roma in den riesigen Industriekombinaten im Osten des Landes, die nach der Wende reihenweise zusammenbrachen. Neben den verheerenden Folgen der Deindustrialisierung Osteuropas im Zuge der Systemtransformation, von denen Roma besonders betroffen waren, führte auch ein genereller Trend zur Rationalisierung einfacher Tätigkeiten zu der hohen Arbeitslosigkeit innerhalb dieser Minderheit. Hierin gleichen die Roma Südosteuropas durchaus den ehemaligen "Gastarbeitern" in der BRD, die ja ebenfalls von einem Thilo Sarrazin für genetisch minderwertig und leistungsunwillig erklärt werden, nachdem die Tätigkeitsfelder größtenteils wegrationalisiert wurden, in denen sie arbeiteten.

Doch es ist hauptsächlich der Antiziganismus selber, der eine Integration der Roma in die kapitalistische Arbeitsgesellschaft verhindert. Die Roma in Ungarn etwa sehen sich mit einer "regelrechten Apartheidgesellschaft konfrontiert", in der sie kaum Chancen auf Arbeitsplätze hätten, erklärte die deutsch-ungarisch Publizistin Magdalena Marsovszky. Die Roma in Osteuropa kriegen somit zuerst die Folgen der Krise der Arbeitsgesellschaft zu spüren - sie werden als Erste gefeuert und als Letzte angestellt. Überdies sind die Roma besonders häufig von den Sozialkürzungen in der Region betroffen, die wiederum die Elendskriminalität innerhalb dieser Minderheit befördern. Den arbeitslosen und verelendeten Roma - die keine Anstellung finden können - wird dann von den Faschisten vorgeworfen, nicht arbeiten zu wollen und kriminell zu werden. Somit erschafft sich der Antiziganismus seine eigenen Feindbilder, indem er die Folgen der Diskriminierung der Roma - wie Arbeitslosigkeit und Elendskriminalität - zu den kollektiven Eigenschaften der Roma erklärt.

Im Endeffekt setzt der Antiziganismus in Wechselwirkung mit der Krisendynamik einen verheerenden ideologischen Prozess in Gang, der weit über die rassistische "Sündenbocksuche" hinausgeht: Die ungeheuren Verwerfungen im Gefolge der Weltwirtschaftskrise in Osteuropa - wie etwa die um sich greifende Verarmung und

Massenarbeitslosigkeit - werden so zu Eigenschaften einer Menschengruppe imaginiert. Den verhetzten Pogromteilnehmern in Tschechien, Ungarn oder Bulgarien scheint es somit, als ob Kriminalität, Verelendung und Arbeitslosigkeit im Gefolge der Vertreibung oder Ermordung der Roma ebenfalls verschwinden würden. Somit werden die eskalierenden sozialen Widersprüche zu einem Merkmal einer Menschengruppe halluziniert. Dieser irrationale, letztendlich eliminatorische Impuls gewinnt zusätzlich an Durchschlagskraft, wenn Massenarbeitslosigkeit und Verarmung auch auf die Mittelschichten der Mehrheitsgesellschaft überzugreifen drohen.

Das gefährliche Wahngebilde der Personifizierung von Krisenverwerfungen ist im Gefolge der letzten Wirtschaftskrise in den 1930er Jahren vermittels des Antisemitismus an den Juden exekutiert worden. Letztendlich ergänzen sich innerhalb der rechtsextremen Krisenwahrnehmung Antisemitismus und Antiziganismus: Juden fungieren immer noch als Personifizierung des "raffenden Finanzkapitals", dessen Machenschaften als Krisenursachen imaginiert werden. Roma hingegen dienen als Personifizierung der sozialen Krisenfolgen, der Verelendung und der Massenarbeitslosigkeit. Beiden Personifizierungen der Krisenursachen und Krisenfolgen stellt der Faschist die ehrliche, völkisch und national konnotierte Lohnarbeit entgegen - ohne freilich zu ahnen, dass die gegenwärtige Krise vor allem eine Krise kapitalistischer Lohnarbeit ist.

2.5 Sarrazins Sieg

Wie Thilo Sarrazin den deutschen Rassismus und Chauvinismus modernisierte.

Wenn es einen Bruch innerhalb der ideologischen Krisenverarbeitung in Deutschland gegeben hatte, dann ist dieser zweifellos in der sogenannten Sarrazin-Debatte vom Sommer 2010 zu verorten. Die wochenlang anhaltenden öffentlichen Auseinandersetzungen entzündeten sich an dem Buch "Deutschland schafft sich ab" des damaligen Bundesbankvorstands Thilo Sarrazin, dessen rassistische und sozialdarwinistische Kernthesen auf einen ungeheuren Widerhall in der Bevölkerung trafen – und Thilo Sarrazin zum wohl zweiterfolgreichsten Sachbuchautor Deutschlands nach Adolf Hitler machten.

Trotz seines erzwungenen Ausscheidens aus dem Bundesbankvorstand hatte Thilo Sarrazin (SPD) in dieser Debatte um seine rassistischen Thesen einen klaren Sieg errungen. Im Verlauf der öffentlichen Auseinandersetzung über seine in Buchform veröffentlichten rassistischen Ausfälle gelang es Sarrazin und seinen Unterstützern aus Politik und Medien, einen zivilisatorischen Mindeststandard in der BRD zu schleifen, der bislang in der Öffentlichkeit der meisten kapitalistisch-bürgerlichen Gesellschaften zumindest rein formell eingehalten werden musste: Offen rassistische oder antisemitische, klar auf neofaschistischer Ideologie aufbauende Positionen und Äußerungen wurden bis 2010 in der Öffentlichkeit nicht toleriert.

Rassistische und antisemitische Überzeugungen fanden in dem massenmedial veröffentlichten Diskurs nur vermittelt – nach einem Prozess des ideologischen "Weichspülens" - ihren Widerhall, indem sie zumeist kulturalistisch oder mentalitätsgeschichtlich umformuliert wurden. Ganze Generationen von Naziideologen konzentrierten sich etwa darauf, das rassistisch motivierte "Ausländer Raus!" als eine Unvereinbarkeit unterschiedlicher, kulturell angelegter "Mentalitäten" neu zu interpretieren. Die kulturelle Prägung - die im Endeffekt zu einem Synonym für Rasse avancierte - würde ein Zusammenlaben

unterschiedlicher Bevölkerungsgruppen unmöglich machen, so die Essenz dieses neurechten "Kulturalismus" oder "kulturellen Rassismus".

Seit der Sarrazin-Debatte darf nun wieder über Gene, Rasse und Erbanlagen öffentlich "debattiert" werden. Mit dem ungeheuren Widerhall, den die klar rassistisch grundierten Kernthesen aus Sarrazins literarischem Machwerk "Deutschland schafft sich ab" in breiten Schichten der deutschen Bevölkerung fanden, ging ein regelrechter zivilisatorischer Dammbruch einher, der der offenen demagogischen Hetze über die "minderwertige genetische Ausstattung" ganzer "ausländischer Populationen" Tor und Tür öffnete. Es darf wieder über die genetische Disposition von Menschen und Migrantengruppen, letztendlich über Rasse, diskutiert werden.

Zum einen finden sich in den Ausführungen Sarrazins somit Elemente des ordinären Neofaschismus, der ganz klar auf ideologischen Versatzstücken aufbaut, die ebenfalls zum innersten Bestandteil der Ideologie insbesondere des deutschen "Nationalsozialismus" gehörten.

Dieser Umstand fiel bezeichnenderweise auch deutschen Konservativen auf, wie etwa Frank Schirrmacher von der FAZ:

» *Thilo Sarrazin hat nicht ein Buch geschrieben, sondern mindestens drei Bücher, die den gleichen Titel tragen. Sie sind ineinander verschachtelt wie die russischen Matrjoschka-Puppen. Es geht um Demographie, um Wirtschaft und dann, im innersten Kern des Ganzen, um Biologie. Wer zu der dritten Puppe nicht vorstößt, versteht das Ausmaß der Aufregung nicht. Denn im Innersten dieses Buches steckt eine vulgärdarwinistische Gesellschaftstheorie, die mit einer Unbefangenheit dargelegt wird, als hätte es die Erfahrungen des Zwanzigsten Jahrhunderts nicht gegeben.* «

Es ist dieselbe neue deutsche Unbefangenheit, mit der während der Fußball-WM in der BRD der angeblich "harmlose" und "sympathische" Flaggenpatriotismus initiiert wurde. So wie die permanente Nationalbeflaggung ganzer Schrebergartenkolonien und Vorstadtviertel nach dem "Schwarz-Rot-Goldenen

Sommermärchen" von 2006 zum deutschen Alltag geworden war, so stößt seit 2010 der sozialdarwinistische und rassistische Diskurs über "Schmarotzer" und "leistungsunwillige Ausländer" auf eine weitaus höhere öffentliche Akzeptanz als vor der Sarrazin-Debatte. In gewisser Weise ist diese Abfolge nur folgerichtig. Schon immer war die Ausgrenzung von "andersartigen" Gruppen Teil nationalistischer Identitätsbildung – die "bunte", "harmlose" und "fröhliche" deutsche Identitätsorgie während der Fußballweltmeisterschaft 2006 (und auch 2010) trägt den Keim des Hasses gegen alle nicht dem nationalen Kollektiv zugerechneten Bevölkerungsgruppen in sich.

Der Riss in Öffentlichkeit und Funktionseliten

Zum Durchbruch dieses sozialdarwinistischen, rassistischen und tendenziell antisemitischen Diskurses trug – trotz aller Selbstdarstellung - selbstverständlich nicht Sarrazin im Alleingang bei. Obwohl der ehemalige Berliner Finanzsenator sich gerne als ein unbeugsamer und prinzipienfester Einzelkämpfer darstellt, der nur "unbequeme Wahrheiten" ausspreche, erhielt er doch umfassende politische und mediale Schützenhilfe. Dutzende von Politikern und Publizisten haben sich ganz oder teilweise auf die Seite Sarrazins geschlagen: von Dohnanyi, Kelek, Gauweiler, Broder oder Clement, um nur einige zu nennen. Zudem gerieten gerieten Merkel und der damalige Bundespräsident Wulff, die auf eine schnelle Marginalisierung Sarrazins setzen, öffentlich und innerhalb der CDU verstärkt unter Druck.

Eine Isolierung Sarrazins, ein öffentlicher Konsens zur einhelligen Verurteilung seiner menschenverachtenden Thesen, war nicht mehr möglich. In erster Linie ist hier natürlich der Springer-Konzern mitsamt der Bild-Zeitung zu nennen, die eine regelrechte Kampagne für Sarrazin initiiert hatte. Der Ausländer-Hetzer wurde dann in deutscher Tradition als die berüchtigte "verfolgte Unschuld" imaginiert, die dem politisch-korrekten Meinungsterror ausgesetzt sei. Gegen eine von "Gutmenschen" errichtete Meinungsdiktatur stritten die für das hohe Gut der Meinungsfreiheit kämpfenden "Underdogs" um Bildzeitung und Sarrazin an.

Der Riss in der veröffentlichen Meinung deutet auf einen strategischen

Umschwung bei einer Minderheit der Funktionsträger aus Wirtschaft, Medien und Politik hin, die sich nun eine chauvinistisch-rechtspopulistische Option bei der weiteren Krisenbewältigung offenhalten wollen. Sarrazin fand aber nur bei den reaktionärsten und chauvinistischsten Teilen der Funktionseliten der Bundesrepublik tatsächlich Unterstützung. Die hohe Abhängigkeit der dominanten deutschen Exportindustrie von den Auslandsmärkten, die vermittels einer erneuten Exportoffensive die Dynamik der Weltwirtschaftskrise durchbrechen konnte, verhinderte eine weitgehende Unterstützung einer rechtspopulistischen oder gar neofaschistischen Partei durch breite Kreise der deutschen Funktionseliten. Ausartende ausländerfeindliche Umtriebe in der Bundesrepublik könnten die Auslandsgeschäfte der Exportindustrie des "Exportweltmeisters" Deutschland beeinträchtigen.

Die breite Unterstützung rechtspopulistischer Gruppierung käme für die deutschen Funktionseliten nur dann infrage, wenn eine weitere Zuspitzung der Weltwirtschaftskrise die exportorientierte deutsche Volkswirtschaft - mitsamt deren kapitalistischen Produktionsverhältnissen - existenziell erschüttern sollte. Sollten die Auslandsmärkte massive wegbrechen, auf denen das deutsche Kapital derzeit massiv investiert und exportiert, drohen nicht nur enorme soziale Verwerfungen in Deutschland – auch ein entsprechend modernisierter und an die gegenwärtigen Krisenbedingungen angepasster "Faschismus des 21. Jahrhunderts" würde dann zu einer letzten Option für viele Funktionsträger in Politik und Wirtschaft. Derzeit gleicht aber die von vielen Massenmedien betriebene Instrumentalisierung der Xenophobie in Deutschland einem Balanceakt zwischen dem Aufbau von Feindbildern - der den vom ökonomischen Abstieg bedrohten Menschen Sündenböcke liefert – und der Rücksichtnahme auf die Befindlichkeiten in den Exportmärkten.

Der Massenjubel

Tatsache aber ist auch, dass der Vorstoß Sarrazins auf eine ungeheure Resonanz in breiten Schichten der Bevölkerung traf. Viele linke oder progressive Kommentatoren dieser braunen deutschen Welle von 2010 ignorieren oder relativieren dieses entscheidende Moment. Die sattsam bekannte Metapher, die

diese potenziellen Mitläufer als die dummen Kälber imaginiert, die da verführt und zur "faschistischen" Schlachtbank geführt werden, greift nicht. Viele der sich damals massenhaft in Forenbeiträgen oder Leserbriefen äußernden Sarrazin-Anhänger trugen selber die Züge des Schlachters. Mit einer Art euphorischer Erleichterung jubelten sie dem Mann aus der deutschen Funktionselite zu, der endlich das offen aussprach, was "alle denken".

Sarrazins Buch verkaufte sich in einem wahnwitzigen Tempo. Gegenüber der Frankfurter Rundschau wies der Sozialforscher Andreas Zick damals darauf hin, dass während der Debatte jeder zweite Bundesbürger der Aussage Sarrazins zustimmte, es gebe in Deutschland zu vieler Ausländer gebe. Zick deutete die "massive Zustimmung" zu der Hetze Sarrazins im Internet als einen "Tabubruch". In den Online-Kommentaren über Bildungsschwache und sozial Benachteiligte komme offener "Hass zum Ausdruck". Selbst wenn die im Verlauf der Debatte publizierten Meinungsumfragen, wie die von Emnid in Auftrag der Bild-Zeitung prognostizierten 18 Prozent http://www.faz.net/aktuell/politik/inland/meinungsforschung-umfrage-sieht-18-prozent-fuer-sarrazin-partei-11040003.html für eine eventuelle Sarrazin-Partei, tendenziös gewesen waren, so gaben sie doch zumindest annähernd die tatsächliche Stimmung in der Bevölkerung wieder.

Die Existenz dieses enormen rechtsextremen Potenzials ist bereits bei etlichen Studien konstatiert worden. Es handelt es sich um kein "neues" Phänomen, sondern um eine Konstante des politischen Spektrums der BRD. Gefährlich ist die derzeitige Entwicklung vor allem deshalb, weil dieses diffuse Potenzial aufgrund der Krise an Breite gewinnt und nun eine konkrete organisatorische Ausformung in einer erfolgreichen Partei finden könnte. Die "Alternative für Deutschland" kann als solch eine rechtspopulistische Partei begriffen werden, der die Sarrazin-Debatte erst den Boden bereitet hat.

Im Sommer 2010 war de facto ein Damm gebrochen. Endlich kann der deutsche Mann ohne Rücksicht auf "politisch korrekte Tabus" diejenigen Menschen offen hassen und verachten, die bereits marginalisiert, ausgeschlossen und verarmt wurden – ganz wie es Sarrazin vormachte. Folglich schwappte im Debattenverlauf eine an Intensität zunehmende Welle der Empörung durch ganz Deutschland.

Doch es war keine Empörung eines angeblichen "politisch-korrekten" Mainstreams über den "mutigen Tabubrecher Sarrazin", wie von der Bildzeitung behauptet. Wo es die Online- oder Zeitungsredaktionen zulassen, quollen die Internetforen oder Leserbriefspalten über mit wütenden und hasserfüllten Kommentaren, die Sarrazin in Schutz nahmen, dessen Aussagen zumindest für diskussionswürdig hielten, das "Meinungskartell" seiner Kritiker verdammten und sich mit dem ehemaligen Bundesbanker solidarisierten. Diese braune Welle erinnerte an die aufgehetzte Stimmung zu Beginn der neunziger Jahre, als eine massenmedial befeuerte Ausländerhetze die faktische Abschaffung des Asylrechts vorbereitete und dutzende Menschen bei faschistischen Übergriffen und Brandanschlägen zu Tode kamen.

Die Verlogenheit

Selbstverständlich agierte die Sarrazin-Anhängerschafft, die den Anspruch erhob, "Klartext zu reden" und "unbequeme Wahrheiten" auszusprechen, im hohen Maße verlogen und irrational. Schlicht pervers war der von Sarrazin und seiner Gefolgschaft zumeist an Migranten aus der Türkei oder dem arabischen Raum gerichtete Vorwurf, sich "nicht integrieren" zu wollen und folglich in "Parallelgesellschaften" zu verharren. Hier wurde so getan, als ob ein permanentes, freundschaftliches Werben auf eisiges Desinteresse seitens der Immigranten stoßen würde. Die ausgestreckte Hand des Deutschen werde vom islamischen "Integrationsverweigerer" ausgeschlagen. So argumentierte tatsächlich der Sarrazin-Fan Matthias Matussek in seinem Artikel "Gegenwut" auf Spiegel-Online, in dem er der Anhängerschaft des rassistischen Bundesbankers eine berechtigte "Wut" auf die integrationsresistenten Moslems zusprach, da die Deutschen es "satt haben, für ihre Angebote an Eingliederungshilfen beschimpft und ausgelacht zu werden".

Jeder Migrant, der in Deutschland an seinem Erscheinungsbild oder an seinem Akzent als "Ausländer" erkannt wird, kann von unzähligen Akten des alltäglichen Rassismus berichten, von großen und kleinen Demütigungen und Erniedrigungen, die ihm von Behörden, Polizei oder ganz gewöhnlichen Deutschen zugefügt werden. Es ist in aller Regel diese an einen Konsens heranreichende Xenophobie in Deutschland, die eine "Integration" der Migranten in diesem Land verhindert hat –

und nicht die Unwilligkeit der Einwanderer und deren Nachkommen. Die viel beschworene "Integration" hat einen materiellen Kern, sie impliziert Chancengleichheit und Gleichberechtigung. Und es ist gerade das deutsche Ausländerrecht, das eben diese rechtliche Gleichstellung verhindert. Wie es um die Chancengleichheit im plötzlich so integrationswütig gewordenen Deutschland bestellt ist, offenbarte eine im Oktober 2009 publizierte OECD-Studie, die zu der Schlussfolgerung kam, dass "selbst bei gleichem Bildungsniveau Kinder von Migranten in Deutschland schlechtere Chancen auf dem Arbeitsmarkt haben" als ihre Altersgenossen mit deutschen Nachnahmen. Es ist keinesfalls so, dass die islamischen Migranten und deren Nachkommen aus Integrationsunwilligkeit heraus weiterhin nur Klos schrubben und Döner kredenzen wollen.

Die oftmals mit zunehmender Hinwendung an die eigene kulturelle Identität - wie etwa den Islam - einhergehenden Abschottungstendenzen vieler Einwanderer-Communities resultieren meist aus dem vielfach erfahrenen Alltagsrassismus, der sich in tatsächlich gegebener Diskriminierung und beruflicher Benachteiligung äußert. Das Verharren im eigenen Kulturkreis, wie auch die Bildung von Rackets in vielen Ghettos, bildet eine Überlebensstrategie der marginalisierten Migranten, denen die Integration in die deutsche Arbeitsgesellschaft verweigert wird. Selbstverständlich geht es den Rassisten nicht um "Integration", sondern um die Legitimierung der Parole "Ausländer Raus!". Die FAZ fasste diese Logik folgendermaßen zusammen:

» *Sehr viele Bürger sehen in den Befunden des 'Zahlenmenschen' Sarrazin bestätigt, was sie im Alltag beobachten. Mit wachsender Wut fragen sie sich, warum so viele Muslime, die sich der Integration verweigern, in Deutschland sind.* «

Modernisierung des Rechtsextremismus

Ebenso penetrant wie abwegig war die schon fast weinerliche Berufung auf die "Meinungsfreiheit", mit der die Verbreitung rassistischer Positionen legitimiert wurde. Die semifaschistischen "Klartext-Redner", die sich im titanischen Schicksalskampf gegen die halluzinierte Allmacht von politisch korrekten

"Gutmenschen" wähnten, griffen hierbei auf ein Argumentationsmuster der politischen Korrektheit zurück, das ursprünglich vor allem von den innigst gehassten "Gutmenschen" etabliert wurde.

Natürlich streitet diese Avantgarde der Barbarei nicht für die Meinungsfreiheit. Niemals wurde irgendeinem dieser Rassisten der Mund verboten. Die rechten teutonischen Recken empörten sich über jedwede Kritik an ihren xenophoben Äußerungen, da sie keinerlei Toleranz gegenüber anderen Meinungen aufbringen können. Jedes kritische Wort über Sarrazin wurde als der Versuch interpretiert, ein weiteres Tabu durch politisch-korrekten Meinungsterror zu errichten. Der deutsche Rassist sieht Meinungsfreiheit erst dann gegeben, wenn nur noch seine Meinung vernommen werden kann. Es fehlt nur noch, dass sich dieser modernisierte Rechtsextremismus als Antifaschismus ausgibt.

Zu den Modernisierungstendenzen dieser klar rechtsextremen Ideologie gehört eine strikte Abgrenzung gegenüber dem deutschen Nationalsozialismus, wie er beispielsweise von der NPD propagiert wird. Der moderne Rechtsextremist kommt tatsächlich in der Maske des Demokraten daher, der sich besorgt über politisch korrekte "Denkverbote" gibt und "unbequeme Wahrheiten" auszusprechen vorgibt, die unter Bezugnahme auf Halbwahrheiten und einseitig ausgewertetes statistisches Material auch noch mit wissenschaftlichem Anspruch "bewiesen" werden sollen. Die rechtsextreme Ideologie erfuhr im Zuge der Sarrazin-Debatte einen umfassenden "Rationalisierungsprozess" im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik.

Es findet eine kalte Abwägung statt, welche gesellschaftlichen Gruppen noch einen ökonomischen Nutzen aufweisen und welche als bloßer Kostenfaktor fungieren. Diese Elemente - die auch im klassischen Nationalsozialismus vorhanden waren – dominierten bei Sarrazin, während faschistische Ästhetik oder explizit nationalsozialistisches Vokabular kaum zu finden waren. Schließlich praktizierte Sarrazin einen philosemitischen "positiven Rassismus" gegenüber den Juden, denen er eine überdurchschnittliche Intelligenz attestierte. Dies tat er wohl aus taktischen Gründen, um eine Distanz zum ordinären deutschen Nationalsozialismus zu simulieren. Dennoch bleibt dieses ideologische Konstrukt weiterhin rassistisch, da

auch hier die Juden als eine von gemeinsamen Merkmalen gekennzeichnete Rasse dargestellt werden. Zudem haben auch die Nazis dem "jüdischen Untermenschen" ein großes Maß an Schlauheit, Hinterlist und Verschlagenheit attestiert. In gewisser Weise bildete der Philosemitismus Sarrazins nur einen anderen Aggregatzustand des Antisemitismus, da diese rassistisch motivierte Bewunderung für "die schlauen Juden" sehr schnell in Hass gegen den "hinterlistigen Juden" umschlagen kann.

Faschismus als "Extremismus der Mitte"

Zu dem Erfolg Sarrazins trug aber noch ein kaum beachteter Umstand bei, der auch die bürgerliche Kritik an diesem so zahnlos und ohnmächtig werden ließ: Sarrazins Anschauungen entspringen der herrschenden kapitalistischen Ideologie, sie bilden eine – durch die Krisendynamik ausgelöste – irrationale Zuspitzung der Wertvorstellungen, Anschauungen und Ideale, die eigentlich in den nun beständig erodierenden "Mittelschichten" der kapitalistischen Gesellschaftsformation zu finden sind. Teils unfähig, teils unwillig, eine Alternative zur kapitalistischen Dauerkrise zu denken, kann der Sarrazin-Anhänger einen Krisenausweg nur in der gnadenlos gesteigerten Unterordnung der gesamten Gesellschaft unter das Regime der stockenden Kapitalakkumulation suchen. Die Krise des bestehenden Systems soll in dieser Ideologie also durch eine "Radikalisierung" dieses Systems überwunden werden. Sarrazins Faschismus ist somit ein "Extremismus der Mitte", bei dem liberal-kapitalistische ideologische Versatzstücke ins weltanschauliche Extrem getrieben werden.

Dieses innige ideologische Band zwischen Sarrazin und seinen bürgerlichen Kritikern wurde besonders gut überall dort sichtbar, wo die Letzteren glaubten, diesen auf seinem eigenen Feld, mittels der genauen Untersuchung empirischer Daten, grundsätzlich kritisieren und widerlegen zu können. So bemühten sich etliche Kommentatoren in "Hintergrundanalysen", das statistische Material infrage zu stellen, mit dem Sarrazin insbesondere die Einwanderer aus der Türkei oder aus dem arabischen Raum als eine finanzielle und soziale "Belastung" für die deutsche Volkswirtschaft zu diffamieren versuchte. Da wurde dann vorgerechnet, dass Türken eigentlich gar nicht so "bildungsfern" seien, wie von Sarrazin behauptet, dass andere Einwandergruppen ähnlich oft auf soziale Transferleistungen

angewiesen sind wie Muslime, dass gerade Ausländer überdurchschnittlich oft Existenzgründungen in Deutschland wagten; oder es wurde darauf verwiesen, dass in anderen EU-Ländern die Arbeitslosenquote bei Ausländern höher sei als in der BRD.

Arbeitsfetisch und Verwertungslogik

"Kosten muslimische Einwanderer mehr, als sie dem deutschen Staat nützen?", fragte in dieser Logik beispielsweise Spiegel-Online den Chef des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung, Klaus Zimmermann - der auch wahrheitsgemäß antwortete, dass dies nicht der Fall sei: "Wir haben einmal berechnet, dass bei den Ausländern in Deutschland das Gegenteil der Fall ist. Um die Zahlungsfähigkeit der öffentlichen Haushalte zu gewährleisten, müsste jeder Deutsche rund hundert Euro im Jahr mehr zahlen, wenn es die ansässige ausländische Bevölkerung nicht gäbe." Dennoch gab derselbe Zimmermann gegenüber dem Tagesspiegel zu Protokoll, dass Sarrazins Äußerungen "einen berechtigten Kern" hätten, da dieser auf - so wörtlich - "Fehler bei der Selektion" und der Integration von Ausländern hinweisen würde. Es darf also wieder selektiert werden.

Unausgesprochen und unreflektiert teilten Sarrazin und seine bürgerlichen Kritiker die gleiche Logik: Menschen müssen "nützlich" sein, um eine Daseinsberechtigung zu haben. Alle liberalen Kritiker Sarrazins, die sich ernsthaft auf das einlassen, was dieser auf über 400 Buchseiten von einem Ghostwriter zusammenschreiben ließ, teilten diese Grundannahme – sie waren nur der Auffassung, dass dieser das empirische Material "falsch" ausgewertet habe und Muslime dem "deutschen Staat" mehr Nutzen bringen, als Kosten verursachen. Der menschlichen Existenz wird nur dann eine Existenzberechtigung zugesprochen, wenn diese einen "Nutzen" hat, wobei dieser Nutzen durch Lohnarbeit zu erbringen ist.

Sarrazin trieb auch hierbei, im Kern seiner Anschauungen, nur die herrschende liberale Ideologie ins Extrem. Zum einen gab sich Sarrazin folglich als der leistungsorientierte Neoliberale, der Integration von Ausländern durch deren "Arbeit und Leistung" erreicht sehen will, der die Deutschen aufforderte, Stolz auf "den Fleiß und die Tüchtigkeit" zu empfinden, die wohl in ihren Genen irgendwo

codiert sein müssen. "Bei Leistung gibt es keinen Rabatt", zitierte der Tagesspiegel den medial omnipräsenten Sarrazin. Im Endeffekt schwang sich der ehemalige Bundesbanker in die Rolle des ideellen Gesamtvorsitzenden des Personalrats der Deutschland-AG auf, wobei er bestimmten Bevölkerungsgruppen und Migrantengemeinschaften aufgrund einer Kosten-Nutzen-Analyse das Bleiberecht – und implizit auch das Existenzrecht - absprach. Der Mensch, die gesamte Gesellschaft – ja das Dasein als solches – verkümmern in dieser Ideologie zu bloßen Voraussetzungen der kapitalistischen Verwertungslogik. Alles und Alle müssen unter Beweis stellen, dass sie "nützlich" sind. Ein Leben jenseits des fetischistischen Götzendienstes an der zu einer ewigen Konstante menschlicher Existenz naturalisierten Kapitalakkumulation scheint so nicht mehr denkbar – es wird als widernatürlich und parasitär verteufelt.

Das ist spätestens seit Einführung der Hartz-IV-Reformen integraler Teil der staatlichen Politik gegenüber den aus der Kapitalverwertung ausgestoßenen Krisenverlierern. Zwangsarbeit oder Hungertod – vor diese Alternative stellen bereits die gültigen Arbeitsgesetze (in Orwellscher Tradition als Sozialrecht bezeichnet) unserer "Demokratie" alle "unnützen" Arbeitslosen, die mit dem totalen Entzug jeglicher Unterstützung bedroht werden, falls sie sich der Tretmühle der ohnehin prekären Kapitalverwertung zu entziehen versuchen. Je offensichtlicher die Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft sich abzeichnet, desto terroristischer die Maßnahmen, die gegen die "Überflüssigen" zu Anwendung gelangen. Die Bild-Zeitung tat aber so, als ob diese Tatsache einer Drohung mit dem Hungertod, mit der alle Marginalisierten zur Zwangsarbeit genötigt werden können, eine mit einem politisch-korrekten Tabu belegte Meinung darstelle, die nun mutig offen ausgesprochen werden müsse: "Wer Arbeit ablehnt, verdient keine Stütze" ließ das Boulevardblatt im September 2010 neben etlichen ausländerfeindlichen Parolen auf seine Titelseite drucken und bezeichnete dieses als einen "Kampf um Meinungsfreiheit."

Der konformistische Aufstand

Diese innere Wesensgleichheit zwischen der repressiven Arbeitshausideologie Sarrazins und dem etablierten öffentlichen Arbeitsdiskurs bildete die Grundlage für

eine Rebellion der Konformisten, die in Reaktion auf die Krise einen Exzess der bestehenden Ausbeutungs- und Herrschaftsverhältnisse herbeisehnen. Es sind schlicht Untertanen, die sich einen festeren Würgegriff der "unsichtbaren Hand des Marktes", wie der eisernen Faust der staatlichen Repressionsorgane wünschen. Und eben dies macht den Rechtspopulismus auch für viele Mitglieder der Mittelschicht, ja sogar für marginalisierte Deutsche, so verführerisch: Endlich kann der deutsche Mann mit publizistischem Rückenwind einflussreicher Massenmedien, gemeinsam mit "Führungspersönlichkeiten" wie einem Sarrazin und unter Beibehaltung und Zuspitzung der eigenen ideologischen Verblendung gegen die Schwächsten der Gesellschaft hetzen.

Sarrazin begab sich folglich mit seiner Anhängerschaft aus den Mittelschichten - die ohnehin einem beständigen sozialen Erosionsprozess ausgesetzt ist - auf die Suche nach den "Schmarotzern", die sich der zum Fetisch erhobenen Lohnarbeit "verweigern" und die für die sozialen Verwerfungen in der Gesellschaft verantwortlich gemacht wurden. Die blinde, ohnmächtige und sehr reale "Wut" der verängstigen Mittelschichten, denen die wahren krisenbedingten Ursachen ihres sozialen Niedergangs verborgen bleiben, fand in den Muslimen und allgemeiner in den "Schmarotzern" einfache Hassobjekte. Dieses Amok laufende Leistungsdenken ist bereits dem historischen "Nationalsozialismus" eigen gewesen, der ja ebenfalls bei seinem Kampf gegen "lebensunwertes Leben" all jene Menschen zu vernichten trachtete, die keine Leistung bringen konnten oder wollten – wie etwa Behinderte oder "Asoziale".

Nationalsozialistische Ideologie

Der primitive Rassismus und Biologismus, die nun wirklich ein genuin "nationalsozialistisches" Element in den Anschauungen Sarrazins bilden, scheint im Widerspruch zu dessen Leistungskult zu stehen. Ausländer aus Afrika und dem arabischen Raum könnten sich Sarrazin zufolge noch so anstrengen, sie seien "uns Europäern" halt genetisch unterlegen, behauptete dieser:

» *So spielen bei Migranten aus dem Nahen Osten auch genetische Belastungen – bedingt durch die dort übliche Heirat zwischen Verwandten – eine erhebliche Rolle*

und sorgen für einen überdurchschnittlich hohen Anteil an verschiedenen Erbkrankheiten. «

Weitere Einblicke in sein gefestigtes rassistisches Weltbild verschaffte Sarrazin Welt-Journalisten bei einem Interview, als er auf die Frage "Gibt es auch eine genetische Identität?" antwortete: "Alle Juden teilen ein bestimmtes Gen, Basken haben bestimmte Gene." Sarrazins Interviewpartner weiter: "Auf die überraschte Nachfrage, ob wir, die aus vier Urdeutschen bestehende Gesprächsrunde, andere Gene hätten als die Menschen im türkischen Café, bekräftigte Sarrazin seine Aussagen mit Verweisen auf den Genpool von Briten und Iren." In seinem Buch dozierte Sarrazin auch über den "Volkscharakter" der Deutschen und über die "Fäulnisprozesse", denen der deutsche Volkskörper in letzter Zeit ausgesetzt sei. Solche Anschauungen, die aus genetischen Merkmalen abgeleitete Identitäten halluzinieren, die Muslime als genetisch minderwertig diffamieren, können nicht anders als faschistisch bezeichnet werden.

So wie dessen genetische Disposition "den Araber" laut Sarrazin zu einer unproduktiven Belastung für die deutsche Leistungsgemeinschaft mache, so hätten auch die deutschen Unterschichten sich ihre Marginalisierung selbst zuzuschreiben – auch hier trügen die "schlechten" Gene oder "Erbanlagen" die Schuld an der Misere. Die prekarisierten Niedriglohnempfänger und Arbeitslosen seien aufgrund genetischer Mängel nicht in der Lage, Karriere zu machen. Umgekehrt zeichne die Funktionselite Deutschlands - und damit Sarrazin selbst - ein überdurchschnittlich hoher Intelligenzquotient aus. Intelligenz ist dem sarrazinischen Biologismus zufolge vererbbar, weshalb die Nachfahren der Unterschichtler ebenfalls dumm bleiben würden.

Ihre Amalgamierung erfuhren der faschistische Biologismus/Rassismus und die neoliberale Leistungsideologie im Sozialdarwinismus Sarrazins, der mit konkreten Vorschlägen zur sozialen Eugenik einherging. Der bundesrepublikanische Sozialstaat habe die natürliche Auslese der Schwächeren, den sozialdarwinistischen "Survival of the Fittest", in der deutschen Population unmöglich gemacht, weshalb sich nun die Unterschichten und die Muslime – die, da dümmer, eine höhere

Geburtenrate aufweisen sollen – wie die Karnickel vermehrten, während die klugen, leistungstragenden Schichten dieser Republik kaum noch die Welt mit ihrem Elitennachwuchs beglücken würden.

Die Schlussfolgerung Sarrazins aus diesem biologistischen Delirium: Deutschland verblödet, da der Intelligenzdurchschnitt der Bevölkerung im Sinken begriffen sei. Sarrazin formulierte das folgendermaßen:

» *Das Muster des generativen Verhaltens in Deutschland seit Mitte der sechziger Jahre ist nicht nur keine Darwinsche, natürliche Zuchtwahl im Sinne von 'survival of the fittest', sondern eine kulturell bedingte, vom Menschen selbst gesteuerte negative Selektion, die den einzigen nachwachsenden Rohstoff, den Deutschland hat, nämlich Intelligenz, relativ und absolut in hohem Tempo vermindert.* «

Die Lösung des Sozialdarwinisten Sarrazin: Der Staat müsse nun die Selektion vornehmen, indem den Habenichtsen die "Anreize" zum Kinderkriegen - also das Kindergeld – entzogen, und die Leistungsträger durch weitere Finanzzuwendungen zur vermehrter Gebärtätigkeit animiert werden sollten. "Mehr Kinder von den Klugen, bevor es zu spät ist", lautete die Devise Sarrazins. Hier folgte Sarrazin einem klassisch nationalistischen Argumentationsmuster. Selbstverständlich waren auch die Nazis in Sorge darüber, dass sich die als "Asoziale" bezeichneten Unterschichten der Volksgemeinschaft zu stark vermehrten. Die Schlussfolgerung der NSDAP, also die Auslöschung der "Asozialen" im Konzentrationslagersystem, die mit der Aktion "Arbeitsscheu Reich" 1938 vom NS-Terrorapparat initiiert wurde, wollte Sarrazin aber (noch?) nicht ziehen.

Naturalisierung des Kapitalismus

Die scheinbar anachronistischen, genuin "nationalsozialistischen" Elemente in Sarrazins Ideologie - wie Rassismus, Biologismus und Sozialdarwinismus – zeitigten einen entscheidenden Effekt, der eine enorme Suggestivkraft entwickelt: Sie naturalisieren den Kapitalismus. Die kapitalistische Gesellschaft in ihrer nationalstaatlichen Ausformung erscheint als eine "naturgemäße", dem biologisch und rassisch definierten Wesen des Menschen entsprechende Organisationsform.

Das "Survival auf the Fittest" des sarrazinischen Sozialdarwinismus spiegelt kaum verhüllt den gnadenlosen Konkurrenzkampf Aller gegen Alle, der das Dasein im Kapitalismus prägt. Die Industrialisierung liegt in Deutschland gerade mal 150 Jahre zurück, und dennoch glauben viele für rechtsextremes Gedankengut empfängliche Menschen, dass der kapitalistische Konkurrenzkampf unter Individuen zur menschlichen "Natur" zählt, obwohl Hunderttausende von Jahren menschlicher Entwicklung dieser sozialdarwinistischen Ideologie widersprechen.

Noch absurder gestaltet sich die Naturalisierung der sozialen Verwerfungen in der BRD, die ja von Sarrazin ebenfalls als eine "natürliche" Folge unterschiedlicher Intelligenz halluziniert wurde. Bei der Ausformung einer breiten Unterschicht in Deutschland handelt es sich um ein historisch relativ junges Phänomen, das eigentlich erst nach Durchsetzung der Hartz-IV-Gesetze an Breite gewann. Offensichtlich reichte den "Sarrazinisten" aber diese kurze Zeitspanne, um diese Verelendungspolitik zu einem "biologischen", auf minderwertige Erbanlagen zurückzuführenden Prozess zu ideologisieren. Dabei wurde die hierarchische Struktur der Gesellschaft, wie auch die zunehmende Polarisierung zwischen Arm und Reich, zu einem naturgemäßen Ausdruck der biologistisch determinierten Ungleichheit zwischen den Menschen ideologisiert. Es fand eine Biologisierung und Naturalisierung sozialer Verwerfung und Klassenschranken statt. Der Kapitalismus ist in dem Bewusstsein der Sarrazin-Anhängerschaft zu einer bloßen Naturgegebenheit sedimentiert, die nicht mehr infrage gestellt werden könne.

Schuld an der Störung dieses natürlichen kapitalistischen Gleichgewichts der Ungleichheit sei Sarrazin zufolge der Sozialstaat, der die Selektion der Dummen, Schwachen und Faulen verhindere. Die genetische Minderwertigkeit von bestimmten Ausländergruppen und Unterschichtlern wurde zur Krisenursache erklärt, die kapitalistische Krisendynamik wandelt sich in dieser Ideologie so zu einer Eigenschaft sozialer Gruppen. In der "sozialen Hängematte" hätten sich zu viele "Schmarotzer" gemütlich gemacht, die ihrer minderwertigen genetischen Disposition nach längst dem Dschungelgesetz des Marktes zum Opfer gefallen wären – so ließe sich diese implizite Vernichtungslogik zusammenfassen.

Insbesondere gegen "muslimische Migranten" hetzte Sarrazin, da diese angeblich

nicht an dem "eigenen wirtschaftlichen Erfolg" interessiert wären, sondern an der "Absicherung und Alimentierung durch den Sozialstaat". Der Sozialstaat geriet in dieser Anschauung zu einem "widernatürlichen" Element, dass die natürliche Selektion dieser "unnützen Mitesser" am Markt verhindert habe. Mit der Biologisierung der dem Kapitalismus eigenen Strukturen wird übrigens auch der sattsam bekannte Sachzwangdiskurs irrational zugespitzt, der uns seit Jahren gebetsmühlenhaft einzubläuen versuchte, dass es keine Alternative zu dem durchgesetzten Sozialabbau gebe, dessen soziale Folgen uns dann von Sarrazin - der aufgrund seiner besonders rücksichtslosen Sozialkahlschlagspolitik als Berliner Finanzsenator mit dem Bundesbankposten belohnt wurde - als Auswirkungen einer "falschen" und "negativen" sozialstaatlich verzerrten Selektion verkauft wurden.

Diese Naturalisierung der ausartenden Barbarei im krisengeschüttelten Kapitalismus ließ auch den Hass vieler Sarrazin-Anhänger gegen die "politisch korrekten Gutmenschen" hochkochen, wie er sich zehntausendfach in Internetforen oder Leserbriefspalten Bahn brach. Das Verhalten von Menschen, die "Gutes wollen" und hierfür kämpfen, die also ihr Leben nicht entlang der perversen Imperative eines sozialdarwinistisch verbrämten Konkurrenzkampfes ausrichten, wird im Endeffekt als widernatürlich begriffen. Dies ist der Hass des wutschäumenden Konkurrenzsubjets, das keine Alternative zum kapitalistischen Krieg Aller gegen Alle erkennen kann und an dessen krisenhafter Eskalation irre - und äußerst gemeingefährlich - zu werden droht. Der hauchdünne Lack aller nun als "politische Korrektheit" verachteten zivilisatorischen Errungenschaften, der der kapitalistischen Mehrwertmaschine einen demokratischen Anstich verlieh, blättert bei jeder Krisenerschütterung immer weiter ab.

Sarrazin und die Krise

Ohne Krise hätte es Sarrazin als politisches Phänomen nicht gegeben. Sarrazin verlieh all den dumpfen Krisenängsten Ausdruck, die Deutschlands penibel gepflegte Reihenhaussiedlungen erfasst haben. In ihrem Kern handelt es sich bei der gegenwärtigen Systemkrise um eine Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, die durch die dritte Industrielle Revolution in Mikroelektronik

und Informationstechnologien ausgelöst wurde. Letzten Endes ist der Kapitalismus schlicht zu produktiv für sich selbst geworden. Dieses System stößt an eine "innere Schranke" (Robert Kurz) seiner Entwicklung. Die immer schneller um sich greifende Rationalisierung und Automatisierung führt dazu, dass immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit durch immer weniger Arbeitskräfte hergestellt werden können. Neue Industriezweige wie die Mikroelektronik und die Informationstechnik beschleunigten diese Tendenz noch weiter. Diese neuen Technologien schufen weitaus weniger Arbeitsplätze, als durch deren gesamtwirtschaftliche Anwendung wegrationalisiert wurden.

Die aufgrund dieser zunehmenden kapitalistischen Krisendynamik aus der Kapitalverwertung herausgefallenen, "überflüssigen" Menschen werden seit der Sarrazin-Debatte verstärkt für die hieraus resultierenden sozialen Desintegrationserscheinungen verantwortlich gemacht. Die bloße Existenz dieser auf soziale Transferleistungen angewiesenen Menschen wird so zum Problem, zur Ursache der gegenwärtigen Krisenerscheinungen erklärt. Der derzeitige globale Krisenprozess des Kapitalismus wird so ideologisch in dessen Opfern personifiziert und verdinglicht. Und selbstverständlich trifft diese Krise der Arbeitsgesellschaft zuerst die Arbeitsmigranten, die in die BRD angeworben wurden, um die einfachen Dreckarbeiten zu erledigen, die während des Booms der 50er und 60er Jahre kaum ein Deutscher mehr verrichten wollte. Es sind aber gerade diese einfachen Tätigkeitsfelder, die in den letzten Jahrzehnten von den Rationalisierungsprozessen besonders stark erfasst wurden. Jetzt, da die billigen Arbeitskräfte aus der Türkei nicht mehr gebraucht werden, erklärt ein Sarrazin diese Muslime für genetisch minderwertig und leistungsunwillig.

So gesehen ist die rassistisch und biologistisch konnotierte Hetze gegen "Leistungsverweigerer" und (vor allem muslimische) "Ausländer" innerhalb der kapitalistischen Krisenlogik nur folgerichtig. Die "überflüssigen" Menschen, der "menschliche Abfall", den die ins Stocken geratene Kapitalverwertung ausspeit, muss auf die eine oder andere Art "beseitigt" werden. Mehr denn je muss somit konsequenter Antifaschismus diese Kausalitäten zwischen Krisenprozess und Faschismus thematisieren und die krisengeschüttelte kapitalistische

Gesellschaftsformation radikal infrage stellen. Mehr denn je gilt folglich: "Wer vom Kapitalismus nicht reden will, der sollte vom Faschismus schweigen." (Max Horkheimer)

2.6 All you can eat

Ist das Wachstum der Weltbevölkerung schuld an der globalen Nahrungsmittelknappheit? Eine Kritik der Wiederbelebung der Thesen des britischen Pfarrers Thomas Robert Malthus.

In den vergangenen Jahren ist die Anhängerschaft einer der ältesten kapitalistischen Krisenideologien, des Malthusianismus, geradezu beängstigend gewachsen. Kaum ein Beitrag über steigende Lebensmittelpreise, Hungerunruhen oder die sich anbahnende Ressourcenkrise kommt ohne einen Verweis auf das beständige Wachstum der Weltbevölkerung oder gar eine "Bevölkerungsexplosion" aus, die als eine Ursache der beklagten Krisenphänomene benannt wird. Nichts scheint auch bei der Deutung der zunehmenden ökologischen Verwerfungen einfacher, als dem von dem britischen Pfarrer Thomas Robert Malthus (1766–1834) formulierten Glaubensbekenntnis zu folgen, wonach die Menschheit an ihrer übermäßigen Vermehrung zugrunde gehen werde.

Die von Malthus Ende des 18. Jahrhunderts in seinem "Essay on the Principle of Population" ausgebreitete Überbevölkerungsthese, derzufolge das Bevölkerungswachstum in allen Gesellschaften generell stärker ausfällt als die Zunahme der landwirtschaftlichen Produktivität, genoss im 19. Jahrhundert nach ihrer Anreicherung mit rassistischen Ideologemen im Zuge der imperialistischen Expansion Europas breite Akzeptanz. Das Elend in den ausgepressten Kolonien des globalen Südens – wie auch in den Slums Europas – konnte so auf die imaginierte Triebhaftigkeit und Zügellosigkeit der Unterworfenen und Ausgebeuteten zurückgeführt werden.

Seine radikalste Ausprägung fand der Malthusianismus aber erst im 20. Jahrhundert, als die Deutschen unter der Parole "Volk ohne Raum" einen Vernichtungskrieg im Osten mit dem Ziel einer weitgehenden Entvölkerung, der "Ausrottung" der "slawischen Untermenschen", führten, um so deutsche Siedlungsgebiete zu gewinnen. Der ideologische Weg von Malthus bis Himmler war

gar nicht so weit, wie Passagen aus der Erstausgabe des "Essay on the Principle of Population" belegen, in denen Malthus den Menschen, die seiner Meinung nach "überflüssig" auf der Erde seien, das Lebensrecht abspricht.

Malthus' Thesen gerieten erst im fordistischen Nachkriegsaufschwung in Vergessenheit, als die "grüne Revolution" einen massiven Anstieg der Agrarerträge in allen Industriestaaten bewirkte und der zeitweilige Arbeitskräftemangel zu einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und des blanken Elends zumindest in den Zentren des kapitalistischen Weltsystems führte. Angesichts von Vollbeschäftigung, Milchseen und Butterbergen, die der kapitalistische Agrarsektor produzierte, schienen sich die Überbevölkerungsthesen des englischen Pfarrers endgültig blamiert zu haben. Deren Renaissance setzte erst im Zuge der Krisenperiode der siebziger Jahre ein, als der Club of Rome seinen berühmten Bericht "Grenzen des Wachstums" publizierte, durch den abermals das Schreckgespenst einer globalen Bevölkerungsexplosion geisterte.

Heutzutage gehört die Überbevölkerungsthese zum Repertoire des publizistischen Mainstreams; sie wird spätestens seit dem Ausbruch der globalen Nahrungsmittelkrise 2007/08 in einer schier unüberschaubaren Fülle von Beiträgen immer wieder aufgewärmt. Dabei scheint ein flüchtiger Blick auf das relevante empirische Material zum Bevölkerungswachstum den gegenwärtigen Neomalthusianismus zu bestätigen, da die Weltbevölkerung ja tatsächlich nicht unendlich wachsen kann, ohne dass irgendwann die Ressourcen unseres Planeten erschöpft wären. Malthus würde sich damit von einem reaktionären Spinner, der eine überbevölkerte Welt bereits am Ende des 18. Jahrhunderts kommen sah, zu einem visionären Propheten wandeln. So wächst die Weltbevölkerung weiterhin an, wenn auch die Steigerungsrate stetig abnimmt – laut UN-Prognosen soll sie von den derzeit rund sieben Milliarden bis zur Mitte des 21. Jahrhunderts auf voraussichtlich neun Milliarden Menschen steigen.

Seit dem Beginn des 21. Jahrhunderts geht das Wachstum der Weltbevölkerung mit einer Zunahme von Missernten bei vielen Agrarerzeugnissen einher, mit der Folge, dass das global produzierte Angebot nicht mehr ausreicht, um die wachsende Marktnachfrage zu stillen. Diese Tendenz zur Unterversorgung des Marktes wird

an den Ernteverläufen bei Getreide – der mit Abstand wichtigsten Nahrungspflanzenfamilie – in diesem Jahrhundert deutlich: In sieben der vergangenen zwölf Jahre reichten die Ernteerträge nicht aus, um die Nachfrage zu decken. Folglich nehmen die globalen Getreidereserven immer stärker ab: Während in den letzten zwei Jahrzehnten des 20. Jahrhunderts die weltweiten Reserven fast immer ausreichten, um den Bedarf der Menschheit über mehr als 100 Tage zu decken (mitunter waren es in den späten Achtzigern und den Neunzigern 120 Tage), sind sie mit dem Beginn dieses Jahrhunderts deutlich geschrumpft und pendeln zwischen einer globalen Nachfrageabdeckung von 60 bis 80 Tagen. Die Preisexplosion der letzten Jahre bei vielen Grundnahrungsmitteln ist auf diese Verknappungstendenzen zurückzuführen.

Dennoch trügt die Annahme einer kausalen Beziehung zwischen Bevölkerungswachstum und Lebensmittelverknappung, wie sie von den Neomalthusianern konstruiert wird, da hierbei ein zentraler Faktor unberücksichtigt bleibt. Denn entscheidend ist selbstverständlich die Entwicklung der Pro-Kopf-Produktion von Lebensmitteln, da der Agrarsektor ebenfalls Produktivitätszuwächse verzeichnet. Erst wenn die Steigerungsraten der globalen Nahrungsmittelerzeugung hinter das Bevölkerungswachstum zurückfielen und die Pro-Kopf-Erträge stark einbrächen, ließe sich die von Malthus konstruierte Überbevölkerungsfalle konstatieren. Doch dies ist nicht der Fall. Laut den Zahlen der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) befinden sind die globalen Pro-Kopf-Erträge bei allen Getreidearten weit über dem Niveau der sechziger und siebziger Jahre des 20. Jahrhunderts, wobei sie seit den achtziger Jahren auf einem hohen Niveau stagnieren.

Ausgehend von einem Durchschnittswert der Ernteerträge in den Jahren 2004 bis 2006 standen jedem Menschen 1961 nur knapp 79 Prozent dieser Getreidemenge zur Verfügung; 1970 waren es schon 90 und 1980 bereits 98 Prozent. In den darauf folgenden drei Jahrzehnten oszillierte die Ausbeute aller Getreidearten zwischen rund 93 und 107,5 Prozent der Durchschnittserträge der Jahre 2004 bis 2006. Trotz der von den Malthusianern postulierten Bevölkerungsexplosion stünden rein theoretisch jedem Menschen heutzutage mehr Getreideprodukte zur Verfügung als

1961 oder 1970.

Noch deutlicher wird diese Tendenz beim World Food Price Index der FAO, in dem alle nährstoffhaltigen Lebensmittel zusammengefasst werden. Ihm zufolge wuchs in den vergangenen 50 Jahren die Nahrungsmenge beständig, die jedem Menschen zur Verfügung stehen könnte. In Relation zur Durchschnittsproduktion von 2004 bis 2006 waren es 72 Prozent in 1960, 76 Prozent in 1970, 80 Prozent in 1980, 86 Prozent in 1990, 93 Prozent in 2000 und 107 Prozent in 2010. Die Nahrungsmittelproduktion weist somit generell bislang ein höheres Wachstumstempo als die Weltbevölkerung auf; sie kann zumindest mit dem Bevölkerungswachstum mithalten, wie im Fall der Getreideerträge. Damit ist die Überbevölkerungsthese der Malthusianer widerlegt.

Zudem schätzt die Uno, dass die Weltbevölkerung ab der zweiten Hälfte des 21. Jahrhunderts langsam abnehmen wird. Selbst der Club of Rome geht in seiner jüngsten Prognose davon aus, dass im Gefolge der globalen Urbanisierungsprozesse die Weltbevölkerung bereits 2040 ihren Höchststand von 8,1 Milliarden Menschen erreichen wird und danach ein Schrumpfungsprozess einsetzen dürfte.

Es bleibt die Tatsache, dass die Marktnachfrage stärker steigt als die Agrarproduktion. Die "Missernten" der vergangenen Jahre resultierten ja gerade daraus, dass die globale marktvermittelte Nachfrage des Kapitals nach Agrarrohstoffen – und nicht etwa der Nahrungsbedarf der Menschheit – nicht gedeckt werden konnte. Offensichtlich wächst die Marktnachfrage stärker als die Weltbevölkerung. Laut FAO könnten beim derzeitigen Produktivitätsstand der Agrarindustrie rund zwölf Milliarden Menschen mit den notwendigen Nährstoffen versorgt werden – und dennoch müssten wir die "Nahrungsmittelproduktion bis 2050 verdoppeln, um die Nachfrage infolge der steigenden Weltbevölkerung stillen zu können", wie Claire Schaffnit-Chatterjee, Autorin einer Agrarstudie für die Deutsche Bank, gegenüber Welt Online behauptete.

Die kapitalistische Weltwirtschaft scheint also äußerst verschwenderisch mit den globalen Ressourcen umzugehen, wenn zur Befriedigung der Bedürfnisse der zusätzlichen zwei Milliarden Menschen, um die bis 2050 die Weltbevölkerung

anwachsen soll, die Nahrungsmittelproduktion verdoppelt werden müsste. Doch selbstverständlich geht es der globalen Agrarindustrie nicht um die Befriedigung menschlicher Bedürfnisse – sonst hätten wir derzeit nicht 870 Millionen hungerleidende Menschen auf diesem Planeten –, sondern um eine möglichst hohe Verwertung ihres Kapitals, die den gesamten Agrarsektor in ein System effizientester Ressourcenverschwendung verwandelt. Es ist nicht nur die zunehmende Produktion von sogenannten "Biokraftstoffen" aus Lebensmitteln, mit der die globale Nahrungs- und Ressourcenkrise forciert wird, es sind vielmehr die durch das Kapital im Zuge der "grünen Revolution" selbst hervorgebrachten Produktivitätssprünge, die im Rahmen der kapitalistischen Produktionsweise paradoxerweise zu der gegenwärtigen Ressourcenkrise im Agrarsektor führen.

Im Rahmen der Kapitalverwertung sind alle ökologischen Ressourcen und Rohstoffe nur als Träger von Wert – also abstrakt menschlicher Arbeit – von Belang. Je höher die konkurrenzvermittelte Steigerung der Produktivität im Agrarsektor getrieben wird, desto weniger abstrakte Arbeit ist in einem gegebenen Quantum Agrarrohstoffe verdinglicht. Um den Verwertungsprozess des Kapitals auch in diesem Sektor aufrechtzuerhalten, müssen daher neue Absatzfelder für die anschwellende und an Wert verlierende Agrarproduktion gefunden werden – samt Mitteln und Wegen, diese Verwertung unter einem möglichst hohen Aufwand von Ressourcen und Rohstoffen zu betreiben, auch wenn hierbei die ökologischen Grundlagen der Verwertung langfristig zerstört werden.

Je größer die Produktivität der globalen Agrarmaschinerie, desto stärker wird auch ihr Ressourcenhunger, da die Wertmasse pro produzierter Einheit tendenziell abnimmt. Ein Versuch, in der kapitalistischen Agrarwirtschaft eine ressourcenschonende Produktionsweise einzuführen, ist unmöglich – er käme einer Kapitalvernichtung gleich. Aus diesem Verwertungszwang ergibt sich die Tendenz zur effizienten Ressourcenverschwendung, deswegen "muss" die Nahrungsmittelproduktion bis 2050 verdoppelt werden, um ein Bevölkerungswachstum um 28 Prozent zu verkraften.

Ein Paradebeispiel für diese Tendenz zur effizienten Ressourcenverschwendung liefert die US-amerikanische Maisindustrie, die seit der grünen Revolution in den

Siebzigern die US-Verbraucher mit dem High Fructose CornSyrup (HFCS) beglückt, einem Zuckerkonzentrat, das den gewöhnlichen Zucker verdrängt hat und sich inzwischen in einer Unmenge von Nahrungsmitteln befindet. Der Filmemacher Curt Ellis, der in seinem Dokumentarfilm "King Corn" Geschichte und Folgen der Industrialisierung der amerikanischen Maisbranche beleuchtet hat, schilderte die Einführung von HFCS in einem Interview so:

» *In den Siebzigern wurde diese enorme Steigerung der Maiserträge erreicht, und nun tauchten überall im Mittleren Westen diese gigantischen Maisberge auf. Deswegen schien alles hilfreich, um diese Maismengen verwenden zu können.* «

Inzwischen findet sich das von der Lebensmittelindustrie entwickelte HFCS, das mit der Zunahme von Fettleibigkeit, Diabetes, Herz und Lebererkrankungen in den vergangenen Jahrzehnten in Verbindung gebracht wird, in "Tausenden" von Lebensmitteln wieder. "Unsere Ernährung ist sehr viel süßer geworden", so Ellis. "High Fructose Corn Syrup ist überall, er ist in deiner Spaghettisoße oder in einem Laib Brot – in Produkten, in denen er vor einer Generation noch nicht zu finden war."

Produktivitätssteigerungen in der kapitalistischen Agrarindustrie führen somit nicht zu einer Schonung der begrenzten natürlichen Ressourcen, sondern zum Bemühen, auf Biegen und Brechen neue Nachfragefelder zu schaffen, um den Verwertungsprozess aufrechtzuerhalten – und wenn es der menschliche Körper sein muss, der als Fruchtzuckerhalde missbraucht wird. Deswegen nimmt der Ressourcenhunger der globalen Verwertungsmaschinerie immer weiter zu, deswegen werden immer neue "Märkte" und krankmachende Produkte kreiert, während eine knappe Milliarde marginalisierter Menschen hungern muss, weil sie aus der Kapitalverwertung ausgestoßen sind und keine zahlungskräftige Nachfrage bilden können.

Und es sind gerade diese Menschen, denen die gegenwärtig sich rasant vermehrende Malthus-Anhängerschaft ihre bloße Existenz zum Vorwurf macht. Es ist geradezu pervers, den Konsum von Nahrungsmitteln in der "Dritten Welt" mit der sich

abzeichnenden Nahrungskrise in Zusammenhang zu bringen. Der Kalorienkonsum im subsaharischen Afrika hat zwischen 1964 und 1999 nur leicht von 2.058 auf 2.195 Kalorien zugelegt. In den Industrieländern kletterte er im gleichen Zeitraum von 2.947 auf 3.380 Kalorien. Bei vielen Ressourcen liege der Verbrauch in den Industrieländern um bis zu zehnmal höher als in den "Entwicklungsländern", konstatierte eine vom Umweltbundesamt kofinanzierte Studie zum globalen Ressourcenverbrauch ("Ohne Maß und Ziel –Über unseren Umgang mit den natürlichen Ressourcen der Erde"). Die Einwohner Nordamerikas konsumierten demnach 90 Kilo Ressourcen pro Tag, in Europa seien es 45 – und in Afrika nur zehn Kilo. Interessanterweise liegt die tägliche Ressourcenentnahme in Afrika bei rund 15 Kilo pro Einwohner. Was passiert mit dem Förderüberschuss? Mit circa drei Tonnen pro Einwohner und Jahr sei Europa der "Kontinent mit den größten Nettoimporten an Ressourcen", der von einem "bedeutenden Transfer von Ressourcen aus armen Ländern mit geringem Konsum in reiche Länder mit hohem Konsum" profitiere, so die Studienautoren.

Malthus steht plötzlich Kopf: Anstatt sie selber zu verfeuern, führen die Regionen mit dem höchsten Bevölkerungswachstum (arme Länder) rund ein Drittel ihrer geförderten Ressourcen in die Regionen aus, in denen es kein Bevölkerungswachstum gibt (reiche Länder). Offensichtlich tragen somit nicht die unterentwickelten Länder mit dem höchsten Bevölkerungswachstum zur Ressourcenkrise bei, sondern die entwickelten Industrieländer, die ein Vielfaches an Ressourcen – die zum guten Teil aus der »Dritten Welt« importiert werden – verballern.

Angesichts der Absurdität der Thesen der Überbevölkerungsideologen stellt sich die Frage, wieso dieses archaische Denken des 18. Jahrhunderts ausgerechnet jetzt, in der gegenwärtigen Krisenperiode, wieder um sich greift. Malthus formulierte seine Thesen in einer Phase ungeheurer Massenverarmung, die mit der Durchsetzung des Kapitalismus in England einherging. Die Arbeitslosen und massenhaft von ihrem Grund und Boden vertriebenen Menschen, die der Kommerzialisierung der Landwirtschaft weichen mussten, wurden als "überflüssiges Menschenmaterial" in die Städte gespült, wo sie die Reservearmee der

ersten Industriellen Revolution bildeten, oder sie irrten auf dem Land umher, wo sie permanenter Repression ausgesetzt waren. Der langfristige Prozess der "Einhegungen", der mit massiven Vertreibungen einhergehenden Etablierung von Privatbesitz an Grund und Boden, fand gerade zu Lebzeiten von Malthus seinen historischen Höhepunkt. Malthus ideologisierte die desaströsen sozialen Folgen der Kommerzialisierung der Landwirtschaft (Schafzucht für die aufkommende Textilindustrie) zu einem "natürlichen" Prozess der Überbevölkerung. Die Opfer dieser "Einhegungen" wurden so durch Malthus zu Tätern gemacht – und das Verbrechen, das sie begingen, bestand einzig in ihrer Existenz.

Eine ähnliche weltgeschichtliche Situation entfaltet sich auch gegenwärtig, da derzeit krisenbedingt immer mehr Menschen aus der Lohnarbeit ausgeschlossen werden. Diese Krise wird potenziert durch die Ressourcenkrise, die – wie dargelegt – aus dem unersättlichen Ressourcenhunger der kapitalistischen Verwertungsmaschinerie resultiert. Die Arbeitslosenquoten in Südeuropa nähern sich nzwischen dem Niveau in der "Dritten Welt" an, doch es findet zugleich gerade kein massiver Verfall der Rohstoffpreise statt, der für Rezessionen eigentlich charakteristisch ist.

Während die globalen "Wohlstandsinseln" abschmelzen und Verelendung, Marginalisierung, Obdachlosigkeit und Massenarbeitslosigkeit um sich greifen, gewinnt der Reflex an Intensität, diesen Pauperismus zu einem "natürlichen" Phänomen zu ideologisieren. Dieser Reflex ist die Ausgeburt eines Denkens, das nicht fähig ist, die eigene, als "natürlich" imaginierte Gesellschaft kritisch zu hinterfragen. Die innerhalb der kapitalistischen Akkumulationsbewegung überflüssige Bevölkerung soll abermals zur Ursache der Krise erklärt, die bloße Existenz dieser Ausgestoßenen des Kapitalismus zum eigentlichen Problem halluziniert werden. Die sich in der Krise zuspitzenden Widersprüche des Kapitalismus erhalten so den Anschein natürlicher Folgen der "Überbevölkerung". Letztlich dient auch die gegenwärtige Reanimation der malthusianischen Ideologie dazu, ihre Apologeten gegen das um sich greifende Elend zu immunisieren.

2.7 Wir sind Zombies

Über die steile kulturindustrielle Karriere, die dem Phänomen der Untoten in den vergangenen Jahren bescheiden war.

Knapp 400 Millionen US-Dollar soll die Produktion und Vermarktung des jüngsten Zombiespektakels World War Z verschlungen haben. Wenn Hollywood eine solch üppige Summe in die Verwertung eines jahrzehntelang randständigen Kulturphänomens investiert, dann muss es inzwischen im Mainstream der westlichen Kulturindustrie angekommen sein. Zumal sich diese enorme Investition letztendlich offenbar rentierte.

Die Zombies sind überall. Eine regelrechte Flut untoter Kulturprodukte ergießt sich über uns, bei der jährlich Duzende von zombieverseuchten Filmen und Videospielen publiziert werden. Längst hat der jährliche Ausstoß an entsprechenden Kulturwaren neue Höchststände erreicht, die sogar über denen der ersten großen Zombiewelle in den Siebzigern und Achtzigern des letzten Jahrhunderts liegen, als George A. Romero mit seinen Klassikern Night of the Living Dead (1968) und Dawn of the Dead (1978) den Untoten einen ersten Popularitätsschub verschaffte. Laut der Liste der weltweit produzierten Zombiefilme zu finden ist (a, auch solch essenzielle Listen führt unsere Internetenzyklopädi Wikipedia), wurden zwischen 2010 und 2012 im Schnitt 35 Filme jährlich produziert, in denen Untote eine Neben- oder die Hauptrolle spielen. Hinzu kommen noch Dutzende von Computerspielen, in denen die lebenden Toten auf mehr- oder minder effektvolle Art und Weise in Einzelteile zerlegt werden müssen. In den Siebzigern und Achtzigern überschritt der Produktionsausstoß der Zombieindustrie hingegen nie die Marke von 12 Filmen pro Jahr.

Es ist nicht nur eine rasche Vermehrung der Zombies in der Massenkultur festzustellen, die Charakteristika der Untoten sind ebenfalls einem enormen Wandel ausgesetzt. Zum einen wird immer öfter auf eine Rationalisierung des

Szenarios der Zombieapokalypse abgezielt, indem sie auf die Ausbreitung eines gefährlichen Virus oder außer Kontrolle geratener militärischer Experimente zurückgeführt wird ("World War Z", "28 Days later"). Der heutige Zombie des frühen 21. Jahrhunderts, der mit der Zeit gehen will, kann sich zudem kaum noch den Schlendrian erlauben, den seine entfernten Verwandten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts an den Tag legten. Beginnend mit dem britischen Zombiefilm "28 Days later" (2002) und Zack Snyders ebenso effektvollem wie flachem Remake von "The Dawn of the Dead" von 2004 werden die Untoten schneller, agiler und auch als einzelne Exemplare weitaus aggressiver. Romero setzte hingegen voll auf den Masseneffekt – erst in großen Gruppen entwickeln seine Untoten ihre Gefährlichkeit. Statt des gemächlichen Schlürfens gehen die Zombies des 21. Jahrhunderts hingegen zum Sprint über, um ihre Opfer zu fassen, sobald sie diese lokalisieren. Die erfolgreiche Computerspielserie "Left 4 Dead" baut ihr gesamtes Gameplay gerade auf diesem Element der andauernd gegen den Spieler anstürmenden Untoten auf, deren Scheinexistenz zwischen Leben und Tod wohl einen übermäßigen Konsum von Aufputschmitteln zuzuschreiben wäre.

Auf die Spitze getrieben wurde diese untote Hyperaktivität von "World War Z", wo die Zombies zu einer rasend voranstürmenden und alles verschlingenden menschlichen Flut mutieren. Rund zwölf Sekunden braucht hier das von einem Zombie gebissene Opfer, um sich in einen weiteren Vertreter dieser mit der Geschwindigkeit eines Buschfeuers expandierenden Spezies zu verwandeln – das ist Effizienz. "World War Z" veranschaulicht auch die Kompromisse, die der Zombie bei seiner kulturindustriellen Karriere eingehen musste. Der mainstreamkompatible Zombiefilm muss nahezu vollständig auf Splatter-Effekte verzichten, um ein möglichst breites Publikum zu erreichen. Diese Filmgattung bildet aber traditionell die Heimstätte der exzessiven Verwendung von Splatter- und Gore-Szenen, bei denen ja buchstäblich die (menschlichen) Fetzen fliegen. Hollywood kreierte hier einen sterilen, quasi familientauglichen Unterhaltungsfilm, der einer essenziellen und zugleich kontroversen, subversiven Darstellungsform beraubt wurde. Die "Infizierten" scheinen nicht mehr das zu praktizieren, was die Zombies seit jeher taten: Die (noch) Lebenden zu vor den Augen des schockierten Zuschauers buchstäblich zu verschlingen.

Der entscheidende Bruch mit den (subversiven) Traditionen dieses Filmgenres, den "World War Z" vollzieht, findet aber auf der inhaltlichen Ebene statt. Die Gruppen der Überlebenden, die sich der Zombieapokalypse ausgesetzt sehen, sind seit "The Night of the Living Dead" von Konflikten und Widersprüchen durchzogen, die zumeist parallel zu Zombieangriffen eskalieren. Dies ist bei der Filmadaption von "World War Z" nicht mehr der Fall, obwohl gerade die Buchvorlage von Max Brooks sich in expliziter Kritik polizeistaatlicher Tendenzen in den USA übt. Das 2006 erschienene Buch ist wie eine Serie scheinbar echter Augenzeugenberichte aufgebaut, in denen nicht nur die Zombieangriffe, sondern auch die willkürlichen und brutalen Übergriffe der Staatsorgane auf Unbeteiligte dargestellt werden.

Diese fiktive "Oral History" des Zombiekrieges liest sich teilweise wie ein sarkastischer Kommentar zu den skandalösen Polizeistaatsexzessen bei der Bewältigung der Flutkatastrophe in New Orleans. In der Filmadaption wurde diese subversive Ebene restlos getilgt, der Sicherheitsapparat bemüht sich hier noch aufopferungsvoll um Sicherheit. Zudem müssen wir uns mit der typischen idyllischen Kleinfamilie identifizieren, mit der sprichwörtlichen "Keimzelle" der Gesellschaft, deren Zusammenhalt den Filmemachern dramaturgisch offensichtlich weitaus wichtiger war als die Atombombeneinschläge, die die nervtötend stereotypen Handygespräche zwischen Pitt und seiner Gattin unterbrechen.

"World War Z" raubt somit dem Zombiefilm seine subversive, kritische Dimension. Die Zombies werden zu dem Anderen, dem Fremden schlechthin gemacht, das außerhalb der scheinbar widerspruchslosen Gesellschaft und Familienidylle lauert - und somit deren Bedrohung durch äußere Kräfte verkörpert, die durch (israelische, US-amerikanische, europäische) Mauern und Grenzbefestigungen abzuhalten sind. Diese "Externalisierung" des Zombies zu einer äußeren Bedrohung bildet den fundamentalen, reaktionären Bruch, den der Film gegenüber der Filmgattung begeht. Denn selbstverständlich verweisen die Auseinandersetzungen unter den Überlebenden im klassischen Zombiefilm nur darauf, dass die Untoten etwas verkörpern, was tief in unserer eigenen Gesellschaft schlummert – etwas, was derzeit im Stadium der Latenz verbleibt, was aber auch manifest werden könnte.

Wir sind die Zombies

Die Konflikte in der Gruppe ist Ausdruck einer konfliktgeladenen Gesellschaft. Und es ist die Eskalation dieser Auseinandersetzungen, die die Überlebenden zu den Monstern werden lässt, die eigentlich in Form der Zombies außerhalb der Gruppe lauern. Ob nun die Frage nach der richtigen Verteidigungsstrategie in "The Night of the Living Dead", die drohende Vergewaltigung einer Minderjährigen durch Soldaten in "28 Days later", oder die Kämpfe mit marodierenden Banden in "Dawn of the Dead", stets führen eskalierende Auseinandersetzungen innerhalb der Überlebenden erst dazu, dass die Zombies deren Verteidigung durchbrechen können. Telltales Adventurespiel zur populären Zombie-Fernsehserie "The Walking Dead" hat gerade diese Auseinandersetzungen zwischen den "Survivors" zu einem zentralen Spielelement ausgebaut. Der Spieler hat immer wieder Partei zu ergreifen bei den Streitereien zwischen Gruppenmitgliedern, bei denen oft Menschenleben auf dem Spiel stehen. "Wo sind die wahren Monster, hier drinnen oder da draußen?" - so fragt eine Überlebende, als in einem Krämerladen verschanzte Gruppenmitglieder ein Kind den Zombies zum Fraß verworfen wollen, weil sie glauben, es sei gebissen worden.

"They are us." - "Sie sind wir", sagt einer der Protagonisten in Romeros Dawn of the Dead über all die Zombies, die unaufhörlich vor das verschlossene Einkaufszentrum strömen, in dem sich die Überlebenden häuslich eingerichtet haben. Die Zombies, das sind wir. Der Untote visualisiert im Endeffekt all die Verstümmelungen, die das Leben im Spätkapitalismus dem Individuum solange zufügte, bis es in Auflösung überging, im kulturindustriellen Dauerbombardement gänzlich ausradiert wurde. Der Zombie visualisiert nur "das, was die Welt aus uns gemacht hat", wie es Adorno in Bezug auf das deformierte Subjekt im absurden Theater Becketts formulierte. Hier, im Untoten, werden die kulturindustriell deformierten "Stümpfe von Menschen, diese Menschen, die eigentlich ihr Ich verloren haben" (Adorno), sichtbar gemacht. Das beschädigte Innere des massenmedial verstümmelten, des "reduzierten" modernen Menschen, der etwa Konsum mit Freiheit verwechselt, findet in der Gestalt des Zombies seine Entäußerung und Visualisierung.

Der Zombie ist das, was das System aus uns macht. Der Hauptdarsteller in

Romeros "Land of the Dead" (2005) bringt diese Zombiehaftigkeit der Lebenswirklichkeit der postmodernen Gesellschaftsatome im Spätkapitalismus zum Ausdruck, als er die seelen- und gedankenlose Imitierung von Alltagsverrichtungen durch die Zombies beobachtet: "Ist es nicht das, was wir auch machen, so zu tun, als ob wir leben würden?" Dieses Gefühl der totalen Entfremdung, des leeren "Scheinlebens" im Spätkapitalismus findet sich auch in der Gegenwartsliteratur, etwa im jüngst publizieren Roman "Der Clown ohne Ort" von Thomas Martini: "Die Zeiten sind so niederschmetternd leer, dass uns die Luft zum Atmen, geschweige denn zum Schreien oder Protestieren fehlt. Alles ist nur noch Fassade, fahl glänzende Notwendigkeit." Ist dies nicht die adäquate Beschreibung des Innenlebens eines lebenden Toten? Es sind unsere inneren Verstümmelungen, die der Zombie in Form seiner äußerlichen Merkmale zum Ausdruck bringt.

In bislang unerreichter Vollkommenheit wurde dieses subversive Potenzial des Zombiefilms, wo letztendlich dem Zuschauer der Spiegel vorgehalten wird, in Romeros "Dawn of the Dead" (1978) ausgeschöpft. Der Film zeichnet in vielen Szenen klare Parallelen zwischen den Untoten in dem Einkaufszentrum und gewöhnlichen Konsumenten, zumal auch die Überlebenden in dem Film in einen regelrechten Shoppingrausch geraten. Der hirnlose Konsum, zu dem wir alltäglich animiert werden, findet in den Shoppingcenter-Zombies seine perfekte Parodie.

Konsumzombies

Der Zombie fungiert hier als eine wandelnde Allegorie des entfremdeten, "entleerten" und seelisch verstümmelten Konsumenten, des "Konsumzombies", der seine Individualität vermittels der korrekten Markenwahl auszudrücken glaubt. Dieses subversive Moment kommt auch in dem Computerspiel zu "The Walking Dead" zum Vorschein, wenn es bei einem Rätsel darum geht, die Fernseher in der Auslage eines Elektronikgeschäfts einzuschalten, um die Zombies in der Straße dadurch abzulenken.

Die Figur des Zombies transportiert aber nicht nur eine Kritik der Massenmedien, der Allmacht der allgegenwärtigen Kulturindustrie und des ungehemmten

Konsumismus. In vielen Zombiefilmen werden Parallelen gezogen zwischen den Untoten und den Machtverhältnissen in autoritären Gruppen und Gesellschaftsbereichen, in denen die Individuen buchstäblich gefangen sind – in einer Dialektik aus Unterwerfung und autoritärem Exzess: Zum einem lassen sich Mitglieder des Militär- und Polizeiapparates in Zombiefilmen immer wieder zu bestialischen Gewaltakten hinreißen ("Dawn of the Dead", "28 Days Later"), zum anderen agieren immer wieder Banden und Milizen in Zombiefilmen mit besonderer Brutalität ("Dawn of the Dead", "Land of the Dead").

Der einzige schwarze Überlebende der "Nacht der lebenden Toten" wird bezeichnenderweise von einem weißen Milizangehörigen erschossen. Die Soldaten, die in "28 Day Later" ein Anwesen gegen die anrückenden Untoten absichern, wollen die "Zivilisation" durch die Zurichtung der anwesenden Frauen zu Sexslavinnen wiederaufbauen. Ein rassistisches SWAT-Mitglied läuft zu Beginn von "Dawn of the Living Dead" Amok, während Milizmitglieder Jagd auf Zombies machen. In Zombiefilmen findet sich somit nicht nur die Kritik am "Konsumzombie", sondern auch am Untertanen in der Uniform, am Polizei- und Militärzombie, der die Unterwerfung unter ein striktes Befehlsregime mit Exzessen gegen Untergebene zu kompensieren versucht.

Und es ist gerade diese Reflexion entfesselter Machtstrukturen, die angesichts permanenter polizeistaatlicher Erosion demokratischer Standards und angesichts der raschen Vermehrung "gescheiterter Staaten" hochaktuell ist. Im Zombiefilm wird die drohende krisenbedingte Erosion des Zivilisationsprozesses zwischen den Mühlsteinen eines ausartenden Polizei- und Überwachungsstaates einerseits und andererseits der Banden- und Racketherrschaft dargestellt, die in Krisenzeiten in ökonomischen Bürgerkriegs- und Zusammenbruchsgebieten um sich greift. Der Zombie kann so die Machtlosigkeit der Individuen in autoritären oder heteronomen Gesellschaftsstrukturen zum Ausdruck bringen, die sie zu scheinbar willenlos Getrieben machen.

Manche Mitglieder der hoffnungslosen Milizen und Banden, die in vielen "gescheiterten Staaten" eine anomische Terrorherrschaft errichten, legen ja eine regelrecht zombiehafte Brutalität an den Tag. Berüchtigt ist etwa der Fall des

"Kannibalen von Kusair", eines Islamistenführers im syrischen Bürgerkrieg, der vor laufender Kamera in das Herz eines getöteten Feindes biss. In diesem perversen Akt scheint der Horrorfilm mit dem Horror der kapitalistischen Systemkrise zu verschmelzen.

Zombies und Klassenkampf

Hinzu kommt noch die Angst vor dem Aufstand, der blinden Wut der im Spätkapitalismus deklassierten und marginalisierten Menschenmassen, die im Zombiefilm verarbeitet wird. Der Zombie steht auch für den Hass all derjenigen, die tatsächlich aus den Einkaufszentren ausgeschlossen sind – und deren Frustration sich sporadisch in Gettoaufständen und Plünderungen artikuliert. Da draußen gehe es zu "wie in 28 Days later", lautete ein beliebter Spruch während der Jugendunruhen von 2011 in Großbritannien, als die marginalisierten und von den Sicherheitskräften schikanierten Kids anfingen, sich all die unerreichbaren Konsumprodukte einfach zu nehmen, deren Erwerb ihnen alltäglich auf allen Kanälen eingetrichtert wird. Im Zombie können somit auch rückwärtsgewandte, reaktionäre Ängste der Mittelklassen vor dem Umsturz der bestehenden Verhältnisse, vor den Massen der Deklassierten und Ausgegrenzten personifiziert werden. "Es begann mit Unruhen." So wird die Anfangsphase der durch eine Infektion ausgelösten Zombieapokalypse in "28 Day Later" tatsächlich beschrieben.

Der Zombie kann in seiner symbolischen Ambivalenz aber auch zu einem revolutionären Subjekt stilisiert werden. Die progressive Auseinandersetzung mit den zunehmenden sozialen Gegensätzen im Spätkapitalismus wurde in Romeros "Land of the Dead" (2005) auf die Spitze getrieben. In keinem anderen Film sind die Zombies so "menschlich": Sie können Werkzeuge benutzen, sie gehen ihrer ursprünglichen Beschäftigung nach, sie kommunizieren, sie sind lernfähig - und sie können sich organisieren, um das oligarchische System zu stürzen, das die reiche Oberschicht einer von Flüssen und elektrischen Zäunen umgebenen Stadt errichtet hat. In diesem nur oberflächlich kaschiertem Plädoyer für Klassenkampf und antiimperialistischer Solidarität wird die reiche Oberschicht verschlungen, während die Überlebenden aus den Gettos der Stadt mit den Zombies eine Art Waffenstillstand schließen und eine Koexistenz finden: "Sie wollen auch nur

irgendwo in Frieden leben, so wie wir", erklärt ein Überlebender, der sich weigert, Raketen auf die wieder abziehenden Untoten abzuschließen.

Nazizombies must die!

Der Zombie kann nicht nur als eine Allegorie der zusehenden sozialen Spaltung und des eskalierenden Klassenkampfes im Spätkapitalismus fungieren, mit der Figur des Nazi-Zombies schuf das Genre den perfekten filmischen Kommentar zum krisenbedingt erstarkenden Neofaschismus und Rechtsextremismus. Nichts symbolisiert das Wiederaufleben einer archaischen, menschenverachtenden Naziideologie besser als die wandelnden Leichen von verwesenden SS-Männern und Nazisoldaten, die sich etwa im norwegischen Film Dead Snow auf eine Gruppe junger Studenten in einer abgelegenen Waldhütte stürzen. Neben dem norwegischen Streifen, in dem die Nazizombies mit der deutschen Besatzungszeit Norwegens in Zusammenhang gebracht werden, lässt aktuell noch der Shooter Sniper Elite: Nazi Zombie Army untote Nazis gegen den Spieler anstürmen.

Und selbstverständlich handelt es sich bei den Zombiefilmen um ein apokalyptisches Gerne, bei dem die Ahnung aufscheint, dass die gegebene Gesellschaftsordnung nicht von Dauer sein kann und an ihre Entwicklungsgrenzen stößt. Die erste große Zombiewelle erfasste die westliche Kulturindustrie während der Krisenperiode der siebzieger Jahre des 20. Jahrhunderts, als das von Vollbeschäftigung und Massenkonsum geprägte "Goldene Zeitalter" des Nachkriegskapitalismus zu Ende ging. Die Zombieapokalypse war somit Teil einer in Krisenzeiten zunehmenden Herstellung apokalyptischer und dystopischer Kulturprodukte, in denen die sich verschärfenden sozialen Verwerfungen verarbeitet werden – dies ist in den vergangenen Jahren genauso der Fall wie in den Siebzigern und frühen Achtzigern des 20. Jahrhunderts.

Die Zombieapokalypse

Der Ausbruch der Zombieapokalypse visualisiert aber auch die Ängste vor dem Verlust der Integrationsfähigkeit des Kapitalismus, vor dem Verschwinden der libidinösen Bindungen (Freud), die alle Gesellschaftsformation zusammenhalten –

und die vom spätkapitalistischen System beständig unterminiert werden. Der Zombieangriff steht für den Moment der Panik, in dem alle sozialen Bindungen zwischen Individuum und Gruppe verschwinden und diese in Desintegration übergehen – etwa wenn auf dem notlandenden Flugzeug eine Panik ausbricht oder wenn Menschen in einem überfüllten Stadion anfangen, sich gegenseitig totzutrampeln. Momente oder Zeiträume der Panik können auch nach Naturkatastrophen entstehen, etwa nach der Flutkatastrophe in New Orleans.

Das in Agonie übergehende kapitalistische System produziert beständig Panik – nicht nur in der Fülle von Weltuntergangsfilmen und sonstigen apokalyptischen Kulturprodukten (Kultur der Panik). Das System bemüht sich beständig, alle Bindungen zwischen den Menschen auszulöschen, die nicht auf Konkurrenz und Marktbeziehungen zwischen Warensubjekten beruhen. Ein Paradebeispiel herfür sind die Hartz-IV-Reformen. Das antisoziale Hartz-Konstrukt der "Bedarfsgemeinschaft" wurde eigens mit der Intention eingeführt, die soziale Atomisierung der Lohnabhängigen zu forcieren, die künftig darauf achten sollen, sich bloß mit niemandem in einer "Bedarfsgemeinschaft" einzulassen, der zu einer finanziellen Belastung werden könnte. Solch in allseitige Konkurrenz getriebene Gesellschaftsatome verlieren sukzessive ihre libidinösen Bindungen an die zu einem gnadenlosen Konkurrenzsystem zugerichtete Gesellschaft. Sie werden für Panik anfällig – für den Moment, in dem alle verinnerlichten sozialen Bindungen sich auflösen und Gesellschaftsmitglieder in blinde Flucht oder blinden Kampf aller gegen alle übergehen.

Zombies und Kulturindustrie

Der interessanteste Aspekt bei der Auseinandersetzung mit den Produkten der Kulturindustrie besteht gerade darin, dass diese letztendlich auf die Gesellschaft verweisen, in der sie entstanden. In den Waren der Kulturindustrie manifestieren sich die Widersprüche, Ängste und Obsessionen, die der krisengeschüttelte Kapitalismus hervorbringt, wenn auch in einer unreflektierten und gebrochen Form, die der Decodierung bedarf. Gute Rezensionen setzten sich gerade mit diesem gesellschaftlichen Subtext eines Films auseinander. Mag der Plot dröge, die Ästhetik öde und die Schauspieler hölzern wirken, dennoch bringen die

Machwerke der Kulturindustrie unbewusst die Produktionsbedingungen zum Ausdruck, unter denen sie angefertigt wurden.

Ein Beispiel: Die eingangs dargelegte Hektik oder Hyperaktivität, unter der gegenwärtig viele Zombies zu leiden haben, ist Ausdruck einer allgemeinen Tendenz zur gesellschaftlichen Beschleunigung im Spätkapitalismus, wie sie etwa der Soziologe Hartmut Rosa beschreibt. Die zunehmende "Beschleunigung" des gesellschaftlichen Stoffwechsels, die der Soziologe konstatiert, ist selbstverständlich nur Ausdruck der zunehmenden Krisenkonkurrenz, bei der Arbeitszeiten und Arbeitsintensität gesteigert, sowie Produktzyklen verkürzt werden. Die Hektik und Arbeitshetze, die immer mehr Angestellte in den Burnout treibt, hat somit auch die Zombies erfasst, denen die Kulturindustrie selbst nach ihrem Ableben keine Verschnaufpause, keinen Schlendrian mehr gönnen will. Der Zombie der 70er Jahre konnte noch mit Konsum und Kommerz ruhiggestellt werden, die Zombies des 21. Jahrhunderts sind hingegen von der zunehmenden Krisenkonkurrenz gezeichnet.

Der Zombie als Krisenphänomen

Der Untote mit seinen sich wandelnden Charakteristika stellt somit eine Visualisierung abstrakter gesellschaftlicher Phänomene und Widersprüche dar, die zumeist in der massenmedial veröffentlichten Meinung nicht thematisiert werden. Das Genre des Zombiefilms kann dabei nicht nur bestimmte punktuelle soziale Fehlentwicklungen und Widersprüche reflektieren, die derzeit krisenbedingt überhandnehmen - wie etwa Entindividualisierung, Entfremdung, Rassismus, eskalierende Klassengegensätze oder gesellschaftliche Desintegrationstendenzen. Der Figur des Zombies haftet allein aufgrund ihres scheinlebendigen Zustandes eine Eigenschaft an, die sie zur perfekten allegorischen Darstellung des gegenwärtigen Zustandes der spätkapitalistischen Gesellschaftsformation macht. Selbst die "sterilen" Zombies, wie sind in "World War Z" massenhaft auftreten, transportieren einen sarkastischen Kommentar auf den derzeitigen Zustand des gesamten kapitalistischen Weltsystems.

Die Zombies leben selbstverständlich in einem scheinlebendigen Zombie-System.

Ähnlich den sich rasant vermehrenden Zombie-Banken, die trotz faktischer Insolvenz einfach weitermachen, ist auch dem Gesamtsystem längst seine Geschäftsgrundlage abhandengekommen. Die Grundlage des Kapitalismus, der kapitalistischen "Arbeitsgesellschaft", stellt die Lohnarbeit dar – doch genau diese Substanz des Kapitals geht dem Gesamtsystem zusendest verloren, wie es etwa die Explosion der Arbeitslosigkeit in Südeuropa illustriert. Es ist, als ob mit der Lohnarbeit dem System sein Lebenssaft abhandenkommen würde. Es zerbricht an seinen eskalierenden Widersprüchen, hervorgerufen durch ein Produktivitätsniveau, das die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sprengt.

Und trotzdem scheint neben dem Zusammenbruch auch die Normalität zu existieren. Während im arabischen Raum die Bürgerkriege toben und in Spanien oder Griechenland nahezu zwei Drittel der Jugendlichen arbeitslos sind, wird etwa in der Bundesrepublik noch die Fassade einer heilen Arbeitsgesellschaft aufrechterhalten. Dieses prekäre Scheinleben, das der Kapitalismus noch in den Zentren des Systems fristet, ist auf die ausartende Verschuldung in den vergangenen Jahrzehnten zurückzuführen. Der Kredit, die fiktive Kapitalverwertung auf den Finanzmärkten, ersetzte die reale Kapitalakkumulation in der Warenproduktion als zentralen Antriebsmotor des Systems. Die sich überall auftürmenden Schuldenberge sind nur Ausdruck dieser Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, bei der das untote System mit dem Kredit im Hier und Jetzt seine Zukunft verschlingt, weil es keine mehr hat.

Der Zombie verkörpert buchstäblich diesen Krisenzustand, in dem das auf der Verwertung von Arbeitskraft beruhende System schon tot ist, aber vermittels des Kredits – des Vorgriffs auf eine imaginäre Zukunft – noch so tun kann, als ob es leben würde. Die Ahnung dessen, dass wir in einer scheinlebendigen Zombiewelt leben, schwitzt die Kulturindustrie in der gegenwärtigen Zombieinflation aus. Auf die Spitze getrieben wird diese Zombiehaftigkeit des Spätkapitalismus in der Bundesrepublik, die die Verschuldungsprozesse, die zur Aufrechterhaltung der heilen Arbeitsgesellschaftsfassade notwendig sind, vermittels der enormen deutschen Handels- und Leistungsbilanzüberschüsse ins Ausland ausgelagert hat. Ohne die Schuldenberge, die die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse erst

ermöglichen, wäre die Bundesrepublik vor Jahren in einer Rezession versunken. Nirgends wirken die Zombies der zerfallenden Arbeitsgesellschaft somit lebendiger als hierzulande.

2.8 Bloch vs. Dschungelcamp

Worin besteht die Erbschaft einer Zeit, in der sadistische Demütigungsshows ein begeistertes Millionenpublikum finden?

Müsste das Dschungelcamp allein aufgrund seiner Einschaltquoten beurteilt werden, so würde es als eine Sternstunde deutscher Fernsehkunst in die Annalen der Medienbranche eingehen. Mit rund 7,77 Millionen Zuschauern beim Start der Anfang 2012 ausgestrahlten Staffel konnte die Ekelsendung endgültig im Mainstream der Fernsehunterhaltung ankommen - und RTL eine fette Quote von 36,5 Prozent bei der werberelevanten Altersgruppe zwischen 14 und 49 Jahren bescheren. Und es ging weiter aufwärts: Am 14. Januar konnte das Dschungelcamp sogar einen neuen Rekordwert von bis zu 8,1 Millionen Zuschauern verbuchen.

Somit ist ein Fernsehformat, bei dem die öffentliche Demütigung von Menschen zur vollendeten Perfidie gebracht wurde, Teil der bundesrepublikanischen Medien- und Alltagskultur geworden. Die neuesten Ekelprüfungen und die korrespondierenden Zusammenbrüche der Campteilnehmer bilden einen beliebten Gesprächsstoff beim Small Talk zwischen Arbeitskollegen. In den Kommentarspalten zu den Zeitungsartikeln, die in einer regelrechten Textschwemme die Bösartigkeiten der Dschungelhölle nochmals Revue passieren ließen, fanden sich reihenweise regelrechte Leistungsbeurteilungen der armen Teufel, für die das Camp die letzte Station bei ihrem Abstieg ins Prekariat oder Hartz IV darstellt. Ulf Poschardt konstatierte in der Welt gar ein Ankommen des Dschungelcamps im Mainstream der Bundesrepublik:

» *Der Weg in die Mitte der Gesellschaft für das einst als "Ekelfernsehen" marginalisierte Dschungelcamp war lang. 2010 wurde es noch abgesagt, weil es zu wenige Anzeigenkunden gab. In der nun aktuellen siebten Staffel verdient RTL damit nicht nur überragende Aufmerksamkeitswerte, sondern auch viel Geld mit Werbung.* «

Der Ekel ist somit zum massenmedialen Allgemeingut geworden, doch trügt die Aufstiegsgeschichte der anfangs "marginalisierten" Show über deren Funktion im Medienbetrieb. Das Dschungelcamp ist deshalb so erfolgreich, weil es bestimmte Bedürfnisse bei einem immer breiter werdenden Publikum befriedigt, die zuvor in solch einer Intensität nicht präsent waren. Es ist gewissermaßen ein Produkt der "Mitte", in der sich immer stärker die Wünsche regen, andere Menschen erniedrigt, gequält, unterworfen und ausgebeutet zu sehen. Der Erfolg des Dschungelcamps verweist somit auf ein sich immer stärker aufstauendes autoritäres Potenzial in der Bevölkerung. Ohne das krisenbedingt anschwellende Bedürfnis, Menschen im Dreck kriechen zu sehen, wäre das Dschungelcamp eine Marginalie der Fernsehgeschichte geblieben.

Dabei stellt dieses Fernsehformat keine vollständige Innovation dar. Die historischen Vorläufer der heutigen Demütigungs-Shows finden sich in den 20er und 30er Jahren, als sogenannte "Tanzmarathons" in Mode kamen, bei denen die Teilnehmer mitunter wochenlang bis zur totalen Erschöpfung um ein Preisgeld gegeneinander tanzen mussten. Und es sind gerade solche Manifestationen eines kaum gezügelten Sadismus, die einen zuverlässigen Indikator für die Zunahme autoritärer und reaktionärer Einstellungen in der Gesellschaft, wie etwa der späten Weimarer Republik, liefern.

Von der nach unten sinkenden Mitte

Angefacht von der Weltwirtschaftskrise der frühen 30er Jahre machten sich in der Weimarer Zeit lange vor der Machtergreifung der Nazis autoritäre und reaktionäre Anschauungen breit, die oftmals gänzlich "unpolitisch" wirkten, aber beim genaueren Hinsehen einen Ausblick in den Abgrund erlaubten, auf den das Land zusteuerte. Der Faschismus kam somit nicht aus heiterem Himmel über Deutschland. Eine scharfsinnige und immer noch beeindruckende Auseinandersetzung mit dem deutschen Präfaschismus, der genau dieses Kunststück gelang, ist die 1932 von Ernst Bloch verfasste, 1935 in Zürich publizierte Schrift "Erbschaft dieser Zeit", in der an ein Tabu der damaligen linken Faschismusdebatte gerührt wurde: Der Verfasser benennt nicht nur die Finanziers und Unterstützer der NSDAP in Kapitalkreisen, Militär und Staatsapparat, er legt

auch die autoritären Dispositionen bei großen Teilen der Bevölkerung offen, die in der Linken immer noch allzu oft als einfaches "Volk" idealisiert wird.

Bloch identifizierte - hierbei Siegfried Kracauer folgend - als einer der ersten Beobachter eine damals "neue Art Mitte", die in der Krise um sich zu schlagen beginne - "besonders nach unten, wohin sie zu sinken" drohe. Neben dem klassischen Kleinbürgertum, den in den Krisenwirren irrlichternden Krämerseelen und der niederen Beamtenschaft zählte er zu dieser "Mitte" vor allem das rasch anwachsende Heer der Angestellten, das sich in der gleichen Zeit verfünffachte, "in der sich die Arbeiter nur verdoppelt haben". Trotz krisenbedingter faktischer Proletarisierung fühlten sich diese Angestellten "noch als bürgerliche Mitte". Auf diese sich damals in der Weltwirtschaftskrise konstituierende, hasstriefende und angstschwitzende "Mitte" war Blochs Allegorie von den Kälbern gemünzt, "die ihren eigenen Metzger wählen, wäre der Geruch vieler dieser Kälber nicht gerade der von Metzgern".

Der Metzgergeruch der "Kälber" stieg besonders intensiv überall dort auf, wo die gerade im Entstehen begriffene Kulturindustrie in ersten zaghaften Schritten die aufgestaute Wut der desperaten Massen zu ihrer Geschäftsgrundlage machte. In dem Abschnitt "Wut und Lachlust" beschreibt Bloch einen 1929 abgehaltenen Marathon-Tanzwettbewerb, bei dem die teilnehmenden Paare über Wochen nach dem KO-Prinzip buchstäblich gegeneinander antanzten. Dem Siegerpaar, das die wochenlange Tortur überstand, winkte ein Preisgeld von 6.000 Reichsmark. Dabei waren die Regeln dieses Tanzmarathons auf den langsamen, qualvollen Verschleiß der Teilnehmer ausgelegt. Diese Veranstaltung hätte "kein anderes Ziel als den am längsten hinausgeschobenen Zusammenbruch", so Bloch. Jede Stunde erhielten die Tanzpaare eine absichtlich viel zu kurz bemessene Ruhepause von 15 Minuten, die es ihnen erlaubte, auch nach 300 Stunden "mit blutigen Füßen, Folteraugen und einem Leib aus Blei" zurück auf die Tanzfläche zu taumeln, "die Hand des einen Partners auf dem blutigen Fleisch des anderen".

Bloch beobachtete aber auch das dort versammelte Publikum, das mit Pfiffen und Gejohle die geschundenen Marathonteilnehmer in den Kollaps trieb. Versammelt seien dort zu Tausenden nicht nur Kleinbürger, sondern auch "Proleten" und

Arbeitslose, die schon damals ermuntert wurden, ihre "Favoriten" zu unterstützen und sich an dem sadistischen Spektakel zu beteiligen - 1.000 Reichsmark erhielt jeder, der nachweisen konnte, dass die Tanzpaare ihre vorgeschriebene Ruhezeit von 15 Minuten überschritten haben. Damals habe bereits ein Drittel der Wähler den Nazis die Stimme gegeben, so Bloch, "hier im Saal dürfte ihrer mehr als die Hälfte tonangebend sein". All das, was die "Volksseele" bei diesem Spektakel auskoche, "wird man in Kürze nicht schlecht anrichten".

Es ist somit tatsächlich nicht schwer, in diesem barbarischen Spektakel die primitive Vorform der Casting- und Demütigungs-Shows wie eben des Dschungelcamps zu erkennen, die heutzutage ein Millionenpublikum vor den Fernsehern fesseln. Das Grundprinzip dieses kulturindustriellen Spektakels - das nach jahrzehntelanger Vergessenheit in den letzten Jahren ein Revival erlebt - besteht seit den 1930er Jahren in der Veranstaltung eines brutalen Rattenrennens, das von beständig angefachter Konkurrenz, gnadenloser Selektion und dem Kollaps der unterlegenen Kandidaten lebt. Hierin unterscheiden sich die Marathontänze des frühen 20. Jahrhunderts nicht grundlegend von den Demütigungsakten und der Erschöpfungsfolter im "Dschungelcamp" oder den Ausscheidungskämpfen bei "Germany's Next Topmodel" und "Big Brother".

An den Demütigungs-Shows sollen sich alle Zuschauer beteiligen

Die heutigen Nachfolger der brutalen Tanzwettbewerbe scheinen zumindest die körperliche Unversehrtheit ihrer Teilnehmer zu garantieren, sodass hier auf den ersten Blick ein gewisser Zivilisierungsprozess konstatiert werden könnte. Selbst im "Dschungelcamp" ist bislang niemand tot zusammengebrochen, was bei den Tanzwettbewerben während der Weltwirtschaftskrise durchaus vorkam. Doch gehen diese Mindeststandards mit einer womöglich noch größeren psychischen Belastung der Teilnehmer einher, die mit ausgefeilter Perfidie dazu animiert werden, vor dem Millionenpublikum ihr Innerstes zu exponieren. Und wehe, wenn die teilnehmenden Desperados sich dem erbärmlichen Seelenstriptease verweigern - dann werden sie schnell rausgewählt, denn die pseudodemokratische Massenabstimmung über das Schicksal der Teilnehmer ist fester Bestandteil nahezu jedes dieser Spektakel. An den Demütigungs-Shows sollen sich alle Zuschauer

beteiligen. Jeder wird so in die Lage versetzt, auch mal den Knopf drücken zu dürfen, der über das Schicksal anderer entscheidet.

Letztendlich können die heutigen Reality-Shows auf einem reichhaltigen kulturindustriellen Erfahrungsfundus in Manipulation und Verblödung aufbauen. Das hat zu einer stärkeren Ausdifferenzierung dieser Spektakel geführt, die schon aufgrund der immer schnelleren Abstumpfungs- und Abnutzungseffekte beim sedierten Massenpublikum notwendig ist. Folglich muss die Dosis an Sadismus und Ekeleffekten permanent erhöht werden, da sich auch beim Dschungelcamp bereits erste Abnutzungserscheinungen einstellen, wie ein gelangweilter Kommentator beim Tagesspiegel konstatierte: "Die Dramaturgie ist mittlerweile so ausgelutscht wie eine Riesenmade bei einer Ekelprüfung." Wir können uns folglich sicher sein, dass die Fernsehsender bereits an entsprechend "schärferen" Nachfolgeformaten arbeiten, mit denen ein noch größeres Ausmaß an Menschenverachtung etabliert werden wird.

Was aber kochte die "Volksseele" bei den Tanzwettbewerben der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts aus? Und ist das, was da gärte, vergleichbar mit den Gefühlen der heutigen "Mitte"? Es sei eine "rohe, auch lachlustige Wut", die sich bei den Tanzwettbewerben des Publikums bemächtige, schrieb Bloch. Sie gebe "die Tritte von oben nach unten" weiter.

Dem autoritären Charakter ist eine Untertanenmentalität eigen, die in Krisenzeiten ihre Servilität gegenüber dem herrschenden System psychisch nur aufrechterhalten kann, wenn sie sich Möglichkeiten der Triebabfuhr verschafft. Die Unterordnung unter die Systemimperative geht während der Krise mit immer größerem Triebverzicht einher, während die Gratifikationen wegfallen. Da dem autoritären Charakter ein Aufbegehren gegen die Verhältnisse, die ihn in den Irrsinn treiben, unmöglich scheint, bricht sich die so angestaute Wut gegen Schwächere Bahn. Menschen, die von der kriselnden Kapitalverwertung zu Objekten gemacht und ausgepresst werden, ergötzen sich daran, andere zu Objekten degradiert zu sehen. Der angestaute Druck muss weitergeleitet werden, weswegen das Publikum es liebe, "arme Hunde so zu hetzen, wie es die Reichen mit einem selber tun" (Bloch).

Es ist gerade diese scheinbare Umkehrung des ohnmächtigen Objektstatus der Lohnabhängigen im heteronomen Prozess der Kapitalverwertung, die zur Einführung der besagten pseudodemokratischen Elemente in den neuen Reality-Shows führte. Wenn die ganze Fernsehnation scheindemokratisch über den Rausschmiss eines Kandidaten abstimmt, dann darf sich jeder mal kurz als ein allmächtiges Subjekt fühlen, ein bisschen Chef oder gar Schicksal spielen - darin erschöpft sich diese Fernsehdemokratie. Vor einem Millionenpublikum wird in der Reality-Show ein ins Extrem getriebenes Untertanentum durchexerziert, das absurdesten Regeln folgt, die dem alltäglichen Irrsinn der kapitalistischen Dauerkrise in nichts nachstehen - und an dem die Zuschauer nach Möglichkeit beteiligt werden sollen.

Das Prinzip der Casting-Shows greift auf die Arbeitswelt über

Je stärker die Krise wütet, desto krasser und brutaler fällt dieses Spektakel aus. So kommt gerade bei der heutigen Reality-Show eine zentrale Diagnose der Kritischen Theorie zur vollen Entfaltung: "Amüsement ist die Verlängerung der Arbeit unterm Spätkapitalismus. Es wird von dem gesucht, der dem mechanisierten Arbeitsprozess ausweichen will, um ihm von neuem gewachsen zu sein." Fun wird in der Krise vollends zu einem "Stahlbad" (Adorno), weil auch das Mobbing, der Druck und die Hetze in der Arbeitswelt zunehmen. Nach der Triebabfuhr an den zu Objekten degradierten Spektakelteilnehmern am Wochenende lassen sich die beständig zunehmenden Nackenschläge in der Arbeitswoche etwas leichter ertragen. Die grundlegende Konfiguration der Reality-Show spiegelt den Zuschauern ihren Arbeitsalltag wider: Der Angestellte, der sich etwa "Germany's Next Topmodel" anschaut, sieht freiwillig de facto das gleiche brutale Rattenrennen, dem er in der Arbeitswoche ausgesetzt ist.

Inzwischen greift das Prinzip der Casting-Shows übrigens auch auf die Arbeitswelt über: Immer mehr Unternehmen lassen ihre Arbeitsplatzbewerber in mehreren Runden nach dem KO-Prinzip vorsprechen, wobei der Umfang der Prüfungen von Runde zu Runde zunimmt und die Bewerber immer intimere Fragen über sich ergehen lassen müssen. Längst ist es üblich, in die Arbeitsplatzbewerbung möglichst viel von einer in "Selbstoptimierung" kreierten Persönlichkeit einfließen

zu lassen. Die Arbeit wird so zur Verlängerung des Amüsements unterm Spätkapitalismus ideologisiert.

Der größte Unterschied zwischen dem autoritären Potenzial, das in den Tanzveranstaltungen der 30er Jahre zum Ausdruck kam, und der blinden Wut, die die heutigen Spektakel so erfolgreich macht, wurde von Bloch mit dem Begriff der "Ungleichzeitigkeit" erfasst. Hierunter verstand er die Existenz - trotz moderner Technik, Industrie und Rationalität - nicht überwundener "Reste älteren ökonomischen Seins und Bewusstseins", die in Deutschland aufgrund der ausgebliebenen Revolution stärker nachwirkten. Im Zusammenspiel mit der Weltwirtschaftskrise habe diese "Ungleichzeitigkeit" den Faschismus gefördert. Heute kann davon angesichts der jahrzehntelangen Prozesse der Globalisierung auch in Deutschland kaum noch die Rede sein. Deswegen bringt die neue deutsche Wut keine explizit faschistische Ästhetisierung mit sich, die inzwischen nur noch absurd wirkt und die auf die damalige "Ungleichzeitigkeit" - die nicht nur in Deutschland wirkte - zurückzuführen war.

Der heutige Faschist bezeichnet sich nicht selten als moderner Demokrat, der unbequeme Wahrheiten mutig ausspreche. Aus reinen Kostenerwägungen heraus wolle er gegen "Kostenfaktoren" der deutschen Leistungsgemeinschaft vorgehen, die erst wieder am Stammtisch als "Schmarotzer" und "Parasiten" bezeichnet werden (Die extremistische Gesellschaft).

2.9 Projektionsfläche Amerika

Was der deutschlandweit grassierende Antiamerikanismus über die Zustände in der machtpolitisch aufstrebenden Bundesrepublik verrät

Wohl niemals zuvor in der jüngsten Vergangenheit schien es bessere Gründe gegeben zu haben, den weitverbreiteten antiamerikanischen Vorurteilen und Klischees aus voller Überzeugung zuzustimmen. Die Enthüllungen der Whistleblower Bradley Manning und Edward Snowden haben das ohnehin bereits arg ramponierte Image der USA nachhaltig beschädigt.

Die mörderische Praxis der US-Besatzungstruppen im Irak und Afghanistan, die massiven Menschenrechtsverletzungen in Guantanamo Bay und insbesondere der gigantische Skandal um die globalen Überwachungsprogramme Prism und Tempora entfachten eine Welle der Empörung, die insbesondere in der Bundesrepublik hohe Wellen schlägt.

Diese Enthüllungen der vergangenen Monate und Jahre scheinen all jene antiamerikanischen Klischees zu bestätigen, die Amerika-Hasser seit jeher zu einem Wesensmerkmal der Vereinigten Staaten erklären. Hinzu kommen die sich häufenden Berichte über den allgegenwärtigen Rassismus, überhandnehmende Polizeiwillkür, die schreiende soziale Ungleichheit und den schleichenden gesellschaftlichen Zerfall in der Vereinigten Staaten. Dazu gesellen sich die üblichen europäischen Ängste vor dem amerikanischen "Kulturimperialismus", vor der Dominanz der US-Kulturindustrie, die im Zusammenhang mit den Freihandelsabkommen zwischen der EU und den USA wieder aufkommen.

Aus dieser Gemengelage aus Fakten, Stimmungen und Ängsten kristallisiert sich ein Amerika-Bild, dass die USA als eine imperialistische, polizeistaatliche, rassistische und von einer abgekapselten Oligarchie beherrschte globale Hegemonialmacht zeichnet, die zugleich von inneren Zerfallstendenzen und eskalierenden sozialen Widersprüchen geprägt ist. Der Antiamerikanismus scheint

somit von der Realität eindrucksvoll bestätigt zu werden - diese Enthüllungen und Berichte sind ja nicht erfunden.

Dennoch handelt es sich beim Antiamerikanismus in seinen vielfältigen Spielarten um reine Ideologie, um eine verzerrte Realitätswahrnehmung, die wenig über das Wesen Amerikas, aber verdammt viel über denjenigen verrät, der das antiamerikanische Ressentiment äußert.

Antimerikanismus als Projektionsfläche

Der Antiamerikanismus in seinen mannigfachen Variationen, die ein breites politisches Spektrum von Links bis Rechtsaußen bedienen, sieht in der bloßen Existenz der USA die letzte Ursache für die oben dargelegten Entwicklungen und Verwerfungen. Totale Überwachung, mörderischer Imperialismus, Raubtierkapitalismus, Aushöhlung der Demokratie und sozialer Zerfall wandeln sich innerhalb dieser Ideologie zu "Exporten" Washingtons oder wahlweise der Wall Street, mit denen die gesamte Welt nach dem Ebenbild der USA umgeformt würde. Phänomene wie Entdemokratisierung oder Militarismus werden letztendlich auf eine - je nach politischer Orientierung unterschiedlich imaginierte - innere Verfasstheit, gar ein inneres Wesen der Vereinigten Staaten zurückgeführt.

Die Ausdifferenzierung des Antiamerikanismus ist in Deutschland besonders ausgeprägt. Die Spannbreite reicht von der verkürzten Kapitalismuskritik linker Strömungen bis zum rechtsextremen Wahngebilde, das kaum noch Berührungspunkte mit der Realität aufweist. Während innerhalb der Linken auf die - ja tatsächlich gegebenen - enormen Klassenwidersprüche und die Herrschaft einer oligarchischen Oberschicht verwiesen wird, die die globalen imperialistischen US-Abenteuer befördern sollen, finden sich im rechten Antiamerikanismus genuin völkische, kulturalistische und antisemitische Argumentationsmuster. Rechtsextreme sehen in den USA einen "synthetischen" und deshalb zum Untergang verurteilten Staat, der nicht auf einer einheitlichen kulturalistischen oder völkischen Grundlage fuße - hinzu gesellen sich oft antisemitische Ressentiments gegen den angeblich übermächtigen Einfluss einer "zionistischen Lobby", die oft auch mit dem "raffenden" Finanzkapital, mit der Wall Street,

assoziiert wird.

Doch auch der linke, scheinbar "fortschrittliche" Antiamerikanismus, der sich über die schreiende Widersprüche in den USA und über deren brutale Außenpolitik empört, stellt eine verzerrte Realitätswahrnehmung dar. Die Grundprämise auch des "linken" Antiamerikanismus besteht nun mal darin, dass die Vereinigten Staaten die letzte Ursache der zunehmenden Krisenerscheinungen - von der Erosion demokratischer Standards bis zur Zunahme militärischer Auseinandersetzungen - darstellen. Im Umkehrschluss hieße das, dass ein machtpolitischer Niedergang der USA oder gar deren Auslöschung, zu einem Ende dieser gegenwärtig global eskalierenden Widersprüche und Verwerfungen führen würden. Die Existenz der USA wird zur Ursache der von den USA ausgehenden, negativen Gesellschaftstendenzen imaginiert. Der Tod der Vereinigten Staaten, die so zur Projektionsfläche für die zunehmenden Krisentendenzen im Spätkapitalismus werden, käme innerhalb der antiamerikanischen Ideologie der Befreiung der Menschheit gleich.

Dabei befinden sich die USA schon seit längerer Zeit - beschleunigt durch das Desaster im Irak - im machtpolitischen Abstieg; ihre globale Machtfülle schwindet somit rapide, ohne dass die Welt ihrer "Erlösung" auch nur nähergekommen wäre. Im Gegenteil: Mit dem Ende der unumschränkten US-Hegemonie, mit dem Zerfall der imperialistischen "Pax Americana", nimmt die globale Instabilität sogar noch zu (der Amerika-Hasser kann dahinter selbstverständlich nur das finstere verdeckte Wirken Washingtons sehen).

Die tatsächlich oftmals von den USA ausgehenden Krisentendenzen und sonstigen Verwerfungen resultieren nicht aus einer - wie auch immer konkret halluzinierten - inneren Verfasstheit der Vereinigten Staaten, sondern aus deren Stellung im kapitalistischen Weltsystem. Die USA sind einerseits die - im Abstieg begriffene - Hegemonialmacht des kapitalistischen Weltsystems: Sie profitieren von dieser Stellung am meisten, etwa durch den Dollar als Weltgeld, aber sie müssen auch die Hegemonialkosten in Form des "Weltpolizisten" tragen, der die kapitalistische Ordnung notfalls mit militärischer Gewalt durchzusetzen hat. Die "unsichtbare Hand" des Marktes bedarf vor allem in Krisenzeiten immer wieder der eisernen

Faust militärischer Intervention oder autoritärer polizeistaatlicher Disziplinierung.

Die Rolle der jeweiligen Hegemonialmächte im kapitalistischen Weltsystem

Das ist aber nun wahrlich keine neuartige Konstellation, sondern integraler Bestandteil des kapitalistischen Weltsystems. Seit seiner Entstehung im 15. Jahrhundert ist das kapitalistische Weltsystem durch einen Mehrwertabfluss von der Peripherie ins Zentrum und hier insbesondere zu den Hegemonialmächten charakterisiert: Von den Goldraubzügen Lateinamerikas über die Plantagen- und Sklavenwirtschaft der frühen Neuzeit, die britische Auspressung Indiens und die Opiumkriege gegen China bis zu dem gegenwärtigen Rohstoffimperialismus verlaufen die Metamorphosen dieser globalen Unterwerfungs- und Ausbeutungsstruktur. Bei deren konkreter Ausprägung spielten die jeweiligen Hegemonialmächte eine zentrale Rolle.

Im Verlauf der Expansion des kapitalistischen Weltsystems treten sogenannte Hegemonialzyklen auf, bei denen eine bestimmte Macht eine dominierende Stellung innerhalb des Systems erringt. Nach einer gewissen Periode geht diese Macht in den imperialen Abstieg über und wird von einem neuen Hegemon abgelöst. Im Folgenden soll die von dem Sozialwissenschaftler Giovanni Arrighi ausgearbeitete Periodisierung und Lokalisierung dieser Zyklen wiedergegeben werden, der vier solcher - von ihm als "systemische Zyklen der Akkumulation" bezeichneten - Hegemonialzyklen identifizierte: "Einen genuesisch-iberischen Zyklus, der die Spanne vom 15. bis ins frühe 17. Jahrhundert abdeckte; einen holländischen Zyklus vom späten 16. bis ins späte 18. Jahrhundert; einen britischen Zyklus von der Mitte des 18. bis ins frühe 20. Jahrhundert und einen US-amerikanischen Zyklus vom späten 19. Jahrhundert bis zur letzten finanziellen Expansion," die ja spätestens in den 80ern des 20. Jahrhunderts einsetzte.

Alle Hegemonialmächte haben auf dem Zenit ihrer Machtentfaltung unvorstellbare Massenverbrechen begangen: Erinnert sei nur an die Auslöschung eines Großteils der Ureinwohner Lateinamerikas im 16. Jahrhundert durch die Spanier oder an den spätviktorianischen Holocaust (David Harvey), den

Großbritannien im okkupierten und gnadenlos ausgeplünderten Indien an Millionen von Menschen durch gezielte Hungerpolitik beging. Und gerade hierzulande sollte die Erinnerung an den deutschen Griff nach der Welthegemonie, dem rund 60 Millionen Menschen zum Opfer fielen, noch nicht ganz verblasst sein.

Der permanente Massenmord, den das kapitalistische Weltsystem seit seiner Entstehung betreibt, bildet somit eine Konstante dieser Gesellschaftsformation, die aber von wechselnden Hegemonialmächten konkret exekutiert wird. Dieser bluttriefende, seit einem halben Jahrtausend fortdauernde Status quo gründet in der bipolaren inneren Struktur des kapitalistischen Weltsystems: Den einen Pol bildet das Kapital, mit einem uferlosen drang das immer neuer Selbstverwertung, den zweiten Pol der Staat, der diesen Expansionstrieb immer wieder militärisch nachzuhelfen trachtet.

Die USA nehmen auf globaler Ebene eine machtpolitische Position ein, die es immer im Kapitalismus gegeben hat: die der Hegemonialmacht. Der heutige "linke" Antiamerikanismus hält hingegen die USA für den letzten Urgrund der - krisenbedingt eskalierenden! - Widersprüche der kapitalistischen Wirtschaftsweise, wodurch die systemischen Ursachen der zunehmenden globalen Instabilität und der polizeistaatlichen Tendenzen ausgeblendet werden. Zugleich befördert der Antiamerikanismus verhängnisvolle Solidaritätsreflexe, bei denen die Gegenspieler der USA (von Saddam Hussein bis Gaddafi) zu fortschrittlichen oder gar emanzipatorischen Kräften ideologisiert werden, was innerhalb der antiamerikanischen Binnenlogik auch stimmig ist: Wenn die USA der Urgrund allen Übles sind, dann müssen deren Gegenspieler notwendig die Seite des Guten und Wahren repräsentieren.

Die zwiespältige Position der USA als der am weitesten fortgeschrittenen Volkswirtschaft des kapitalistischen Weltsystems

Dabei gibt es selbstverständlich objektive Gründe, wieso der Antiamerikanismus gerade in der Bundesrepublik sich solch großer Popularität erfreut.

Zum einen sind die Vereinigten Staaten die größte und am weitesten

fortgeschrittene Volkswirtschaft der Welt. Dies stellt tatsächlich die Quelle des hegemonialen Aufstiegs wie des derzeitigen hegemonialen Niedergangs der USA dar. Das Kapital fand zwischen der Atlantik- und Pazifikküste eine riesige, nach der weitgehenden Auslöschung der Indianer kaum berührte Landmasse vor, die einen riesigen Binnenmarkt konstituierte. Frei von feudalen Hemmnissen konnte sich hier die Kapitaldynamik frei und besonders stürmisch entwickeln, sodass die Vereinigten Staaten spätestens ab den 20er Jahren des 20. Jahrhunderts nicht nur wirtschaftlich, sondern auch technologisch führend waren. In den USA fand schon ein Massenmotorisierung statt, als im Dritten Reich der Bau Wolfsburgs, der "Stadt des KdF-Wagens bei Fallersleben", noch nicht begonnen wurde. Das Radio war zwischen New York und Los Angeles längst ein Massenartikel, bevor die Nazis mit ungeheurem administrativen Einsatz die Verbreitung des "Volksempfängers" in Angriff nehmen konnten. Die Vereinigten Staaten konnten Großbritannien nach 1945 gerade deswegen als Hegemonialmacht beerben, weil sie dieses überlegene industrielle und technologische Potenzial im Zweiten Weltkrieg voll ausspielen konnten.

Die Position der USA als der am weitesten fortgeschrittenen Volkswirtschaft des kapitalistischen Weltsystems ist aber im höchsten Maße zwiespältig, da auch die zunehmenden, dieser Wirtschaftsweise inhärenten Widersprüche zuerst westlich des Atlantiks hervortraten. Die Vereinigten Staaten waren nicht nur führend beim stürmischen Aufstieg der auf Massenkonsum beruhenden Arbeitsgesellschaft, sie sind es auch beim historischen Abstieg dieser Gesellschaftsformation. Alle krisenbedingten Verwerfungen, alle repressiven Transformationen des Kapitalismus seit den 80er Jahren - von Neoliberalismus bis zum Polizeistaat - nahmen von den USA ihren Ausgang. Das Kapital hatte in den Vereinigten Staaten freie Bahn auch bei der Entfaltung seiner Widersprüche, die das System schon in den 70er Jahren in einer Krise der Arbeitsgesellschaft führten, bei der sich das industrielle Herz der USA im Nordosten des Landes in den berüchtigten Rust Belt, einen "Rostgürtel" voller Industrieruinen, verwandelte.

Alles Schlechte kommt von drüben

Durch dieses "Voranschreiten" der USA auch innerhalb der Krise des Kapitalismus

entstand das bekannte und vom Antiamerikanismus aufgegriffene Gefühl, dem zufolge "alles Schlechte" von "drüben", also jenseits des Atlantiks komme. Das ist zwar, wie dargelegt, tatsächlich so. Jede gesellschaftliche Veränderung - und ab den 1980er Jahren sind es zumeist sehr negative Veränderungen - nahm in den USA ihren Anfang. Der Neoliberalismus, der zu der zunehmenden sozialen Spaltung in den meisten kapitalistischen Kernländern führte, wurde zuerst von Ronald Reagan und Margret Thatcher durchgesetzt. Der brutale Polizeistaat, der in Reaktion auf die krisenbedingt zunehmenden sozialen Spannungen fast überall aufgebaut wird, hat seine Heimstatt ebenfalls in den USA, die bereits die größte Gefängnisindustrie aller Industrieländer aufgebaut haben. Der Aufstieg des Finanzsektors begann in den USA schon in den 1980er Jahren - lange bevor in Europa die Schuldenblasen entstanden, unter deren Platzen es nun leidet. Ebenso begann die Weltwirtschaftskrise 2007 auf dem amerikanischen Immobiliensektor, bevor sie ab 2009 nach Europa in Form der Eurokrise herüberschwappte.

Dieses dumpfe Gefühl, laut dem alles "von drüben", komme, das die Grundlage des Antiamerikanismus bildet, wird noch durch den globalen Erfolg der amerikanischen Kulturindustrie verstärkt. Hier, in der kulturalistischen Kritik an Hollywood, befindet sich der Übergang zum offen reaktionären, regressiven Antiamerikanismus. Die Ängste vor dem Verlust der eigenen nationalen und kulturellen Identität, vor dem "Kulturimperialismus" der rein kommerziell ausgerichteten und "unechten" US-Medienmaschinerie, bilden meistens die Triebkräfte dieser Ablehnung der amerikanischen Massenkultur - der zumeist die anscheinend "natürliche" und "gewachsene" nationale Kulturproduktion gegenübergestellt wird. Aktuell wird diese schnell ins Deutschtümelnde abdriftende Kritik auch von der deutschen Kulturindustrie befördert, die aufgrund der Verhandlungen um eine Freihandelszone zwischen den USA und der EU Angst um ihre Marktanteile und die großzügigen staatlichen Subventionen hat.

Die Dominanz Hollywoods resultiert nicht nur aus dem ökonomischen Gewicht der USA, sondern auch aus der - besonders unter rechtsextremen Antiamerikanern verhassten - Tatsache, dass es sich hierbei um eine Einwanderergesellschaft handelt, die gerade keinen homogenen ethnischen oder kulturellen Kern aufweist, der sich,

wie in Europa ansonsten üblich, für völkische oder kulturalistische Ideologiebildung eignen würde. Die Massenmedien in den USA mussten von Anfang an lernen, ihre Kulturwaren für ein sehr heterogenes Publikum anzufertigen, das die unterschiedlichsten kulturellen Hintergründe aufweist. Folglich lernten es die US-Massenmedien, die einzelnen nationalen Kulturelemente ihrer Spezifika zu entkleiden und in ein allgemein zugängliches Format zu transformieren. Amerikas Kulturindustrie ist global deswegen so erfolgreich, weil sie für ein aus aller Welt stammendes US-Publikum produzieren muss.

Es gibt einen zentralen Faktor, der diese kulturelle und ethnische - auch widersprüchliche, von Rassismus durchsetzte - Heterogenität der Vereinigten Staaten insbesondere innerhalb rechtsextremer Kreise so verhasst macht. In der Konstitution der USA als Einwanderungsgesellschaft, die ihre Legitimität nur aus ihrem Verfassungsakt bezieht, kommt die allen Nationalisten verhasste Tatsache zum Vorschein, dass die Nation gerade keine natürliche und ewige Grundvoraussetzung menschlichen Zusammenlabens ist. Die Nationen, in den Nationalmythen Europas zu "Schicksalsgemeinschaften" (Wolfgang Schäuble) ideologisiert, sind historisch betrachtet relative junge Produkte des 18. und 19. Jahrhunderts. Ein Blick auf die USA reicht eigentlich aus, um auch den deutschen Chauvinisten daran zu erinnern, dass die "Reichsgründung" erst 1871 erfolge.

Je größer die Ähnlichkeit zwischen der Bundesrepublik und den USA, desto stärker schäumt hierzulande der Antiamerikanismus hoch

Zugleich dienen die Vereinigten Staaten insbesondere dem deutschen Antiamerikanismus als Projektionsfläche, bei der gerade innerdeutsche Transformationen und Widersprüche zutage treten. Die sozialen, wirtschaftlichen und politischen Veränderungen, die die Bundesrepublik erfassen, werden hierbei auf das Land projiziert, in dem sie zuerst auftraten: auf die USA. Die Tendenz ist offensichtlich: Je größer die Ähnlichkeit zwischen der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, desto stärker schäumt hierzulande der Antiamerikanismus hoch.

Nirgends in Europa schlägt die Empörung über den NSA-Abhörskandal höhere Wellen wie im Land der Vorratsdatenspeicherung, dessen Geheimdienste überdies seit Jahren mit Zustimmung der Politik mit ihren US-Kollegen kooperierten. Künftig will der deutsche Nachrichtendienst aber auf eigenen Beinen stehen und im großen Stil die Internetüberwachung ausweiten: Rund 100 Millionen Euro wird der BND in den Aufbau des entsprechenden Überwachungsprogramms investieren, bis zu 100 neue Mitarbeiter sollen im Rahmen dieser deutschen Überwachungsoffensive eingestellt werden. Auch die Polizeigewalt in Deutschland hat schon längst ein "amerikanisches" Niveau erreicht, wie die regelmäßigen Berichte von Amnesty International und die polizeilichen Gewaltexzesse bei Demonstrationen - bei denen Wasserwerfer schon mal Demonstranten die Augen aus dem Kopf schießen - immer wieder unter Beweis stellen.

Die Prozesse gesellschaftlichen Zerfalls und der Deindustrialisierung, für die die US-Metropole Detroit steht, laufen in der BRD im Ruhrgebiet ab. Bei der zunehmenden sozialen Spaltung der Gesellschaft ist die Bundesrepublik sogar europaweit führend: Kein anderes Euroland weist einen derartig großen Niedriglohnsektor wie Deutschland auf. Zugleich erreicht die soziale Spaltung in der BRD bereits Ausmaße, wie sie auch in den USA üblich sind:

»"Das oberste Hundertstel der Haushalte besitzt 25 Prozent des gesamten Volksvermögens, die obersten zehn Prozent können sich mit der Hälfte des deutschen Gesamtvermögens gemütlich einrichten - aber auf 50 Prozent der Menschen in diesem Land entfällt gerade einmal ein einziges Prozent des Gesamtbesitzes.«

Auch die Militarisierung der deutschen Außenpolitik schreitet munter voran - ganz nach US-Vorbild. Die deutsche Öffentlichkeit hat sich längst daran gewöhnt, dass deutsche Soldaten permanent im Rahmen von Militäreinsätzen im Ausland aktiv sind. Dabei legt die Bundeswehr schon mal eine Massakerlogik an den Tag, die immer noch ihresgleichen sucht - und die an die Bestrafungsaktionen der Wehrmacht im besetzten Osteuropa erinnert, als für einen getöteten Wehrmachtssoldaten schon mal 100 Zivilisten ermordet wurden. In Afghanistan reicht dem Deutschen Landser heutzutage schon ein Benzindiebstahl aus, um einen

Massenord anzuordnen. Das von einem deutschen Oberst befohlene Massaker von Kunduz, bei dem bis 142 Menschen - größtenteils Zivilisten, darunter auch Kinder - getötet wurden, hatte nicht nur keine Konsequenzen für den Täter, Oberst Georg Klein, dieser wurde auch noch 2013 in den Rang eines Brigadegenerals befördert.

Die einseitige Empörung über ähnliche US-Militärverbrechen, über die Abhöraktionen der NSA, über den Rassismus in den USA und die obszöne Spaltung in Arm und Reich - während dieselben, in der Bundesrepublik ablaufenden Prozesse ausgeblendet werden - ermöglicht die Aufrechterhaltung der Identifikation mit der bestehenden Gesellschaftsformation. Diese Krisentendenzen erscheinen in der verzerrten Optik der antiamerikanischen Ideologe als genuin amerikanische "Importe", die zersetzend auf die deutsche Gesellschaft wirken. Diese deutsche Gesellschaft wird damit als potenziell widerspruchsfrei und harmonisch imaginiert, während die Widersprüche und Krisentendenzen dem Wirken Amerikas zugeschrieben werden. Obwohl sich BRD und USA weiter in ihrer inneren Gesellschaftsstruktur annähern, kann vor allem der deutsche Antiamerikanismus das "echte" Deutschland als Gegenentwurf imaginieren, als eine Gegenmacht zur amerikanischen Hegemonie. Die auch in Deutschland ablaufenden gesellschaftlichen Transformationen und Krisenprozesse erscheinen dem Amerikahasser als ein "Fremdkörper", der von den USA herkommend die heile Welt der deutschen Schicksals- oder Volksgemeinschaft unterminiert.

Dieser Parallelen zwischen der BRD und den USA erstrecken sich inzwischen aber auch auf den Bereich der Machtpolitik. Die Bundesrepublik ist gerade dabei, innerhalb der Europäischen Union eine dominante machtpolitische Stellung zu erlangen, wie sie die USA in Lateinamerika jahrzehntelang innehatten. Berlin dominiert die EU und diktiert den europäischen Krisenstaaten eine Krisenpolitik, die zur längsten Rezession der europäischen Geschichte führte. In Südeuropa flackern folglich immer wieder Proteste gegen dieses deutsche Spardiktat auf, die Erinnerungen an die antiamerikanischen Demonstrationen wecken, wie sie im arabischen Raum üblich sind. Der SPON-Rechtsausleger Jan Fleischhauer hat diese Parallelen korrekt erkannt und mit den deutschlandweit wieder blühenden Ressentiments garniert.

»Es fehlt nicht mehr viel, und sie verbrennen deutsche Flaggen. Aber halt, auch das tun sie ja bereits. Man kannte das bislang nur aus arabischen Ländern, wo die Jugend bei jeder sich bietender Gelegenheit auf die Straße rennt, um gegen den Satan USA zu Felde zu ziehen. Aber so ist es, wenn man aus Sicht anderer als zu erfolgreich, zu selbstbewusst, zu stark gilt. Wir sind jetzt die Amerikaner Europas. Der Rollenwechsel wird nicht leicht, das kann man schon heute sagen. Wir sind es gewohnt, dass man uns für unsere Effizienz und unseren Fleiß bewundert, nicht, dass man uns dafür hasst."«

Der deutsche "Führungsanspruch" in Europa muss nicht unbedingt in solch schwarzbraunen Töten postuliert werden. Es geht auch lockerer, mit einem Hauch von Weltoffenheit, wie die Süddeutsche Zeitung (SZ) vom 13. Juli unter Beweis stellte. Das Feuilleton der SZ bejubelte unter dem Titel "Die neue Süße des deutschen Daseins" eine "fulminante Streitschrift für eine deutsche Hegemonie", die dem Bayernblatt der Italiener Angelo Bolaffi lieferte. Der dritte Anlauf zur deutschen Hegemonie in Europa stütze sich nicht auf Wehmachtstiefel, sondern resultiere aus der "unwiderstehlichen Kraft eines überlegenen Gesellschaftsmodells", wie die SZ feststellte. In der Konsequenz kann dies nur eins heißen:

»Dieses beispielhaft moderne, zivile, selbstreflexive, kreative, ökonomisch besonnene, durch und durch demokratische, in Berlin sogar wilde und junge Land ist die derzeit einzig denkbare Führungsmacht Europas.«

Auch die Frankfurter Zeitung ("Ziemlich gute Partner" vom 18.07.2013) reflektierte anlässlich der Berlinvisite von US-Präsident Obama die den neuen machtpolitischen Realitäten in Europa, die es Deutschland ermöglichten "selbstbewusster" gegenüber den USA aufzutreten:

»Die dramatischen Veränderungen... sind besonders ausgeprägt in Deutschland - das nicht "nur" wiedervereinigt ist, sondern dessen gegenwärtige politische Stellung in Europa und dessen Wirtschaftskraft nur wenige sich hätten träumen lassen ... In der Staatsschulden- und Euro-Krise hat Berlin zusätzlich Einfluss erlangt; seine

politischen Ziele sind wesentlich, teilweise maßgeblich.«

Die FAZ verglich die Berlinvisite Obamas mit dem "Besuch bei groß gewordenen Kindern", die sich nun "von ihren Eltern emanzipiert" hätten. Und wie das bei "Kindern" mit imperialen Ambitionen nun mal so ist, irgendwann wollen sie sich nicht mehr reinreden lassen in ihrem eigenen europäischen Hinterhof, etwa bei der Wirtschaftspolitik, wo Washington "die Deutschen seit Jahr und Tag" ermahne, "statt zu sparen und die den Haushalt zu sanieren die Konjunktur mit staatlichen Investitionen auf Pump anzukurbeln" ("Rückkehr des Umjubelten", FAZ vom 18. Juli 2013). Der Antiamerikanismus dient somit auch als profanes Propagandainstrument in einem handfesten Machtkampf um die Dominanz in der Eurozone, bei dem der punktuell immer noch gegebene Einfluss Washingtons in Europa weiter zurückgedrängt werden soll.

2.10 "Unsere große Stärke liegt in unserer Machtlosigkeit"

Ein Gespräch mit dem US-Publizisten Chris Hegdes über die schleichende Erosion der amerikanischen Demokratie und die Zukunft der Occupy-Bewegung

Der Publizist Chris Hedges arbeitete jahrzehntelang als Journalist und Auslandskorrespondent für renommierte US-Medien wie den Christian Science Monitor, die Dallas Morning News und die New York Times. Für seine Berichterstattung über den amerikanischen "Krieg gegen den Terror" erhielt Hedges den Pulitzer Preis und den Amnesty International Global Award for Human Rights Journalism. Nach scharfer Kritik der Invasion des Iraks durch die Bush-Administration verließ Hedges 2003 die New York Times und gilt heute als einer der bekanntesten und einflussreichsten Intellektuellen der amerikanischen Linken. Das Gespräch wurde im Mai 2012 geführt.

► Sie haben gemeinsam mit weiteren Persönlichkeiten die Regierung der Vereinigten Staaten verklagt, die Ihrer Meinung nach rechtsstaatswidrige und undemokratische Gesetze erlassen hat. Bitte beschreiben Sie uns kurz, gegen welche Sicherheitsgesetze sie hierbei vorgehen.

Chris Hedges: Der National Defence Authorisation Act, Sektion 1021 und 1022, der von Barack Obama am 31. Dezember 2011 unterschrieben wurde, erlaubt es dem amerikanischen Militär, amerikanische Bürger festzunehmen und gefangen zu halten, die beschuldigt werden, Al Qaida, die Taliban oder "assoziierte Kräfte substanziell zu unterstützen" - was ich für eine sehr nebulöse Formulierung halte.

Das Militär kann diese US-Bürger in Gefangenenzentren festhalten - inklusive unserer außerhalb des Staatsgebiets liegender Strafkolonien - und ihnen ein rechtsstaatliches Gerichtsverfahren verweigern, bis "zum Ende der Feindseligkeiten", wie es im Gesetzestext formuliert wurde.

► Gelten diese Regelungen bereits jetzt oder erst bei Ausrufung eines Ausnahmezustands?

Chris Hedges: Die Regelungen sind bereits in Kraft getreten und jederzeit anwendbar, dies sind keine Notstandsgesetze. Es gab bei der Ausformulierung dieser Gesetze nur eine Kontroverse darüber, wer befähigt sein sollte, US-Bürgern ein ordentliches Gerichtsverfahren zu verweigern. Diese Debatte fand zwischen dem Weißen Haus und den Initiatoren des Gesetzes statt, dem Republikaner John MC Cain und dem Demokraten Carl Levin.

Die Obama-Administration wollte, dass die Exekutive diese Vollmacht hat. In der Debatte wurde aber niemals diskutiert, ob es akzeptabel sei, US-Bürger ihres Rechtes auf ein ordentliches Gerichtsverfahren zu berauben. Die Senatorin Dianne Feinstein hat genau solch eine Passage in dem Gesetzestext vorgeschlagen, die die Verweigerung ordentlicher Gerichtsverfahren gegenüber US-Bürgern verbieten würde, doch dieser Änderungsvorschlag wurde sowohl von der Obama-Administration als auch von der demokratischen Partei abgelehnt.

► Wie kam diese Initiative zustande, die Obama-Administration zu verklagen? Und wer ist am Prozess gegen diese Sicherheitsgesetze beteiligt?

Chris Hedges: Die zwei Anwälte, die diese Anklage imitiert haben, Carl Mayer und Bruce Afran, nahmen mit mir Kontakt auf, weil ich als Auslandsberichterstatter im Mittleren Osten tätig war und weil ich immer noch im direkten Kontakt mit vielen Gruppen stehe, die sich auf der Terrorismusliste des US-Außenmimisteriums befinden; das sind insgesamt 17 Gruppierungen. Deswegen dachten die besagten Anwälte, dass ich ein sehr guter Kläger wäre, da ja sehr wenige Amerikaner direkten Kontakt mit Mitgliedern der Al Qaida haben - über die ich verfüge.

Deswegen habe ich dem auch zugestimmt. Nachdem ich angekündigt habe, dass wir diese Klage anstrengen, haben sich auch Noam Chomsky, Daniel Ellsberg und die isländische Abgeordnete Birgitta Jonsdottir angeschlossen. Das Verfahren wurde im vergangenen Monat eröffnet. Gemeinsam mit mir haben noch Jonsdottir, Alexa O' Brien (Mitbegründerin von US Day of Rage) und ein Mitglied von Occupy-London erste Zeugenaussagen gemacht.

Beängstigend: Jede Opposition gegen dieses Gesetz ist außerhalb des Mainstreams

► Erzählen Sie uns bitte etwas über die Motivation hinter dieser Initiative? Sehen Sie tatsächlich Chancen, den Prozess zu gewinnen? Mit anderen Worten: Ist die amerikanische Justiz noch unabhängig genug? Oder geht es Ihnen vor allem darum, Öffentlichkeit zu schaffen?

Chris Hedges: Alle diese Erwägungen spielten eine Rolle. Diese Gesetze sind offensichtlich verfassungswidrig. Ob die Gerichte dieses bestätigen werden, weiß ich nicht. Immerhin konnten wir einen beachtlichen Erfolg in erster Instanz erzielen, als das Gericht die Sektion 1021 des NDAA für verfassungswidrig erklärte. Wenn die Sache bis zum Obersten Gerichtshof geht (Supreme Court), dann sind die Chancen nicht so gut, dass es zu unseren Gunsten entscheiden wird - unter Berücksichtigung der [konservativen T.K.] Zusammensetzung dieses Gerichts.

Aber wir müssen es trotzdem versuchen. Wir müssen jeden verfügbaren Mechanismus in Gang setzen, um Gegendruck aufbauen zu können. Wir dürfen nicht passiv bleiben. Wissen Sie, das Gerichtswesen in den Vereinigten Staaten wurde den Konzern- und Unternehmensinteressen angepasst (im engl. Original corporatized), speziell auf den höheren Ebenen. Es ist ein Instrument, das Konzerninteressen verteidigt, und das zugleich die Bürger der Fähigkeit beraubt, darauf zu reagieren. Wir sind nicht naiv und wir sind uns durchaus bewusst, was in dem Justizwesen vor sich geht. Aber es bleibt weiterhin ein Mechanismus, um zurückzuschlagen, selbst wenn wir kaum Chancen haben zu gewinnen.

► Als ich zum ersten Mal über Ihr Gerichtsverfahren gegen diese Polizeistaatsgesetze las, wunderte ich mich doch sehr, dass dies keinen Aufschrei in der Öffentlichkeit auslöste. Ist es nicht eigentlich beängstigend, wenn solch drastischer Gesetzesvorhaben - die ein unbefristetes Festhalten von Bürgern ohne Gerichtsverfahren ermöglichen - kaum noch öffentlichen Unmut auslösen?

Chris Hedges: Ja, das ist beängstigend. Die Ursache, dass keine öffentliche Diskussion über diese Gesetze stattfand, ist in der Dominanz großer Konzerne im amerikanischen Mediensektor zu finden. Da dieses Gesetzesvorhaben die Unterstützung der beiden Parteien hatte - der Republikaner wie der Demokraten -,

wurde jede Opposition gegen dieses Gesetz als außerhalb des Mainstream stehend betrachtet.

Die akzeptierte Bandbreite der politischen Diskussion in den Vereinigten Staaten verläuft parallel zu der emotionalen Bandbreite der Schauspielerin Katharine Hepburn, wie sie von Dorothy Parker ironisiert wurde: Sie reicht nur von A bis zu B. Und wenn man sich außerhalb dieses sehr engen Parameters wiederfindet, dann ist man sehr schnell marginalisiert. Unser Informationssystem ist derart degeneriert, dass diese Gesetze nicht einmal breit öffentlich diskutiert wurden.

Massiver Abbau demokratischer Rechte

► Erzählen Sie uns etwas über den weiter gefassten Prozess der Erosion demokratischer Standards und Bürgerrechte in den Vereinigten Staaten. Wann begann diese Entwicklung? Können die Terroranschläge vom 11. September hierbei als das entscheidende Ereignis betrachtet werden?

Chris Hedges: Ich denke, dass der 11. September als ein Vehikel diente, um einen massiven Abbau demokratischer Rechte einzuleiten. Wir haben das 2001 erlassene Gesetzespaket "Authorization for Use of Military Force Act", das eine Kriegserklärung gegen Al Qaida und andere Terrorgruppen bildete. Aber aufgrund extensiver Interpretation dieses 2001 in Kraft getretenen Gesetzes hat die Bush-Regierung einen US-Bürger, Jose Padia, dreieinhalb Jahre in einer Militäreinrichtung ohne Zugang zu einem Rechtsanwalt festgehalten.

Padia wird beschuldigt, einer der Flugzeugentführer des 11. September zu sein, der es aber nicht in "sein" Flugzeug schaffte. Um diesen Fall entbrannte ein Rechtsstreit, der bis zum Obersten Gerichtshof ging. Bevor dieser sein Urteil fällen konnte, wurde Padia an ein ziviles Gericht überstellt. Der Oberste Gerichtshof hat also in dieser Angelegenheit kein Urteil gefällt.

Die Obama-Administration hat hingegen die Tötung des in den USA geborenen islamischen Geistlichen Anwar al-Awlaki in Jemen unter Bezugnahme auf das 2001 erlassene Gesetz gerechtfertigt. Viele Juristen waren der Ansicht, dass solche Aktionen durch dieses 2001 erlassene Gesetz nicht gedeckt seien. Und ich denke, deswegen hat der National Defence Authorisation Act diese Aktivitäten erst uneingeschränkt rechtlich abgesichert. Dieses Gesetz verschafft der amerikanischen

Regierung die Befugnisse, US-Bürger ihrer essenziellen Bürgerrechte zu berauben.

Die Obama-Administration hat zudem den 1917 erlassenen "Espionage Act" - eine Gesetzgebung, die die Weitergabe von Staatsgeheimnissen an fremde Mächte unter Strafe stellt - dazu benutzt, um Whistleblower anzuklagen, die Informationen über US-Kriegsverbrechen an die Presse weitergeleitet haben.

Während der Regierungszeit Obamas wurde dieses Gesetz sechsmal gegen Informanten eingesetzt - zwischen 1917 und dem Amtsantritt Obamas kam es nur dreimal gegen Whistleblower zur Anwendung, die brisante Informationen an Zeitungen weiterleiteten. Wenn es einer dieser Fälle bis zum Obersten Gerichtshof schafft und wenn dieser solch eine Rechtspraxis für verfassungsgemäß erklärt, dann bleibt der Presse nichts anderes übrig, als nur noch die offizielle Regierungslinie zu verlautbaren. Wenn dann jemand innerhalb des Regierungsapparates Informationen hat, die dieser offiziellen Regierungsdarstellung widersprechen und diese an die Presse weiterleitet, dann kann er im Gefängnis landen.

► Können wir in diesem juristischen Problemfeld auch den Fall von Bradley Manning verorten?

Chris Hedges: Der Fall von Manning ist etwas anders gelagert, da er der Militärgerichtsbarkeit unterliegt. Er ist kein Zivilist.

"Die reaktionäre Stimmungslage ist eindeutig dominant"

► Kommen wir nun zur allgemeinen politischen Lage in den USA. Wie veränderte sich die politische Landschaft in den Vereinigten Staaten in den vergangenen Jahren - und wie gestaltet sich deren Verflechtung mit der Krisendynamik? In welche Richtung entwickelt sich der Mainstream - ist derzeit eine progressive oder eine reaktionäre Stimmungslage dominant?

Chris Hedges: Die reaktionäre Stimmungslage ist eindeutig dominant. Es ist so ähnlich wie in Europa, wo die politische Paralyse des Zentrums die Extreme erstarken lässt. Deswegen konnten wir bei der letzten Wahl in Frankreich erleben, wie Le Pen 18 Prozent der Stimmen erhielt. Ich denke, dass es innerhalb der Vereinigten Staaten eine sehr ähnliche Bewegung gibt, die im Umfeld sehr beängstigender, protofaschistischer Figuren und Organisationen entsteht - wie etwa die Tea Party.

Wir haben noch immer kein erfolgreiches Gegengewicht dazu aufbauen können. Der Hass auf die Zentralregierung nimmt immer stärker zu, insbesondere wenn mächtige Figuren wie die Koch-Brüder im Hintergrund wirken, die die Spannung von der Wall Street und der kapitalistischen Klasse ablenken und ihre Polemik gegen die Regierung richten, die ja im Endeffekt nur der Erfüllungsgehilfe der Wall Street ist. Das Ziel dabei ist es, den Staat noch anämischer zu gestalten, was wiederum gefährlich ist. Also ich denke, dass diese Kräfte sehr stark sind und ungemein präsent im politischen Leben des Landes.

► Dieser gegen den Staat und gegen Staatlichkeit als solche gerichtete Rhetorik und Agitation scheint ja etwas spezifisch Amerikanisches zu sein. In Europa versucht die extreme Rechte zumeist, den Staat zu übernehmen, die Schalthebel der Staatsmacht zu erobern, anstatt ihn zu zerstören.

Chris Hedges: Die extreme amerikanische Rechte möchte den Staat übernehmen, aber nur, um in anschließend zu zerlegen.

► Aber der Rechten geht es doch nur um den Sozialstaat und ähnliche Programme. Ich glaube nicht, dass die extreme Rechte den Patriot Act oder den Sicherheitsapparat abbauen will.

Chris Hedges: Ja, sie wollen Sozialprogramme, Bildung, Ausgaben für Umweltschutz abschaffen; dies alles soll geschleift werden. Den Sicherheits- und Überwachungsstaat wollen Sie hingegen nicht anrühren.

► Die Rechte will den Staat auf das reduzieren, was er im 18. und 19. Jahrhundert war: auf Polizei und Militär.

Chris Hedges: Ja, das ist im Wesentlichen deren Vision.

Occupy: Es geht dem Sicherheits- und Überwachungsstaat darum, die Bewegung vom Mainstream zu trennen

► Ich bitte noch um ein paar Bemerkungen zur Mittelklasse, die ja die Stütze der amerikanischen Gesellschaft bildet. Diese Mittelklasse scheint ja einem enormen Erosionsprozess ausgesetzt zu sein wie in Teilen Europas auch. Dies ist ja eine potenziell äußerst gefährliche Entwicklung, bei der große Teile der Mittelklasse in rechtsextremer Ideologie Zuflucht suchen können. Wenn die Mittelklasse vom

sozialen Abstieg bedroht ist, tendiert sie zum Faschismus. Ist dies in den Vereinigten Staaten ebenfalls der Fall?

Chris Hedges: Ja, die Tea Party ist im Wesentlichen eine Bewegung der Mittelklasse. Deren Mitglieder haben Angst vor den Auswirkungen der Krise, und sie tendieren deswegen nach rechts.

► Sie haben sich bei den Protesten der Occupy-Bewegung engagiert, um die es in den letzten Monaten ruhiger geworden ist. Können Sie uns eine Einschätzung dieser Bewegung und der Aussichten auf eine Wiederbelebung der Proteste geben?

Chris Hedges: Die Reaktion des Sicherheits- und Überwachungsstaates auf die Protestbewegung bestand in dem Versuch, deren physische Auslöschung durchzusetzen. Nahezu alle Occupy-Camps wurden geschlossen, die Bewegung selber wurde stark infiltriert. Das Ziel dieser Aktionen ist klar: Es geht darum, die Bewegung vom Mainstream zu trennen, da sie sehr viele Sorgen des Mainstreams artikuliert.

Ein Weg, um dies zu erreichen, besteht in der Stärkung militanter Gruppen wie der Black-Block-Anarchisten. Hierdurch wird die Mittelklasse verängstigt, und die Familien, die anfänglich in den besetzten Zuccotti Park in New York kamen, blieben dann zu Hause. Die andere Zielsetzung besteht darin, den Unmut zu kanalisieren und in Vorfeldorganisationen der Demokratischen Partei - wie Rebuild the Dream oder MoveOn.org - umzuleiten.

Die Antwort des Sicherheitsstaates auf die Nöte, die die Menschen in die Occupy-Camps spülten, war bezeichnend. Anstatt diese Probleme - wie die grassierenden Zwangsvollstreckungen, die massive Jugendarbeitslosigkeit oder die zunehmende Verschuldung der Studenten - zu adressieren, setzten sie auf Einschüchterung und Zwang.

Deswegen denke ich, dass auch weiterhin die bestehende Unzufriedenheit sich in Akten des zivilen Ungehorsams manifestieren wird - und vielleicht auch in Krawallen oder Aufständen. Ich meine, die Konzerne kennen nur ein Wort - und das ist "mehr". Sie sind dort so abgekapselt von dem Leiden der gewöhnlichen Bürger, von der "Main Street", dass sie überhaupt nicht verstehen, was um sie herum eigentlich passiert.

Die Occupy-Bewegung hat aber auch einige schwerwiegende Fehlentwicklungen aufzuweisen. Das Konsensprinzip funktioniert nur bei relativ kleinen Gruppen. Es scheitert aber, wenn sich 4.000 oder 5.000 Menschen im Zuccotti Park versammeln.

► Je größer die Gruppen, desto schwieriger ist es, diese basisdemokratischen, direkten Strukturen aufrechtzuerhalten. Ist das Ihre Erfahrung?

Chris Hedges: Ja, Kropotkin hat diese Problematik thematisiert. Sobald eine Gruppe mehr als 150 Personen umfasst, brechen dieser Strukturen zusammen. Und wir müssen unbedingt gewaltfrei agieren, um zu einer Bewegung des Mainstream zu avancieren. Die Anarchisten des Black Block haben tatsächlich in die Hände des Sicherheitsapparats gespielt, weil ihr Vorgehen eine effektive Methode bildete, den Mainstream und die Occupy-Bewegung zu entfremden.

Waffenkultur und die Sprache der Gewalt

► Glauben Sie dennoch, dass es noch möglich ist, ein massenwirksames Gegengewicht zu den rechtsextremen und präfaschistischen Bewegungen in den Vereinigten Staaten aufzubauen?

Chris Hedges: Ich denke, dass dies immer noch möglich ist. Zumindest ist es das, worauf ich hinarbeite. Wenn wir keine Alternative zur Tea Party aufbauen, wird der anschwellende Unmut durch diese kryptofaschistischen parteiartigen Bewegungen kanalisiert werden. Dies sind übrigens Bewegungen, die die Gewalt verherrlichen. Die sprechen die Sprache der Gewalt, und sie pflegen ihre Waffenkultur. Ich nehme das nicht auf die leichte Schulter. Ich nahm dasselbe Phänomen im ehemaligen Jugoslawien wahr.

Die Menschen bemächtigen sich zunächst der Sprache der Gewalt, bevor sie zu Akten der Gewalt übergehen. Ein weiteres beängstigendes Merkmal der Tea Party und der Rechten besteht darin, dass sie tatsächlich wie klassische faschistische Gruppen agieren: Sie greifen die Schwachen und Verletzlichen an und suchen sich Sündenböcke in der Gesellschaft. Sie dämonisieren Muslims, Arbeiter ohne Aufenthaltsgenehmigung, Homosexuelle, Intellektuelle - die ganze Reihe der typischen faschistischen Feindbilder.

"Ein paar Schaufensterscheiben einzuschlagen, das finde ich schlicht

blödsinnig"

► Abschließend möchte ich noch die hitzige Diskussion der berüchtigten "Gewaltfrage" innerhalb der amerikanischen Occupy-Bewegung thematisieren. Die Anarchisten argumentieren ja so ähnlich, wie Sie es auch getan haben: Ihre harsche Kritik an der Militanz des Black Block habe maßgeblich zu der Spaltung der amerikanischen Occupy-Bewegung beigetragen. Was antworten Sie auf solche Vorwürfe?

Chris Hedges: Das ist absurd. Es waren die Aktivitäten des Black Block, die zur Spaltung der Bewegung beigetragen haben. Und es waren die Aktivitäten des Black Block, die zur Zerstörung der Bewegung auf lokaler Ebene geführt haben. Ich habe nur darüber geschrieben, was sie taten.

► War es Teil der staatlichen Taktik, diesen militanten Gruppen gewisse Freiräume zu lassen und so zur Spaltung der Bewegung beizutragen?

Chris Hedges: Ich würde sagen, dass es Teil der staatlichen Taktik ist, die Bewegung zu spalten. Und der bewegungsinterne Hebel zu dieser Spaltung ist der Black Block. Wir können den Sicherheitsstaat nicht in seinem eigenen Spiel schlagen. Die einzige Sprache, die derzeit der Sicherheits- und Überwachungsstaat sprich, ist die Sprache der Gewalt.

Falls wir versuchen sollten, ebenfalls in dieser Sprache zu kommunizieren, dann werden wir verlieren, weil sie diese Sprache perfektioniert haben. Sie haben gigantische Ressourcen zur Disposition und Milliarden von Dollar, die sie in ihr System hineinpumpen können. Wir können einfach dieses Spiel nicht gewinnen, das ist unmöglich. Ich bin aber auch kein Pazifist. Ich war während des Jugoslawien-Krieges in Sarajevo, und wir wussten sehr genau, dass bei einem Durchbruch der Serben ein Drittel der Stadt abgeschlachtet würde und der Rest in Lager flüchten müsste.

Wozu ich hingegen beizutragen versuche, ist der Aufbau einer Bewegung, die solche Menschenmassen mobilisieren kann, dass eine im Zerfall begriffene, korrupte Struktur darunter zerbricht. Genau dies haben wir in Osteuropa gesehen - in Ostdeutschland, der Slowakei, Rumänien oder Polen. Aber der einzige Weg, auf dem diese Taktik gangbar ist, besteht nicht in der direkten Konfrontation der

Machtstruktur, also der Polizei und Sicherheitsdienste, sondern in der Herstellung einer Paralyse innerhalb dieser Struktur. Und das bedeutet, dass wir sie auf unsere Seite ziehen müssen. Und das ist möglich! Ich meine, die Polizei ist nicht Teil des obersten einen Prozent, sie sind Teil der 99 Prozent. Die Menschen, die innerhalb dieses Systems arbeiten, wissen ganz genau, wie korrupt es ist - und genau das ist unsere Stärke.

Ich bin durchaus gewillt, eine Diskussion über die Eskalation der Protesttaktik zu führen, aber diese spontane Gewalt, die Idee, einfach auf die Straße zu gehen und ein paar Schaufensterscheiben einzuschlagen, das finde ich schlicht blödsinnig. Wir müssen sehr geschickt und intelligent vorgehen, weil der Staatsapparat nicht passiv ist, sondern daran arbeitet, die Bewegung intern zu unterwandern und zu zerstören. Es mag kontraintuitiv erscheinen, aber unsere große Stärke liegt in unserer Machtlosigkeit und in unserer Transparenz.

2.11 Wir müssen draußen bleiben

Stigmatisierung, Marginalisierung und Exklusion als zentrale Reflexe bürgerlicher Krisenideologie und -praxis

Wenn etwas kaputt geht, dann wird man im Spätkapitalismus dazu angehalten, es tunlichst nicht etwa zu reparieren, sondern auf den Müll zu werfen. Im Frühjahr 2012 machte der damalige deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) klar, dass dieses Entsorgungsdenken auch auf ganze Länder angewendet werden kann. Friedrich musste herbe Kritik für seinen Vorstoß einstecken, das in sozioökonomische Desintegration übergehende Griechenland möglichst kostengünstig zu entsorgen. Der bayrische Hardliner im Kabinett von Kanzlerin Angela Merkel legte Athen kurz vor der Abstimmung über ein weiteres sogenanntes "Hilfspaket" für Griechenland im März 2012 nahe, doch endlich "freiwillig" aus der Eurozone auszuscheiden. Die Dementis aus dem Regierungslager folgten prompt, bei denen etliche Regierungskollegen von einem "falschen Signal" sprachen und auch Merkels Sprecher sich ausdrücklich distanzierte.

Dennoch stand - und steht - Friedrich wahrlich nicht alleine dar. Neben weiteren Parteifreunden - wie etwa Bayerns Finanzminister Markus Söder -, die sich an die Seite Friedrichs stellten, wuchs auch innerhalb des deutschen Managements der Unwille gegenüber Athen, wie eine Umfrage des Manager Magazins unter rund 300 "Führungskräften" der deutschen Industrie ergab, bei der 57 Prozent für ein Ausscheiden Griechenlands aus der Eurozone plädierten. Klartext sprach in diesem Zusammenhang auch der Bosch-Chef Franz Fehrenbach, der im Interview mit dem Manager Magazin Athen zum Austritt auffordert. Griechenland sei "marode und in einer Solidargemeinschaft eine untragbare Belastung", so Fehrenbach unter Anwendung des inzwischen beim deutschen Griechenland-Diskurs üblichen Neusprech. Deutschlands Industriekapitäne können hierbei einen Großteil der lohnabhängigen Bevölkerung hinter sich wissen, die sich im Februar 2012 bei einer Emnid-Umfrage zu 63 Prozent gegen weitere Hilfen für Griechenland aussprach.

Die in der Bevölkerung dominierende Stimmungslage, die anhand dieser Umfrageergebnisse zutage tritt, ist somit von reflexartigen Tendenzen zur Exklusion, zum Ausschluss der als übermäßige Kostenfaktoren - als das sprichwörtliche "Fass ohne Boden" - stigmatisierten Griechen geprägt. Die Mehrheitsmeinung will keine weiteren Milliarden für "die faulen und korrupten Griechen" mehr "verschwenden". Stattdessen sollen sich "die Griechen selber helfen", wie es Söder formulierte.

Im Endeffekt zielen diese populistischen Forderungen darauf hinaus, die Krisenkosten zu beschränken, ein im Zusammenbruch befindliches Land zu "entsorgen". Denn selbstverständlich würde das in den Kollaps getriebene Mittelmeerland bei einem Austritt aus der Eurozone eine irreversible Kapitalflucht erfahren, deren Folgen Griechenland auf das gesellschaftliche Niveau eines Dritte-Welt-Staates fallen ließen. Dieser in der deutschen Öffentlichkeit aufkommende Wunsch nach einer raschen Beseitigung des Kostenfaktors Athen ist um so problematischer, da es ja maßgeblich die Kahlschlagpolitik der Regierung Merkel war, die Athen in die gegenwärtige Depression getrieben hat. Die Folgen des Scheiterns der deutschen Austeritätspolitik soll somit allein die Bevölkerung Griechenlands tragen, indem das Land aus der Eurozone ausgeschlossen wird. Dieser populistisch ausgeschlachtete Reflex zur Exklusion von Krisenopfern bildet ein grundlegendes Element der gegenwärtigen Krisenideologie, deren Grundannahmen beängstigend primitiv sind: Die Krisenopfer werden zur Ursache der Krise halluziniert. Somit findet eine Personifizierung der Krisenursachen statt, bei der die imaginierten Eigenschaften, oder das angebliche Fehlverhalten der Krisenopfer zum Auslöser der gegenwärtigen Verwerfungen erklärt werden. Im Falle Griechenlands - wie auch abgeschwächt Südeuropas - sind ja die entsprechenden Krisenmythen::32551 längst zum Allgemeingut geworden, denen zufolge die Sparmaßnahmen in Hellas an der ausartenden Korruption, Vetternwirtschaft und der massenhaften Steuerhinterziehung gescheitert seien. Die Griechen hätten aufgrund ihrer - kulturell oder rassisch bedingten? - Neigung zur Vetternwirtschaft und Steuerhinterziehung die gegenwärtige Krise ausgelöst und deren Überwindung hintertrieben, so das populistische Mantra hierzulande - das sich angesichts eines wegen Vetternwirtschaft zurückgetretenen Bundespräsidenten

und eines bundesweiten Volumens an jährlichen Steuerhinterziehungen von rund 30 Milliarden Euro recht skurril ausnimmt.

Krise der EU und Europaskepsis

Die in der Bundesrepublik um sich greifende Europaskepsis, wie die damit korrespondierende Neigung, allgemeine Missstände des Kapitalismus oder bestimmte Krisenphänomene auf "den Griechen" oder "die Südeuropäer" zu projizieren, hat aber ein handfestes ökonomisches Fundament. Zum einen wird Südeuropa aufgrund der dort einsetzenden Rezession nicht mehr eine zentrale Rolle als Absatzmarkt der deutschen Industrie spielen können, sodass die enormen Leistungsbilanzüberschüsse Deutschlands gegenüber diesen Ländern zwangsläufig abnehmen, während die Krisenkosten weiter ansteigen werden. Europa droht somit zu einem schlechten Geschäft für Deutschlands Exportindustrie zu verkommen.

Andrerseits würde der Ausschluss Griechenlands - und perspektivisch auch weiterer südeuropäischer Euroländer - nur den Folgen des bisherigen Krisenverlaufs auch institutionell auf europäischer Ebene Rechnung tragen. Griechenland erlebt aufgrund des deutschen Spardiktats einen dauerhaften sozioökonomischen Einbruch, der nicht mehr von einem Abschwung abgelöst wird. Ähnliche Tendenzen zum permanenten Abstieg in die Peripherie des kapitalistischen Weltsystems deuten sich in Spanien, Portugal und abgeschwächt auch in Italien an. Es ist, als ob sich im Gefolge der Krise die "Dritte Welt" von Nordafrika aus nordwärts über das Mittelmeer bis nach Südeuropa ausbreiten würde und die relativen "Wohlstandsinseln" in Europa weiter abschmelzen würden.

Die Expansion der "Dritten Welt" über das Mittelmeer löst somit gegenüber Südeuropa auch dieselben Reflexe aus, wie sie gegenüber den Krisenopfern aus Afrika längst politischer Konsens sind: Schotten dicht, selbst wenn hierbei Tausende absaufen. Dabei bildet der gegenwärtige Krisenschub nur die jüngste Phase einer fundamentalen Systemkrise des Kapitalismus, die sich in einem jahrzehntelangen Prozess von der Peripherie ins Zentrum des Weltsystems frisst. Das Scheitern von Modernisierungsstrategien, Zusammenbrüche der Industrie und drakonische Austeritätsprogramme des IWF durchlebten in den 1980ern viele der

Staaten der "Dritten Welt", die im hiesigen Diskurs höchstens in Zusammenhang mit Flüchtlingsabwehr noch Erwähnung finden. Die Region wirtschaftlich "verbrannter Erde", wo kaum noch Warenproduktion im volkswirtschaftlich nennenswerten Maßstab vonstattengeht, rückt somit weiter an die Zentren des kapitalistischen Weltsystems heran.

In diesen abschmelzenden Regionen des relativen Wohlstands gewinnen die illusionären Vorstellungen überhand, mittels der Exklusion der neuen südeuropäischen Krisenopfer die eigene soziale und wirtschaftliche Position aufrechterhalten zu können. Wenn in der herrschenden Ideologie die Krisenopfer als die Schuldigen der Krise imaginiert werden - und nicht die Widersprüche des Kapitalismus -, dann könnte der Krise einfach durch deren Ausschluss ein Ende gesetzt werden. Diese Krisenpolitik des Ausschlusses der Krisenverlierer beschränkt sich somit darauf, die Krise zu exekutieren: Die im Krisenverlauf ökonomisch marginalisierten Menschen werden nun auch politisch und institutionell marginalisiert. Diese widerliche Krisentendenz besteht somit darin, die gesamte Last der Krisenauswirkungen einfach auf die Krisenopfer abzuwälzen.

Die auf europäischer Ebene zunehmende Tendenz zur Exklusion der Krisenverlierer schlägt sich längst auch auf die bundesdeutsche Innenpolitik nieder. So lässt die Bundesregierung das seit 1953 geltende europäische Fürsorgeabkommen aushebeln, das auf Arbeitssuche befindlichen EU-Bürgern Anrecht auf Sozialleistungen gewährt. Künftig sollen somit EU-Ausländer kein Hartz IV beantragen könne. Das Heer der Marginalisierten Südeuropas, das nicht zuletzt aufgrund der von Berlin europaweit durchgesetzten Austeritätspolitik rasch anschwillt, soll somit von der Inanspruchnahme der kümmerlichen Überreste des einmaligen deutschen Sozialstaates ausgeschlossen werden.

Arbeitsplatzkonkurrenz, Mobbing, Sexismus

Dabei unterliegen die unter dem Begriff Hartz IV zusammengefassten Arbeitsgesetze derselben Krisenlogik von Stigmatisierung und Exklusion der Krisenverlierer, wie sie derzeit auch gegenüber Südeuropa zur Entfaltung gelangt. Auch binnenpolitisch konnten die Opfer der Krise der Arbeitsgesellschaft als deren

Verursacher stigmatisiert werden. Die Einführung von Regelsätzen auf Armutsniveau, Zwangsarbeit und umfassender Entmündigung von Arbeitslosen in Deutschland wurde von einer entsprechenden Kampagne begleitet, in der der Missbrauch von Sozialleistungen und die angebliche Faulheit und Passivität der aus dem Erwerbsleben herausgefallenen Menschen skandalisiert wurden. Die Opfer der Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft wurden so - ähnlich den Südeuropäern heute - zu den Krisenverursachern aufgebaut. Wiederum folge hier eine Exekution des Krisenverlaufs statt, bei der die ökonomisch marginalisierten Menschen nach ideologischer Stigmatisierung auch institutionell und rechtlich marginalisiert wurden - bis hin zur Zwangsarbeit und Aufhebung der Niederlassungsfreiheit.

Die Durchsetzung der Hartz-Gesetze und der Agenda 2010 erwies sich aber für die deutsche Industrie als voller Erfolg, die von dem fallenden Lohnniveau und der zunehmenden Prekarisierung des Arbeitslebens in Deutschland in Gestalt wachsender Exportüberschüsse profitieren konnte. Für die Lohnabhängigen brachte die Agenda 2010 hingegen eine Intensivierung der Leistungshetze und die damit einhergehende zunehmende Arbeitsplatzkonkurrenz mit sich. Die Furcht vor der totalen Marginalisierung bei Arbeitsplatzverlust, die seit Einführung von Hartz IV im Arbeitsleben vieler Lohnabhängigen virulent ist, ließ nicht nur die Löhne absinken - sie führte auch zu zunehmender Konkurrenz untereinander. Inzwischen opfern viele Lohnabhängige sogar das Mittagessen dem Bemühen, als "besonders engagiert" zu erscheinen. Der Krisenreflex zur Exklusion äußert sich auch auf betrieblicher Ebene im zunehmenden Mobbing von Kollegen, die als Arbeitsplatzkonkurrenten wahrgenommen werden, oder in dem inzwischen zur Volkskrankheit avancierten Burnout-Syndrom.

Auf die mit zunehmender Prekarisierung und Arbeitsplatzunsicherheit einhergehende Krise der Arbeitsgesellschaft reagieren viele Lohnabhängige leider tatsächlich mit Mobbingattacken - mit dem Reflex zur Exklusion von Konkurrenten. Mittlerweile scheinen sich diese systematischen Schikanen zu einem regelrechten Massenphänomen entwickelt zu haben, wie eine im Auftrag der Bundesanstalt für Arbeitsschutz- und Arbeitsmedizin durchgeführte Studie ergab:

»Danach ist potenziell jeder fünfte Arbeitnehmer in Deutschland mit systematischen Intrigen, Schikanen und Benachteiligungen am Arbeitsplatz konfrontiert. Vor allem Chefs und Vorgesetzte sind dabei die Aggressoren.«

Diese "schleichende Entsolidarisierung" ist auch innerhalb der ohnehin abschmelzenden Arbeiterschaft zu konstatieren, wie eine soziologische Studie der Universität Jena konstatierte. Es entwickele sich innerhalb vieler Stammbelegschaften eine Art von "Wagenburgmentalität", mit der die eigene Stellung als festangestellter Lohnarbeiter verteidigt werden soll: "Die eigenen Chancen auf Beschäftigungssicherheit steigen, wenn man den Club der Festangestellten einigermaßen exklusiv hält." In den Belegschaften mache sich das Gefühl breit, das "es nun nicht mehr für alle reicht". Wie weit die Reflexe zur Exklusion, zum Ausschluss von Krisenopfern auch innerhalb der Arbeiterschaft verbreitet sind, legten Befragungen im Rahmen der Studie offen:

»Mehr als die Hälfte der Befragten (westdeutschen Facharbeiter) ist der Meinung, auf Arbeitslose solle größerer Druck ausgeübt werden, ein weiteres Drittel stimmt dem zumindest teilweise zu. Und fast die Hälfte bejaht die Aussage: "Eine Gesellschaft, in der jedermann aufgefangen wird, ist nicht überlebensfähig.«

In dem Komplex der zunehmenden Arbeitsplatzkonkurrenz lässt sich auch die neudeutsche Frauenfeindschaft einfügen. Bei dieser neuen deutschen Welle des Sexismus wird ja oftmals eine massive Bevorteilung von Frauen durch eine allmächtige feministische Bewegung halluziniert, die in Anlehnung an den neurechten Diskurs als ein Exzess der "politischen Korrektheit" wahrgenommen wird, der zur massiven Benachteiligung von Männern durch wild gewordene "Emanzen" führt. Diese Wahnideen können angesichts der Benachteiligung von Frauen in Deutschland nur deswegen um sich greifen, weil sie als ein ideologisches Instrument bei der verstärkten Arbeitsplatzkonkurrenz greifen, mit dem Männer etwaige Emanzipationsbestrebungen von Frauen im Berufsleben abwehren können. In keinem anderen Land Europas ist der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern - durchschnittlich 22 Prozent! - so hoch wie in Deutschland.

Alle Versuche, diese Benachteiligung von Frauen im Berufsleben zumindest etwas zu verringern, erscheint den sich darüber empörenden Kritikern der Emanzipation als ein Akt der Diskriminierung - von Männern. Der neue deutsche Sexismus, der sich über den "Tugendterror politsicher Korrektheit" empört, bedient sich somit selber - verzerrter - Argumentationsmuster der politischen Korrektheit. Beide Geschlechter sollen absolut gleich behandelt werden, so das scheinbar politisch korrekte Mantra der Antifeministen. Dadurch wird gerade die bestehende Ungleichheit und geschlechtsspezifische Diskriminierung im Arbeitsleben verfestigt.

Indes geht es bei diesem Antifeminismus längst nicht mehr darum, die reaktionären, erzkonservativen Frauenrollen gesellschaftlich durchzusetzen, die Weiblichkeit in der Sphäre jenseits der Lohnarbeit verorten (Küche, Kinder und Kirche). Der Kritiker des Feminismus sieht in der Frau vor allem den Konkurrenten auf dem Arbeitsmarkt, den es bei dem Hauen und Stechen um gute Jobs aus dem Feld zu schlagen gilt. Alle Programme, die der strukturellen Benachteiligung von Frauen im Berufsleben entgegenwirken sollen, werden so als "Wettbewerbsverzerrung" wahrgenommen.

Rassismus, Xenophobie und Krise

Die Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft produziert weltweit immer größere Massen von Menschen, die im Sinne der kapitalistischen Verwertungslogik unnütz sind, die nicht mehr gebraucht und verwertet werden können. Für die herrschende Ideologie, die den kriselnden Kapitalismus längst zu einer Naturvoraussetzung menschlicher Existenz schlechthin erklärt hat, haben diese "Ausgegrenzten der Moderne" (Zygmunt Bauman) ihre Marginalisierung selbst verschuldet. Es geht nur noch darum, ideologisch diese Personifizierung der Krisenursachen zu rechtfertigen - es muss nur noch erklärt werden, wieso die Krisenopfer als Krisenverursacher angesehen werden sollen.

Die zentralen ideologischen Mittel zur Stigmatisierung der Krisenverlierer bilden Rassismus, Chauvinismus und Xenophobie. In Deutschland hat Thilo Sarrazin in dieser Hinsicht Pionierarbeit geleistet, indem er die Ressentiments gegen Ausländer

und Arbeitslose zu einem einzelnen Feindbild einer unnützen und "überflüssigen" Bevölkerungsschicht verschmolz:

»*In Berlin leben zwanzig Prozent der Bevölkerung, die nicht ökonomisch gebraucht werden, von Hartz IV und Transfereinkommen. ... Ich muß niemanden anerkennen, der vom Staat lebt, diesen Staat ablehnt, für die Ausbildung seiner Kinder nicht vernünftig sorgt und ständig neue kleine Kopftuchmädchen produziert. ... Eine große Zahl an Arabern und Türken in dieser Stadt hat keine produktive Funktion, außer für den Obst- und Gemüsehandel, und es wird sich vermutlich auch keine Perspektive entwickeln. Das gilt auch für einen Teil der deutschen Unterschicht.*«

Die Tatsache einer beständig wachsenden "Unterschicht" von wirtschaftlich überflüssigen Menschen wird von Sarrazin wahrgenommen, doch führt er die Marginalisierung dieser Bevölkerungsgruppe auf deren "minderwertige" genetische Ausstattung zurück. Sarrazin empfiehlt als Lösungsstrategie, das "Auswachsen" - also das Aussterben - der betreffenden überflüssigen Bevölkerungssicht zu fördern (siehe in diesem Band: Sarrazins Sieg). In vielen krisengeschüttelten Regionen Osteuropas bringt der ressentimentgeladene Mob diese Geduld beim Umgang mit den Krisenopfern nicht mehr auf - er will der Biologie auf die Sprünge helfen. In mittelosteuropäischen Ländern wie Ungarn, Bulgarien oder Tschechien ist es vor allem die Minderheit Roma, die unter der zunehmenden Exklusion und Stigmatisierung zu leiden hat. Der zunehmende antiziganische Hass manifestiert sich in einer Reihe von Pogromen, Mordanschlägen und rechtsextremen Kampagnen gegen die "Zigeuner" (siehe in diesem Band: In der Krise wächst der Hass).

An den Roma wurde die rassistisch motivierte Ausgrenzung im krisengeschüttelten Spätkapitalismus ins Extrem getrieben. Die Roma bilden die extremste Personifikation der Exklusionstendenzen in dieser Krise. Die Mitglieder dieser marginalisierten Minderheit wurden innerhalb weniger Jahrzehnte in nahezu allen osteuropäischen Ländern aus der kriselnden kapitalistischen Arbeitsgesellschaft gedrängt, sodass die Arbeitslosenquote innerhalb der Roma dieser Region zumeist

bei weit über 50 Prozent liegt. Die nahezu konsensartigen Ressentiments und die allumfassende, apartheidsgleiche Diskriminierung der Roma in vielen Staaten Osteuropas führen dazu, dass alle wirtschaftlichen und sozialen Verwerfungen zuerst diese Gruppe treffen. Die Roma in Osteuropa kriegen somit zuerst die Folgen der Krise der Arbeitsgesellschaft zu spüren - sie werden als Erste gefeuert und als Letzte angestellt.

Alle gegen Alle

Ähnliche Verdrängungstendenzen der Mehrheitsgesellschaft kommen gegenüber den osteuropäischen Arbeitsmigranten zum Ausdruck, die vor Krisenausbruch in 2008 in vielen Ländern Westeuropas massenhaft zur Verrichtung unbeliebter und unterbezahlter Arbeiten angeworben wurden. In Holland etwa startete die rechtsextremistische sogenannte "Freiheitspartei" des fanatischen Islamhassers Geert Wilders eine regelrechte Kampagne gegen Zuwanderer aus Osteuropa, bei der eine eigens eingerichtete Website zum Denunziantentum gegenüber Arbeitsmigranten aus Osteuropa aufruft. Zehntausende von Niederländern haben sich seit dem Start der Kampagne über "Arbeitsplatzklau", Kleinkriminalität, Trunkenheit oder einfach nur Ruhestörung durch Osteuropäer beschwert. Die Motivation hinter dieser anschwellenden Tendenz zur Exklusion von ethnischen oder nationalen Minderheiten wird ebenfalls von diesem dumpfen, feindseligen Gefühl befeuert, dem zufolge es nun in der Krise "nicht mehr für alle reicht".

Der Befund scheint deprimierend: Ob nun auf europäischer Ebene, im nationalen Rahmen, im Betrieb oder gegenüber Minderheiten: Die von der Krisendynamik betroffenen Menschen neigen dazu, übereinander herzufallen, anstatt die Verhältnisse infrage zu stellen, die sie in die Enge treiben. Bei dieser zunehmenden Exklusion immer größerer Menschengruppen werden nur die dem Kapitalismus eigenen Grundprinzipien ins extrem getrieben.

Konkurrenz und Selektion bilden die grundlegenden sozialen Mechanismen kapitalistischer Vergesellschaftung, denen alle Lohnabhängigen nun verstärkt unterworfen werden. Die korrespondierenden Ideologien des Rassismus, Sexismus und der Xenophobie verstärken und legitimieren den Drang, die "überflüssigen"

Bevölkerungsschichten loszuwerden. Immer mehr Menschen müssen so "draußen bleiben", während der Konkurrenzkampf innerhalb der abschmelzenden Mittelschichten immer brutaler wird. Tendenziell führt dieser Drang zur Exklusion in die Barbarei - der Konkurrenzkampf aller gegen alle würde zugespitzt in den totalen Krieg aller gegen alle münden.

Diese irre Krisenideologie reflektiert dabei nur den irrsinnigen Charakter der Krise. Die Ausgrenzung und Marginalisierung immer größerer Menschengruppen vollzieht sich gerade deshalb, weil der Kapitalismus an seiner Produktivität erstickt. Das Elend breitet sich also gerade deswegen aus, weil die Produktionspotenzen zur Befriedigung der Grundbedürfnisse aller Menschen immer weiter anwachsen. Die Wahnvorstellung "Es reicht nicht für alle" kann nur deshalb um sich greifen, weil die absurden Reproduktionsformen des Kapitalismus - bei denen die ganze Gesellschaft nur als eine Voraussetzung der selbstzweckhaften Kapitalakkumulation ihre Daseinsberechtigung hat - nicht infrage gestellt werden.

Das "Es", das da nicht mehr für "alle" reicht, ist der kollabierende Prozess der Kapitalakkumulation, aus den immer mehr Menschen herausfallen. Die materiellen und technologischen Voraussetzungen eines guten Lebens für alle Erdenbewohner sind aber trotz voranschreitender ökologischer Verwüstungen immer noch gegeben - und sie verbessern sich permanent mit dem Fortschritt der Produktivkräfte, der gegenwärtig die kapitalistischen Produktionsverhältnisse sprengt.

2.12 Von Judenzählern, Horthy-Verehrern und völkischen Ornithologen

Ein Überblick über die antisemitischen und rechtsextremistischen Wahngebilde, die in Ungarn immer stärker um sich greifen

Anfang Dezember 2012 fand in Ungarn eine Kundgebung statt, wie sie das an Massendemonstrationen nicht gerade arme Land bisher nicht erlebt hat. Politiker aus den Reihen der rechten Regierungspartei und der Opposition kamen am 2. Dezember vor dem ungarischen Parlament zusammen, um gemeinsam gegen die Nazipartei Jobbik und den zunehmenden Antisemitismus zu protestieren.

Vor rund 10.000 Demonstranten sprach für die oppositionellen Sozialdemokraten der Parteivorsitzender Attila Mesterhazy; das liberale Oppositionsbündnis "Gemeinsam 2014" (Együtt 2014) war mit dem ehemaligen Ministerpräsidenten Gordon Bajnai vertreten. Im Namen der rechten Regierungspartei Fidesz verurteilte Fraktionschef Antal Rogan die jüngsten antisemitischen Vorfälle im ungarischen Parlament, die den Anlass dieser Kundgebung bildeten. Als Rogan das Wort ergriff, hallten ihm Pfiffe, Buh-Rufe und Slogans wie "Ihr habt Jobbik gemacht" von einzelnen Demonstranten entgegen, die den Fidesz-Politiker an die rechtsextremen und autoritären Tendenzen in der Regierungspartei erinnerten. Zudem war die von allen Parlamentsparteien gemeinsam organisierte Demonstration um ein Vielfaches kleiner als etwa die konkurrierenden Massenaufmärsche Ende Oktober, bei denen Opposition und Regierung rund 200.000 Menschen auf die Straßen Budapests brachten.

Den Anlass für diese mühsam errungene Demonstration überparteilicher zivilisatorischer Mindeststandards lieferte der außenpolitische Sprecher der rechtsextremen Partei Jobbik, Márton Gyöngyösi, der bei einer Parlamentsdebatte

die Anfertigung von Judenlisten in Ungarn gefordert hatte. Bei einer Aussprache über den jüngsten Gaza-Krieg hat Gyöngyösi, dessen Nazipartei eine extrem antiisraelische Linie verfolgt, die proisraelischen Stellungnahmen der ungarischen Rechtsregierung kritisiert. Gyöngyösi forderte hiernach die Erstellung einer Liste von ungarischen Bürgern und insbesondere Regierungsmitgliedern sowie Parlamentariern mit "jüdischer Abstammung", die er wörtlich als ein "nationales Sicherheitsrisiko" bezeichnete. Das antisemitische Stereotyp hierbei ist offensichtlich: Eine jüdische Verschwörung, die Ungarns Regierung gekapert habe, müsse für die proisraelischen Stellungnahmen Budapests verantwortlich sein.

Antizionistischer Antisemitismus

Die Antisemiten der Jobbik verstehen es inzwischen meisterhaft, ihren Antisemitismus als Israelkritik zu verkleiden und somit den auch in traditionslinken Kreisen noch gepflegten "Antizionismus" für ihre Zwecke zu instrumentalisieren. Während der jüngsten Kämpfe zwischen israelischer Armee und der Hamas organisierte Jobbik beispielsweise eine Demonstration vor der Botschaft Israels, bei der antisemitische Parolen wie "Dreckige Juden!" gegrölt wurden. Die Jobbik ist für ihre antisemitischen Hetztiraden berüchtigt. Der stellvertretende Parteivorsitzende Elod Novak forderte etwa bei einer eigens einberufenen Pressekonferenz die liberale Abgeordnete Katalin Ertsey auf, ihr Mandat niederzulegen, da sie ihre israelisch-ungarische Doppelstaatsbürgerschaft nicht publik gemacht habe. Israel habe "mehr Abgeordnete im ungarischen Parlament als in der Knesset", so der vom antisemitischen Verschwörungswahn umnachtete Novak.

Die Toleranz gegenüber antisemitischen Ausfällen innerhalb der ungarischen Rechten wird auch daran ersichtlich, dass die Forderung Gyöngyösis nach Judenlisten anfangs kaum für Empörung sorgte und von der Regierung mit einer lauwarmen Erklärung erwidert wurde, dies habe nichts mit dem Gaza-Konflikt zu tun. Erst nachdem Gyöngyös antisemitische Äußerungen zu ersten Protesten führten und international für Empörung sorgten, sah sich Fidesz offenbar genötigt, an der Demonstration gegen Antisemitismus teilzunehmen. Trotz der medienwirksamen Teilnahme verzichtete aber die mit einer komfortablen Zwei-

Drittel-Mehrheit im Parlament ausgestattete Regierung darauf, Sanktionen gegen Gyöngyösi einzuleiten.

Dieser zurückhaltende Umgang der Regierungspartei mit den ungarischen Nazis rührt zuvorderst aus den ideologischen Überschneidungen und Verbindungslinien, die es zwischen Jobbik und Fidesz gibt. Die Konservativen und die Nazis eint eine völkische Weltanschauung, wobei die Fidesz nur auf deren offensive Propagierung verzichtet und die Militanz der Jobbik ablehnt. Beide Parteien streiten somit um die gleichen rechten Wählerschichten, wodurch es der Regierung auch aus wahltaktischen Gründen schwerfällt, sich klar von der Ideologie der Jobbik zur distanzieren.

Auch die deutschen Fidesz-Fans in der konservativen Frankfurter Allgemeinen Zeitung (FAZ) müssen inzwischen einräumen, dass der Fidesz-Vorsitzende Viktor Orban am rechten Rand seiner Partei "bewusst Unschärfen belässt". Die FAZ projiziert die in diesem Blatt übliche Weißwäscherei rechter Umtriebe bei den deutschen Konservativen auf Ungarn, indem sie zu der eigenartigen Schlussfolgerung gelangt, dass diese "Unschärfe" der Konservativen gegenüber dem Rechtsextremismus notwendig sei, um weitere Wahlerfolge der Jobbik zu verhindern, Orban versuche laut FAZ, "ein Bedürfnis nach nationalem Sentiment zu befriedigen, das sich sonst - so vermutlich das Kalkül - den Rechtsradikalen von Jobbik zuwendet".

Geschichtspolitische Nekrophilie

Zu dumm nur, wenn dieses konservative Wunschbild, laut dem konservative Politiker förmlich zu rechtsextremen Ausfällen genötigt seien, mit der Realität kollidiert. Die Fidesz ist nämlich aktiv darum bemüht, antisemitische Ressentiments zu schüren und rechtsextreme Ideologien zu verbreiten. Ende Juni etwa haben jüdische Organisationen die ungarische Regierung aufgefordert, die für das kommende Schuljahr geplante Aufnahme etlicher völkischer und antisemitischer "Schriftsteller" in den ungarischen Lehrplan zurückzunehmen.

Insbesondere die Aufwertung des glühenden Antisemiten und Nazis József Nyirö,

der auch das faschistische Pfeilkreuzlerregime in der Spätphase des Zweiten Weltkriegs unterstützte, durch die ungarische Rechtsregierung stieß schon damals auf harsche internationale Kritik. Schließlich wurde der ungarische Parlamentspräsident László Kövér von der Regierung in Israel wegen seines geschichtsrevisionistischen Engagements für Nyirö zur "unerwünschten Person" erklärt. Kövér hat überdies einen absurden diplomatischen Streit mit der rumänischen Regierung angezettelt, als er die Forderungen ungarischer Rechtsextremisten unterstützte, die Asche des aus Siebenbürgen stammenden Nyirö nach Rumänien zu überführen - um hierdurch eine Wallfahrtsstätte für ungarische Revanchisten zu errichten.

Diese bildungspolitische Rehabilitierung von Antisemiten durch die Fidesz ist Teil einer umfassenden geschichtsrevisionistischen Kampagne, mit der die Nazikollaborateure um den zwischen 1920 und 1944 herrschenden "Reichsverweser" Miklós Horthy eine ideologische Aufwertung erfahren. Mitte Juni gab Orban die neue geschichtspolitische Linie in einem Interview vor, laut der Horthy "kein Diktator" gewesen sei. Die derzeitigen Diskussionen "über die Vergangenheit" in Ungarn seien ohnehin eine Reaktion auf "die Kommunisten", die Ungarns "Geschichte auszulöschen" versuchten, so Orban.

Seitdem greift in Ungarn ein nekrophil anmutender Totenkult um den "Reichsverweser" um sich, dem immer neue Denkmäler oder Gedenktafeln gewidmet werden. Je düsterer sich Ungarns wirtschaftliche Zukunft abzeichnet, desto stärker greift dieser Kultus der faschistischen Vergangenheit innerhalb der ungarischen Rechten um sich. Der immer stärker zutage tretenden kapitalistischen Systemkrise begegnet Ungarns Rechte mit einem weltanschaulichen Rückzug in die Vergangenheit.

Völkische Ornithologie

Es war kein geringerer als Fidesz-Chef Orban, der Anfang Oktober 2012 bei dieser irren Flucht in die Vergangenheit buchstäblich den Vogel abgeschossen hat. In einer vom völkischen Pathos durchtränkten Rede beschwor der ungarische Regierungschef den Turul, ein mythisches Vogelwesen, das der ungarischen

Rechten als das zentrale Symbol ungarischer Identität gilt - und das gemeinsam mit "Blut und Heimatboden" zu einer Art "Essenz" des Ungarntums destilliert werden soll. Orbans Rede liest sich mitunter wie ein Fiebertraum aus der dunkelsten Ära des europäischen Faschismus:

»Der Turul ist ein Urbild, das Urbild der Ungarn. Wir werden in es hineingeboren, so wie wir in unsere Sprache und Geschichte hineingeboren werden. Das Urbild gehört zum Blut und zum Heimatboden. Von dem Augenblick an, wo wir als Ungarn auf die Welt kommen, schließen unsere sieben Stämme den Blutbund, gründet unser heiliger Stephan den Staat, unterliegen unsere Truppen in der Schlacht bei Mohács, der Turul aber ist das Symbol der nationalen Identität der jetzt lebenden, der schon gestorbenen und der erst noch auf die Welt kommenden Ungarn.«
Orban

Die völkischen Geister, die Orban und Fidesz durch solche irren Halluzinationen mobilisierten, drohen nun in Gestalt der Jobbik außer Kontrolle zu geraten und das Ansehen Ungarns im Ausland nachhaltig zu ruinieren. Es sind wohl nicht zuletzt solche Erwägungen um das internationale "Image" Ungarns, die Fidesz dazu nötigten, gemeinsam mit der Opposition an der Demonstration gegen Antisemitismus teilzunehmen.

Während Ungarns Nazis ungestraft ihre antisemitische Hetzte verbreiten können, nutzt die Regierung Orban ihre Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament lieber dazu, die von ihr eingeleitete autoritäre Wende irreversibel zu machen. Nach der Einschränkung der Pressefreiheit wird nun das Wahlrecht beschnitten. Ein neues Wahlgesetz führt ein komplexes Registrierungsverfahren für Wähler ein, das vor allem den Roma sowie armen Menschen den Zugang zu den Wahlurnen erschweren wird. Obwohl es in Ungarn bereits eine Meldepflicht gibt und das Land über Wählerlisten verfügt, müssen sich die Bürger künftig mittels eines umständlichen Verfahrens mindestens zwei Wochen vor einem Wahlgang offiziell "anmelden", um an diesem teilnehmen zu können. Hiervon wird insbesondere die Fidesz profitieren, die mittels einer landesweit gut ausgebauten

Organisationsstruktur ihre Stammwähler leicht zur "Anmeldung" mobilisieren kann.

Zudem verboten die Konservativen politische Werbung in privaten Radio und TV-Sendern, sodass künftig Wahlwerbung nur noch in den von der Fidesz kontrollieren öffentlichen Medien geschaltet werden kann. Auch hier scheint die Fidesz mit Macht zurück in die Vergangenheit zu drängen, in die Ära des Horthy-Regimes, das ja laut Orban keine Diktatur gewesen sein soll.

2.13 Ungarn: "Kultur des Faschismus"

Ein Gespräch mit der Kulturwissenschaftlerin Magdalena Marsovszky über den völkischen Ungeist in Ungarn

► Die ungarische Regierungskoalition von Fidesz und KDNP verabschiedete im April 2011 eine neue Verfassung, die sie aufgrund ihrer Zwei-Drittel-Mehrheit durchs Parlament bringen konnte. Die Regierung um Ministerpräsident Viktor Orban will das Land mit diesem "Nationalen Glaubensbekenntnis" auf ein "neues Fundament" stellen. Es ist da viel von "Magyarentum", "Nation", "Gott", "Familie" und der "Ehre der Arbeit" die Rede. Besteht aus demokratischer Sicht Grund zur Sorge? Sind innerhalb dieses Verfassungswerkes undemokratische, völkische, oder ins Rechtsextreme abdriftende Passagen zu finden?

Magdalena Marsovszky: Es besteht auf jeden Fall Anlass zur Sorge. Diese Verfassung wurde am Ostermontag feierlich vom Staatspräsidenten unterschrieben. Der Festakt wurde überall in den Medien übertragen. Es besteht deswegen Anlass zur Sorge, weil diese Verfassung in der Tat ein "nationales Glaubensbekenntnis" ist. Man sagt vielfach, dass diese Verfassung einen Rückgriff auf die christliche Tradition, einen Rückgriff auf eine teilweise monarchistische Tradition darstellt. Aber ich widerspreche diesen Annahmen und behaupte, dass das ein Rückgriff auf die völkische Tradition des Landes ist. Das heißt, dies ist ein Rückgriff auf das 19. Jahrhundert, da am Ende des 19. Jahrhunderts diese völkische Tradition nicht nur in Deutschland, sondern auch in Ungarn sehr lebendig geworden ist. Damit ging die Zunahme des Rassismus und Antisemitismus in Ungarn einher, genauso wie in Deutschland. Die völkischen Bewegungen in beiden Ländern verliefen parallel.

An diese Zeit wird nun angeknüpft, wobei ich nicht von den Ungarn spreche, weil dies ein republikanischer Begriff ist, sondern vom Magyarentum. Das heißt, hier wird im ethnischen Sinne das Volk als "Volkstum" verstanden, als ein homogenes magyarisches Volkstum, das nicht nur eine kulturelle Zusammengehörigkeit

aufweist, sondern auch eine blutmäßige Abstammungsgemeinschaft bilden soll. Das kann man aus der Kommunikation der Fidesz Bürgerlichen Union, und seines Koalitionspartners, der Christlich Demokratischen Volkspartei (KDNP), ableiten.

Die Präambel der neuen Verfassung ist beispielsweise deswegen so problematisch, weil dort das Wort Republik gestrichen wurde. Es ist dort nicht mehr von der Republik Ungarn, sondern nur noch von Ungarn die Rede. In der Präambel kommt das Wort Republik kein einziges Mal vor, und auch im gesamten Verfassungstext nur ein einziges Mal als Bezeichnung der Staatsform. Zudem wird dieses nationale Glaubensbekenntnis mit der ersten Zeile der ungarischen Nationalhymne eingeleitet, in der es wortwörtlich heißt: "Gott segne den Magyaren." Das ist alles in Allem ein ganz deutlicher Rückgriff auf die völkische Tradition.

Die Nation wird als etwas Sakrales angesehen

► Die Minderheiten in Ungarn - etwa die Roma - finden in der Präambel keine Erwähnung?

Magdalena Marsovszky: Auf keinen Fall. Die Integration von Minderheiten wird einfach als gegeben unterstellt, in der öffentlichen Kommunikation heißt es dann seitens der Regierung immer, es sei so natürlich und selbstverständlich, dass man die Minderheiten unterstütze, dass diese in der Verfassung nicht vorkommen müssten. In dieser Frage findet ein permanentes Ausweichen und Herauswinden der Regierung, wie auch der Kommission statt, die die Verfassung ausgearbeitet hat. Minderheiten werden nicht erwähnt, genauso wie Minderheitenrechte.

Ich bin gerade dabei, den Punkten nachzugehen, die im Verfassungstext als problematisch gelten. Es gibt Wissenschaftler, die sagen, dass es 60 solcher sehr problematischer Passagen gibt, die den europäischen Werten widersprechen. Manche Wissenschaftler sagen wiederum, es gibt 200 solcher Punkte, die mit der europäischen Tradition nicht vereinbar sind. Auf jeden Fall trifft es zu, dass in der Verfassung verankert wurde, dass die Ehe nur zwischen Mann und Frau anerkannt wird. Gleichgeschlechtliche Ehen werden nicht anerkannt. Problematisch ist auch, dass die lebenslangen Haftstrafen, statt nach 25 Jahren zu enden, in echte lebenslange Haftstrafen umgewandelt werden.

Es ist aber vor allem diese völkische Tradition, die ich als sehr problematisch ansehe. Unter Berücksichtigung der gesamten öffentlichen Kommunikation - insbesondere in den so genannten national gesinnten Medien - kommt der völkische Charakter dieser Verfassung klar zum Vorschein. Diese Verfassung tendiert sehr deutlich in Richtung eines völkischen Staates, in eine Richtung, in der die Kultur des Faschismus immer mehr dominiert.

Den Begriff definiere ich nach dem Faschismusforscher Roger Griffin als Kultur des Faschismus in Reinform. Das ist ein "revolutionärer Nationalismus", in der ständig von der "Erneuerung und Wiedergeburt der Nation" gesprochen wird, in der eine gesunde, organisch gewachsene Gemeinschaft entstehen soll, die nicht nur von der Kultur, sondern auch von der gemeinsamen, blutsmäßigen Abstammung zusammengehalten wird.

Wichtig ist auch, dass die Nation als etwas Sakrales angesehen wird, daher auch die erste Zeile der Präambel: "Nationales Glaubensbekenntnis". Das politische Leben ist übrigens äußerst stark durch Symbole durchdrungen, das so genannte symbolische Politisieren ist äußerst verbreitet. In diesen organischen Nationalismus passen natürlich keine Personen oder Gruppen, die mit physischer oder moralischer Dekadenz, oder aber mit "Entartung" assoziiert werden. Das sind eben z.B. die Roma aber auch die Armen und Obdachlosen und ebenso die als "fremdbestimmt" angesehenen Sozialisten und Liberale. Diese werden immer antisemitisch angegriffen.

► Können Sie die Grundzüge der Ideologie der Fidesz darlegen? Was ist das Spezifische an der ungarischen Rechten, wo liegen die Gemeinsamkeiten mit anderen europäischen Rechtsgruppierungen?

Magdalena Marsovszky: So wie ich das sehe, liegen all diesen Strömungen völkische Ideologien zugrunde. Das bedeutet in Deutschland ein Besinnen auf das Germanentum oder auf ein homogenes Volkstum der Deutschen, wenn man sagt: "Deutschland den Deutschen", in Ungarn auf das Magyarentum, wenn dort z.B. gesagt wird, wir wehren uns gegen alles, was fremd ist. Man sucht nach dem Urvolk der Magyaren oder nach der Urreligion, und man besinnt sich auf die Reinheit der Sprache. Das sind die Ziele dieser Parteien.

Seit über zehn Jahren verfolge ich die Kommunikation dieser ungarischen

Rechtsparteien, und Fidesz folgt immer mehr diese völkische Tradition, die auch mit einer zunehmend biologistischen Sprache einhergeht. Da geht es vor allem um die Blutsverwandtschaft, die sehr stark betont wird. Die Blutsverwandtschaft unter den Magyaren. Der stellvertretende ungarische Ministerpräsident bezeichnete beispielsweise die außerhalb der Landesgrenzen lebenden Magyaren als seine "Blutsbrüder", der Ministerpräsident nannte sie "Nationsbrüder".

Traum von Großungarn

► Aus dieser völkischen Ideologie erwächst auch der Anspruch Ungarns, als ein Vertreter der "Auslandsungarn" aufzutreten. Ist das die ideologische Grundlage für diese regionalen Konflikte, etwa zwischen Ungarn und der Slowakei?

Magdalena Marsovszky: Ja, das ist die Grundlage für diese Konflikte. Sofort nachdem Fidesz und KDNP an die Macht kamen, wurde ein neues Staatsbürgerschaftsgesetz verabschiedet, das sich nach dem ius sanguinis (Recht des Blutes), dem Abstammungsprinzip, richtet. Ungarischer Staatsbürger ist nun derjenige, dessen Vorfahren aus dem historischen Ungarn stammen.

Das Gesetz ist bestimmt vor allem für die drei Millionen Menschen, die nach dem Friedensvertrag von Trianon seit 1920 in der Slowakei, Serbien, Rumänien oder der Ukraine leben. Diese Menschen können seit dem 1. Januar ohne weiteres ungarische Staatsbürger werden. Dieses Gesetz wurde von der derzeit herrschenden Koalition als Erstes verabschiedet. Die Minderheitenmagyaren in den Nachbarländern gelten - selbst noch nach 90 Jahren - als der ethnisch definierten magyarischen Kulturnation zugehörig, und jetzt können sie vollwertige ungarische Staatsbürger werden, ohne dass sie ihren Wohnsitz nach Ungarn verlegen müssen.

Von 2005 bis zum August 2010 bekleidete László Sólyom das Amt des ungarischen Präsidenten. Dieser Staatspräsident hat beispielsweise alle großen ungarischen Nationalfeiertage im Ausland verbracht, und nicht in Ungarn. Er verbrachte sie demonstrativ in eben diesen "großungarischen" Gebieten. Das bedeutet, er hat demonstrativ ungarische Feiertage in den ehemaligen Gebieten Großungarns gefeiert. Ungarn mischt sich mit diesen Akten ganz deutlich in die inneren Angelegenheiten der Nachbarländer ein. Budapest achtet nicht so sehr auf die Souveränität der betreffenden Staaten, als ob diese Gebiete immer noch zu

Großungarn gehörten.

Das völkische Denken in Ungarn wurde durch den realen Sozialismus in den Hintergrund gedrängt

► Wann begann eigentlich diese Rechtsentwicklung? Durchlief der öffentliche Diskurs in Ungarn eine abrupte Wandlung seit der Machtübernahme durch Fidesz; oder fingen diese Prozesse sehr viel früher an - etwa beim Zusammenbruch des real existierenden Sozialismus?

Magdalena Marsovszky: Diese Zunahme des völkischen Denkens fing ja wie gesagt schon im 19. Jahrhundert an, und sie mündete in Holocaust. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurde aber in Ungarn überhaupt nichts aufgearbeitet, es gab überhaupt keine Selbstreflexion auf gesellschaftlicher Ebene. Das völkische Denken in Ungarn wurde durch den realen Sozialismus in den Hintergrund gedrängt, aber schon in den letzten Jahren des real existierenden Sozialismus kam dieses völkische Denken erneut zum Vorschein.

Um 1988 gab es bereits die ersten völkischen Ausflüge z.B. nach Transsylvanien (Rumänien), sie waren aber vor allem noch romantisch geprägt. Dann kam die Wende, in der der völkische Gedanke bereits eine große Rolle spielte. Der Soziologe Detlev Claussen etwa bezeichnet die Umbrüche in den vormals realsozialistischen Staaten in Osteuropa nicht als eine demokratische, sondern eher als eine ethnonationale Wende. Das bedeutet, dass die Menschen in diesen Ländern - und Ungarn gehört da auf jeden Fall dazu - auf eine ethnisch grundierte nationale Wende gehofft haben; und mit der Demokratie nicht viel anzufangen wussten. Heute ist es ähnlich. Viele Menschen in Ungarn meinen, völkisches Denken und nationales Denken seien gleich bedeutend mit Demokratie, weil sie die echte Demokratie nie kennen gelernt haben.

Die Zunahme völkischen Denkens war also schon seit der Wende zu beobachten, und jetzt kulminierte diese Entwicklung in den Wahlsiegen dieser rechten Parteien. In den Kategorien Links-Rechts zu sprechen, ist in Bezug auf Ungarn etwas unglücklich, denn der wichtigste Bruch verläuft nicht entlang dieser Trennlinie. Der gesellschaftliche Bruch (der Clash, wie man es nennt) verläuft in Ungarn zwischen den völkischen und den nicht völkischen Kräften - und die völkischen

sind in der absoluten Mehrheit. Diejenigen Menschen, die in liberalen und demokratischen Kategorien denken, sind in der Minderheit. Dies zeigten ja auch die letzten Wahlergebnisse.

Ausgeprägter Antisemitismus

► Gibt es nennenswerte Gegenkräfte zu dieser Rechtsentwicklung? Die neoliberal ausgerichteten Sozialdemokraten scheinen ja absolut diskreditiert zu sein. Könnte es nicht sogar sein, dass gerade die neoliberale Politik der Sozialdemokraten den Rechten zusätzlich Auftrieb verschaffte.

Magdalena Marsovszky: Das Wort neoliberal wird innerhalb der ungarischen Rechten sehr oft als eine Art Code benutzt, der im Endeffekt "verjudet" bedeutet. Das heißt, die Rechten in Ungarn, also Jobbik und auch Fidesz, beschimpfen die Linken, die Liberalen und die Sozialdemokraten mit Codewörtern, die eigentlich für "verjudet" stehen. Das Wort "Kommunist", aber auch die Worte "liberal" und vor allem "neoliberal" stehen für "verjudet".

Wenn man in Ungarn mit Wörtern wie neoliberal hantiert, muss man sehr aufpassen, da die Rechten diese Begriffe missbrauchen. Die Sozialdemokraten in Ungarn haben sicherlich viele Fehler begangen. Die ungarischen Sozialisten, die eine klar sozialdemokratische Ausrichtung aufweisen, pauschal als neoliberale Partei abzutun, ist in Ungarn also sehr gefährlich, da es dem rechten Code "verjudet" entspricht.

Na ja, ein bestimmtes Spektrum politischer Entscheidungen kann als neoliberal bezeichnet werden. Zum Beispiel die drakonischen unsozialen Sparpakete, die Ungarns Sozialdemokraten immer wieder aufflegten, um das Haushaltsdefizit zu senken und somit die von Brüssel geforderten Stabilitätskriterien zur Einführung des Euro zu erreichen. Dieser harten sozialen Einschnitte wurden dann von der rechten instrumentalisiert.

► Ja, da haben Sie recht. Wobei wir bedenken müssen, dass die nun von der Fidesz vorgenommen Einschnitte sehr viel härter sind.

Magdalena Marsovszky: Klar, die Rechten haben nur soziale Demagogie betrieben.

Wir dürfen aber diese ganze Entwicklung nicht nur auf diese Sparmaßnahmen zurückführen, weil die schon sehr viel früher eingesetzt hat. Der Fidesz war zwischen 1998 und 2002 schon einmal an der Macht, und auch damals traten schon völkische Tendenzen eindeutig zutage. Selbst als die Sozialdemokraten an der Macht waren, war dieses völkische Moment in der Politik - wenn auch nicht so dominant wie derzeit - vertreten.

Wir haben es also mit einer Zunahme dieser Tendenz über einen sehr langen Zeitraum zu tun. Die Sparmaßnahmen haben vielleicht zu dem Sieg der Rechten beigetragen, aber es war ein kleiner Beitrag. Es handelt sich hierbei also um eine breite, kulturelle Entwicklung, die schon vor der Wende ihren Anfang genommen hat.

Es gibt auch Gegenkräfte zu dieser völkisch konnotierten Rechtsentwicklung, diese sind aber sehr uneinheitlich und kaum organisiert - dies liegt meines Erachtens auch daran, dass die Menschen dort kaum eine gefestigte demokratische Sozialisierung erfuhren. Es gibt beispielsweise stalinistische Gegenkräfte. Die Ungarische Antifaschistische Liga ist etwa eindeutig überwiegend stalinistisch ausgerichtet, und kaum demokratisch. Da sind Altstalinisten, die den Antifaschismus für sich deklarieren. Eindeutig demokratische, antifaschistische Kräfte sind kaum zu finden.

Es gibt antifaschistisch ausgerichtete zivilgesellschaftliche Organisationen, die sind aber dermaßen politikverdrossen, dass sie selbst dann keine Politiker in ihren Reihen dulden, wenn diese eindeutig demokratisch und antifaschistisch gesinnt sind. Es gab in Ungarn einige große Demonstrationen für die Pressefreiheit, an denen bis zu 50.000 Menschen teilnahmen, doch selbst dort wurden aktive oder ehemalige Politiker von der Teilnahme ausgeschlossen.

Vereint in der Ablehnung der Roma

► In der Ortschaft Gyöngyöspata haben faschistische Paramilitärs tagelang die Minderheit der Roma schikaniert und sich zu einer lokalen Ordnungsmacht aufgeschwungen, ohne dass die Polizei eingriff. Die Roma mussten später aus der Ortschaft fliehen. Wie weit reicht die Unterstützung für rechtsextreme Kräfte in der ungarischen Bevölkerung? Treffen diese rechten Schlägertruppen auf breite

Sympathien?

Magdalena Marsovszky: Gyöngyöspata stellt für diese Gruppen nur ein Aktionsfeld von vielen dar. Seit Jahren marschieren sie immer wieder in verschiedenen Orten auf - jede Woche sind sie in einer anderen Ortschaft. In den letzten Wochen haben sie aber ihre Aktivität verstärkt. Von diesen militanten Organisationen gibt es inzwischen so viele, dass selbst Experten da kaum noch durchblicken.

Es gibt ja nicht nur die ungarische Garde, die ja inzwischen verboten wurde. Ihre Mitglieder sind nun vermehrt in eine andere legale Organisation eingetreten, in die so genannte "Bürgerwehr". Die so genannte Bürgerwehr ist eine Organisation, die der Polizei helfen soll. Diese Organisation ist nun durchsetzt von ehemaligen Mitgliedern der ungarischen Garde. Aber nichtsdestotrotz marschiert auch die Garde - wenn auch nicht mehr in ihrer Uniform - in verschiedenen Ortschaften immer wieder auf.

In Gyöngyöspata wurden nun in den vergangenen Tagen von diesen rechten Gruppen mehrere Grundstücke aufgekauft, auch unter Androhung von Gewalt. Das heißt, die Mitglieder der Garden haben so viel Druck ausgeübt, dass die Besitzer dieser kleinen Häuser und Grundstücke ihnen diese teilweise für den symbolischen Preis von einem Forint übereignet haben. Auf diesen Grundstücken haben die Mitglieder dieser militanten Gruppen ihre Lager aufgebaut, wo sie nun paramilitärische Übungen abhalten wollen. Dies passiert, wie gesagt, nicht nur in Gyöngyöspata, sondern überall in Ungarn. Diese Gruppen marschieren dann auf, sie beschimpfen die Roma, sie schmeißen die Fenster ein und bedrohen diese. In den letzten zwei, drei Jahren sind ja auch sechs Roma bei Übergriffen ermordet worden.

Die Stimmung in Gyöngyöspata ist nun so aufgeheizt, die Roma bekommen permanent Morddrohungen, dass ein amerikanischer Geschäftsmann etwa 300 Frauen und Kinder aus dem Ort evakuieren ließ. Teilweise sind sie in andere ungarische Ortschaften, teilweise nach Budapest mit Busen gefahren worden, die dieser Geschäftsmann mit Hilfe des Roten Kreuzes organisiert hat. Als dann am Nachmittag Mitglieder der Regierung in dem Ort auftauchten - übrigens das erste Mal, dass sie sich dort blicken ließen -, heiß es vonseiten des Regierungssprechers,

dass die Roma nur einen Osterausflug gemacht hätten. Der Innenminister, der in Gyöngyöspata aufgetaucht ist, hat nicht etwa die Roma zu beruhigen oder zu trösten versucht, sondern sie sofort gefragt, warum sie nicht arbeiten, warum sie nicht die Felder um das Dorf herum bestellen würden.

► In der Bemerkung des Innenministers scheint ja diese Vergötterung der Lohnarbeit durchzuscheinen, wie sie für faschistische Ideologie zentral ist - dieses berüchtigte "Arbeit macht frei".

Magdalena Marsovszky: Dies geht auf das Stereotyp zurück, dass die Roma nicht arbeiten würden, sondern "als Schmarotzer" nur von Sozialhilfe lebten. Und dieses Stereotyp scheint auch in der Kommunikation des Ministerpräsidenten durch, als dieser etwa kurz vor Weihnachten in einem Interview sagte: "Wir unterstützen alle, die für ihre Kinder leben, aber wir unterstützen nicht diejenigen, die von ihren Kindern leben." Das ist eindeutig ein antiziganistisches Stereotyp, weil er hier die Roma als Menschen bezeichnet werden, die auf Kosten ihrer Kinder lebten, weil sie Kinder bekämen, um für diese Stütze zu kassieren.

Ich habe mal Statistiken und Umfrageergebnisse gesehen, denen zufolge 80 Prozent der Bevölkerung in Ungarn antiziganistisch eingestellt sei. Die romafeindliche Intention dieser Bürgerwehren findet also einen großen Widerhall in der Bevölkerung. Viele Menschen mögen das Marschieren, das militante Auftreten dieser Garden nicht, aber es gibt auch Leute, die sich hinter die Aufmärsche stellen, etwa wenn Jobbik marschiert.

Ich habe beispielsweise von Roma klagen gehört, dass Kindergärtnerinnen die Kindergärten geschlossen haben, um an den Aufmärschen von Jobbik teilnehmen zu können. Es gab auch Lehrerinnen, die mit Jobbik marschiert sind und die die Romakinder beschimpft haben: "Wenn du nicht stiehlst, wenn du dich wäschst, dann wird dir schon nichts passieren." Dies zeigt die breite Unterstützung für diese romafeindliche Politik in der Bevölkerung. Die Regierugsparteien beteiligen sich an diesem antiziganistischen Kesseltreiben insofern, als das ihre Mitglieder diese Stereotype, die Jobbik klar ausspricht, viel codierter zwar, aber dennoch verbreiten.

Die Stimmung ist viel militanter geworden

► Können Sie die Ideologie der ungarischen Rechtsextremen Partei Jobbik

umreißen? Wo sind Anknüpfungspunkte und Kontinuitätslinien zu den Anschauungen der rechtskonservativen Fidesz zu finden, wo sind die Unterschiede zu verorten?

Magdalena Marsovszky: Der wichtigste Unterschied besteht in der Militanz. Jobbik hat diese ganzen militanten Gruppen, die im Umfeld der Partei tätig sind. Wobei zu berücksichtigen ist, dass Jobbik sich von manchen dieser Gruppen abgrenzt. Es ist auch nicht leicht zu überblicken, welche der unzähligen militanten Gruppen nun Jobbik nahe stehen, und welche nicht.

Dem äußeren Erscheinungsbild zufolge unterscheidet sich also Jobbik von Fidesz in dem Rückgriff auf offene Militanz. Auf der anderen Seite unterstützt aber auch Fidesz militante Strukturen, nur scheint das alles jetzt staatlich legitimiert, und es heißt dann immer, dies gehöre zur Demokratie. Die Stimmung ist viel militanter geworden in Ungarn im Verhältnis zu der früheren Regierung.

Die Gemeinsamkeiten zwischen beiden Gruppen lassen sich vielleicht am besten so formulieren, dass die Jobbik die Fortsetzung von Fidesz mit anderen Mitteln ist. Ihre Ideologie gleicht sich zum Beispiel darin, dass beide Parteien mit den Sozialisten und den Liberalen die gleichen verhassten Feindbilder teilen. Und diese Feindbilder sind bei beiden Parteien mit den gleichen antisemitischen Codes besetzt.

Jobbik spricht nur teilweise offen aus, dass dies "Zionisten", oder "verjudete" Kräfte seien, während Fidesz viel vorsichtiger, codierter, formuliert. Im Fidesz spricht man von "Libschi" (für Liberale) oder "Kommis" (für "Kommunisten"), und diese antisemitischen Codes versteht jeder in Ungarn. Es gibt aber auch Fidesz-Mitglieder, die ganz offen mit rechtextremen Gruppen zusammenarbeiten. So eine ist beispielsweise die 56er-Revolutionärin Mária Wittner, die eine absolut rechtsextreme Politik betreibt.

► Die Hetze gegen die Minderheit der Roma bildete eines zentrales Moment der erfolgreichen Strategie der faschistischen Partei Jobbik. Wie entwickelt sich die soziale und ökonomische die Lage der Roma in Ungarn? Wie stellen sich die Beziehungen zwischen den Ungarn und den Roma dar?

Magdalena Marsovszky: Die Beziehungen zwischen den Ungarn und den Roma

haben sich verschlechtert. Diese Entwicklung hat schon im real existierenden Sozialismus angefangen, wo die Roma eher als Arbeiter gebraucht wurden, ohne dass ihre Weiterbildung gefördert worden wäre. Die meisten Roma haben den großen Industriebetrieben gearbeitet, und als diese sozialistische Industrie nach der Wende zusammengebrochen ist, sind auch sehr viele der dort beschäftigten Roma arbeitslos geworden. Die meisten Roma leben deswegen jetzt in den Gebieten im südöstlichen und nordöstlichen Ungarn, wo früher diese sozialistischen Großbetriebe standen. Diese Regionen zählen nun zu den ärmsten des Landes.

Die wirtschaftliche Lage der Roma verschlechtert sich immer weiter, weil sie von der Gesellschaft immer stärker ausgegrenzt werden. Teilweise werden die Roma schon in Schulen, oder sogar schon im Kindergarten ausgegrenzt, indem sie gleich in Sonderklassen gesteckt werden.

► Es soll ja inzwischen inoffizielle sogenannte Roma-Schulen geben.

Magdalena Marsovszky: Genau. Es gibt inzwischen Schulen, die von den sogenannten "Weißen" nicht mehr besucht werden. Die Ungarn gründen dann Stiftungsschulen, und deren Aufnahmekriterien werden dann so aufgestellt, dass sie nur von "Weißen" erfüllt werden können - und nicht von Romakindern. Dann bleiben in den öffentlichen Schulen nur die Romakinder übrig, die zu der ärmsten Bevölkerungsschicht gehören. Deren Eltern sind aufgrund der langen Arbeitslosigkeit manchmal alkoholabhängig, oder sie können sich aus anderen Gründen nicht um ihre Kinder kümmern. Man kann das aber nicht verallgemeinern, wie das in der rechten Propaganda geschieht. Auch in normalen Schulen werden die Roma oft systematisch ausgegrenzt, indem sie in so genannten C-Klassen konzentriert werden. Von Anfang an wird den Roma der weitere Lebensweg systematisch verbaut.

► Ließe sich nicht sagen, dass der ungarische Antiziganismus sich seine eigenen Feindbilder und Stereotype erschafft? Die ausgegrenzten, marginalisierten und letztendlich verelendeten Roma entsprechen dann anscheinend den landläufigen romafeindlichen Klischees.

Magdalena Marsovszky: Die Mehrheitsgesellschaft grenzt diese Leute so stark aus, dass sie sich inzwischen in einer unhaltbaren sozialen und ökonomischen Lage befinden. Zum Teil leben die Roma in höhlenartigen Behausungen, ohne Wasser

und ohne Strom. Viele sind dermaßen verarmt, da sie ihre Lebenshaltungskosten nicht mehr decken, etwa ihre Rechnungen nicht mehr begleichen können. Es ist also sehr zynisch von der Regierung, wenn sie unter Bezugnahme auf die Roma sagt, dass nur Leute es zu etwas bringen würden, die auch arbeiteten - wenn gleichzeitig Generationen von Roma aufwachsen, die nicht mehr arbeiten können, weil die Mehrheitsgesellschaft ihnen jegliche Chancen verwehrt.

► Mir scheint es, als ob die Krise der Arbeitsgesellschaft, die viele postsozialistische Gesellschaften Osteuropas nach der Wende erfasst hat, in Ungarn auf die Roma abgewälzt wurde. Die Arbeitslosenquote muss ja bei den Roma sehr hoch sein.

Magdalena Marsovszky: Ja, auf jeden Fall, weil sie schlicht nicht angestellt werden. Wenn sich zum Beispiel Roma schriftlich oder per Telefon bewerben und zum Vorstellungsgespräch eingeladen werden, dann endet dieses Gespräch zumeist sehr schnell, da sie an ihrer dunklen Hautfarbe leicht zu erkennen sind. Da heißt es dann auf einmal, der Arbeitsplatz sei schon vergeben. Die Roma in Ungarn sind mit einer regelrechten Apartheidgesellschaft konfrontiert.

Mit der Wirtschaftskrise hat der Aufstieg der Rechten wenig zu tun

► Die Weltwirtschaftskrise ließ Ungarn am Rand des Staatsbankrotts taumeln. Erst ein milliardenschweres Kreditpaket der EU und des IWF, das mit ausgreifenden Haushaltskürzungen erkauft wurde, konnte die Staatspleite verhindern. Dies führte in Ungarn zu einer schweren Rezession, die mit einem starken Anstieg der Arbeitslosigkeit einherging. Inwiefern stehen diese Krisendynamik und der Aufstieg der ungarischen Rechten in einem Zusammenhang? Handelt es sich bei den Phänomenen Fidez und Jobbik auch um - irrationale - Reaktionen auf die Krise oder bestehen da kaum Zusammenhänge?

Magdalena Marsovszky: Mit der Krise hat diese Dynamik der ungarischen Rechten nicht sehr viel zu tun. Die Wirtschaftskrise mag diesen Kräften einen zusätzlichen Schub verliehen haben, aber die ganze Entwicklung hat schon viel früher eingesetzt. Ich habe Aufsätze über Antisemitismus und die völkische Bewegung in Ungarn bereits in 2006 geschrieben, da war von der Weltwirtschaftskrise überhaupt noch nichts zu spüren.

Diese ganze Entwicklung mit der Wirtschaftskrise in Zusammenhang bringen zu

wollen, blendet die langfristige völkische Tradition in Ungarn aus. Diese völkischen Traditionslinien sind es, die Ungarn zu einer geschlossenen Gesellschaft gemacht haben, und nicht die Wirtschaftskrise. Die Krise und die Auflagen des IWF wurden teilweise so aufgefasst, als ob "diese Juden wieder nach Ungarn kommen und uns dirigieren wollen". Die Mitglieder des IWF wurden etwa mit antisemitischen Codes versehen, wie auch die Europäische Union, die auch mit antisemitischen Stereotypen belegt wird.

► Ja, das meinte ich auch. Selbstverständlich wäre es falsch, den Aufstieg der ungarischen Rechten nur auf die Krise zurückzuführen. Die Krise hat eher die Funktion eines Beschleunigers dieser Rechtsentwicklung eingenommen.

Was mir bei diesem allgegenwärtigen Antiziganismus in Ungarn noch durch den Kopf geht, das ist die Frage, ob es sich hierbei nicht auch um eine Angstreaktion der "Weißen" handelt. Die verelendeten Roma halten den Ungarn vor Augen, wie schnell Marginalisierung und Verelendung im krisengeschüttelten Kapitalismus um sich greifen können. Die Roma spiegeln in ihrem Elend die Ängste der Ungarn vor dem sozialen Abstieg. Eigentlich gibt es zwei Hauptmomente der Verdinglichung und Personifizierung kapitalistischer Systemprozesse, die bei diesem schiefen völkischen Pseudo-Antikapitalismus zum Tragen kommen: Zum einen sind es die Juden, die als die Personifizierung und Verdinglichung des Finanzkapitals herhalten, wie du ja ausgeführt hasst. Dann scheinen aber auch die Roma als die Personifizierung der Verelendungstendenzen und der um sich greifenden Marginalisierung zu fungieren. Eine Krisentendenz des Kapitalismus wird dann zu einem - rassisch oder kulturalistisch definierten - Wesensmerkmal dieser Minderheit erklärt.

Magdalena Marsovszky: Ja, Ängste spielen bei dem Antiziganismus auf jeden Fall eine sehr wichtige Rolle. In der ungarischen Rechten ist auch tatsächlich ein sehr starker Antikapitalmus zu beobachten, aber nicht im Sinne eines etwaigen Klassenkampfes, sondern im Sinne dieser völkischen Kapitalismuskritik. Da heißt es dann, dass alle Kapitalisten Juden seien. Nur in dieser völkischen Perspektive wird der Kapitalismus kritisiert. Dann wird da zugleich die nationale Arbeit hochgehalten, und die Roma werden dann in die Rolle des Schmarotzers gedrängt.

Die deutsch-ungarische Kulturwissenschaftlerin und freie Publizistin Magdalena Marsovszky forscht und publiziert über völkische Traditionen, Antisemitismus und Rechtsextremismus in Ungarn - zuletzt u.a. im Sammelband Die Dynamik der europäischen Rechten. Sie ist im Vorstand des Villigster Forschungsforum zu Nationalsozialismus, Rassismus und Antisemitismus tätig.

2.14 Weniger Demokratie wagen

Wie die krisenbedingte Diktatur des Sachzwangs die Illusion von Freiheit und Selbstbestimmung im Kapitalismus zerstört

Wie viel Demokratie können wir uns in Krisenzeiten noch leisten? Diese Frage stellt sich angesichts der rasch erodierenden Handlungsspielräume der Politik in den europäischen Krisenstaaten. Die politische Klasse ist in Südeuropa längst zu einem Erfüllungsgehilfen krisenbedingt eskalierender "Sachzwänge" geworden, die selbst Regierungsstürze herbeiführen können. In Spanien konnte Ende 2011 immerhin noch das übliche Prozedere bei der Wahl einer neuen Regierung beibehalten werden, als der konservative Oppositionsführer Mariano Rajoy sich in einer waschechten Wahl gegen den sozialdemokratischen Amtsinhaber Jose Luis Rodriguez Zapatero durchsetzen konnte. In Südeuropa weist diese Art des Regierungswechsels per Urnengang aber inzwischen Seltenheitswert auf.

Die Regierungschefs Italiens und Griechenlands sind 2011 aufgrund zunehmenden Drucks der viel beschworenen "Märkte" und ihrer europäischen "Partner" zurückgetreten worden. Dem italienischen Premier Berlusconi und seinem griechischen Amtskollegen Papandreou wurden Zögerlichkeiten bei der Umsetzung von Sparmaßnahmen zum Verhängnis, die zumindest in der deutschen Öffentlichkeit als ein knallharter, aber alternativloser Weg aus der Schuldenkrise gelten.

Während der Milliardär und Medienmogul Berlusconi nicht schnell genug umfassende Sparprogramme umsetzte und angesichts rasant ansteigender Zinsen Italiens das Handtuch werfen musste, stolperte Papandreou über den verzweifelten Versuch, die drakonischen Austeritätsmaßnahmen in Griechenland durch ein Referendum legitimieren zu lassen. Einbrechende Aktienkurse und wütende Proteste aus Brüssel, Berlin und Paris trieben dem griechischen Premier die demokratischen Flausen aus - und ihn aus dem Amt.

Im Endeffekt wurden aufgrund der sich zuspitzenden Krisendynamik in diesen beiden südeuropäischen Krisenstaaten neue "Technokratenregierungen" installiert, die nun die von Brüssel, IWF und Berlin vorgegebene Sparpolitik möglichst effektiv umsetzen wollen oder sollen. Die Methode, mit der diese Regierungen installiert wurden, bezeichnete die Businessweek als "Einmischung durch Unterlassung":

» *Der schnelle Fall von Regierungen in der Eurozone demonstriert den enormen Einfluss, den Deutschland und die EZB über souveräne Nationen errungen haben. Durch das Zurückhalten von Geld, das zur Wiedergewinnung des Vertrauens in die Finanzen der strauchelnden Länder benötigt wird, haben sie dabei geholfen, die Führer Griechenlands, Italiens und ... Spaniens zu stürzen, zugunsten von Regierungen, die auf Austerität fokussiert sind.* «

Diese "Expertenregierungen" setzen sich überwiegend aus Wirtschaftswissenschaftlern, aus ehemaligen EU-Bürokraten und Vertretern von Wirtschaft sowie Finanzwelt zusammen. Griechenlands Premier Lucas Papademos war Vizepräsident der Europäischen Zentralbank (EZB), Mario Monti ein langjähriger EU-Kommissar. Diese ehemaligen EU-Bürokraten sollen nun die von Brüssel und Berlin vorgegebene, als alternativlos angesehene Krisenpolitik in ihren Ländern umsetzen, ohne sich in die Niederungen der Politik zu begeben.

Diese Logik ist eigentlich folgerichtig: Da es keine Alternativen zu der von den Sachzwängen der Krise vorgegebenen Kahlschlagpolitik geben soll, wird daraus gefolgert, die Technokratenregierungen aus der politischen Willensbildung möglichst weit herauszuhalten, damit diese möglichst effizient die notwendigen Schritte umsetzen. Italiens neuer Regierungschefs rühmt sich sogar, in seinem Kabinett keinen einzigen gewählten Politiker zu haben. Die Technokraten sind somit mit dem "Mandat der Märkte, aber nicht des Volkes" ausgestattet:

» *Eigentlich sollten die Technokraten unter Führung von Mario Monti rasch den mit der EU vereinbarten Sanierungsplan auf das Gleis setzen und im Frühjahr Neuwahlen ansetzen. Davon ist nun keine Rede mehr: "Super Mario" will und darf bis zum Ende der regulären Amtszeit des abgedankten Berlusconis regieren, also fast*

zwei Jahre. Damit bekommen die Finanzmärkte, was sie wollen - und Italiens Demokratie erlebt einen stillen Putsch. «

Handelsblatt

Wenn es keine Alternativen zur angewiesenen und ausgeführten Politik in den Krisenländern geben soll, so stellt sich die Frage, wozu dann überhaupt noch Wahlen abgehalten werden sollen. An und für sich sollen ja die zur Wahl stellenden Parteien oder Kandidaten auch programmatische Auswahlmöglichkeiten zu diversen Problemen und Themen verkörpern. Wahlen sollen der Bevölkerung die Möglichkeit verschaffen, den künftigen Entwicklungsgang ihrer Gesellschaft zu beeinflussen. Wenn es keine Wahl bei dem zentralen Thema der Wirtschafts- und Sozialpolitik mehr gibt, dann wird auch das Fundament der Freiheit unterspült - die Möglichkeit des Individuums wie der Gruppe, vermittels einer Wahl zwischen verschiedenen Alternativen ein selbstbestimmtes Leben anzustreben. Eine krisengeschüttelte Gesellschaft, die aufgrund des Drucks der "Märkte" nur noch Kahlschlagpolitik von einer Reihe "Experten" ausführen lässt, kann selbst anhand der bürgerlichen Mindeststandards kaum noch als Demokratie bezeichnet werden.

Und tatsächlich macht sich nicht nur in Banker- und Finanzkreisen die Auffassung breit, wonach "Demokratie das Problem und nicht die Lösung der Krise" sei, wie der Wirtschaftswissenschaftler Melvyn Krauss in einem Leitartikel für die FTD feststellen durfte:

» *Es ist schließlich die Demokratie, die schmerzhafte, aber nötige Reformen im Süden der Euro-Zone verhindert. Es liegt auch an der Demokratie, dass es zu einer erheblichen Unterfinanzierung des europäischen Rettungsschirms kommen konnte und dass dringend notwendige Transferzahlungen des Nordens an den Süden auf einem Minimum gehalten werden. So groß die Ironie erscheinen mag, die "Wiege der Demokratie" braucht jetzt weniger Demokratie und mehr Reformen.* «

Die "Würde der Demokratie"

Dieser Aufruf zum "Weniger Demokratie wagen" liegt nicht nur angesichts der

Technokratenregierungen in Südeuropa ganz im Trend, auch das europäische Führungsduo Merkel und Sarkozy befinde sich auf einem "postdemokratischen Weg", auf dem zwischen Berlin und Paris ausgehandelte Deals "den nationalen Parlamenten aufs Auge" gedrückt würden, warnte unlängst Jürgen Habermas. Dabei ist das inzwischen Merkozy titulierte Führungsgespann - das die Südeuropäer zu brutalen Sparpaketen nötigt - selber ein Getriebener der "Märkte", wie an den steigenden Zinsen französischer Staatsanleihen oder an der desaströs verlaufenden Auktion zehnjähriger deutscher Bonds ersichtlich wird.

Habermas sieht in seinem Appell zur Rettung der "Würde der Demokratie" die politische Klasse Europas in einer "dramatischen Lage", da sie von "den Märkten" kujoniert werde. Doch auch der Haus- und Hofphilosoph der Bundesrepublik kann keine Alternative neben "Pest und Cholera" ausfindig machen, weshalb gerade darüber abgestimmt werden müsste:

» *Gerade wenn nur die Wahl zwischen Pest und Cholera besteht, darf die Entscheidung nicht über die Köpfe einer demokratischen Bevölkerung hinweg getroffen werden. Das ist nicht nur eine Frage der Demokratie, hier steht die Würde auf dem Spiel.* «
Jürgen Habermas

Wie hätte denn nun konkret diese Wahl zwischen "Pest und Cholera" im Fall des abgeblasenen griechischen Referendums über die jüngsten Sparpakete - auf das sich hier Habermas bezieht - ausgesehen? Wir haben es dem Satiremagazin Titanic zu verdanken, dass diese Optionen mitsamt deren Folgen anhand eines fiktiven Wahlzettels mal tatsächlich benannt wurden. Folgende Wahlmöglichkeiten hätten die Griechen bei einem Referendum laut Titanic gehabt:

Eigentlich handelt es sich hierbei um bitterböse Realsatire. Genauso sieht der erbärmliche Rest an "Würde" aus, den die "Märkte" dem Menschen in den Krisenländern lassen: Sie können nur noch den konkreten Weg in die Verelendung wählen. Innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsformation gibt es aufgrund der eskalierenden Schuldenkrise tatsächlich keine andere Wahl.

Diktatur des Sachzwangs

Habermas wie Titanic haben also - wie gesagt - tatsächlich recht. Innerhalb der herrschenden kapitalistischen Gesellschaftsunordnung können von der Krisenpolitik nur noch unterschiedliche Wege die Massenarmut beschritten werden. Die gegenwärtige kapitalistische Systemkrise ist eine Krise des Kapitalverhältnisses, das aufgrund andauernder Produktivitätsschübe nur noch vermittels schuldengenerierter Nachfrage reproduktionsfähig bleibt.

Der Kapitalismus ist zu produktiv für sich geworden. Die Schuldenberge, unter denen nun Europa zusammenbricht, ermöglichen es dem System, eine Zeit lang "auf Pump" ein Zombieleben zu führen. Da die Defizitfinanzierung des Systems nicht mehr aufrechterhalten werden kann, setzt eine Dynamik ein, bei der immer mehr Volkswirtschaften und Bevölkerungsgruppen in Marginalisierung und Elend gestoßen werden - ein Großteil der gegenwärtigen Auseinandersetzungen in der EU kreist um die Frage, welche Euroländer denn nun auf das Niveau von Dritte-Welt-Staaten mittels des Sparterrors abstürzen sollen. Die kollabierenden "Märkte" verlangen derzeit von den südeuropäischen Euroländern nichts weniger als den ökonomischen Selbstmord.

Doch die gegenwärtige Krise - die letztlich eine Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft ist - entwickelte sich über einen jahrzehntelangen Zeitraum, in dem der ökonomistische "Sachzwang" sukzessive an die Stelle demokratischer Willensbildung trat. Wir erleben nur den bisherigen Höhepunkt einer Aushöhlung demokratischer Freiheiten. Auf die Krise des Kapitals reagierte insbesondere die deutsche Gesellschaft mit einer totalen Unterwerfung unter die Kapitallogik. Und hierbei gibt es tatsächlich systemimmanent keinen anderen Ausweg als das Bemühen, möglichst viele Produktionsstandorte in der mörderischen globalen Konkurrenz zu halten, indem die gesamte Gesellschaft entlang der Anforderungen der "Wirtschaft" ausgerichtet wird.

Im Endeffekt unterwirft sich die Gesellschaft so einer Diktatur des Sachzwanges, der aus dieser mörderischen Krisenkonkurrenz resultiert: es geht darum, möglichst billig, mit größtmöglicher Produktivität zu produzieren, um andere Wettbewerber -

andere Standorte wie Volkswirtschaften - in dem gnadenlosen Verdrängungswettbewerb auszuschalten. Hierbei werden auch Bildung, Kultur, Medien oder Öffentlichkeit gnadenlos "ökonomisiert", wodurch die Räume demokratischer Willensbildung und Reflexion erodieren. Diese Diktatur des Sachzwangs kann exemplarisch an den Hartz-IV-Arbeitsgesetzen nachvollzogen werden, die Zwangsarbeit in der bundesrepublikanischen Demokratie einführten und erschöpfend mit dem Sachzwangsdiskurs legitimiert wurden.

Vor der Gesellschaft türmen sich mit zunehmender Krisenintensität diese "Sachzwänge" immer dichter auf, der tatsächliche Spielraum der Politik wird immer enger, bis diese zu einem reinen Vollzugsorgan der Wirtschaft wird. Die globale Krisenkonkurrenz sorgt dafür, dass diejenigen Standorte und Volkswirtschaften, die sich diesem totalitären Ökonomismus verweigern, schnell ins ökonomische Hintertreffen geraten. Diese deindustrialisierten südeuropäischen Volkswirtschaften reagierten mit den nun kollabierenden Verschuldungsprozessen auf die Krise.

Da die Reproduktion der gesamten kapitalistischen Gesellschaft von dem Kapitalverhältnis abhängt, müssen alle anderen Momente des menschlichen Zusammenlebens vor dieser Maxime der uferlosen und kriselnden Geldvermehrung weichen - die Diktatur des kapitalistischen Sachzwanges ist somit eine objektive Begleiterscheinung der Krise des Kapitalismus. Die Tendenz zum Demokratieabbau ist somit nicht auf die Machenschaften bestimmter Gruppen konservativer Politiker oder des Sicherheitsapparates zurückzuführen, sondern auf diesen besagten Kreisprozess selber. Der Ausbau des Überwachungs- und Polizeiapparates ist ein autoritärer Reflex auf die zunehmenden sozialen Verwerfungen, die der Krisenprozess mit sich bringt.

Je stärker die Krisendynamik zur Ausbildung kommt, desto kleiner das Manövrierfeld der Politik und desto geringer die Nischen, in denen mensch noch Zuflucht vor dem allgegenwärtigen Ökonomismus finden könnte. Mit zunehmender Krisendauer greift eine totalitäre Ökonomisierung der Gesellschaft immer weiter um sich. Alles wird auf seine Finanzierbarkeit untersucht und dem Verwertungsinteresse des Kapitals untergeordnet. Es bildet sich die sattsam

bekannte Wirtschaftsstandortideologie heraus, die die gesamte Gesellschaft als ein einziges Unternehmen imaginiert und den Bürgern die Rolle der Angestellten zuweist, die ihr Leben daran auszurichten haben, dem im internationalen Wettkampf befindlichen Wirtschaftsstandort Deutschland zu dienen.

Entscheidend ist in Bezug auf die weitere Entwicklung des Krisengeschehens die Funktion der viel zitierten "Märkte", die einer äußeren und unkontrollierbaren Naturgewalt gleich ganze Volkswirtschaften und Währungsräume verwüsten, entmündigen und ihrer launischen Terrorherrschaft unterwerfen. Triebfeder aller Märkte ist im Kapitalismus selbstverständlich das Kapital. Hierbei handelt es sich um ein soziales Verhältnis, um ein Produktionsverhältnis, das Menschen eingehen und das auf die uferlose Geldvermehrung abzielt. Alle Marktteilnehmer auf allen Märkten trachten danach, vermittels Investitionen ihres Kapitals die größten Renditen zu erzielen, dieses Kapital also möglichst gut zu akkumulieren, zu verwerten. Aus Geld mehr Geld zu machen - dieses Grundprinzip des Kapitalverhältnisses findet sich auf allen Märkten wieder. Es ist dieses marktvermittelte Kapitalverhältnis, das den Menschen als eine gewissermaßen "fremde", ihrer Gesellschaft äußerliche und als quasi naturwüchsige Macht entgegentritt. Und es ist dieses krisengeschüttelte Kapitalverhältnis, das die Grundlage der gesamten Reproduktion der kapitalistischen Gesellschaft bildet: Die Löhne der Lohnabhängigen, die Steuereinnahmen der Staatsapparate und die Profite der Wirtschaft speisen sich aus diesem uferlosen Verwertungsprozess, bei dem aus Geld mehr Geld entsteht.

Das Kapitalverhältnis - das über uns herrscht, obwohl wir es selber alltäglich buchstäblich erarbeiten - ist ein selbstbezüglicher, blinder Prozess, der nur die höchstmögliche und sicherste Verwertung zur einzigen Maxime hat. Es ist blind für die gesellschaftlichen Folgen seiner uferlosen Selbstvermehrung. Die Menschen müssen sich dieser Gegebenheit, diesem Sachzwang anpassen, um in dieser Gesellschaft zu überleben. Genau dies aber lässt Demokratie in ein Spannungsverhältnis zum Kapitalismus treten, und letztendlich zur Illusion verkommen. Dieser Selbstwiderspruch der kapitalistischen Demokratie lässt auch das totalitäre Potenzial in unserer Gesellschaft fortbestehen. Die "objektiven

gesellschaftlichen Voraussetzungen" des Faschismus seien immer noch gegeben, da sie der "ökonomischen Ordnung" des Kapitalismus entspringen, wusste noch Theodor Adorno:

» *Die ökonomische Ordnung und, nach ihrem Modell, weithin auch die ökonomische Organisation verhält nach wie vor die Majorität zur Abhängigkeit von Gegebenheiten, über die sie nichts vermag, und zur Unmündigkeit. Wenn sie leben wollen, bleibt ihnen nichts übrig, als dem Gegebenen sich anzupassen, sich zu fügen; sie müssen eben jene autonome Subjektivität durchstreichen, an welche die Idee von Demokratie appelliert, können sich selbst erhalten nur, wenn sie auf ihr Selbst verzichten. ... Die Notwendigkeit solcher Anpassung, die zur Identifikation mit Bestehendem, Gegebenem, mit Macht als solcher, schafft das totalitäre Potenzial. Es wird verstärkt von der Unzufriedenheit und Wut, die der Zwang zur Anpassung selber produziert und reproduziert.* «

Theodor W. Adorno: Erziehung zur Mündigkeit

Die Krise lässt diese unter der Habermasschen "Neuen Unübersichtlichkeit" verschütteten Einsichten nun offenbar werden: die scheinheilige "Würde der Demokratie" des Jürgen Habermas - der einen Großteil seines akademischen Lebens darauf verwendete, der Kritischen Theorie die Kritik auszutreiben - entpuppt sich für alle sichtbar als ein Wunschtraum aus besseren Zeiten, der nun umstandslos vor dem Altar der kriselnden Kapitalverwertung geopfert wird. Demokratie können wir uns in der Krise schlicht nicht mehr leisten.

Ein flüchtiger Blick in die Foren von SPON oder welt.de bietet dem Leser unzählige Beispiele für diese in blinde Wut umschlagende Ohnmacht, die derzeit um sich greift. Die ökonomistische Diktatur des Sachzwangs bildet somit die Brutstätte künftiger autoritärer Krisenreaktionen derjenigen Bevölkerungsschichten, die sich ein Leben jenseits des Kapitalismus nicht vorstellen können.

2.15 Separatismus und Krise

Ökonomisch abgeschlagene Regionen werden von den avancierten Regionen als "Schmarotzer" wahrgenommen

Angefacht von der nicht enden wollenden Eurokrise scheinen separatistische Bewegungen in vielen Regionen der Europäischen Union Morgenluft zu wittern. Die Landkarte des Alten Welt könnte mittelfristig um ein eigenständiges Schottland, um Katalonien, Wallonien, Flandern, Südtirol und ein in Norditalien zu errichtendes "Padanien" ergänzt werden. Zunehmende Autonomiebestrebungen erfassen inzwischen auch die industriell geprägte südpolnische Region Schlesien. Selbst im wirtschaftlich avancierten Bayern mehren sich die einflussreichen Stimmen, die ein "bayerisches Aufbegehren" (Wilfried Scharnagl) oder zumindest ein Ende der Finanztransfers an ökonomisch rückständige Regionen der Bundesrepublik fordern.

Mitte 2012 verlieh der CSU-Funktionär Scharnagl, der als langjähriger Chefredakteur des Parteiorgans Bayernkurier tätig war und im Vorstand der CSU-nahen Hanns-Seidel-Stiftung sitzt, in einem Interview mit der Wochenzeitung Focus diesen schwelenden Absetzbemühungen südlich des Weißwurstäquators öffentlichen Ausdruck: "Die Bayern müssen das Recht der demokratischen Entscheidung über ihr Land behalten und dort, wo es verloren gegangen ist, wiedergewinnen." Der bayrische Freistaat müsse für die volle "politische und staatliche Freiheit kämpfen", die dessen Gründergeneration anstrebte, "als sie die Bayerische Verfassung als Verfassung eines Vollstaates formuliert hat".

Wie bei meisten regionalen Konflikten, so geht es auch bei diesem "bayerischen Aufbegehren" vornehmlich ums Geld. Monatelang stritten sich 2012 Spitzenpolitiker aus Bayern und Nordrhein-Westfalen über die Beiträge zum deutschen Länderfinanzausgleich, bei dem die ökonomisch führenden Bundesländer Ausgleichszahlungen an wirtschaftsschwache Regionen zu leisten haben. Der Münchener Finanzminister Markus Söder sah bei dem Streit die

bayrische "Schmerzgrenze überschritten" und forderte ein "Einfrieren" der Zahlungen an den Ausgleichsfonds – wobei er die deutschen Empfängerregionen des Finanzausgleichs mit den südeuropäischen Schuldenstaaten verglich.

Selbstverständlich können diese Streitigkeiten über den deutschen Länderfinanzausgleich - noch - nicht mit den ausgewachsenen separatistischen Bewegungen in Italien, Spanien oder Belgien gleichgesetzt werden, aber diese Abspaltungstendenzen verbleiben in Bayern nur deswegen zumeist in einem Stadium der Latenz, weil die BRD sich noch zu den Gewinnern der Eurokrise zählen kann. In Spanien, Italien oder Belgien - wo Schuldenkrisen und Rezessionen Verarmungsschübe befördern - können die zunehmenden Zentrifugalkräfte hingegen nicht mehr unter den Teppich gekehrt werden. Es sind dabei fast immer die "wohlhabenden", wirtschaftlich am meisten entwickelten Regionen, in denen sich Unabhängigkeitsbestrebungen rühren.

In Spanien ist es Katalonien, in dem die Bestrebungen zunehmen, sich aus dem hoch verschuldeten Staatsverbund zu lösen, um die Transferzahlungen an die südspanischen Armutsregionen künftig zu umgehen. In Italien sind separatistische Bewegungen im wohlhabenden Südtirol und der als industrielles Kernland geltenden Poebene aktiv – auch hier verschmelzen alte nationalistische und regionalistische Ressentiments mit dem zunehmenden Unwillen, Transferzahlungen an die Zentralregierung und die ökonomisch abgeschlagenen Regionen im traditionell sozioökonomisch zwischen Nord und Süd gespaltenen Italien zu leisten. In Belgien wiederum haben Separatisten in der wirtschaftlich dominanten Region Flandern Zulauf, die den überschuldeten belgischen Staatsverband mitsamt der ökonomisch verwüsteten Region Wallonien verlassen wollen. Einzig in Schottland scheinen solch eindeutige ökonomische Vorteile der im September 2014 zur Abstimmung stehenden Unabhängigkeit nicht offensichtlich zu sein – und gerade deswegen bleiben die Sezessionsbefürworter bei allen Umfragen bislang in der Minderheit.

Obwohl sie auf mitunter uralten, historisch grundierten regionalen Differenzen und Animositäten gründen, sind die gegenwärtigen sezessionistischen Debatten vor allem durch eine ökonomistische Wirtschaftsstandortideologie determiniert. Durch

die Abtrennung vom Staatsverbund möchten die Separatisten eine Verbesserung ihrer sozioökonomischen Lage erreichen. Es ist dieselbe Krisenlogik, die auch bei den eingangs skizzierten Auseinandersetzungen in der föderal geprägten Bundesrepublik greift: Die ökonomisch abgeschlagenen Regionen werden von den avancierten Regionen als "Schmarotzer" wahrgenommen, die in der Krise zu einer unzumutbaren Belastung würden. Diese Sichtweise - in einer allgemeinen Tendenz zur Exklusion der Krisenverlierer ist aufgeht - gewinnt in Katalonien, Flandern und Norditalien an Boden. Der europäische Krisenseparatismus wird somit maßgeblich von einem ressentimentgeladenen Standort-Nationalismus und einem ökonomistischen Konkurrenzdenken befeuert. Die Abspaltung wird als eine Maßnahme begriffen, mit der die Krisenfolgen für die eigene Region gemildert und die Krisenlast auf den restlichen Staatsverband abgewälzt werden könnte. Auch in Schottland finden sich bei der gegenwärtigen öffentlichen Diskussion diese Argumentationsmuster, nur gewinnen sie nicht dieselbe Überzeugungskraft wie in den oben genannten, wirtschaftlich tatsächlich avancierten Regionen. Eigentlich stellt diese neue separatistische Welle in Europa somit nur eine neue Stufe der bereits etablierten Konkurrenz um Investitionen zwischen den Regionen dar, die im Gefolge der neoliberalen Revolution zu bloßen "Wirtschaftsstandorten" zugerichtet wurden.

Dabei hat ironischerweise gerade der "europäische Einigungsprozess" diesen europäischen Regionalismus befördert. Die wirtschaftlichen Vorteile einer Abspaltung können nur deswegen so stark in den Vordergrund der besagten Sezessionsdebatten rücken, weil ein wesentlicher Nachteil nicht mehr gegeben zu sein scheint: Der im Sezessionsfall drohende Wegfall der gemeinsamen nationalen Märkte, der vor allem die Industrie dieser separatismusfreudigen Regionen hart treffen würde, scheint angesichts des europäischen Binnenmarktes seinen Schrecken verloren zu haben. Da die Warenströme nun EU-weit frei fließen können, scheint dem Zentralstaat sein wichtigstes ökonomisches Druckmittel bei einer Sezession – die Schließung der Märkte und die Kappung aller ökonomischen Verbindungen – abhandengekommen zu sein.

Die ökonomische Tendenz eines supranationalen Marktes mitsamt den

korrespondierenden supraststaatlichen Institutionen der EU scheint somit eine Gegenbewegung zum Regionalismus, zur verstärkten regionalen Konkurrenz zu befördern. Die letzte wirksame Drohung des Zentralstaates gegenüber separatistischen Bewegunen bildet nur noch der Verweis auf die Regelungen der EU, denen zufolge die Aufnahme neuer Beitrittsländer der Zustimmung aller EU-Staaten bedarf. Genau diese Karte spielte übrigens die spanische Zentralregierung gegenüber den katalonischen Separatisten aus, als sie andeutete, die Aufnahme eines unabhängigen Kataloniens in die EU zu blockieren.

Krise der Nation und der Aufstieg der EU und der Regionen

Die EU ist somit dabei, den Nationalstaat als den dominanten institutionellen Rahmen kapitalistischer Wirtschaftsweise zu verdrängen, was wiederum die separatistischen Tendenzen befördert. Doch sind diese europaweiten Umwälzungen - die Entstehung europäischer Institutionen bei gleichzeitiger Renaissance des Regionalismus - selber nur Ausdruck einer beschleunigten krisenbedingten Auflösung der alten nationalen Volkswirtschaften. Die Krise der Nation, die sich immer stärker abzeichnet, ist vor allem der Auflösung der nationalen Ökonomie in der krisenhaften Globalisierung geschuldet. Der zunehmende Regionalismus und letztendlich auch Separatismus resultiert somit auch daraus, dass die nationalen Volkswirtschaften in Auflösung übergehen.

Zum einen äußert sich das in den zunehmenden sozioökonomischen Disparitäten in den meisten Staaten der EU. Die wirtschaftlichen Unterschiede und die sozialen Ungleichheiten nehmen innerhalb vieler Regionen in den gegebenen Staaten immer stärker zu. Die Krise beschleunigt somit eine längerfristige Tendenz des regionalen Auseinanderdriftens, bei der einige wirtschaftlich erfolgreiche Regionen sich Landstrichen gegenübersehen, die von Deindustrialisierung und Massenarbeitslosigkeit geprägt sind. Die sozioökonomischen Unterschiede zwischen Südtirol und Sizilien, zwischen Katalonien und Andalusien,oder zwischen der erfolgreichen Region Bayern und den postindustriellen Brachlandschaften des Ruhrgebiets sind bereits jetzt gewaltig.

Die Krise der Nation ist aber auch Ausdruck einer fundamentalen Krise des

Kapitalismus, der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft, die aufgrund beständiger Produktivitätsfortschritte spätestens seit der Dritten Industriellen Revolution der IT-Technologien an ihrer eigenen Hyperproduktivität erstickt – und nur noch vermittels kreditgenerierter Nachfrage eine Art Zombieleben "auf Pump" führen kann. Dieser Krisenprozess brachte nicht nur die gigantischen Schuldenberge hervor, unter denen weite Teile Europas gerade zusammenbrechen, er führte auch zur Zuspitzung der gegebenen regionalen Ungleichgewichte in vielen Staaten. Die gegenwärtige kapitalistische Systemkrise geht nämlich mit einem regionalen, flächenmäßigen "Abschmelzen" der hochproduktiven warenproduzierenden Industrie einher, die zu einer konzentrierten Clusterbildung auf relativ kleiner räumlicher Fläche übergeht. Diese Konzentrationen von hochproduktiver Industrie, die sich im gnadenlosen Verdrängungswettbewerb etabliert haben, sind in globale Wertschöpfungsketten eingebunden und produzieren hauptsächlich für den Weltmarkt. Die ökonomische Verflechtung mit den ökonomisch abgehängten und deindustrialisierten Regionen innerhalb derselben Nation nimmt hingegen immer weiter ab. Bayern und Baden-Württemberg bilden mit ihrer avancierten sozioökonomische Struktur somit eher einen Teil der Clusterbildung rund um den Alpenraum, wo in Norditalien, Teilen Österreichs und der Schweiz wirtschaftliche Konzentrationsprozesse ablaufen – bei gleichzeitiger Deindustrialisierung in weiten Teilen Europas.

Der grundlegende Widerspruch kapitalistischer Warenproduktion, bei dem das Kapital mit der Lohnarbeit seine eigene Substanz aus dem Produktionsprozess wegrationalisiert, produziert auf globaler Ebene somit immer größere Massen buchstäblich ökonomisch "überflüssiger" Menschen und auch postindustrielle Brachlandschafen wie das Ruhrgebiet oder die Wallonie. Dem kontrastiert – wie ausgeführt - die Bildung von Clustern, die in globale Produktionsketten eingebettet sind und für den Weltmarkt produzieren. In diesen wenigen Regionen, die zu den vorläufigen "Gewinnern" dieses Krisenprozesses gehören, nimmt somit das Bestreben überhand, diese kostspieligen Zusammenbruchsgebiete ökonomisch "verbrannter Erde" möglichst kostengünstig vermittels einer Abspaltung loszuwerden.

Selbstverständlich befördert die kapitalistische Globalisierung – die selber eine "Flucht nach vorn", einen Reflex auf den genannten Krisenprozess darstellt – ebenfalls den neuen europäischen "Krisenseparatismus", indem sie vermittels der Internationalisierung der Investitions- und Warenströme der Auflösung der Nationalökonomie weiteren Vorschub leistet. Der nationale Binnenmarkt spielt für viele der Regionen, die noch von der Warenproduktion für den Weltmarkt leben können, nur noch eine untergeordnete Rolle. Wenn etwa BMW viel mehr Autos in China als in Ostdeutschland absetzt, dann formt dies auch entsprechende politische Prioritäten an seinem "Wirtschaftsstandort".

Die Ablösungstendenzen von Nationalstaaten werden noch dadurch beschleunigt, dass die EU inzwischen dabei ist, viele der staatlichen Funktionen und Aufgabenfelder zu übernehmen, die exportorientierte Unternehmen und Konzerne an Staatsapparaten zu schätzen gelernt haben (etwa die Durchsetzung der "unsichtbaren Hand" des Marktes mit der eisernen Faust militärischer Interventionen in renitenten Regionen außerhalb der EU). Falls die Eurozone den gegenwärtigen Krisenschub noch einmal überstehen sollte, so wird sie dies tatsächlich in der Gestalt eines "Europas der Regionen" tun, in dem eine gnadenlose Standortkonkurrenz mit zunehmenden sozioökonomischen Abgründen zwischen den Regionen und ausartenden regionalistischen Ressentiments einhergehen werden.

Doch ist ein Fortbestehen der EU längst nicht sicher. Schließlich finden sich in der jüngsten Geschichte genügen historische Parallelen, die die Wechselwirkung von Systemkrise, Systemkollaps und Separatismus veranschaulichen. Auch bei der Implosion des autoritären Staatssozialismus waren es vor allem die ökonomisch am weitesten entwickelten Regionen, die frühzeitig auf ihre Unabhängigkeit vom zerfallenden Staatsverband setzten. In der Sowjetunion drängten etwa die baltischen Staaten auf die Loslösung, in Jugoslawien war es das wirtschaftlich avancierte Slowenien, das zuerst die Sezession betrieb.

Schließlich lässt der gegenwärtige Separatismus den europäischen Nationalismus als das erscheinen, was er schon immer war: als eine im Grunde genommen willkürliche und – historisch betrachtet – relativ junge Ideologie, die erst im 19.

Jahrhundert parallel zur Ausbildung von nationalen Volkswirtschaften zur Massenwirksamkeit gelangte. Die Leichtigkeit, mit der neue nationale Identitäten derzeit regelrecht gezüchtet werden, einem Modephänomen gleich auftauchen und wieder verschwinden, deutet auf deren baldigen Zerfall hin. Der Nationalismus ist zum ideologischen Spielball beim eskalierenden Wirtschaftsstandortkrieg geworden. Mit der langsamen Auflösung und Zerfaserung der nationalen Volkswirtschaft in der krisenhaften Globalisierung verliert auch die nationale Identität ihr Fundament – und deswegen wird sie so wandlungsfähig, instabil und potenziell bösartig.

2.16 Die Antiquiertheit der Demokratie

Wozu noch Wahlen abhalten, wenn es keine Wahl mehr gibt?

Haben Sie schon diese neuesten Wirtschaftsfakten verinnerlicht? Laut Michael Spence, dem Wirtschafts-Nobelpreisträger von 2001, soll ein "wohlwollend autoritäres System" die optimalen Voraussetzungen für langfristiges Wirtschaftswachstum bieten, da Demokratien innerhalb eines "zu kurzen Zeithorizonts" agieren. Solche vordergründig ketzerischen Ideen können inzwischen tatsächlich Ökonomen, die Hohepriester des Kapitalkultes, am ehesten öffentlich artikulieren, ohne breiten Widerspruch zu ernten.

Doch auch der kanadische Philosoph Daniel A. Bell sieht inzwischen in der repräsentativen Demokratie westlicher Prägung nicht mehr den besten "Weg, um ein politisches System zu organisieren". Stattdessen solle eine strikte Auslese der Führungselite nach "intellektuellen Fähigkeiten und moralischen Standards" stattfinden. Innerhalb einer solchen Meritokratie könnte auch eine neue Stimmgewichtung etabliert werden, erläuterte der in Peking lehrende Philosoph: "Denkbar wären mehr Stimmen für Menschen mit besserer Erziehung." Überdies seien Wahlen nur auf lokaler Ebene sinnvoll, wo "falsche Entscheidungen nicht so sehr ins Gewicht" fielen.

Diese Auslassungen fanden nicht etwa vor einer extremistischen Organisation, sondern vor einem überaus illustren Publikum der "Elite der westlichen Welt in Sachen Wirtschafts- und Sozialwissenschaften" statt, hieß es in dem Bericht von Spiegel Online. Das von dem "Starinvestor" George Soros finanzierte Institut für neues Ökonomisches Denken hat führende Wirtschafts- und Sozialwissenschaftler aus Oxford, Princeton oder Berkley zu einer Jahrestagung nach Hongkong geladen. Diese Denkfabrik habe sich unter anderem das Ziel gesetzt, "Denkverbote in den Wirtschaftswissenschaften zu hinterfragen und Leerstellen zu füllen". Und

tatsächlich hätten diese Ausführungen Bells "niemanden" innerhalb des namhaften Publikums zum lautstarken Widerspruch provoziert, bemerkte der Spiegel. Es hätte nur ein "paar höfliche Nachfragen" gegeben, wie in solch einem autoritären System Vetternwirtschaft zu verhindern wäre, hiernach sei man auch schon zum "Cocktail-Empfang" übergegangen.

Erst kommt das Fressen und dann die Freiheit

Neben dem berühmten Spence ist auch Bell kein Außenseiter, sondern tief im publizistischen Mainstream verwurzelt. Seine postdemokratischen Thesen, die er bei der Financial Times, dem Guardian oder der Huffington Post verbreiten kann, hätten ihm den Status eines "Popstars" verliehen, so Spiegel Online. Dieses autoritäre, postdemokratische Denken wird somit nicht an den "extremistischen Rändern" des publizistischen und wissenschaftlichen Spektrums geformt, sondern in dessen arrivierter Mitte. Es ist ein Extremismus der Mitte, der hier zum Ausdruck kommt - und der offensichtlich von den nicht enden wollenden Krisenschüben seit 2007 befördert wird. Der SPON-Bericht sprich in diesem Zusammenhang von einer tiefen Erschütterung des herrschenden Weltbildes der "westlichen Geisteselite", in dem "Demokratie und freie Marktwirtschaft zusammen das beste aller Systeme" bildeten.

Daniel A. Bell formulierte diesen Sinneswandel, bei dem der autoritäre chinesische Kapitalismus trotz aller evidenten Menschenrechtsverletzungen eine Vorbildfunktion einzunehmen beginnt, folgendermaßen: "Aber nicht arm zu sein, ist auch ein fundamentales Menschenrecht, und da hat China gewaltige Fortschritte gemacht." Erst kommt das Fressen, dann - als eine Art Luxusgut - die Freiheit; auf diesen Nenner ließe sich diese Argumentation bringen. Und auch Spiegel-Online übernimmt in seiner windelweichen Kritik an Bell diese Futtertroglogik, wobei hier nur auf einer weiterhin gegebenen "Korrelation zwischen dem Wohlstand eines Landes und dem Grad seiner demokratischen Freiheit" beharrt wird.

Demokratie lohnt sich laut SPON also auch finanziell, da der Kapitalismus "auf pfiffige Innovationen angewiesen" sei, die "am besten in einer freien Gesellschaft

gedeihen". Somit scheint auch der Spiegel die bürgerliche Demokratie implizit unter eine Art Finanzierungsvorbehalt zu stellen. Wir dürfen auf die "pfiffige" Transformation dieser pseudodemokratischen Futtertroglogik gespannt sein, wenn auch die Bundesrepublik in den Krisenstrudel gerissen wird und die "Korrelation" zwischen Wohlstand und Freiheit nicht mehr gegeben ist. Wird dann der Online-Ableger des einstmaligen "Sturmgeschützes der Demokratie" dazu übergehen, deren ohnehin kümmerliche Überreste zusammenzuschießen?

Bezeichnend bei diesem Mentalitätswandel der kapitalistischen "Eilten" ist aber vor allem der Umstand, dass in der üblichen ideologischen Gleichung von Demokratie und freien Märkten - die nun krisenbedingt erschüttert wurde - nur das politische System in Frage gestellt wird. Obwohl sich der Kapitalismus offensichtlich in einer fundamentalen Wirtschaftskrise befindet, stehen nur die Grundlagen der politischen Sphäre zu Diskussion, während die Wirtschaftsstrukturen jenseits der Kritik blieben.

Naturalisierung der Wirtschaftsstrukturen

Dieses offensichtlich unlogische Herangehen, bei dem eine Wirtschaftskrise ohne Transformation der Wirtschaftsstruktur überwunden werden soll, resultiert aus der ideologischen Naturalisierung des Kapitalismus. Das Kapital und die "freien Märkte" stehen selbst in der gegenwärtigen Systemkrise niemals zur Diskussion oder Disposition, weil sie in der herrschenden Ideologie den Charakter von natürlichen Gesetzmäßigkeiten annehmen, die aus unabänderlichen Wesenseigenschafen des Menschen oder der Natur entspringen. Deswegen sind Bell, Spence und die von Soros in Hongkong zusammengekarrte "westliche Geisteselite" nicht in der Lage, diese zu Naturgesetzen imaginierten, absolut widersprüchlichen und destruktiven Wirtschaftsstrukturen auch nur als Menschenwerk - und somit als veränderbar - wahrzunehmen.

Wenn nun die kriselnde und amoklaufende "Wirtschaft" zu einem unveränderbaren Naturphänomen halluziniert wird, dann sind die postdemokratischen Thesen und Bemerkungen von Bell und Spencer tatsächlich nur folgerichtig. Eine Demokratie beinhaltet ihrem Wesen nach nun mal die Wahl zwischen verschiedenen Optionen -

und wenn es keine verschiedenen Wahlmöglichkeiten mehr gibt, dann sind auch Wahlen schlicht überflüssig. In der gegenwärtigen kapitalistischen Systemkrise gibt es aber tatsächlich nichts mehr zu wählen, die "Sachzwänge", die sich immer höher vor den kapitalistischen Funktionseliten auftürmen, lassen der Politik keinen Manövrierraum mehr. Die Vorgaben der "Märkte" müssen in der Krise erfüllt werden, auch wenn hierdurch ganze Volkswirtschaften in Elend und Marginalisierung getrieben werden, um die Agonie des kapitalistischen Weltsystems zumindest für einige Monate oder Jahre zu verlängern.

Somit befinden sich die westlichen Demokratien längst in einer evidenten Diktatur des Sachzwangs, der keine propagandistische Erfindung ist, sondern tatsächlich aus den Strukturen und Widersprüchen der kapitalistischen Wirtschaftsweise erwächst. Die bürgerliche repräsentative Demokratie stellt somit eine antiquierte Herrschaftsform dar, die sich künftige Generationen im Museum der politischen Systeme des 20. Jahrhunderts erläutern lassen werden. Daraus resultiert auch der Erfolg des "Popstars" Bell; er spricht aus, was längst offensichtlich war, aber aufgrund der demokratischen Staatsräson lange Zeit unausgesprochen blieb. Die alternativlosen Spardiktate, die Berlin und Brüssel immer neuen europäischen Krisenländern oktroyieren, bilden nur die äußersten Konsequenzen einer totalitären Durchdringung aller Gesellschaftsbereiche durch die auf Konkurrenzoptimierung abzielende Wirtschaftslogik - die insbesondere in der Bundesrepublik bis ins Extrem getrieben wurde. Alle westlichen Demokratien sind längst nur zu Wirtschaftsstandorten verkommen, in denen die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsweise durch die totale Unterwerfung aller Bürger unter die buchstäblich irrsinnigen Anforderungen der Wirtschaft überwunden werden soll.

Was soll es in diesen zu gigantischen Tretmühlen transformierten, in der ökonomischen Sphäre längst totalitären Gesellschaftsformationen noch zu Wählen geben? Welchen Sinn soll es machen, zwischen SPD, CDU, FDP oder den Grünen zu wählen - zwischen Parteien, die allesamt beispielsweise die Agenda 2010 durchsetzten?

Es stellt sich somit nur noch die Frage, wieso die bürgerlich-parlamentarische

Demokratie im 20. Jahrhundert zumindest in den entwickelten kapitalistischen Volkswirtschaften zu einer über Jahrzehnte praktizierten Regierungsform avancieren konnte. Die Antwort fällt letztendlich banal aus: Die Demokratie ist tatsächlich auch in ökonomischer Hinsicht effizienter als schwerfällige autoritär-bürokratische Systeme, da hier Problemstellungen und Konflikte in einer Vielzahl von Diskursen frei erörtert werden können. In der politischen Sphäre der kapitalistischen Demokratie werden somit Lösungen für Probleme gesucht, die in autoritären Systemen oftmals unter den Teppich gekehrt werden. Hierbei muss aber der autoritäre, gewissermaßen eindimensionale Charakter dieser Diskurse - die von politischen Parteien geführt und von Massenmedien gelenkt werden - beachtet werden.

Die "Naturalisierung" des Kapitalismus gilt selbstverständlich auch für den gesamten demokratischen Diskurs, wie er innerhalb des dominierenden publizistischen Mainstreams geführt wird. Der unerschütterliche Glaube an Markt und Kapital stellt das ideologische Fundament der bürgerlichen Demokratie dar, das seine Allmacht gerade dadurch entwickelt, dass es nahezu niemals thematisiert wird.

Jeder Bürger ist sein eigener Volkswirtschaftler, der den kapitalistischen Katechismus im Halbschlaf nachplappern kann

Im öffentlichen Diskurs - der vom Medienkapital gesteuert und von einer willfährigen Politikerkaste exekutiert wird - stehen somit keine gesellschaftlichen Alternativen zu Wahl. Hier werden hingegen verschiedene Wege erörtert, den kapitalistischen Selbstzweck der uferlosen Kapitalverwertung (Wachstum!) zu optimieren. Dieser irrationale Selbstzweck der endlosen Geldvermehrung ist axiomatisch allen politischen Entscheidungen und öffentlichen Debatten als eine Art Tabu vorausgesetzt, das tief in die öffentliche Diskurslogik eingebrannt wurde. Der Bürger darf somit darüber abstimmen, wie das fetischisierte Wirtschaftswachstum angekurbelt, wie weitere "Arbeitsplätze" geschaffen werden sollen, aber es ist schlicht unmöglich, im Mainstream über Alternativen jenseits von Markt und Kapital selbst in der gegenwärtigen Systemkrise auch nur zu diskutieren

- schon eher wird die ehemals Heilige Kuh der kapitalistisch verstümmelten Pseudodemokratie geopfert, als dass die Herrschaft der "Märkte" auch nur in Zweifel gezogen würde.

Dabei birgt diese Pseudofreiheit einer Scheindemokratie, in der die Bürger nur über die effizientesten Wege zur Optimierung des als naturwüchsig imaginierten Wirtschaftssystems abstimmen und diskutieren können, ein ungeheures Identifikationspotenzial mit sich. Sobald die Bürger über die konkrete Ausformung, über die Nuancen der unabänderlichen Systemzwänge und Kapitalimperative abstimmen können, setzen bei ihnen Prozesse der Verinnerlichung ein, die zu einer umfassenden Selbstdisziplinierung führen. Durch die Wahlen wird die Illusion befördert, die durch autoritäre Diskurse vermittelten Imperative der Wirtschaftsmaschinerie würden dem Eigenen subjektiven Willen entsprechen. Und wer würde sich schon dem eigenen Willen nicht unterwerfen wollen? Hiernach ärgert man sich höchstens, dass "die da oben" eh wieder alles versauen würden.

Folglich weist der Spätkapitalismus aufgrund seines totalen Ökonomismus, aufgrund der Unterwerfung aller Lebensbereiche unter das Diktat der Ökonomie, längst einen totalitären Charakter auf. Alles ist Ware, die Märkte sind allgegenwärtig, alle Insassen dieses gesamtgesellschaftlichen Irrenhauses sind dem Verwertungszwang des Kapitals unterworfen. Die dem totalen Ökonomismus korrespondierende Wirtschaftsideologie ist inzwischen allgegenwärtig, jeder Bürger, jeder Forentroll ist sein eigener Volkswirtschaftler, der den kapitalistischen Katechismus im Halbschlaf nachplappern kann. Jeder, der aufmuckt (etwa im Betrieb oder auf dem Amt), wird seiner ökonomischen Lebensgrundlage beraubt. Das Arbeitsregime in einem jeden mittelständischen schwäbischen Betrieb ist nicht zuletzt aufgrund der wechselseitigen Überwachung der Lohnabhängigen drakonischer als an der "Produktionsfront" der autoritären DDR, deren zentralistischer bürokratischer Überwachungsapparat gar nicht in der Lage war, solch ein feines Herrschaftsnetz zu spannen, wie es die Selbstdisziplinierung der kapitalistisch entstellten "demokratischen Subjekte" hervorbringt.

Dieser ökonomische Totalitarismus brachte eine reale Dystopie hervor, die den

Albträumen George Orwells und Aldous Huxleys ebenbürtig ist - das totalitäre Moment befindet sich nur außerhalb der Politik und des Horizonts des öffentlichen Diskurses, in der Sphäre der naturalisierten Ökonomie: Der scheinbar mündige Bürger (in Wirklichkeit ein ohnmächtiges Objekt im heteronomen Prozess der Kapitalverwertung) wählt die Art und Weise, wie seine Ausbeutung und Entfremdung konkret zu organisieren und zu vervollkommnen ist. Keine Herrschaftsform ist effizienter als diejenige, die ihre Herrschaftsobjekte dazu bringen kann, an der Optimierung der Ausbeutungs- und Herrschaftstechniken aktiv mitzuwirken. Man opfert sich auf dem Altar der "Deutschland AG", um angesichts der systemimmanent tatsächlich gegebenen Sachzwänge nicht in der immer härter werdenden Krisenkonkurrenz unterzugehen. Nur so ist der scheinbare Sadismus der Wählerschaft etwa in der Bundesrepublik zu erklären, die ja beständig dieselben Partien wiederwählt, obwohl diese das Land mit den übelsten Enteignungs- und Kahlschlagsprogrammen überzogen.

Diese Selbstdressur und Verinnerlichung der kapitalistischen Systemimperative, die im öffentlichen Diskurs in Orwellscher Manier als "Demokratie und Freiheit" tituliert wird, kann in der gegenwärtigen Krise kaum noch aufrechterhalten werden. Das liegt einfach daran, dass es in vielen Ländern keine gangbaren Wege zur Optimierung oder auch nur zur Aufrechterhaltung der Kapitalverwertung gibt, über die in demokratischer Manier mit einer Aussicht auf Erfolg abgestimmt werden könnte. In der gegenwärtigen Systemkrise, die global ein riesiges Heer "überflüssiger" Menschen produziert, werden diese Lohnabhängigen aus dem Arbeitsprozess schlicht ausgestoßen und der Verelendung überlassen. Somit verlangt die kapitalistische Krisenlogik - die in Europa mit besonderer Hingabe von Schäuble und Merkel exekutiert wird - schlicht die weitgehende sozioökonomische Marginalisierung des überflüssigen "Menschenmaterials." Das Kapital verlangt folglich von den Bürgern etwa in Griechenland, Spanien oder Portugal den ökonomischen Selbstmord, umgesetzt durch immer neue Sparprogramme.

Den von der Krisendynamik betroffenen Menschen bleibt schlicht keine Möglichkeit zur Selbstunterwerfung unter diese amoklaufende Kapitallogik, ohne dass ihre ökonomische Existenz vernichtet würde. Die Lohnabhängigen können

sich unmöglich mit einer solchen Sparpolitik identifizieren, wodurch die Illusion einer Übereinstimmung zwischen Wirtschaftsinteresse und Eigeninteresse massenhaft wegbricht. Damit werden aber auch die pseudodemokratischen Geschäftsgrundlagen der Marktwirtschaft in Frage gestellt, die zumindest ein Mindestmaß an Gratifikationen bieten muss, um die meisten Lohnabhängigen bei Stange halten zu können. Kapitalistische Demokratie muss man sich halt leisten können. Wenn dies nicht mehr der Fall ist, greifen autoritäre Tendenzen auch innerhalb der "westlichen Geisteselite" sehr schnell um sich.

Deswegen sind nun "Vordenker" wie Daniel A. Bell so populär, die diese kapitalistische Pseudodemokratie gegen eine autoritäre Krisenversion kapitalistischer Herrschaft austauschen möchten, die in Gestalt der frühneuzeitlichen Despotien schon bei der bluttriefenden Geburt des Kapitalismus Pate stand.

2.17 Roma zwischen Segregation, Pogrom und Vertreibung

In vielen Ländern der europäischen "Wertegemeinschaft" gelten Roma inzwischen als Freiwild

Ende Juni 2013 war es mal wieder soweit: Bei einer abermaligen Pressekonferenz zur europäischen Roma-Integration musste die EU-Kommission feststellen, dass es hierbei keinerlei nennenswerte Fortschritte gegeben hatte. Justizkommissarin Viviane Reding und Sozialkommissar Laszlo Andor forderten die Mitgliedsstaaten der EU auf, bei der Umsetzung der Strategien zur sozialen Inklusion der rund 10 bis 12 Millionen europäischer Sinti und Roma doch mal "einen Gang zuzulegen".

Auf diesem Politikfeld klaffe eine "riesige Lücke zwischen den Ankündigungen der Staaten und dem, was sie tatsächlich machen", klagte Reding. Sozialkommissar Andor beleuchtete die dramatische soziale Lage der europäischen Roma anhand einiger dürrer Zahlen: Rund 80 Prozent der Roma Europas lebten in Armut, nur 30 Prozent hätten Arbeit, jedes zweite Romakind sei von Vorschulbildung ausgeschlossen. Die Mitgliedsstaaten der EU müssten "mit Nachdruck dafür sorgen, dass die Roma tatsächlich den gleichen Zugang zu Bildung und zum Arbeitsmarkt haben", forderte Andor.

Dabei hat die Eurokrise gerade die massive Ausgrenzung der Roma aus Arbeitsmarkt und Bildungssektor befördert. In den vergangenen Jahren kann somit in vielen Ländern Europas gerade eine gegenläufige Tendenz zur verstärkten Exklusion dieser Minderheit konstatiert werden, die mit immer brutaleren Mitteln durchgesetzt wird. Amnesty International sprach beispielsweise ganz undiplomatisch von einem "totalen Verrat", den rumänische Behörden an den Roma in dem südosteuropäischen Land begingen. Rund zehn Prozent der 20 Millionen rumänischer Bürger sollen dieser Minderheit angehören.

In den vergangenen Monaten häuften sich Berichte über Vertreibungen und Zwangsumsiedlungen von Roma in Rumänien. Die Rumäninenexpertin von Amnesty International, Barbora Černušáková, erklärte hierzu:

» *Was wir im Rumänien des 21. Jahrhunderts sehen, ist die gezielte Vertreibung der verwundbarsten Gesellschaftsmitglieder, die unterhalb der Armutsgrenze leben und die unter inadäquaten Wohnungsverhältnissen leiden. Die gegenwärtige Wohnungsgesetzgebung erreicht nicht die internationalen Standards, denen sich die rumänische Regierung verpflichtet hat. Sie vermag es insbesondere nicht, das Recht auf adäquates Wohnen zu gewährleisten und Zwangsräumungen zu verhindern.* «

Rund 24 Stunden gaben die rumänischen Behörden den betroffenen Roma, um ihre bisherigen Unterkünfte zu räumen, bevor deren Häuser mitsamt dem verbliebenen Inventar zerstört werden, berichtete etwa die polnische Gazeta Wyborcza. Viele der vertriebenen Roma erhielten keine Ersatzzimmer oder sonstigen Entschädigungen, sodass sie auf die Hilfe von Verwandten oder Bekannten angewiesen sind. Die Wyborcza berichtete von Fällen, in denen sich elf umgesiedelte Roma ein einzelnes Zimmer in einem Haus teilen müssen, das unmittelbar an einer Mülldeponie steht.

Rumänische Variante der Gentrifizierung

Neben der forcierten Stigmatisierung und Gettoisierung der Roma führen diese Vertreibungsaktionen auch zu einer weiteren Verschlechterung der sozialen Lage dieser Minderheit: Rund ein Drittel der von den Vertreibungen Betroffenen verliert seine Arbeitsstelle, da die neuen Behausungen sich zumeist an der Peripherie der Städte befinden und über eine schlechte Verkehrsanbindung verfügen. "Sie lassen uns auf den Müllhalden leben, als ob wir selber Müll wären", klagte eine Roma.

Die rumänischen Behörden bezeichnen diese Vertreibungsaktionen gerne als ein Programm zu "Revitalisierung" verarmter Stadtteile. Im Endeffekt fallen die Roma somit der rumänischen Variante der Gentrifizierung, der forcierten sozialen Spaltung der urbanen Lebensräume, zum Opfer. Die Roma-Gettos, die nun verstärkt am Rande der rumänischen Städte entstehen, sind Ausdruck dieser

Tendenz zum räumlich-urbanen Ausschluss dieser ohnehin weitgehend ausgeschlossenen Minderheit.

Mitunter kann diese Tendenz zum Ausschluss, zur Isolierung der Roma, die Formen einer informellen Segregation, einer apartheidähnlichen Aufteilung öffentlicher Einrichtungen in Bereiche für Roma und für "Weiße" annehmen, wie sie die New York Times anhand einer slowakischen Grundschule beschrieb:

» *Alle Kinder auf dem asphaltierten Spielplatz waren weiß, eine auffallend monochrome Szene in einer Schule, in der die Mehrheit der Schüler Roma bilden. Die Roma waren ... alle in einen separaten Spielplatz eingepfercht. Die Mittagszeit brachte den nächsten Schock. Die Schulkantine bediente nur weiße Kinder, während die Roma draußen bleiben und anstatt des warmen Essens mit eingepackten Rationen vorlieb nehmen mussten . Die Schulklassen waren ebenfalls aufgeteilt, offiziell auf Basis der Lernbefähigung, aber im Endeffekt in einer Weise, die die Schüler rigide anhand ihrer ethnischen Zugehörigkeit gruppierte.* «

Diese Situation mitten im Europa des 21. Jahrhunderts erinnere an die Segregation zwischen Weißen und Schwarzen in den Vereinigten Staaten vor einem halben Jahrhundert, erklärte ein tschechischer Parlamentsabgeordneter gegenüber der New York Times. Ähnliche Tendenzen zur Segregation sind unter Anderem auch in Ungarn, wo eine neue Gesetzesinitiative die systematische Unterbringung von Roma in Sonderschulen begünstigen soll, sowie in Tschechien festzustellen. Trotz eines Urteils des Europäischen Gerichtshofs für Menschenrechte von 2007, das diese Praxis als diskriminierend bezeichnete, befinden sich immer noch 26 Prozent aller Romakinder in der Tschechischen Republik in Sonderschulen, obwohl die Roma weniger als drei Prozent der Bevölkerung Tschechiens bilden. Zudem werden Roma immer noch in separaten Schulen isoliert.

In der Krise sind die Roma auch zu einem bevorzugten Ziel rechtsextremer Umtriebe geworden

Neben Ungarns rechtsextremer Partei Jobbik, die ihren Wahlerfolg hauptsächlich

auf antiziganischer Hetze und zahllosen Provokationen aufbaute, sind es die Nazis der Tschechischen Arbeiterpartei der Sozialen Gerechtigkeit (DSSS), die immer wieder die Spannungen zwischen Mehrheitsbevölkerung und Roma zu regelrechten Pogromen anzufachen versuchen.

So wurde die südböhmische Stadt Ceské Budejovice von schweren rassistischen Ausschreitungen erschüttert, bei denen zuerst ganz gewöhnliche Bürger einträchtig mit Neonazis gegen die rund 400 Roma demonstrierten, die in der Plattenbausiedlung Maj der 100.000 Einwohner zählenden Stadt leben. Hiernach zogen Hunderte von Rechtsextremisten zu den Unterkünften der Roma, um diese zu stürmen. Es folgte eine mehrstündige Straßenschlacht zwischen den Faschisten und Polizeikräften, in deren Verlauf zehn Menschen verletzt wurden. Die Polizei meldete 40 Festnahmen. Nach diesem ersten Pogromversuch Ende Juni 2013 fanden noch in den darauf folgenden Wochen Aufmärsche von Neonazis in Ceské Budejovice statt, bei denen es ebenfalls zu Zusammenstößen mit der Polizei kam.

Das Vorgehen der rechten Schlägertruppen hat System. Bei dieser Strategie der ethnischen Spannung werden nichtige Anlässe aufgebauscht, um die gegebenen Spannungen weiter anzufachen. Die Anti-Roma-Kundgebungen und Pogromversuche in Ceské Budejovice wurden vermittels sozialer Netzwerke organisiert, nachdem Roma und Tschechen auf einem Spielplatz in Streit gerieten und es hierbei zu tätlichen Auseinandersetzungen kam. Nach einem ähnlichen Muster verliefen die Unruhen am 22. Juni 2013 in der nordböhmischen Stadt Duchov, wo rund 1000 Nazis und Bürger gegen die dortige Roma-Minderheit demonstrierten. Nach der Kundgebung fanden ebenfalls Versuche faschistischer Schlägertruppen statt, die Wohnquartiere der Roma anzugreifen. Die Polizeikräfte konfiszierten bei 22 Festnahmen rund drei Dutzend Waffen, darunter Baseballschläger und Messer. Auch in Duchov reichte ein kleiner Vorfall, eine Schlägerei zwischen Tschechen und Roma, um die rassistische Mobilisierung zu entfachen.

Dabei liegen zwischen der rechtsextremen Romahetze und dem Alltagserfahrungen in den betroffenen Stadtteilen Welten, wie ein Interview des tschechischen Rundfunks mit einem Einwohner der Plattenbausiedlung Maj in Ceské Budejovice

illustrierte. Das Alltagsleben in der Siedlung sei "einigermaßen ruhig", erzählte der 25-jährige Fahrradmechaniker:

» *Das ist natürlich nicht wie auf dem Dorf. Hier leben auf relativ engem Raum viele Menschen. Da kommen manchmal Konflikte auf. Hier gibt es in der gesamten Siedlung mit 20.000 Menschen zum Beispiel nur einen Spielplatz. Das ist zu wenig. Aber insgesamt ist das Leben hier in Ordnung. ... Einige Leute nervt es, wenn nach 22 Uhr hier noch Lärm ist. Es stimmt schon, dass es um diese Zeit hier etwas lauter zugeht. Aber gegen Mitternacht wird es dann auch ruhig. Immer wieder wird gesagt, die Roma würden nicht arbeiten und nur herumlungern. Aber wenn man hier mit den Leuten - auch den "Weißen" - spricht, dann merkt man, dass die Menschen in der Siedlung alle die gleichen Probleme haben, Roma wie Weiße. Alle suchen Arbeit oder wissen nicht, wie es in einem Monat, in einem Jahr aussehen wird.* «

Es sei für "einige Medien, einige Politiker" sehr einfach, den Roma die Schuld an allen möglichen Missständen zuzuschieben, erklärte der Anwohner.

Normale Bürger protestieren Hand in Hand mit Rechtsextremisten gegen Roma

Probleme, die aus dem Alltagsleben unter prekären sozialen Bedingungen resultieren, werden somit von Rechtsextremen und Populisten aufgebauscht und den Roma angelastet. Die Gettoisierung der stark marginalisierten und diskriminierten Roma ist aber auch die Folge der zunehmenden sozialen Spaltung in dem rezessionsgeplagten Europa, die in Regionen mit einer größeren Roma-Minderheit eine rassistische und antiziganische Verlaufsform annimmt. Die Roma werden im derzeitigen Wirtschaftsabschwung als Erste entlassen und als Letzte eingestellt, womit der grassierende Antiziganismus sich seine eigenen Ressentiments vom "arbeitsscheuen Zigeuner" zu bestätigen scheint. Die entlassenen, auf die Müllkippen vertriebenen Roma werden dann von Zigeunerhassern jeglicher Couleur als arbeitsscheu und schmutzig verhöhnt.

Dabei stellten diese Rassenunruhen, bei denen "normale Bürger Hand in Hand mit

Rechtsextremisten protestieren" würden, in Tschechien inzwischen einen landesweiten Trend dar, erklärte Miroslav Mareš, Experte für Rechtsextremismus an der Universität Brno, im Gespräch mit Radio Prag. Der Unterschied bestehe darin, dass nun eine "territoriale Ausbreitung" dieser Pogromversuche zu konstatieren sei, die zuerst 2008 im Nordböhmischen Grenzgebiet zur Bundesrepublik auftraten.

Nicht nur in der östlichen Peripherie, auch in den westlichen Zentren der europäischen Wertegemeinschaft lässt sich mit antiziganischen Ressentiments gut Politik machen, wie beispielsweise Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich im Bundestagswahlkampf unter Beweis stellte. Man werde "Armutseinwanderer" aus Rumänien und Bulgarien "rausschmeißen" und einen harten Kurs "ohne großes Federlesen" verfolgen, tönte der CSU-Politiker Anfang Juni. Der Innenminister erklärte, er wolle die Freizügigkeit der betroffenen EU-Bürger einschränken und gegebenenfalls "Einreisesperren" einführen, damit die aus Deutschland abgeschobenen Roma "am nächsten Tag nicht wiederkommen können". Gemeinsam mit Österreich, den Niederlanden und Großbritannien fordert die Bundesrepublik nun mehr "Sanktionsmöglichkeiten", um wirksam gegen die Elendsflüchtlinge aus der europäischen Peripherie vorgehen zu können. Die Segregation der europäischen Roma, die in den Bildungssystemen Osteuropas beginnt, findet somit bei der Wahrnehmung der Niederlassungs- und Reisefreiheit in den Zentren der Europäischen Union ihre Vollendung.

3.1 Die Krise kurz erklärt

Was Sie schon über die Krise wissen wollen, aber nie zu fragen wagten. Die etwas anderen FAQ zur kapitalistischen Dauerkrise

Haben Sie sich in der Dauerkrise schon häuslich eingerichtet? Können Sie noch den Überblick behalten, bei all den über uns zusammenbrechenden Schuldenbergen? Für alle, die endlich im Krisendickicht durchblicken wollen, hier nun ein ganz besonderer Service: Werden Sie in wenigen Minuten zum Krisenexperten und Bescheidwisser, mit den großen FAQ zur Krise - diesmal mit verbesserter Kapitalismuskritikformel! In wenigen Antworten auf selbst erfundene Fragen werden die Krisenursachen benannt und die häufigsten Krisenmythen entlarvt. Der Clou dabei: Am Ende einer jeden Antwort finden sich Links zu Texten, die weitergehende Infos und Hintergründe zu den entsprechenden Themenkomplexen bieten. Soviel Krise war noch nie - jetzt neu mit krisenbedingter Zufriedenheitsgarantie!

Überall türmen sich gigantische Schuldenberge auf. Wer ist nun schuld an der gegenwärtigen Schuldenkrise? Die faulen Südeuropäer oder unsere gierigen Banker?

Statt nach "Schuldigen" müssen wir nach den systemischen Ursachen der Verschuldungsdynamik suchen. Diese gigantischen Schuldenberge sind in den vergangenen Jahrzehnten entstanden, weil sie notwendig waren, um den Kapitalismus überhaupt funktionsfähig zu erhalten. Ohne Schuldenmacherei zerbricht das System an sich selbst. Private und/oder staatliche Verschuldung stellt im zunehmenden Maße eine Systemvoraussetzung dar, ohne die der Kapitalismus nicht mehr reproduktionsfähig ist.

Wir müssen uns nur vergegenwärtigen, dass die Kreditaufnahme eigentlich einen Wechsel auf die Zukunft darstellt, bei dem Finanzmittel im Hier und Jetzt zur Verfügung gestellt werden, die erst später vom Kreditnehmer erwirtschaftet und

zurückgezahlt werden müssen. Und diese Kredite werden ja für Investitionen, Bautätigkeit oder Konsum aufgewendet. Somit schafft die Verschuldung eine zusätzliche, kreditfinanzierte Nachfrage, die stimulierend auf die Wirtschaft wirkt.

Im Endeffekt ist es egal, ob der Staat, die private Wirtschaft oder die Konsumenten sich verschulden: Gemeinhin stimuliert diese kreditgenerierte Nachfrage die Konjunktur und führt zu weiterem Wirtschaftswachstum. Ob nun der amerikanische Staat neue Marschflugkörper ordert, in Spanien zur Spekulationszwecken neue Ferienhäuser gebaut oder in Osteuropa Konsumentenkredite vergeben werden: All diese Aktionen generieren Nachfrage, schaffen Arbeitsplätze und beleben die entsprechenden Industriezweige. Wenn die Verschuldungsdynamik stark genug ist, dann entsteht eine sogenannte Defizitkonjunktur. Hierbei handelt es sich um einen Wirtschaftsaufschwung, der durch das Anhäufen von Schulden, also von Defiziten, getragen wird.

Es waren gerade diese Defizitkonjunkturen, die in der Epoche vor Ausbruch der Weltwirtschaftskrise in 2008 als maßgeblicher Motor der Weltwirtschaft fungierten. Hierbei handelt es sich um einen langfristigen, graduell an Intensität gewinnenden Prozess, der zeitgleich mit der Durchsetzung des Neoliberalismus und dem Aufstieg des Finanzsektors in den 80er Jahren des 20. Jahrhunderts einsetzte. Diese mit der Expansion der Finanzmärkte einhergehende Verschuldungsdynamik ging mit der Ausbildung von gigantischen Spekulationsblasen auf dem Finanzsektor einher, die ebenfalls - bis zu ihrem Zusammenbruch - stimulierend auf die Wirtschaft wirkten. Hier sind insbesondere die zwischen 2007 und 2008 geplatzten Immobilienblasen zu nennen, die ja vielfältige belebende Effekte auf die Industrie zeitigten, da sie ja mit realer Bautätigkeit einhergingen.

Es verschuldeten sich aber nicht alle Länder gleichmäßig: Die stärksten Defizitkonjunkturen - mitsamt den einhergehenden Schuldenbergen - bildeten mit weitem Abstand die USA aus, gefolgt von Südeuropa, Osteuropa, Irland und Großbritannien. Diese Länder und Regionen wiesen immer weiter ansteigende Leistungsblianz- und/oder Handelsdefizite aus, während sie zugleich eine fortschreitende Deindustrialisierung erfuhren.

Daneben bildete sich in einem scharfen Verdrängungswettbewerb eine Reihe von Ländern aus, die enorme Handelsüberschüsse erwirtschaften konnten und weiterhin über einen nennenswerten Industriesektor verfügen. In diesem Zusammenhang müssen China, Deutschland, Japan oder Südkorea genannt werden. Diese Länder konnten vermittels ihrer Handelsüberschüsse von den Verschuldungsprozessen in den USA oder Südeuropa profitieren, ohne sich selber verschulden zu müssen. Die enormen globalen und europäischen "Ungleichgewichte" in den Handelsbilanzen sind genau auf diese Entwicklung zurückzuführen.

Der Kapitalismus als ein Weltsystem kann ohne diese Defizitkonjunkturen und die damit einhergehenden Ungleichgewichte nicht mehr funktionieren: Sobald die - private oder staatliche - kreditgenerierte Nachfrage wegbricht, setzt eine sich selbst verstärkende Abwärtsspirale ein, in der Überproduktion zu Massenentlassungen führt, die wiederum die Nachfrage senken und weitere Entlassungswellen nach sich ziehen.

Weitere Informationen:

- Das Ende des "Goldenen Zeitalters" des Kapitalismus und der Aufstieg des Neoliberalismus
- Explosionsartige Ausweitung der Finanzmärkte in der Clinton-Ära
- Von der Immobilienspekulation zum Zusammenbruch der globalen Defizitkonjunktur

Wieso sollte der Kapitalismus, der als eine auf höchstmögliche Effizienz ausgelegte Wirtschaftsweise gilt, nicht mehr ohne Schuldenmacherei funktionieren? Was ist die Ursache dieser angeblichen Abhängigkeit des kapitalistischen Weltsystems vom Kredit?

Es ist gerade diese in den vergangenen Jahren immer weiter gesteigerte betriebswirtschaftliche Effizienz, die den Kapitalismus auf volkswirtschaftlicher Ebene in einen regelrechten Verschuldungszwang treibt. Das System ist zu

produktiv, um weiterhin seine Reproduktion innerhalb seiner Produktionsverhältnisse ohne Defizitbildung aufrechterhalten zu können.

Frei nach Marx ließe sich zusammenfassen: Die Produktivkräfte sprengen gerade die Fesseln der Produktionsverhältnisse. Diese kapitalistische Systemkrise ist also tatsächlich eine Krise des Kapitals. Das Kapital muss hierbei als ein soziales Verhältnis, als ein Produktionsverhältnis begriffen werden: Der Unternehmer investiert sein als Kapital fungierendes Geld in Maschinen, Arbeitskräfte und Rohstoffe, um in Fabriken hieraus neue Waren zu schaffen, die mit Gewinn auf dem Markt verkauft werden. Das hiernach vergrößerte Kapital wird in diesem uferlosen Verwertungsprozess des Kapitals reinvestiert, um wiederum noch mehr Waren herzustellen. Dieser Prozess der Akkumulation oder Verwertung von Kapital funktioniert nicht mehr ohne die besagte Schuldenmacherei.

Um diese Diagnose vollauf verständlich zu machen, müssen die berühmten Widersprüche kurz dargelegt werden, die der kapitalistischen Produktionsweise innewohnen. Neben dem bekannten Widerspruch zwischen Kapital und Arbeit prägt das System noch eine weitere fundamentale Unvereinbarkeit, die einen permanenten Strukturwandel zur Folge hat.

Obwohl Lohnarbeit die Substanz des Kapitals bildet, strebt das Kapital zugleich danach, die Lohnarbeit möglichst weitgehend durch Rationalisierung aus dem Produktionsprozess zu verbannen: Es ist eine Art Wettlauf mit den Maschinen. Die Marktkonkurrenz zwingt die Unternehmer in allen Industriezweigen dazu, ihre Produktion dank wissenschaftlich-technischer Innovationen immer weiter zu rationalisieren, sodass die Beschäftigung in *den* Wirtschaftszweigen immer weiter fällt, die schon längere Zeit etabliert sind und deren Märkte schon erschlossen sind.

Der gleiche technische Fortschritt, der zum Arbeitsplatzabbau in den etablierten Industriezweigen führt, lässt aber auch neue Industriezweige entstehen. Schon immer gab es in der Geschichte des Kapitalismus einen Strukturwandel, bei dem alte Industrien verschwanden und neue hinzukamen, die wiederum Felder für Investitionen und Lohnarbeit eröffneten. Folglich ist die Geschichte des Kapitalismus durch eine Abfolge von Leitsektoren der Wirtschaft gekennzeichnet,

die als Akkumulations-, Konjunktur- und insbesondere Beschäftigungslokomotiven fungierten: Textilindustrie, Schwerindustrie, Chemie, Elektroindustrie, Fahrzeugbau.

Dieser Strukturwandel funktioniert aber mit dem Aufkommen der dritten industriellen Revolution der Mikroelektronik und Informationstechnologie nicht mehr. Die IT-Industrie schafft zwar Arbeitsplätze, aber ihre Technologien und Produkte erfahren eine gesamtwirtschaftliche Anwendung, bei der im Zuge von Rationalisierungsmaßnahmen weitaus mehr Arbeitsplätze verschwinden. Es findet ein Prozess des Abschmelzens der Lohnarbeit innerhalb der Warenproduktion statt: Immer weniger Arbeiter können in immer kürzerer Zeit immer mehr Waren herstellen.

Die avancierten kapitalistischen Gesellschaften gerieten folglich in die Krise der Arbeitsgesellschaft, die mit steigender Arbeitslosigkeit, allgemeiner Prekarisierung und/oder einem stagnierenden Lohnniveau einhergeht. Zugleich steigen mit dem technischen Niveau der Produktion die Aufwendungen für Infrastruktur, Bildung oder Produktionsinvestitionen, was wiederum die Massennachfrage und/oder die Unternehmensgewinne belastet. Die gesamtgesellschaftlich notwendigen Investitionen zur Aufrechterhaltung der Akkumulation von Kapital wachsen immer weiter an, wodurch das Verhältnis zwischen profitabler Kapitalverwertung und den hierfür notwendigen Aufwendungen sich zur Letzteren verschiebt.

Die wahren Krisenursachen liegen also konträr zu der populistischen Parole, wonach die Bevölkerung der Schuldenländer Europas oder der USA "über ihre Verhältnisse" gelebt habe. Es verhält sich gerade umgekehrt: Der Kapitalismus hat ein derartig hohes Produktivitätsniveau erreicht, dass er nur noch durch ein "Leben über den Verhältnissen", also durch Schuldenmacherei, eine Zeit lang eine Art Zombieleben führen kann - bis zum großen Crash.

Weitere Informationen:

- Krisenmythos Griechenland
- Roboter statt Arbeiter

- Der Wettlauf mit den Maschinen
- Ein Leichnam regiert die Gesellschaft
- Vielleicht sind wir alle schon die Insassen eines Gesamt-Irrenhauses
- Von Schulden und Jobs

Welche Rolle spielen die Finanzmärkte? Es heißt doch überall, die bösen "Bankster" haben uns die Krise mit ihrer maßlosen Gier eingebrockt

Da der Finanzkrach dem Wirtschaftseinbruch vorangeht, kann der Eindruck entstehen, dass die Finanzmärkte die reale Wirtschaft in den Abgrund gestoßen haben. Tatsächlich aber hielten die Finanzmärkte durch ihre Kreditvergabe die reale Wirtschaft überhaupt am Laufen, indem sie - wie ausgeführt - kreditfinanzierte Massennachfrage erzeugten. Die Finanzmärkte ermöglichten erst die besagten Defizitkonjunkturen, da der Kredit ja generell die wichtigste "Ware" der Finanzwirtschaft bildet.

Erst der Zusammenbruch der Immobilienblasen im Jahr 2008 und die damit einhergehende "Kreditklemme" ließen die Nachfrage wegbrechen, was zur Wirtschaftskrise von 2009 führte.

Das jahrzehntelange Wachstum der Finanzmärkte ist selbst Folge der oben beschriebenen, aus fortschreitenden Rationalisierungsschüben resultierenden Krise der Arbeitsgesellschaft. Kapital strömt nun mal dorthin, wo die höchsten Renditen zu erwarten sind. Den Bankern maßlose Gier vorzuwerfen, ist geradezu absurd, da "Gier" - als die höchstmögliche Kapitalvermehrung - das Wesen des Kapitals bildet.

Dies gilt aber nicht nur für die Finanzbranche, sondern auch für die Warenproduktion. Wenn die Verwertung von Kapital in der realen, warenproduzierenden Wirtschaft stockt und zunehmende Verdrängungskonkurrenz die Renditen absenkt, dann strömt anlagewilliges Kapital nun mal in die Finanzmärkte. Generell gilt, dass Finanzexzesse auf eine Krise in der Warenproduktion hindeuten.

Somit schienen die rasch expandierenden Finanzmärkte die Rolle des beschriebenen Leitsektors der Wirtschaft einzunehmen, da der besagte Strukturwandel in der realen Wirtschaft nicht mehr funktionierte. Diese finanzielle Explosion ab den 80ern - und verstärkt ab den 90ern - des 20. Jahrhunderts war aber auf Dauer nicht tragfähig, obwohl selbstverständlich auch im Finanzsektor viele Arbeitsplätze geschaffen wurden. Dieses explosionsartige Wachstum der Finanzwirtschaft war auf Sand gebaut. Kapitalistischer, sich in Warenfülle äußernder Reichtum muss im Rahmen der dargelegten Kapitalverwertung tatsächlich erarbeitet werden. Die Finanzmärkte können zu diesem Prozess beitragen, indem sie Unternehmen Kreide gewähren, die zur Modernisierung der Produktionsanlagen und/oder Ausweitung der Produktionsmengen verwendet werden.

Aufgrund der beschriebenen systemischen Überproduktionskrise in der realen Wirtschaft verlief die Expansion der Finanzmärkte hauptsächlich in eine andere Richtung: in die reine Spekulation, die letztendlich immer zur Blasenbildung führen muss. Wir haben es seit gut zwei Jahrzehnten mit einer Art Finanzblasenkapitalismus zu tun, der durch das Aufsteigen immer größerer Spekulationsblasen gekennzeichnet ist, die in ihrer Aufstiegsphase als regelrechte Konjunkturmotoren fungieren - und die beim Platzen immer größere Verwüstungen hinterlassen.

Hierbei handelt es sich um einen langwierigen Prozess, in dem die Abhängigkeit des Gesamtsystems von der Verschuldungsdynamik sukzessive ansteigt: angefangen von der Asienkrise Ende der 90er über die Hightech-Blase von 2000 und die 2008 geplatzte Immobilienspekulation bis zur gegenwärtig zusammenbrechenden Liquiditätsblase. Dabei konnten bisher die verheerenden Folgen dieser zusammenbrechenden Spekulationsdynamik nur durch erneute Blasenbildung - durch eine blinde "Flucht nach vorn" in weitere Spekulationsexzesse- hinausgezögert werden.

Wir müssen uns auch vergegenwärtigen, dass die derzeitige Staatsschuldenkrise größtenteils auf das Platzen der Spekulationsblasen auf dem Immobiliensektor zurückzuführen ist. Spanien oder Irland wiesen vor Krisenausbruch in 2008 eine

niedrigere Staatsverschuldung als etwa die Bundesrepublik auf. Erst durch die milliardenschweren "Hilfsmaßnahmen" für die taumelnden Finanzmärkte und die "Sozialisierung" der Krisenverlauste explodierte die Staatsverschuldung in vielen Ländern. Es scheint paradox, aber tatsächlich haben die Staaten die Finanzmärkte im Endeffekt durch weitere Verschuldung auf den Finanzmärkten stabilisiert. Damit wird die europäische Staatsschuldenkrise aber auch automatisch zu einer Finanzmarktkrise, da Staatspleiten sofort die Banken in den Bankrott treiben werden, die Staatsanleihen aufgekauft haben.

Beide Pole kapitalistischer Vergesellschaftung - der Staat wie das Kapital - sind somit in einer Krisensymbiose aneinander gefesselt. Es lohnt, sich in Erinnerung zu rufen, dass staatliche und private Schulden denselben gesamtgesellschaftlichen Effekt zeitigten: die Stimulierung der Wirtschaft. Folglich bilden die nun angehäuften Schuldenberge ebenfalls eine gesamtgesellschaftliche Belastung. Die Schuldenkrise ist nicht nur eine Krise der Staaten oder der Banken, sondern des gesamten Systems.

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass ein wucherungsartig anschwellender Finanzsektor als ein eindeutiges Krisenphänomen zu deuten ist - nicht aber als die Krisenursache. Es ist der stürmisch vom Kapitalismus vorangetriebene Fortschritt der Produktivkräfte, der die Grundlagen der kapitalistischen Produktionsweise unterminiert. Die Krise hat ihre Ursache nicht im Finanzsektor, sondern in den Widersprüchen der warenproduzierenden Industrie. Gerade das exzessive Wuchern der Finanzmärkte hat die unter einer latenten Überproduktion leidende reale Wirtschaft durch schuldengenerierte Nachfrage am Leben gehalten.

Weitere Informationen:

- Von der Immobilienspekulation zum Zusammenbruch der globalen Defizitkonjunktur
- Das Wunder an der Wall Street
- Hurra, der (Pseudo-) Aufschwung ist da!

Was können die finanziell klammen Staaten nun überhaupt noch unternehmen? Welche Optionen hat die Politik noch?

Die Politik kann mit dem ihr zur Verfügung stehenden Instrumentarium die gegenwärtige Krise nicht lösen, sie kann aber sehr wohl den drohenden schweren Wirtschaftseinbruch hinauszögern.

Die Krisenpolitik befindet sich in einer Aporie, in einem unlösbaren Selbstwiderspruch, bei dem sie nur zwischen zwei unterschiedlichen Wegen in die Krise wählen kann: Die Politik kann einerseits die Staatsverschuldung immer höher treiben, um den wirtschaftlichen Absturz zu verhindern. Dieser Ansatz, der zumeist mit einer expansiven Geldpolitik einhergeht, führt letzten Endes zur Inflation oder zum Staatsbankrott - da letzten Endes die Notenpresse angeworfen werden muss, um die Verschuldungsdynamik aufrechtzuerhalten. Andererseits können Regierungen versuchen, die staatlichen Schuldenberge durch drakonische Kürzungen abzubauen. Dies jedoch bewirkt einen sofortigen ökonomischen Einbruch, der auch zu erheblicher Verelendung in der betroffenen Gesellschaft führt.

Die meisten Regierungen entschieden sich zuerst für die Schuldenmacherei: Die Staaten haben nach Krisenausbruch die auf den Finanzmärkten betriebene Verschuldungsdynamik im Endeffekt durch kreditfinanzierte Konjunkturprogramme ab 2008 weiter aufrecht gehalten. Die vormals durch die Finanzmärkte organisierte Defizitkonjunktur, bei der die Anhäufung von Schulden konjunkturbelebend wirkt, wurde nach Krisenausbruch verstaatlicht - bis die Staaten selber an ihre finanzielle Belastungsgrenze stießen. Mit zunehmender Krisenintensität eskalieren auch die Streitereien um die Krisenpolitik. Derzeit kann die deutsche Regierung die Europäische Union auf strikte Sparprogramme verpflichten, während etwa die USA auf einer Fortführung von Verschuldung und Anleiheaufkäufen beharren.

Die Auseinandersetzungen um die konkrete Ausgestaltung der kapitalistischen Krisenpolitik gewinnen auch deswegen an Härte, weil beide Fraktionen in diesem Disput die desaströsen Konsequenzen der Politik der Gegenseite durchaus zurecht fürchten. Fakt ist, dass etliche Länder ihre Haushaltsdefizite aufgrund ausartender Staatsverschuldung tatsächlich nicht mehr auf den Finanzmärkten refinanzieren können - und etwa unter den "Euro-Rettungsschirm" flüchten mussten.

Fakt ist aber auch, dass eine Einstellung der schuldenfinanzierten Konjunkturprogramme zu einer Konjunkturflaute führt, die in Stagnation und Rezession mündet.

Somit befinden sich tatsächlich beide Seiten in dem finanzpolitischen Streit um die Ausgestaltung der künftigen Krisenpolitik bei ihrer Diagnose im Recht: Weitere Staatsverschuldung wird unweigerlich zum Staatsbanktrott oder zur Hyperinflation führen, ein Ende der staatlichen Verschuldung wird in die Rezession führen. Beide Parteien befinden sich aber auch auf dem Holzweg, wenn sie davon ausgehen, dass ihre "Therapien", ihre Politikkonzepte, die fundamentale Krise der Weltwirtschaft lösen könnten, die seit 2008 nur durch ausufernde staatliche Verschuldung verlängert werden konnte.

Aus der Unmöglichkeit, diese Systemkrise mit dem Instrumentarium der Krisenpolitik zu bewältigen, resultieren auch die irrationalen und ins Chauvinistische tendierenden Reflexe, die in Politik und Massenmedien an Breite gewinnen - und bei denen die gegebenen kapitalistischen Ideologien ins Extrem gesteigert werden.

Weitere Infos:

- Politik in der Krisenfalle
- Krise und Wahn

Wieso bildet Europa derzeit das globale Krisenzentrum, obwohl andere Staaten - wie etwa die USA - ähnlich hoch verschuldet sind?

Die Schuldenberge der USA und Europas sind in ähnlich gigantische Dimensionen angewachsen, und auch die Ursachen der Schuldenbildung auf beiden Seiten des Atlantiks sind auf den gescheiterten Strukturwandel und die besagte Krise der Arbeitsgesellschaft zurückzuführen. Konfrontiert mit der obig dargelegten Krisenfalle, hat die Politik in den USA aber einen anderen Weg eingeschlagen als die in der Eurozone.

Der Unterschied zwischen den USA und der EU besteht in der Bereitschaft der

USA, die Verschuldungsdynamik des US-amerikanischen Staates durch Aufkäufe von Staatsanleihen aufrechtzuerhalten - und mittelfristig eine ausufernde Inflation in Kauf zu nehmen. Indem die US-Notenbank Fed notfalls im großen Stil die amerikanischen Staatsanleihen aufkauft, wird die Zinslast der USA niedrig gehalten und ein katastrophaler Wirtschaftseinbruch verhindert, da zumindest die staatliche Verschuldungsdynamik - und somit auch die kreditfinanzierte staatliche Nachfrage - weiter aufrechterhalten werden kann.

In der EU setzte sich hingegen Deutschland mit der Forderung nach sofortiger Haushaltssanierung durch, während die Aufkäufe von Staatsanleihen durch die EZB von Berlin vehement abgelehnt werden. Ohne Anleiheaufkäufe durch die EZB oder den ESM wird die Zinslast der südeuropäischen Schuldenstaaten bald untragbar sein, ein Auseinanderbrechen der Eurozone wird so sehr wahrscheinlich. Ohne fortgesetzte Verschuldung wird die Eurozone in einer schweren Rezession versinken, die sich bereit mit europaweit fallender Industrieproduktion ankündigt. Ein Schuldenabbau wird so vollends illusionär.

Zudem muss beachtet werden, dass der Euro zur Ausbildung gigantischer Ungleichgewichte in der Eurozone beigetragen hat - und dass die Krisenpolitik der EU von eskalierenden nationalen Interessensgegensätzen geprägt ist. In der Eurozone wurden Volkswirtschaften mit sehr unterschiedlichen Produktivitätsniveaus in einem Währungsraum zusammengefasst, sodass die ökonomisch unterlegenen Länder in Südeuropa ohnehin zur Ausbildung von Handelsdefiziten gegenüber den überlegenen Ländern im Zentrum neigten. Der Euro nahm den schwächeren Staaten die Möglichkeit, mittels Währungsabwertungen ihre Konkurrenzfähigkeit wiederherzustellen.

Zusätzlich setzte in der Bundesrepublik wenige Jahre nach der Einführung des Euro ein rabiater Sozialkahlschlag ein, der in der Einführung der Hartz-IV-Gesetze gipfelte und zur allgemeinen Prekarisierung des Arbeitslebens und einer Absenkung des Lohnniveaus beitrug. Hierdurch konnte die deutsche Exportwirtschaft weitere Exportvorteile gegenüber der Eurozone gewinnen und einen gigantischen Leistungsbilanzüberschuss von inzwischen 770 Milliarden Euro akkumulieren. Bei der EU handelte es sich also bereits um eine Transferunion - um

eine Transferunion zugunsten der deutschen Exportindustrie, die nicht zuletzt dank sinkender Löhne und der Prekarisierung der Lohnabhängigen in der BRD ermöglicht wurde.

Diese deutschen Exportüberschüsse in die Eurozone trugen also maßgeblich zur Ausbildung der Schuldenberge in der Eurozone bei - die Exportüberschüsse Deutschlands sind logischerweise die Defizite der Zielländer deutscher Exportoffensiven.

Rückblickend betrachtet war die "europäische Integration" selber ein Reflex auf diese Krise. Das "Europäische Haus" wurde spätestens seit der Euroeinführung auf einem beständig wachsenden Schuldenberg errichtet, der bis zum Platzen dieser Schuldenblase allen Beteiligten die Illusion gab, an einem allgemein vorteilhaften Integrationsprozess beteiligt zu sein: Deutschlands Industrie erhielt dank des Euro Exportmärkte, während Europas Schuldenstaaten ihre kreditfinanzierte Defizitkonjunktur erfuhren.

Weitere Informationen:

- Krisenmythos Griechenland
- Zerbricht Europa an der Krise?
- Transatlantischer Schuldenturmbau im Vergleich
- Die Weltwirtschaftskrise als Schuldenkrise

Wie schlimm wird die Krise werden? Worauf müssen wir uns einstellen?

Kurzfristig wird das System mit Sicherheit in einer schweren Wirtschaftskrise versinken, sobald die Verschuldungsdynamik zusammenbricht, die den Kapitalismus - noch - am Laufen hält. Die anstehende globale Depression könnte durchaus die Schärfe und Dramatik der Weltwirtschaftskrise der 30er Jahre des 20. Jahrhunderts erreichen, inklusive schwerwiegender sozialer und politischer Verwerfungen und Umbrüche. Der Wirtschaftseinbruch in Südeuropa wird nicht mehr von einem späteren Aufschwung abgelöst werden. Stattdessen findet in der Peripherie der EU ein dauerhafter wirtschaftlicher und sozialer Abstieg statt, der die

betroffenen Länder in ihrer zivilisatorischen Entwicklung zurückwerfen wird. Es ist, als ob sich die "Dritte Welt" von Nordafrika über das Mittelmeer bis nach Südeuropa ausbreiten würde. Es findet derzeit ein Prozess des "Abschmelzens" der Wohlstandsinseln der "Ersten Welt" im globalen Maßstab statt.

Die kommende globale Depression bildet dabei nur das jüngste Stadium eines langfristigen, weltgeschichtlichen Prozesses, bei dem das kapitalistische Weltsystem nach einer gut 500-jährigen Entwicklungsperiode an die dargelegte innere Schranke seiner Entwicklungsfähigkeit stößt und an seinen eskalierenden Widersprüchen zugrunde geht. Das System tritt nun in eine Phase des chaotischen Umbruchs ein, wobei die Richtung und der Ausgang dieses Prozesses nicht prognostizierbar sind. Der US-amerikanische Soziologe Immanuel Wallerstein hat diese Periode des systemischen Umbruchs folgendermaßen beschrieben:

»Wir leben in einer Phase des Übergangs von unserem existierenden Weltsystem, der kapitalistischen Wirtschaft, zu einem anderen System oder anderen Systemen. Wir wissen nicht, ob dies zum Besseren oder zum Schlechteren sein wird. Wir werden dies erst wissen, wenn wir dorthin gelangt sind, was möglicherweise noch weitere 50 Jahre dauern kann. Wir wissen allerdings, dass die Periode des Übergangs für alle, die in ihr leben, sehr schwierig sein wird. ... Es wird eine Zeit der Konflikte oder erheblicher Störungen ... sein. Es wird auch, was nicht paradox ist, eine Zeit sein, in der der Faktor des freien Willens zum Maximum gesteigert wird, was bedeutet, dass jede individuelle und kollektive Handlung eine größere Wirkung beim Neuaufbau der Zukunft haben wird als in normalen Zeiten, also während der Fortdauer eines historischen Systems.«

Immanuel Wallerstein, Utopistik, Wien, 2002, S. 43

In gewissem Sinne können die bereits global eskalierenden Auseinandersetzungen und Verwerfungen als Teil dieses Kampfes um die Ausgestaltung des künftigen Weltsystems aufgefasst werden, auch wenn dies den Akteuren dieser Kämpfe zumeist nicht klar ist. Die ungeheure Intensivierung der Umbrüche und Konflikte resultiert aus der Tatsache, dass das gegenwärtige System für immer mehr Menschen unerträglich wird, da es an seine Entwicklungsgrenzen stößt.

Immer mehr Menschen fallen aus dem Prozess der Kapitalakkumulation heraus, sie werden "überflüssig" - während der Druck auf die noch in Arbeit befindlichen Lohnabhängigen immer weiter wächst. Die Perspektivlosigkeit der Jugendlichen im arabischen Raum etwa bildete eine wichtige Triebkraft der Umbrüche in dieser Region. Deutschland kann als eine Burnout-Republik bezeichnet werden, während in Südeuropa zweistellige Arbeitslosenraten erreicht werden.

Mit zunehmender Krisenintensität werden sich diese Widersprüche verschärfen. Der Ausgang dieses chaotischen Transformationsprozesses ist - wie von Wallerstein konstatiert - völlig unklar, da er von den unendlich komplex verwobenen Handlungen der daran beteiligten Menschen abhängig ist. Das kommende Weltsystem kann viel schlimmer (hierachischer und diktatorischer) als das gegenwärtige werden - oder auch besser, egalitärer und demokratischer. Mit Sicherheit kann aber jetzt schon konstatiert werden, dass die aus dieser Transformation hervorgehende Gesellschaft keine kapitalistische sein wird, da es das dargelegte Kapitalverhältnis selbst ist, das an seine inneren Grenzen stößt und die tiefere Ursache der gegenwärtigen Krise bildet.

Letztendlich scheint es angebracht, diese Krise auch als Chance wahrzunehmen; als Chance auf die Errichtung eines besseren, demokratischeren und egalitären Gesellschaftssystems. Bei Abstrahierung von den konkreten Formen kapitalistischer Vergesellschaftung nimmt die Krise ja einen regelrecht absurden Charakter an: Die Gesellschaft erstickt an ihrem Überfluss.

Der Kapitalismus verliert letztendlich seinen ewigen "Wettlauf mit den Maschinen". Weil zu viele Waren mit immer weniger Arbeitskräften hergestellt werden können, versinken immer mehr Bevölkerungsgruppen und Weltregionen in Marginalisierung und Verelendung. Die technischen und materiellen Voraussetzungen zur Errichtung einer Gesellschaft, die die Grundbedürfnisse aller Menschen weltweit befriedigt, sind aber objektiv gegeben.

Weitere Informationen:

- Immanuel Wallerstein on the end of Capitalism

- "In 30 Jahren wird es keinen Kapitalismus mehr geben"
- Schleifung der Überkapazitäten
- Zweite Welle der globalen Wirtschaftskrise innerhalb der nächsten Jahre

3.2 Kurze Geschichte der Weltwirtschaftskrise

Das Ende des "Goldenen Zeitalters" des Kapitalismus und der Aufstieg des Neoliberalismus

Die seit 2007 am Abgrund taumelnde globale Finanzbranche hat einen Schritt nach vorne getan und befindet sich nun im freien Fall. Lehman Brothers, AIG, Northern Rock - wer kann noch all die einstmals mächtigen Finanzkonzerne, Versicherer oder Hypothekenbanken aufzählen, die in immer kürzeren Abständen der Finanzkrise zum Opfer gefallen sind? Angesichts der im atemlosen Tempo voranschreitenden Implosion des in den letzten drei Jahrzehnten errichteten internationalen Finanzsystems scheint es geboten, die Genese und Entwicklung eben dieser einem Kartenhaus gleich zusammenbrechenden globalen Architektur der Weltfinanzmärkte nachzuzeichnen. Neben einem erheblichen historischen Erkenntnisgewinn, den ein solches Unterfangen mit sich bringt, dürften hierbei auch die Ursachen der derzeitigen Weltfinanzkrise erhellt werden. Ist es nur nackte, unkontrollierte "Gier" einiger Spekulanten, die für die gegenwärtigen ökonomischen Verwerfungen verantwortlich ist? Ist die mit neoliberaler Deregulierung und Liberalisierung einhergehende Expansion der Finanzmärkte schuld an der Misere? Oder liegen die Ursachen dieser spätkapitalistischen Malaise tiefer - womöglich in der innersten Struktur der kapitalistischen Produktionsweise - verborgen?

Der Aufstieg des neoliberalen, durch die Dominanz der Finanzmärkte geprägten Weltwirtschaftssystems - dessen Finanzüberbau gerade über uns zusammenbricht - resultierte aus der tiefgreifenden, ökonomischen Krise der frühen 70er Jahre, die nahezu alle westlichen Industrieländer erfasste. Diese Krise beendete eine seit den frühen 1950ern anhaltende Periode wirtschaftlicher Prosperität in Westeuropa und den USA, für die der Historiker Eric Hobsbawm den Begriff des "Goldenen Zeitalters des Kapitalismus" prägte. Die führenden westlichen Wirtschaftsnationen

verbuchten zwischen 1950 und 1970 im Schnitt ein Wirtschaftswachstum von vier Prozent, das wesentlich zur Vollbeschäftigung, ja zum Arbeitskräftemangel in etlichen Industrienationen beitrug. Es lohnt sich, einen kurzen Blick auf dieses "Goldene Zeitalter" zu werfen, das angesichts der nun heraufziehenden Weltwirtschaftskrise wieder als Modell einer alternativen kapitalistischen Entwicklung in der öffentlichen Diskussion steht.

Wirtschaftswunderland

Es war nicht nur der Wiederaufbau des durch den Weltkrieg verwüsteten (West-) Europa und Japan, der zu dieser einmaligen Konjunktur beitrug. In dieser Periode fand auch eine "innere Expansion" innerhalb der avancierten marktwirtschaftlichen Gesellschaften statt, innerhalb derer weitere, zuvor ausgeklammerte, Gesellschafts- und Lebensbereiche marktwirtschaftlich erschlossen wurden. Zudem trug der immer enger mit der Wirtschaft verflochtene, wissenschaftlich-technische Fortschritt zur Herausbildung neuer Märkte bei. Dank dieser Entwicklungen wurde beispielsweise zwischen 1950 und 1970 die Hausarbeit durch die Haushaltsgeräteindustrie revolutioniert. Die Nahrungsmittelbranche, die Unterhaltungselektronik, der zivile Flugzeugbau, die ersten Einzelhandelskonzerne oder der Massentourismus erlebten ihren wirtschaftlichen Durchbruch. Neue Werkstoffe, wie Kunstfasern oder Plastik, führten zu einer weiteren Umwälzung bereits etablierter Industriezweige.

Im Zentrum dieses lang anhaltenden, stürmischen Wachstums, das auf der Erschließung neuer Märkte innerhalb der Industrieländer beruhte (innere Expansion), stand die Massenmotorisierung. Von diesem Industriezweig, von der Autobranche, ging der größte Impuls für die Massenbeschäftigung bis in die 70er aus. Das vorherrschende Produktionsprinzip bei den Fahrzeugherstellern wie auch in vielen anderen Gewerbezweigen war der Fordismus: Mittels Fließbandproduktion und unter massenhaftem Einsatz von Arbeitskraft wie Maschinen wurden Massengüter hergestellt, die - dank relativ hoher Löhne - in ihren Produzenten zugleich ihre Konsumenten fanden. Dieses Produktionsprinzip ist nach dem US-Industriellen Henry Ford benannt, der als erster das Fließband bei der Fahrzeugherstellung einsetzte. Selbstverständlich machten auch zwischen 1950

und 1970 Rationalisierung und technische Innovationen vor den Fabriktoren nicht halt, doch wurden die hierdurch wegfallenden Arbeitsplätze durch die Nachfrage nach Arbeitskräften in anderen, neu entstandenen Wirtschaftszweigen bei weitem übertroffen.

Neben den Millionen Arbeitern, die beispielsweise an den Fließbändern in Rüsselsheim oder Detroit massenweise Autos montierten, muss auch noch der beschäftigungspolitische Effekt des staatlich finanzierten Aufbaus der gesamten Verkehrsinfrastruktur (Straßen, Brücken, Tunnel, Tankstellennetz, Raffinerien ...) berücksichtigt werden, der zum Großteil in dieser Zeitspanne geleistet wurde. Die massenhafte "fordistische" Herstellung von Fahrzeugen kann somit getrost als die Schlüsselindustrie dieses "Goldenen Zeitalters des Kapitalismus" bezeichnet werden. Bis in die heutige Zeit hinein bildete der Fahrzeugbau, trotz der ab den 1980ern rasant zunehmenden Automatisierung und Rationalisierung, das "Rückgrat" der Industrie - vor allem in Deutschland und Japan.

Dem Fordismus in der Produktion entsprach eine Wirtschaftspolitik, die in Anlehnung an deren Schöpfer, den Ökonomen John Maynard Keynes, als Keynesianismus bezeichnet wurde. Dieser ökonomische Kurs galt als die wirtschaftspolitische Antwort auf die Verheerungen der Weltwirtschaftskrise von 1929, an deren Bewältigung die klassische, liberale Wirtschaftspolitik scheiterte. Im Kern handelte es sich hierbei um einen nachfrageorientierten Politikansatz, der dafür Sorge zu tragen hatte, dass die massenhaft hergestellten Güter auch auf eine massenhafte, kaufkräftige Nachfrage trafen.

Einerseits investierte der Staat selber im großen Umfang (bspw. in die Verkehrsinfrastruktur), um so vermittels staatlicher Nachfrage die Wirtschaft zu stimulieren. Der Staat sollte im Rahmen einer kontrazyklischen Finanzpolitik in Zeiten einer drohenden Rezession mit massiven Konjunkturprogrammen kreditfinanzierte Nachfrage generieren (deficit spending), und während eines Wirtschaftsaufschwungs die so entstandenen Schulden dank höherer Steuereinnahmen abbauen.

Andererseits wurden die Aktivitäten von Gewerkschaften, der Aufbau

korporatistischer Strukturen in den Betrieben, politisch gefördert. Arbeitnehmervertreter und Unternehmer sahen sich nicht mehr als "Klassengegner", wie in den Jahrhunderten zuvor, sondern als ein Team, dass an "einem Strang ziehend" und "in einem Boot sitzend" gemeinsam für das Wohl des Unternehmens verantwortlich sein sollte.

Dieser so genannte Korporatismus (in Deutschland "Sozialpartnerschaft" tituliert) hatte eine materielle Grundlage, da die Gewerkschaften tatsächlich bis in die 1970er Jahre hinein ansehnliche Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzungen für die Arbeiterschaft durchsetzen konnten. Somit ging ein erheblicher Teil der durch die enormen Produktivitätsfortschritte gestiegenen Gewinne in Form von Lohnerhöhungen an die Arbeiterschaft, wodurch wiederum die private Nachfrage stimuliert wurde. Der wissenschaftlich-technische Fortschritt führte also nicht zu Massenentlassungen aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen und Automatisierung, sondern - vorerst - zu einer Ausweitung der Massennachfrage.

Der - streng reglementierte - Finanzsektor fungierte damals als eine Quelle von Krediten, die in die industrielle Produktion und gesellschaftliche Infrastruktur flossen. Der Politikwissenschaftler Georg Fülberth fasste die keynesianistische Geld- und Fiskalpolitik folgendermaßen zusammen:

»Unternehmen und Staat nehmen Kredite auf, investierten diese und erzeugen damit eine Nachfrage, die mit ihren Angeboten gedeckt wurde. Vollbeschäftigung und hohe Profite sollten dann anschließend für Zins, Tilgung und sogar für die Expansion der Staatsaufgaben ausreichen.«
Fülberth

Zudem fand in dieser Periode der staatlich forcierte Ausbau des Bildungswesens und Gesundheitssektors, wie auch die Ausformung des Sozialsystems in den meisten Industrieländern statt. Hier wurde wiederum Beschäftigung generiert. Steigende Löhne, ein umfangreiches Sozialsystem, Vollbeschäftigung und sattes Wirtschaftswachstum - es sind vor allen die sozialdemokratischen Kritiker des Neoliberalismus, die in diesem untergegangenen keynesianistischen "Goldenen

Zeitalter" ein Modell für die Zukunft erblicken und beispielsweise hartnäckig Konjunkturprogramme fordern.

Fordismus und Keynesianismus in der Krise

Was führte nun zu der Anfang der 70er ausbrechenden Krise dieses scheinbar perfekten, marktwirtschaftlichen Wirtschaftswunderlandes? Für die nahezu alle westlichen Industrieländer spätestens seit 1973 erfassenden wirtschaftlichen Verwerfungen etablierte sich der Begriff der Stagflation - einer überhand nehmenden Inflation, die mit einer stagnierenden, wenn nicht gar rückläufigen Konjunktur verbunden war. Beide Phänomene standen in einer engen Wechselwirkung.

Die inflationäre Dynamik ist ursächlich auf die fallende Profitrate der Unternehmen zurückzuführen. Seit der zweiten Hälfte der 60er fielen insbesondere in den USA die Gewinne in Relation zu dem von den Unternehmen eingesetzten Kapital - sozusagen die "Verzinsung" des Industriekapitals - immer weiter ab.

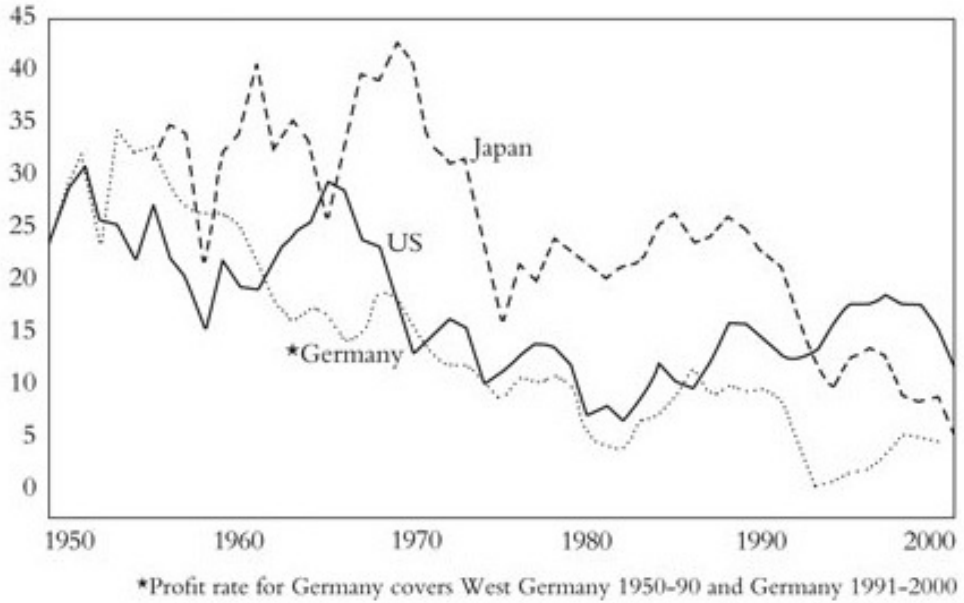
An dieser Stelle scheinen ein paar grundsätzliche Erläuterungen angebracht. Der Gewinn ist das entscheidende Prinzip, der innerste Antrieb einer Marktwirtschaft - wenden Unternehmen doch ihr Kapital in der Produktion von Waren ausschließlich zu dessen Vermehrung durch deren Verkauf auf dem Markt auf. Die Produktion von Waren ist somit nur Mittel zum Zweck: zur Vermehrung von Kapital. Dies ist ein ökonomischer Kreislauf, der seit Beginn der kapitalistischen Produktionsweise besteht: Kapital, eingesetzt zur Produktion von Waren, muss nach deren Veräußerung einen Gewinn abwerfen. Der nun um den Gewinn vergrößerte Kapitalbestand wird wiederum in die Produktion von noch mehr Gütern eingesetzt. Die Auswirkungen des Reinvestierens von Gewinnen zwecks Erhöhung der Produktivität (und der Konkurrenzfähigkeit) eines Unternehmens erläuterten die Theoretiker Gerry Gold und Paul Feldman in ihrem Buch A House of Cards:

»*Durch Kapitalinvestitionen erhöhte Produktivität lässt die Profitrate fallen, da weniger Arbeiter als Quelle des Werts verfügbar sind, in Relation zum totalen*

Ausmaß der Investitionen. Zur selben Zeit bringt ein erhöhter Ausstoß der Produktion eine Reduktion der Kosten, und folglich auch des Werts, den jede Ware verkörpert, mit sich. Wenn die Preise fallen, müssen immer mehr Waren abgesetzt werden, um die Einkommen aufrecht zu erhalten. Wachstum ist deswegen absolut essentiell, um die Profite aufrecht zu erhalten oder gar zu erhöhen. Das ist der Kernpunkt der Probleme des Kapitalismus.«

Gerry Gold und Paul Feldman

Entgegen all dem, was unsere Banker und Finanzberater uns in den letzten Dekaden einzureden versuchten, basiert der reelle Wert von Waren und Dienstleistungen immer noch auf der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft. Wichtig ist hierbei auch die gesamtgesellschaftliche Perspektive. Mit der erhöhten Produktivität geht auch die Beschäftigung in den etablierten Industriezweigen zurück. Neue, wiederum durch technischen Fortschritt erschlossene Industriezweige müssen diesen Arbeitskräfteüberschuss aufnehmen können, um die Stabilität des kapitalistischen Systems aufrecht erhalten zu können. Dem Kapitalismus wohnt also gleich in mehrfacher Hinsicht ein Zwang zur permanenten Expansion inne, der sich im öffentlich fetischisierten "Wirtschaftswachstum" äußert, und dessen Kern die gewinnbringende Investition von Kapital, die Kapitalverwertung, bildet.



US-amerikanische, deutsche und japanische Profitrate im produzierenden Gewerbe. Grafik: IMF

Wie aus der Grafik ersichtlich wird, ging seit Ende der 60er bis in die 80er der kapitalistische Super-GAU vor sich, die Profitrate fiel in den USA beständig. Hier wirkte tatsächlich der von Gerry Gold und Paul Feldman im obigen Zitat dargelegte, durch konkurrenzvermittelte Produktivitätssteigerungen ausgelöste, tendenzielle "Fall der Profitrate". Die - in Relation zum eingesetzten Gesamtkapital - sinkenden Gewinne resultieren andrerseits aber auch aus der Erschöpfung der "Inneren Expansion" des Kapitalismus, von der oben die Rede war. Die marktwirtschaftlich neu erschlossenen Lebensbereiche (Haushalt, Unterhaltungsindustrie, Tourismus) und Industriezweige (PKWs, zivile Luftfahrt, Kunststoffe) erlebten nach einer Phase stürmischer Eroberung eine gewisse Marktsättigung, in der solch hohes Wirtschaftswachstum wie in den 50ern oder 60ern nicht mehr möglich war. Hieraus resultiert gerade die der Inflation beiwohnende, ökonomische Stagnation, die die frühen Siebziger charakterisierte. Die neuen Märkte waren erschlossen, die Infrastruktur aufgebaut und die Kriegsschäden des Zweiten Weltkriegs längst repariert. Es fehlten schlicht weitere Expansionsmöglichkeiten für das anlagefreudige Kapital.

Konfrontiert mit weiterhin erhobenen Gewerkschaftsforderungen nach substanziellen Lohnerhöhungen, gingen die Unternehmen dazu über, die Mehrausgaben für die Gehälter auf die Preise ihrer Waren draufzuschlagen. Eine Art lohnpolitisches, die Inflation antreibendes "Wettrüsten" setzte ein, in dem Gewerkschaften ihre Lohnforderungen an die immer schneller galoppierende Inflation anzupassen trachteten. Hinzu kam 1973 die "Ölkrise", als die OPEC den Preis für Erdöl massiv zu erhöhen versuchte und somit der Teuerung in den Industriestaaten weiteren Auftrieb verschaffte.

Zudem - und diese Entwicklung war und ist bis zum heutigen Tage entscheidend - erwies sich der immer enger mit der Industrie verzahnte, zu höherer Produktivität und somit zu kurzfristigen Wettbewerbsvorteilen führende wissenschaftlich-technische Fortschritt als ein zweischneidiges Schwert. Konnten Produktivitätssteigerungen und neue Technologien bis in die 70er Jahre zur Erschließung neuartiger Märkte beitragen und immer mehr Arbeitsplätze schaffen, als durch Rationalisierungen in älteren Industrien wegfielen, so beginnt diese Entwicklung ab 1973 zu kippen. Ab diesen Zeitpunkt - dem letzten Jahr mit Vollbeschäftigung innerhalb der OECD - kehrt die seit Jahrzehnten nicht mehr in den Industrieländern gekannte Massenarbeitslosigkeit zurück. Die immer schneller um sich greifende Rationalisierung und Automatisierung führte dazu, dass immer mehr Waren in immer kürzerer Zeit durch immer weniger Arbeitskräfte hergestellt werden konnten.

Neue Industriezweige wie die Mikroelektronik und die IT-Branche beschleunigten diese Tendenz noch weiter, da die neuen Technologien weitaus weniger Arbeitsplätze schufen, als durch deren gesamtwirtschaftliche Anwendung wegrationalisiert wurde. Diese eigentlich positive Entwicklung - es können mehr Produkte in kürzerer Zeit von weniger Menschen hergestellt werden - trug somit zur Krise der kapitalistischen Volkswirtschaften in den 1970er Jahren bei. Mit der zunehmenden Massenarbeitslosigkeit, mit der abnehmenden Menge an Arbeitskraft, die in der Warenproduktion aufgewendet werden muss, untergräbt unsere kapitalistische "Arbeitsgesellschaft" ihr eigenes Fundament. Der Kapitalismus könne sich "an alles anpassen, nur nicht an sich selbst", konstatierte

der Krisentheoretiker Robert Kurz.

Das durch keynesianistische Wirtschaftspolitik und fordistische Produktionsmethoden gekennzeichnete, kapitalistische Weltsystem befand sich also in den 70ern in einer fundamentalen Krise, die aus der Erschöpfung der "inneren Expansion" und einer fallenden Profitrate resultierte und in unübersehbare Stagnationstendenzen und die aufkommende Massenarbeitslosigkeit mündete. In Kern waren es die selben Kräfte, die zuvor das stürmische Wachstum des Kapitalismus in seinem "Goldenen Zeitalter" befeuerten, die nun auch dessen Krise einleiteten: Die durch die Konkurrenz angetriebene, produktivitätssteigernde Rationalisierung und Automatisierung der Produktion sollte - wie wir noch später genauer sehen werden - ab den späten 80er einen immer größeren Teil der arbeitsfähigen Bevölkerung marginalisieren.

Neoliberale Offensive

Als eine zentrale Voraussetzung des Übergangs vom keynesianischen zum neoliberalen Kapitalismusmodell gilt die Aufhebung der Goldbindung des US-Dollar in 1971. Bis zu diesem Zeitpunkt war der Greenback in seiner Funktion als Weltleitwährung fest an die Goldreserven der USA gekoppelt, während alle anderen Währungen der OECD wiederum in festen Wechselkursen zum Dollar standen. Die US-Regierung garantierte, 35 US-Dollar im zwischenstaatlichen Handel jederzeit in eine Feinunze Gold umzutauschen. Man könnte auch sagen, das bis 1971 das Geld in den westlichen Industrienationen nur ein Symbol für Gold - also für eine Ware - war, mit dem man als Konsument beispielsweise beim Einkauf in "Warentausch" trat. Die Ware Gold spielte, vermittels des US-Dollars und fester Wechselkurse, die Rolle eines allgemeinen Äquivalents, in dem alle anderen Waren ihren Wert ausdrückten.

Doch seit den 1960er Jahren ging die US-Regierung dazu über, die ausufernden Kosten des Vietnamkrieges und parallel initiierter Sozialreformen durch eine Inflationierung des Dollars zu decken. Durch die angeworfenen Notenpressen in den USA überstieg schon in den 1960er Jahren der Nennwert des US-Dollars im europäischen und japanischen Besitz die US-Goldreserven. Am 17. August 1971

sah sich die Nixon-Administration folglich genötigt, die Goldbindung des US-Dollars aufzuheben. Am 11. März 1973 lösten die führenden Industrienationen wiederum ihre festen Wechselkurse an den US-Dollar und gingen zum freien "Floaten" der Währungen auf den schnell sich etablierenden Devisenmärkten über. Seit diesem schicksalhaften Jahren sind Währungen - diese bunt bedruckten Papierzettel, denen nachzujagen wir genötigt werden - durch nichts Substanzielles gedeckt. Geld ist somit eine reine Vertrauenssache.

Die Aufhebung der Goldbindung des US-Dollar führte einerseits zum Wegfall der regulierenden und stabilisierenden Funktion des globalen Systems fester Wechselkurse, und sie beschleunigte andererseits die rasche Ausbreitung und Etablierung der Finanzmärkte, da Währungen nun sehr schnell zu einer Spekulationsware wurden. Zudem war nun die Steuerung der Geldmenge keinen substanziellen Beschränkungen aufgeworfen, sie konnte aus rein wirtschaftspolitischen Erwägungen - vermittels Zinspolitik - potentiell unbegrenzt erhöht werden. Es ist gerade diese Geldpolitische Narrenfreiheit, die Jahrzehnte später wesentlich zu den enormen Dimensionen der gegenwärtigen Finanzkrise beitragen sollte.

Die Gegenbewegung, die den ökonomischen "Gordischen Knoten" der Stagnation der 70er duchzuschneiden trachtete und später unter dem Namen "Neoliberalismus" bekannt werden sollte, konnte ihre ersten, praktischen Schritte ebenfalls 1973 wagen. Nachdem am 11.09.1973 der sozialistische Präsident Chiles Salvador Allende gestürzt und eine bis 1990 andauernde faschistische Diktatur unter General Augusto Pinochet errichtet wurde, fungierte das südamerikanische Land als ein Experimentierfeld neoliberaler Politik. In Pinochets Chile wurden Deregulierung, Privatisierung, Steuersenkungen, Monetarismus und Sozialkahlschlag ausgiebig von den Chicago Boys erprobt, bevor dieser Politikmix unter US-Präsident Ronald Reagan und der britischen "eisernen Lady" Margaret Thatcher in den ersten Industrieländern zur Anwendung gelangte.

Aufgrund ihrer herausragenden Bedeutung für die Herausbildung des von den Finanzmärkten dominierten globalen Wirtschaftssystems soll hier die Politik der 1980 ins Amt gewählten Reagan-Administration kurz skizziert werden. Die

"Neoliberalen" sahen den Ausweg aus der Stagnation der 70er gewissermaßen in einem "Zurück in die Vergangenheit": in Steuerentlastungen für die Vermögenden und die Unternehmen, in einer Deregulierung der Finanzmärkte, in Kürzungen im Sozialbereich und ersten Privatisierungen. In ihrer Essenz zielten die meisten Maßnahmen der "Reaganomics" auf die Erholung der Profitrate ab, und wie wir aus der obigen Grafik ablesen können, zeitigte diese Politik einen gewissen Erfolg. Ab den 1980er Jahren erholen sich die Gewinne der US-Unternehmen, auch wenn die hohen Profitraten der 50er und 60er nicht mehr erreicht werden konnten. Der linke Theoretiker Chris Harman bemerkte hierzu:

» Wieso erholten sich die Profitraten? Ein wichtiger Faktor war die Erhöhung der Ausbeutungsrate innerhalb der Ökonomie, wie durch den steigenden Anteil des Kapitals - und dem fallenden der Arbeit - am Bruttosozialprodukt ersichtlich wird.«

Chris Harman

Ein immer größerer Teil des "volkswirtschaftlichen Kuchens", des erwirtschafteten BSP, ging also an die Unternehmen, der Anteil der Lohnabhängigen am gesellschaftlichen Reichtum nahm ab. So stagnieren seit der Reagan-Ära die realen, inflationsbereinigten Löhne der amerikanischen Bevölkerung. Heute verdienen die Lohnabhängigen der USA de facto weniger als 1973. Ermöglicht wurde dies durch eine gewerkschaftsfeindliche Politik der Reagan-Administration, in deren Gefolge der gewerkschaftliche Organisationsgrad der US-Arbeiterschaft immer weiter sank. Zudem leiteten die Reaganomics die berüchtigte "Deregulierung" des Arbeitsmarktes ein, die die lebenslangen, geregelten Arbeitsverhältnisse des keynesianistischen "Goldenen Zeitalters" massiv zurückdrängte und prekäre Beschäftigung in ganzen Gewerbezweigen etablierte.

Die massiven Steuergeschenke für Spitzenverdiener (Spitzensteuersatz sinkt von 70% auf 28%) wurden im Rahmen der Trickle-Down-Theorie legitimiert. Demnach würde der massiv zunehmende Reichtum der Obersten Zehntausend durch die Ökonomie hindurch bis zu den Ärmsten "hindurchsickern". Die massive Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung in den USA findet in

den Reaganomics ihren Ursprung.

Daneben bildete sich auch erstmals eine enorme Staatsverschuldung der Vereinigten Staaten innerhalb der Reagan-Ära aus, da die massiven Steuersenkungen, die innerhalb der 1980er Jahre umgesetzt wurden, mit einer enormen Rüstungsanstrengung Washingtons einher gingen, mit der die Sowjetunion "zu Tode gerüstet" werden sollte. Somit behielten die Neoliberalen ein wichtiges Element keynesianistischer Politik bei: die kreditfinanzierten Konjunkturprogramme, von denen aber diesmal nur der Militärisch-Industrielle-Komplex der USA profitierte.

Die von den US-Neoliberalen postulierte Reduzierung der Ausgaben der öffentlichen Hand galt somit nicht für den militärischen Sektor, sondern vor allem für den Sozialstaat. Generell kann bereits der Periode der Reaganomics eine starke Krisenanfälligkeit attestiert werden. Bereits 1981 brach eine schwere Rezession aus, die Arbeitslosenraten von bis zu 10 Prozent im Jahr 1982 zur Folge hatte. Eine erneute Rezession, die auf spekulative Exzesse der Reaganomic zurückgeführt werden kann, brach Anfang der 1990er Jahre aus und vereitelte die Wiederwahl von Präsident Bush Senior.

Die Finanzmärkte heben ab

Die milliardenschweren Steuererleichterungen für Reiche und Konzerne flossen nicht als Investitionen in die unter geringen Profitraten und gesättigten Märkten leidende Industrie, wie in neoliberaler Ideologie postuliert, sondern auf die deregulierten Finanzmärkte, auf denen weitaus größere Profite winkten.

Seit den 1980er Jahren nimmt der Umfang der Aktienmärkte dramatisch zu, etablieren sich Spekulationen auf den Devisen- und Warenterminmärkten (bei Schweinebäuchen und gefrorenen Orangensaft beispielsweise). 1987 erfolgt mit dem "Schwarzen Montag" der erste Warnschuss, die erste spekulative Überhitzung auf dem US-Aktienmarkt seit den 1930er Jahren. Nach jahrelangem, stürmischem Wachstum, während dessen der Dow Jones sich zwischen 1985 und 1987 verdoppelte, fiel der US-Leitindex innerhalb eines Tages um 22,6 Prozent. Dies war

der größte prozentuale Einbruch des Dow innerhalb eines Tages in dessen Geschichte. Doch schon binnen 15 Monaten waren diese Verluste egalisiert und ernsthafte Rückwirkungen auf die Ökonomie blieben erst einmal aus.

Ganz anders verhielt es sich mit der Sparkassenkrise, die Ende der 1980er Jahre die USA erschütterte und zur besagten Rezession von 1990 bis 1991 beitrug. Die unter der hohen Inflation des ausgehenden Keynesianismus in den 1970er Jahren leidenden 3.800 kommunalen US-Sparkassen waren mit erheblichen Einlagenabflüssen an die höhere Verzinsung versprechenden Geldmarktfonds konfrontiert. Die Reagan-Administration reagierte klassisch "neoliberal", indem sie die strikte Regulierung der kommunalen Geldinstitute größtenteils aufhob, die als eine Lehre aus der Depression von 1929 erlassen worden war. Die Sparkassen stürzten sich folglich ins Getümmel der boomenden Finanzmärkte und expandierten in hohem Tempo. Die Anzahl der an angehende Häuslebauer vergebenen Hypotheken nahm rasant zu, da gleichzeitig die Immobilienpreise anstiegen. Zudem gingen die kommunalen Finanzinstitute dazu über, mit risikoreichen Junk-Bonds, also mit hochriskanten Unternehmensanleihen, zu spekulieren.

Fallende Immobilienpreise ab 1985 ließen schließlich diese spekulative Blase platzen und die Sparkassen massenweise in die Insolvenz schlittern. 2.412 kommunale Geldhäuser gingen Pleite, die Kosten für den US-Steuerzahler sollten sich auf bis zu 326 Milliarden US-Dollar summieren. Mit den Sparkassen brach auch die Konjunktur in den USA ein. Dieser Vorläufer der gegenwärtigen Krise aus den 1980er Jahren hatte natürlich weitaus geringere Ausmaße. Die gegenwärtigen "Bailouts" für das US-Finanzkapital bewegen sich bereits im Rahmen mehrerer Billionen US-Dollar.

Aufmerksame Beobachter konnten schon damals die fundamentale Veränderung innerhalb der marktwirtschaftlichen Ökonomie ausmachen, die die "finanzielle Explosion" der 80er Jahre mit sich brachte. Bereits 1985 beschrieb insbesondere Paul Sweezy die Ursachen der aufkommenden Dominanz der Finanzindustrie, sowie deren Wechselwirkung mit der realen Wirtschaft. Der US-amerikanische Ökonom und Herausgeber des renommierten Theoriezeitschrift Monthly Review

(in der u.a. Albert Einstein publizierte, konnte in einem im Dezember 1985 erschienenen und "The Financial Explosion" betitelten Artikel den Zusammenhang zwischen der Stagnation der 1970er Jahre und den nun massiv expandierenden Finanzmärkten der 80er herstellen.

Die ab 1970 stagnierende Ökonomie wirkte laut Sweezy als eine "Brutstätte" der finanziellen Explosion während der Reagan-Ära, für die sich schnell im angelsächsischen Raum der Begriff der "Financialisation of Capitalism", der Finanzialisierung des Kapitalismus, etablierte. Das Finanzkapital unterliegt demselben Wachstumszwang - der oben beschriebenen Notwendigkeit zur Expansion - wie die verarbeitende Industrie. Die Ware der Banken ist das Geld, und der wichtigste Hebel zu einem weiteren Wachstum der Gewinne liegt schlicht in der Ausweitung der Kredite, also in der erfolgreichen Vermarktung weiterer Schulden. Da aber im Zeitalter des Keynesianismus hauptsächlich Kredite an Unternehmen und Staaten vergeben wurden, gerieten die Banken ebenfalls in die Stagnation, sobald die Investitionstätigkeit von Konzernen und Regierungen nachließ

Der Finanzsektor, aufgebläht durch die raschen Kapitalzuflüsse, die der erwähnten Fiskalpolitik der Reagan-Administration geschuldet waren, zeigte sich bei der Erweiterung seiner Märkte, bei der Jagd nach neuen Kreditnehmern, sehr innovativ. Zum einen setzte das Finanzkapital - nach erschöpfter "innerer Expansion" - auf eine "äußere Expansion", indem die größtenteils korrupten, prowestlichen Regimes in der Dritten Welt mit Krediten überschüttet wurden, die die Grundlage für die Schuldenfalle und den Staatsbankrott vieler Entwicklungsländer in den folgenden Jahrzehnten legten.

Die finanzielle Explosion

Auf dem Binnenmarkt wurden die teilweise bereits erwähnten, neuartigen Betätigungsfelder geschaffen, wie die Spekulation auf den Warenterminbörsen und Devisenmärkten, die Zockerei mit Optionen oder auch die durch Banken finanzierten Unternehmensübernahmen - die Geburtsstunde des berüchtigten Investmentbanking. All diese neuen "Märkte" und deren entsprechende Waren und

Dienstleistungen gingen mit exzessivem Einsatz von Kredit und daraus resultierender Verschuldung einher, die heute in der Branche als Leverage (Hebelung) verniedlicht wird. Mehr noch, Sweezy erkannte zudem, dass es sich bei dieser finanziellen Explosion, bei der damit einhergehenden Verschuldung, um einen selbstverstärkenden Prozess handelt, der ein enormes Wachstumspotential beinhaltet:

»Der Kernpunkt ist, ... dass die Finanzsphäre das Potential hat, sich zu einem autonomen Subsystem der ganzen Ökonomie zu entwickeln, mit einer enormen Kapazität zur Selbstexpansion. Ist der Prozess der Expansion erstmal voll in Gang gesetzt, wie es zwangsläufig im Kontext des Wiederauftretens der Stagnation in der 1970ern passieren musste, tendiert er dazu, aus sich selbst heraus zu wachsen: Wie Krebs, besitzt es keine internen Kontrollmechanismen. Es kann nur durch externe Interventionen unter Kontrolle gebracht werden.«

Paul Sweezy

Wieso erfolgte kein externer Eingriff? Wieso griffen alle US-Regierungen nicht ein und wieso gingen sie sogar im Folgenden dazu über, immer weitere Beschränkungen des Finanzsektors aus der Ära des New Deal zu beseitigen? Bei der Beantwortung dieser Fragen benannte Sweezy den wichtigsten Effekt der Finanzialisierung des Kapitalismus auf die reale Ökonomie, der den nun einstürzenden Finanzüberbau über solch eine lange Zeit hat wuchern lassen: Der wild und unkontrolliert expandierende Finanzsektor wirkt stimulierend auf die Konjunktur, er hilft indirekt, zumindest mittelfristig die Effekte der wirtschaftlichen Stagnation zu mildern. Zum einen sind es die in der Finanzbranche entstehenden Arbeitsplätze, sowie der Bedarf an Büros, Ausstattung, Transport oder Kommunikation, die der Konjunktur auf die Beine halfen. Zusätzlich nennt Sweezy noch den enormen Anstieg von Reichtum, der zumindest kurzfristig innerhalb des Finanzsektors generiert wird, und der den Konsum beflügelt. In den folgenden Kapiteln werden diese Mechanismen genauer untersucht werden.

Die "finanzielle Explosion" sei in der Tat eine der "Stagnation entgegentretende

Kraft", konstatierte der Harvard-Absolvent und Schumpeter-Schüler. In den kommenden Jahrzehnten werden sich diese Rückwirkungen der spekulativen Blasenbildung auf die reale Ökonomie zusehends verstärkten - mit Hilfe der Wirtschafts- und Geldpolitik. Hier nochmals Sweezys nahezu prophetischen Worte, die den Krisenverlauf der kommenden Dekaden - die Reaktionen der Politik bei jeder künftig platzenden Spekulationsblase - erstaunlich genau vorhersagen:

»Wir sehen nun genau wieso, obwohl jeder die zunehmend abscheulicheren Exzesse der finanziellen Explosion bedauert, nichts passiert - oder gar ernsthaft vorgeschlagen wird - um sie unter Kontrolle zu bringen. Das Gegenteil ist der Fall: Jedes Mal, wenn eine Katastrophe droht, springen die Autoritäten bei, um das Feuer zu löschen - und verschütten währenddessen noch mehr Benzin für das nächste auflodern der Flammen. Der Grund hierfür ist einfach der, dass, wenn die Explosion unter Kontrolle gebracht würde... die gesamte Ökonomie ins Chaos stürzte. Die Metapher von dem Mann, der einen Tiger reitet, trifft diesen Prozess haargenau.«
Paul Sweezy

Explosionsartige Ausweitung der Finanzmärkte in der Clinton-Ära

Das "Goldene Zeitalter" des Kapitalismus, die durch Wiederaufbau und rasante "innere Expansion" gekennzeichnete Periode der sozialstaatlichen, keynesianistischen Marktwirtschaft, ging seit den 70ern in Stagnation und Inflation über. Die durch den wissenschaftlich-technischen Fortschritt beförderten Produktivitätsfortschritte führten erstmals seit Kriegsende zu Massenarbeitslosigkeit und einer fallenden Profitrate in den meisten Industriestaaten. Der ab den 1980er Jahren in den USA und Großbritannien praktizierte Neoliberalismus zielte auf die Erhöhung der Profitrate der Unternehmen durch Stagnation bei den Löhnen, Sozialabbau, Steuererleichterungen für Unternehmen und der Deregulierung der Arbeitsmärkte. Die Aufhebung des Goldstandards sowie die Deregulierung der Finanzbranche führten zu der "Finanziellen Explosion", die langsam als ein Motor der stagnierenden realen Ökonomie zu wirken begann.

Neoliberale Widersprüche und die Stagnation

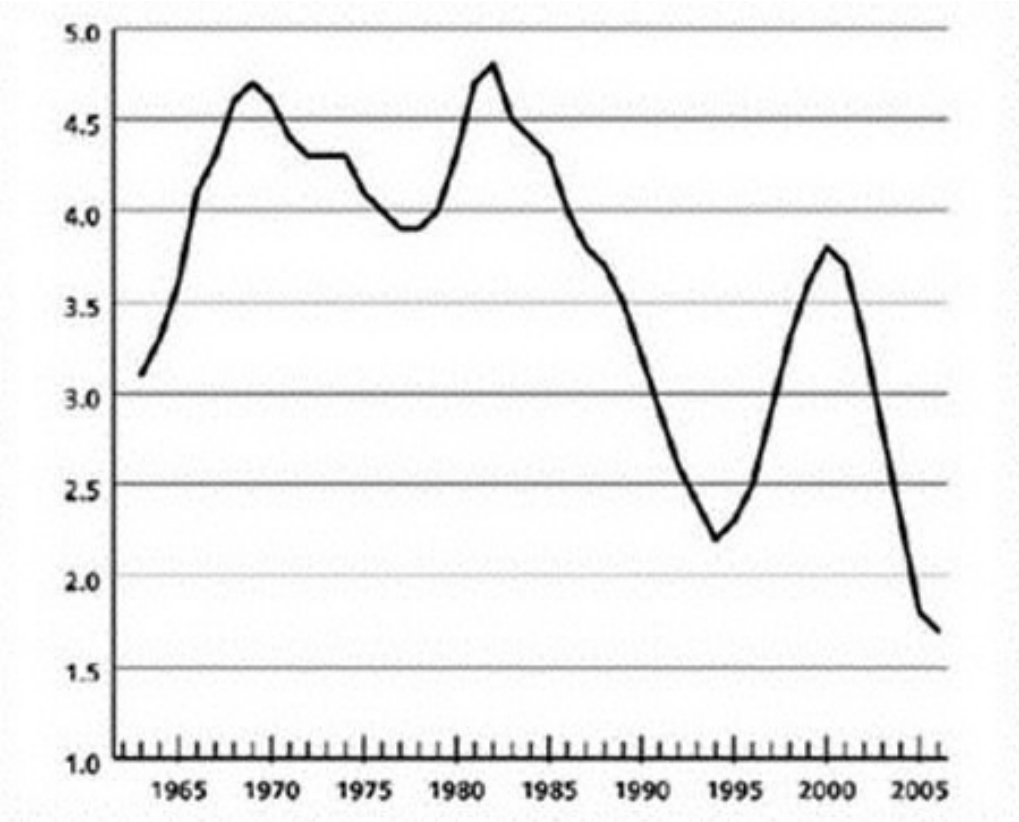
Die von den Neoliberalen eingeleiteten Reformen brachten bald die ihnen immanenten, unüberwindlichen Widersprüche zum Vorschein. Die stagnierenden Löhne, die Steuergeschenke und der Sozialabbau ließen tatsächlich bald die Profite und Vermögen kräftig wachsen, doch zugleich sank die Massennachfrage. Hier kommt ein grundlegender Widerspruch der kapitalistischen Produktionsweise zum Tragen, den man als Unvereinbarkeit der betriebs- und volkswirtschaftlichen Logik bezeichnen könnte. Jeder kapitalistische Betrieb ist selbstverständlich bemüht, seine Kosten möglichst niedrig zu halten, und die gewerkschaftsfeindliche Politik von Reagan und Thatcher erleichterte es den Unternehmen, die Lohnkosten zu drücken oder wenigstens - in Relation zur wachsenden Produktivität - zu begrenzen. Doch sobald die Mehrzahl der Betriebe zu dieser Taktik der Kostensenkung greift, brechen dem produzierenden Gewerbe die eigenen Märkte weg, da das keynesianische Prinzip, wonach die Arbeiter die Konsumenten ihrer eigenen Produkte sein sollen, nicht mehr greifen kann.

Walden Bello, renommierter Globalisierungskritiker und Soziologieprofessor an der Universität Manila, brachte die Funktionsweise dieser seit Jahrzehnten schwelenden, klassisch kapitalistischen Überproduktionskrise auf den Punkt:

»Es ist die Tendenz des Kapitalismus, gewaltige produktive Kapazitäten aufzubauen, die die Konsummöglichkeiten der Bevölkerung übersteigen, gerade aufgrund der sozialen Ungleichheit, die die allgemeine Kaufkraft begrenzt.«
Walden Bello

Zu den Warenbergen, die keine Käufer finden können, gesellen sich die Berge an Kapital, das nur schwer in der weiteren Warenproduktion eine profitable Investitionsmöglichkeit findet. Hinzu kommt seit den 1970er Jahren der Anstieg der Massenarbeitslosigkeit. Diese Krise der Überproduktion führt somit auch zur Überakkumulation des Kapitals - wie wir bereits gesehen haben, floss dieses "überzählige" Kapital hauptsächlich in die Finanzmärkte und befeuerte deren stürmisches Wachstum. Für den Ökonomen Paul Sweezy, der bereits in den 80ern

die Ursachen des Finanzkapitalismus treffend analysierte (Die Finanzmärkte heben ab), war es gerade diese Abnahme der Investitionstätigkeit, die ursächlich zur fortgesetzten Stagnation der realen Wirtschaft, der industriellen Basis der USA, beitrug.



Private, nicht an den Immobiliensektor gebundene Investitionen in Prozenten des BNE der USA

Es ist offensichtlich, dass die Investitionstätigkeit in den Vereinigten Staaten seit den frühen 1980er Jahren einen radikalen Einbruch erlebt, der bis zur Mitte der 1990er Jahre andauert. Hiernach folgt ein kurzes, stürmisches Wachstum, das nach dem Jahr 2000 ebenso schnell wieder zusammenbricht (diese kurze Investitionsbonanza ist ein Widerschein der Hightech-Blase, auf die wir noch später zu sprechen kommen werden). Dieser Indikator müsste also auf eine Volkswirtschaft in einer

Krise hindeuten, deren industrielle Basis sich immer langsamer entwickelt, also stagniert.

Die bereits diskutierte wirtschaftliche Stagnation der 1970er Jahre wurde durch die Maßnahmen der neoliberalen Regierungen in den 1980er Jahren somit eher noch befördert. Zudem wird nun klar, wieso das überschüssige, in der Warenproduktion erwirtschaftete Kapital, nicht in die Industrie reinvestiert wird, sondern in die Finanzmärkte fließt (Überakkumulation): Es bestanden schlicht keine profitablen Investitionsmöglichkeiten, da die Märkte aufgrund fallender Nachfrage tendenziell schrumpften. Tatsächlich bildeten diese Kapitalzuflüsse in den 1980er Jahren und zu Anfang der 1990er den wichtigsten "Brennstoff" für die wuchernden Finanzmärkte.

In der von Sweezy oder Bello gemeinten Lesart bedeutet Stagnation selbstverständlich nicht, dass es einen totalen Stillstand der Konjunktur gibt, sondern dass eine langfristige Tendenz eines permanent fallenden Wirtschaftswachstums in den Industrieländern vorherrscht, die sich allen Konjunkturzyklen zum Trotz manifestiert. Wunderbar lässt sich dieser Trend an der deutschen Volkswirtschaft illustrieren, da diese über lange Zeit nicht direkt den Auswirkungen des Finanzkapitalismus ausgesetzt war. So fiel das durchschnittliche Wachstum je Jahrzehnt in der BRD beständig. In den 1950ern erreichte Deutschland ein jährliches Wirtschaftswachstum von 8,2 Prozent, in den 1960ern waren es 4,4 Prozent, in den 1970ern 2,8 und im folgenden Jahrzehnt durchschnittlich 2,6. Zwischen 1991 und 2003 wuchs die deutsche Wirtschaft sogar nur noch um magere 1,2 Prozent jährlich.

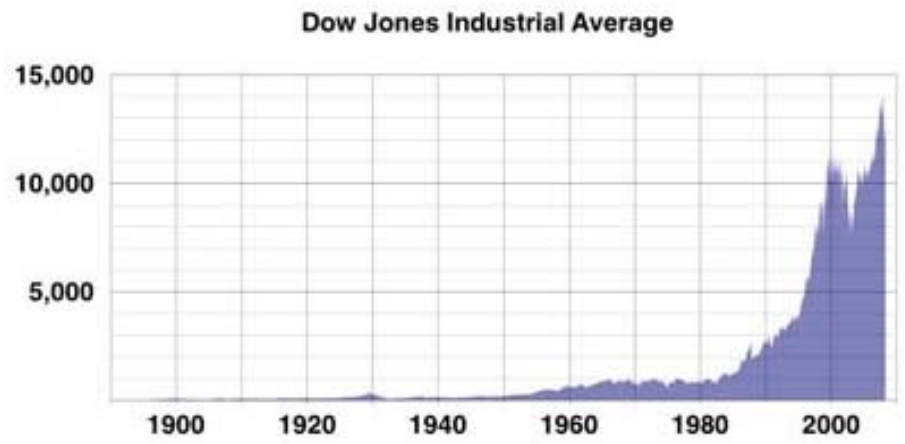
Es scheint, als ob der Dynamik kapitalistischer Entwicklung mit fortschreitender Entwicklung der Technik, mit fortgesetzter Revolutionierung der Produktivkräfte, die Luft ausgehen würde. Noch krasser ist diese Tendenz zur Stagnation in Japan ausgeprägt, das nach seiner eigenen Aktien- und Immobilienspekulation und Aktienhausse in den 1990er Jahren zusammenbrach und mit deflationären Tendenzen und einer kaum wachsenden Volkswirtschaft zu kämpfen hatte.

Die Hightech-Bonanza und Explosion der Finanzmärkte

Dennoch scheint die wirtschaftliche Entwicklung in den USA seit 1993 den Neoliberalen Recht zu geben und diese Theorie einer langfristigen, schleichenden Stagnation der avancierten Volkswirtschaften zu widerlegen. In einem außerordentlich lang anhaltenden Wirtschaftsaufschwung, der bis Anfang 2000 fortdauerte, wurde in den Vereinigten Staaten ein offizielles Wirtschaftswachstum von vier bis fünf Prozent erzielt und die Arbeitslosigkeit scheinbar von sieben Prozent aus vier Prozent gedrückt.

Als Antrieb dieses stürmischen Wachstums schien der wissenschaftlich-technische Fortschritt zu fungieren, dessen neuste Errungenschaften auf dem Gebeit der Mikroelektronik und Informationstechnik die Hoffnungen auf einen neuen Markt, auf eine weitere Expansionsmöglichkeit der kapitalistischen Volkswirtschaften weckten. Hier hat die kurzfristig rasant zunehmende Investitionstätigkeit in den USA ihre Ursache. Die Verbreitung des Internets ging mit der Errichtung einer entsprechenden Infrastruktur einher, mit den Spekulationen auf neue Märkte, Waren und Dienstleistungen, die im Gefolge des Hightech-Booms entstanden und massenhaft neue Beschäftigungsmöglichkeiten generierten. Es war die Zeit, in der nahezu jede noch so abartige Idee auf willige Investoren stieß, solange sie mit den Wörtchen "Internet" oder "E-Commerce" garniert wurde.

Doch bereits seit Mitte der 1990er Jahre überstrahlte der schwindelerregende Boom der Aktienmärkte die Konjunktur belebenden Effekte der aufstrebenden IT-Branche. Der amerikanische Hightech-Aktienindex Nasdaq kletterte von knapp 800 Zählern in 1995 auf knappe 5000 Punkte auf dem Höhepunkt der Spekulationshausse im Jahr 2000. Dieses Spekulationsfieber mit den Aktien von Unternehmen aus der Hightech- und IT-Brache bildete eigentlich nur den Startschuss für eine nun tatsächlich explosionsartige Ausweitung der Finanzmärkte, die in ihrer Dimension und Dauer absolut einzigartig in der Jahrhunderte alten Geschichte des kapitalistischen Weltsystems ist. Die Ausmaße dieser wahnsinnigen Aufblähung der Finanzmärkte werden eigentlich schon am Dow Jones sichtbar, sofern man die richtige Distanz zu dem hektischen Treiben auf dem Parkett wählt.



Dow Jones Aktienindex, Langzeitchart

Zu Erinnerung: Paul Sweezy beschrieb die "finanzielle Explosion" innerhalb der Volkswirtschaft der USA bereits 1985, also zu einem Zeitpunkt, als rückblickend dieser monströse Prozess der stürmischen Expansion der Finanzmärkte noch nicht richtig in Schwung gekommen ist. Während des gesamten Zeitalters des kapitalistischen "Goldenen Zeitalters", also von 1950 bis 1973, stieg der Dow nur sehr langsam an, da Investitionen in die reale Wirtschaft höhere Renditen versprachen als die Börsenspekulation. Im Jahr 1985 befand sich der Dow Jones bei 1.400 Punkten, 2007 erreichte er seinen historischen Höchststand von etwas mehr 14.000 Punkten. Das ist eine Verzehnfachung binnen 22 Jahren, die in keinem Zusammenhang mit der Entwicklung der realen Ökonomie steht.

Deutlich wahrnehmbar ist das "Platzen" der ersten Spekulationsblase im Hightech-Sektor um 2000, deren Effekte erst ab 2003 überwunden werden und der Dow Jones in den letzten Höhenrausch verfällt. Nur sehr schwer ist hingegen die Spekulation auszumachen, die 1929 der bislang verheerendsten Weltwirtschaftskrise vorausging, dem Faschismus Auftrieb verschaffte und mittelbar in das Gemetzel des Zweiten Weltkrieges führte. Damals stiegen die Aktienkurse zwischen 1921 und 1929 um fast 500 Prozent an.

Walden Bello beschrieb die Konjunktur belebenden Effekte und die problematischen Auswirkungen solch spekulativer Blasenbildung in dem bereits

erwähnten Artikel:

»The problem with investing in financial sector operations is that it is tantamount to squeezing value out of already created value. It may create profit, yes, but it does not create new value -- only industry, agriculture, trade, and services create new value. Because profit is not based on value that is created, investment operations become very volatile and prices of stocks, bonds, and other forms of investment can depart very radically from their real value -- for instance, the stock of Internet startups that keep on rising, driven mainly by upwardly spiraling financial valuations, and that then crash.

Profits then depend on taking advantage of upward price departures from the value of commodities, and then selling before reality enforces a "correction," that is, a crash back to real values. The radical rise of prices of an asset far beyond real values is what is called the formation of a bubble.«

Waldo Bello

Solange die Spekulationsblase wächst, können durchaus reelle Gewinne erwirtschaftet werden. Die irrationalen Wertsteigerungen können somit in reale Profite umgemünzt werden. Das Ganze gleicht einem Schneeballsystem, dem immer mehr frisches Kapital zuströmt und aus dem diejenige durchaus mit satten Gewinnen aussteigen kann, der früh genug einsteigt und wieder aussteigt. Die Internet-Blase war überdies die erste Spekulation, an der sich große Teile der US-Mittelklasse beteiligten - in Deutschland wiederum lockte etwa Manfred Krug hunderttausende Kleinanleger im Zuge der Privatisierung der Telekom auf das glatte Börsenparkett. Es entstand eine "Dienstmädchenhausse", in der kurz vor Zusammenbruch der Spekulation selbst Geringverdiener an die Börsen strebten.

Mit formell immer weiter steigenden Aktien, waren diese frischgebackenen (Klein-) Aktionäre durchaus versucht, ihren sicher geglaubten, zukünftigen Reichtum schon im Voraus zu genießen. Die Ökonomie spricht in diesem Zusammenhang von dem "Wealth Effect" (Reichtums-Effekt), von einer Tendenz innerhalb der Mittelschichten, einen Teil ihrer (scheinbaren) Einkommenszuwächse für Konsum auszugeben. Insbesondere in den USA nahm folglich auch die private

Verschuldung zu, gingen die Kleinanleger aus der Mittelklasse dazu über, die noch realisierten Gewinne in Konsum umzuwandeln. Die Dimensionen des scheinbar explodierenden, "virtuellen" - im Zuge der Internetblase generierten - Reichtums der amerikanischen Bevölkerung, wird an der Wertsteigerung der Kapitalbeteiligungen im Besitz der privaten US-Haushalte deutlich. Betrug der Wert dieser Kapitalbeteiligungen in 1990 ca. 40 Prozent des amerikanischen BSP, so stieg er auf 140 Prozent des BSP im Jahr 2000, auf den Höhepunkt der Hightech-Spekulation, nur um dann auf 60 Prozent zurückzufallen und zu verpuffen.

Zwischen den frühen 1990er Jahren und dem Jahr 2000 konnten viele US-Bürger also der Auffassung sein, sie würden vermittels ihrer steigenden Aktien immer wohlhabender - und sie konsumierten auch entsprechend. Die private Verschuldung wird - wie wir noch sehen werden - eine immer größere Rolle in diesem von den Finanzmärkten angetriebenen Kapitalismus spielen. Alan Greenspan hat dieses Phänomen, das eine stimulierende Wirkung auf den Konsum hat, auf dem Höhenpunkt der Hightech-Blase folgendermaßen umrissen:

»Historische Belege lassen den Schluss zu, dass drei bis vier Cent von jedem Dollar, der an zusätzlichem Reichtum auf den Aktienmärkten entsteht, in zusätzlichen Konsumausgaben münden.«

Alan Greenspan

Aus den obigen Ausführungen müsste eigentlich ersichtlich werden, dass die derzeitige Diskussion über die Finanzkreise die kausalen Zusammenhänge zwischen Finanz- und Industriesektor falsch darstellt. Es sind gerade die im spekulativen Feuer verfangenen, boomenden Finanzmärkte, die der schwindsüchtigen realen Wirtschaft vermittels Nachfrage auf die Sprünge helfen. Dies ist auch das "Geheimnis" der anscheinend so stürmisch wachsenden US-Konjunktur in den 1990er Jahren. Die anhaltende Hightech-Spekulation ermöglichte den langen Aufschwung während der Cinton-Ära. Das Bild eines raffenden, zersetzenden Finanzkapitals, das das kerngesunde produzierende Gewerbe mit in den Abgrund der Rezession reißt, stellt somit die Realität geradezu auf den Kopf. Wir werden noch anhand der Immobilienspekulation sehen, wie dieser Effekt einer von den

spekulativen Finanzmärkten befeuerten, realen Wirtschaft noch weiter zunimmt und globale Dimension erreicht.

Kondratjwes lange Konjunkturwellen

Wieso konnte der Internet-Boom nicht zu einem dauerhaften Wirtschaftsaufschwung führen, ähnlich dem "Goldenen Zeitalter" der Massenmotorisierung in den 1950er und 1960er Jahren. Wie aus der ersten Grafik über die Investitionen in den USA ersichtlich wird, brechen die im Zuge der Hightech-Hausse geradezu explodierenden Investitionen ebenso schnell wieder zusammen und die gesamte Investitionstätigkeit geht sogar noch weiter zurück.

Um diese Frage zu beantworten, lohnt ein näherer Blick auf die vom sowjetischen Ökonomen Nikolai Dmitrijewitsch Kondratjew begründete Theorie der "langen Konjunkturwellen", für die der österreichische Ökonom Joseph Schumpeter 1938 - ein Jahr nach Kondratjews Ermordung im Zug stalinistischer Säuberungen - den Begriff der "Kondratjew-Zyklen" formte. Hierbei handelt es sich um einen Jahrzehnte langen konjunkturellen Meta-Zyklus, der von neu entstandenen Schlüsselindustrien getragen wird, die neue Massenbeschäftigung kreieren.

Einer Periode des Aufschwungs (Phase-A), folgt eine Zeit des Abschwungs (Phase-B), in der Produktivitätssteigerungen die Massenbeschäftigung in diesen Schlüsselindustrien wieder sinken lassen. Seit Anbeginn der Industrialisierung hätten wir es also mit Meta-Zyklen zu tun, die jeweils auf dem Ausbau Textilindustrie und später der Schwerindustrie, der Elektro- oder Chemieindustrie fußen - oder eben mit Massenmotorisierung verbunden sind, wie bis in die 1970er Jahren hinein im "Goldenen Zeitalter" des Kapitalismus. Sobald durch fortschreitende technische Entwicklung die Massenbeschäftigung in einem älteren Sektor nachließ, entstanden durch denselben wissenschaftlich-technischen Fortschritt neue Industriezweige, die die "überschüssige" Arbeitskraft aufnahmen.

Der renommierte US-amerikanische Sozialwissenschaftler Immanuel Wallerstein beschrieb das Dilemma, in dem sich die Weltwirtschaft seit 30 Jahren befindet anhand dieser Kondratjew-Zyklen:

»Die Welt kam aus der letzten Kondratjew B-Phase [also einen Abschwung, T.K.] in 1945, um dann in die stärkste A-Phase [Aufschwung, T.K.] in der Geschichte des Weltsystems einzutreten. Diese erreichte ihren Höhepunkt 1967-73, und dann begann der erneute Abschwung. Diese B-Phase dauert viel länger als alle früheren B-Phasen und wir befinden uns immer noch in ihr.«

Immanuel Wallerstein

Krisen treten dann ein, wenn die von einem bestimmten Industriezweig generierte Massenbeschäftigung aufgrund von Rationalisierungsmaßnahmen abflaut, während sich noch keine neuen Beschäftigungsfelder in neuartigen Industrien aufgetan haben - und hier kommt unsere Hightech-Hausse ins Spiel. Spätestens ab Mitte der 80er setzt ein weiterer Innovationsschub innerhalb der kapitalistischen Ökonomie ein. Diese Mikroelektronische Revolution steigert die Produktivität ganzer Industriezweige in vorher ungeahnten Dimensionen; durch Rationalisierungs- und Automatisierungsmaßnahmen werden große Teile der klassischen Industriearbeiterschaft "überflüssig".

Doch diesmal geht die Rechnung nicht auf. In den neuen Hightech-Branchen entstehen weit weniger Arbeitsplätze, als in den "alten" Industrien obsolet werden. Dem Massenheer der Industriearbeiterschaft folgt keines aus Programmierern, Informatikern oder Web-Designern. Der kurze, stürmische Konjunkturfrühling der IT-Branche untergrub also im Endeffekt weiter die Fundamente unser "Arbeitsgesellschaft".

Krise der Arbeitsgesellschaft

Von einem "unüberbrückbaren Konflikt im Herzen der Marktwirtschaft" spricht beispielsweise Jeremy Rifkin in einem Bericht, in dem er die globale Zunahme der Arbeitslosigkeit beschreibt. Zwischen 1998 und 2004 haben beispielsweise Großbritannien 14 und die USA 12 Prozent aller Arbeitsplätze in der Industrie verloren, so der Chef der Washingtoner Foundation on Economic Trends. Global sei die Arbeitslosenzahl von 800 Millionen in 1995 auf über eine Milliarde in 2004 gestiegen. Laut Rifkin gingen zwischen 1995 und 2002 über 31 Millionen

Industriearbeitsplätze in den 20 größten Volkswirtschaften verloren, wobei jede Region der Welt einen Rückgang der Beschäftigtenzahl in der Industrie verbuchte - und das in einem Zeitraum, in dem die globale Industrieproduktion um 30 Prozent anstieg.

Eine ähnliche Entwicklung prognostiziert Rifkin für den Dienstleistungssektor, wo "intelligente Technologien" Arbeitskraft zusehends überflüssig werden lassen. "Selbst wenn die Produktion ihren Anteil am BSP halten sollte, werden wir aufgrund der Produktivitätssteigerung weiter Jobs verlieren", erläuterte Donald Grimes, Ökonom der University of Michigan. "Es ist, als ob man gegen einen großen Gegenwind ankämpft." Die amerikanische Stahlindustrie hat beispielsweise in den vergangenen 20 Jahren ihre Produktion von 75 Millionen Tonnen auf 102 Millionen Tonnen steigern können, während die Anzahl der US-Stahlarbeiter von 289.000 auf 74.000 gefallen ist.

Die deutsche Wochenzeitung Die Zeit berichtete über die Auswirkungen erhöhter Produktivität auf die deutsche Autowirtschaft:

»Die Krux an der Situation: Selbst wenn die deutschen Hersteller die Verkäufe ihrer Fahrzeuge konstant halten können, wächst mit jedem neuen Modell der Druck auf die Arbeitsplätze. Die Produktivität beim Wechsel von Golf V auf Golf VI sein in Wolfsburg um mehr als zehn Prozent und in Zwickau sogar um mehr als 15 Prozent gestiegen, verriet ein stolzer VW-Chef Winterkorn bei der Präsentation der Neuauflage des wichtigsten Konzernfahrzeugs. Das bedeutet, dass für die Montage der gleichen Zahl von Autos fünfzehn Prozent weniger Leute nötig sind. Wenn also vom Golf VI nicht entsprechend mehr abgesetzt wird, sind Jobs in Gefahr. Genauso läuft es bei neuen Modellen von BMW, Mercedes oder Opel. Teilweise werden dort Produktivitätssprünge von 20 Prozent erzielt.«

Das bedeutet somit, dass VW, Mercedes oder Opel auch ihren Absatz entsprechend der Produktivitätsfortschritte steigern müssen-, wollen sie keine Mitarbeiter entlassen und dieselben Gewinne generieren.

Das seit Jahren mit zweistelligen Zuwachsraten beim BSP im Dauerboom

befindliche China, die neue "Werkstatt der Welt", bildet hier keine Ausnahme. Zwischen 1995 und 2002 verlor das Reich der Mitte 15 Millionen Arbeitsplätze in der Produktion, das waren 15 Prozent der gesamten Industriearbeiterschaft. Die Wirtschaftsfakultät der University of Michigan bemühte sich 2004 in Kooperation mit der chinesischen Akademie der Wissenschaften, die wahre Arbeitslosenquote im Reich der Mitte zu ermitteln (die offiziellen Zahlen Chinas haben in etwa den selben Wahrheitsgehalt wie die deutschen oder amerikanischen Statistiken). In den Jahren des stürmischen chinesischen Wirtschaftsaufschwungs, zwischen 1996 und 2002, stieg laut der Studie die Arbeitslosenquote in ganz China von 6,1 auf 11,1 Prozent bei den angemeldeten Stadtbewohnern, und von 4,0 auf 7,3 bei den Arbeitsmigranten.

Diese schleichende Erosion der Arbeitsgesellschaft wirkt sich verstärkend auf die Überproduktionskrise aus, die ohnehin aufgrund der oben dargelegten Widersprüche der neoliberalen Reformen bereits seit den 80ern virulent ist.

Die (vorläufige) Lösung der Arbeitslosenfrage

Dennoch scheinen die Vereinigten Staaten - oberflächlich betrachtet - ihre Arbeitslosigkeit in den Griff bekommen zu haben. In den USA sank während der Regentschaft der Clinton-Administration die offizielle Arbeitslosenquote auf ca. vier Prozent. Auch in Großbritannien konnte die Regierung Blair ein ähnliches "Jobwunder" vollbringen. Wie in den USA die Clinton-Administration die Arbeitslosigkeit mittels Verelendung bekämpfte und die nun auch in Deutschland sattsam bekannte Schicht der "Working Poor" weiter etablierte, das beschrieb der renommierte US-Journalist Chris Hedges in einer wütenden, äußerst lesenswerten Abrechnung mit den vergangenen Jahrzehnten neoliberaler Politik in den Vereinigten Staaten.

»*Clintons Sozialreform, die am 22.08.1996 ins Leben trat, vernichtete das soziale Netz der Nation. Sie warf binnen drei Jahren sechs Millionen Menschen, viele von ihnen waren alleinerziehende Mütter, aus der Unterstützung. Sie warf diese Menschen auf die Straße ohne Kinderpflege, Mietbeihilfen und Krankenversicherung. Ganze Familien fanden sich in der Krise, sie kämpften ums*

Überleben in Jobs, die mit sechs oder sieben Dollar die Stunde vergütet wurden, oder mit weniger als 15 000 Dollar im Jahr. Doch das waren die Glücklichen. In einigen Staaten konnte die Hälfte der aus der Sozialhilfe gedrängten Menschen keine Arbeit finden. ... Das boomende und überfüllte Gefängnissystem handhabte den Zustrom der Armen. Und heute sind wir mit der Schande konfrontiert, dass sich 2,3 Millionen unserer Bürger hinter Gittern befinden, die meisten wegen gewaltfreier Drogenverbrechen.«

Es war also ein amerikanisches Hartz-IV-Programm, erweitert um eine starke repressive Komponente, das massiv zum "Verschwinden" der Arbeitslosen aus den Statistiken beitrug. Diese "Working Poor" konnten versuchen, sich mit zwei, drei Jobs gleichzeitig über Wasser zu halten, oder siewurden beim Abdriften in die Kriminalität in dem privatisierten, äußerst einträglichen Gefängnissystem der USA zu einer einträglichen Geldquelle und billigen Arbeitskraft. Diese Methoden der Bekämpfung der Arbeitslosen bilden die Kehrseite der besagten Trickle Down Economy - der Anhäufung von Reichtum an der Spitze der Einkommenspyramide korrespondierte der Ausbau eines breiten, deregulierten Dienstleistungssektors, in dem Kellner, Parkplatzeinweiser oder Einpacker im Supermarkt mit den mickrigen Brotkrümeln vom herrschaftlichen Tisch der Superreichen abgespeist wurden.

Die Etablierung und Expansion einer relativ breiten Schicht von Vermögenden ging einher mit dem Aufbau der entsprechenden "Dienstbotengesellschaft". An die 24 Prozent der Lohnabhängigen in den USA fielen 2004 in die Kategorie der "Working Poor", während Mitte 2006 nahezu 10 Millionen amerikanische Haushalte über ein Vermögen von mehr einer Million Dollar verfügten (ohne Berücksichtigung der Immobilien). Als "Working Poor" gelten die Lohnabhängigen in den USA, deren Einkünfte zum Lebensunterhalt nicht ausreichen.

Es ist klar, dass die neoliberalen Maßnahmen nicht zu einer prinzipiellen Lösung der erwähnten Krise der Arbeitsgesellschaft beitragen, sondern die Probleme nur verdrängen. Durch diese Maßnahmen entstehen keine neuen Schlüsselindustrien, die Massenbeschäftigung mitsamt massenhafter Nachfrage generieren und so eine lange kondratjewsche Konjunkturwelle tragen würden. Mit der Welfare-Reform

Clintons - wie mit Schröders Hartz IV - werden die aus dem Arbeitsleben bereits ausgeschlossenen Menschen schikaniert und in vorsätzlich errichtete Niedriglohnsektoren gepresst, die nur vermittels ihrer geringen Löhne noch Gewinne abwerfen können. Der wachsenden Produktivität der Ökonomie begegnet die Politik mit vorsätzlicher Verelendung, um noch die (statistische) Illusion einer heilen marktwirtschaftlichen Arbeitsgesellschaft aufrecht erhalten zu können. Spätestens in dieser Periode wird auch in nahezu der gesamten Ökonomie die Sozialpartnerschaft in den Betreiben und Konzernen, die prägend für das besagte "Goldene Zeitalter" des Nachkriegskapitalismus war, von den Unternehmern einseitig aufgekündigt - die Drohung mit Betriebsverlagerungen wird zu einer effektiven Methode des Managements, um Lohnverzicht und Arbeitszeitverlängerungen durchzusetzen.

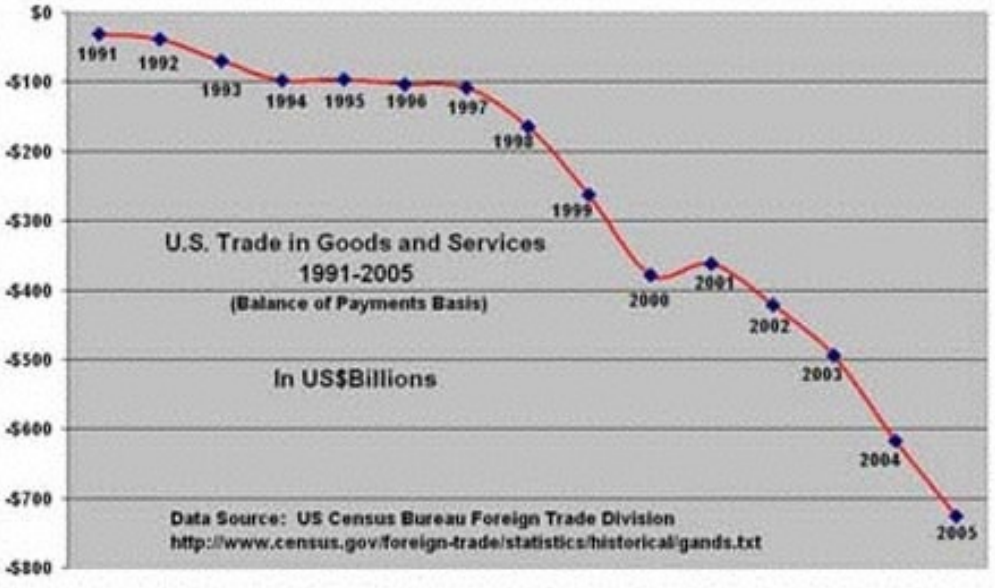
Die späte Clinton-Ära war also gekennzeichnet durch eine ganze Reihe scheinbar widersprüchlicher Entwicklungen, die allesamt aus der besagten Krise der Arbeitsgesellschaft resultierten. Ein spekulativ aufgeheizter Boom mit Hightech-Aktien kontrastierte mit dem forcierten, repressiven Ausbau eines Niedriglohsektors, in dem inzwischen ein gutes Viertel aller erwerbsfähigen US-Bürger sein Dasein fristet. Während der kreditfinanzierte, private Konsum in den USA eine immer wichtigere Rolle als Konjunkturmotor spielt, entlassen wichtige Industriezweige entweder aufgrund von Produktivitätsfortschritten massenhaft Arbeiter, oder die Betriebe werden gleich gänzlich in Niedriglohnländer verlegt. Im Nordosten, in dem einstigen Industriellen Kernland der USA, bildet sich der "Rust Belt" (Rostgürtel). Hierbei handelt es sich eine postindustrielle, ökonomische Einöde, in der Industriruinen die Landschaft säumen und Ganze Regionen unter Bevölkerungsschwund, Verelendung und sozialer Desintegration leiden. Das Wirtschaftsmagazin Forbes warf im August 2008 einen Blick in diese Krisenregion. Das Fazit ist ernüchternd:

»*Das Getümmel auf dem Hypothekenmarkt verschaffte uns eine Gnadenfrist, während der wir mit weiteren Nachrichten über die Leiden des amerikanischen Rostgürtels verschont wurden. Das bedeutet aber nicht, dass die Dinge sich gebessert haben. Trotz einer Dekade nationaler Prosperität, das ehemalige Rückgrat der US-*

Produktion befindet sich in einer raueren Verfassung als jemals zuvor. Es ist immer noch auf der Suche nach einem Weg, die längst stillgelegten Schornsteine zu ersetzen.«

Globale Defizitkreisläufe als Konjunkturmotor

Neben dem breit angelegten Ausbau eines deregulierten Niedriglohnsektors wurden von der Clinton-Administration in den 90ern weitere Maßnahmen ergriffen, um die Profitraten der US-Industrie zu sanieren. Hierzu gehört die verstärkte Förderung einer "äußeren Expansion" der amerikanischen und westlichen Unternehmen und Konzerne, die nun im Rahmen von Freihandelsabkommen wie NAFTA ihre arbeitsintensiven Produktionsschritte in die Peripherie des Kapitalistischen Weltsystems verlegten. So entstand unweit der amerikanischen Grenze in Nordmexiko eine ganze Zone von Fabriken und Betrieben, in der US-Konzerne massenhaft Waren zu Elendslöhnen für den amerikanischen Markt herstellen lassen. Um einiges größer sind die Dimensionen bei dem Handel zwischen den USA und China, dessen Exportüberschüsse maßgeblich zur Ausformung des riesigen Handelsdefizits der Vereinigten Staaten beigetragen haben:



US-Handelsbilanz 1990 bis 2005

Schon seit den 1970er Jahren tendenziell gegeben, explodiert das Handelsdefizit der USA geradezu während der Hochphase des Hightech-Booms auf den Aktienmärkten. Auch im Fall Chinas sind es oftmals US-Konzerne, die ihre arbeitsintensiven Produktionsschritte gen China verlagern, um von den dortigen Hungerlöhnen profitieren zu können und die Waren in die USA zu exportieren. China wird zur neuen "Werkstatt der Welt", in der geringe Löhne eine Zeit lang besonders hohe Profite garantieren. Doch diese Strategie zur Hebung der Profitrate und Überwindung der Stagnation bringt nur kurzfristig eine Besserung mit sich und reproduziert die Widersprüche der kapitalistischen Produktionsweise nur auf einem höheren Niveau, wie Walden Bello erläutert:

»*Das Problem mit diesem Fluchtweg vor der Stagnation ist, dass er die Problematik der Überproduktion verschlimmert, weil er die produktiven Kapazitäten erweitert. Eine gewaltige Anzahl an produktiver Kapazität wurde in China über die letzten 25 Jahre geschaffen, und dies hatte einen drückenden Effekt auf Preise und Profite. Nicht überraschend hörten ab ca. 1997 die Profite der US-Konzerne zu wachsen auf.*«

China exportiert weitaus mehr Waren, als es importiert. Der Konsum im Reich der Mitte ist natürlich viel niedriger als dessen gesamte Produktionskapazitäten. Somit entstehen die in der Stagnation mündenden Probleme erneut: Wohin mit all den produzierten Waren? Wie das brachliegende Kapital gewinnbringend investieren?

Abhilfe schafft hier auf wundersame Weise der Finanzkapitalismus, in dem sich mit der Zeit Defizitkreisläufe mit den USA als Mittelpunkt ausbilden, die als eine Art globaler Konjunkturmotor fungieren. Die exportorientierten Länder wie China, Japan oder Deutschland liefern ihre Waren in die USA und investieren das Geld dort sogleich wieder - vornehmlich in deren Finanzsektor. Somit fließen in dem größten pazifischen Defizitkreislauf die chinesischen Waren in Richtung USA und auf dem Rückweg strömt ein geisterhafter Fluss von amerikanischen "Wertpapieren" - oder Grün bedruckten Papierzetteln, die liebevoll "Greenback" genannt werden - in Richtung China zurück.

Die Vereinigten Staaten dienten als ein "Schwarzes Loch der Weltkonjunktur", in dem die Überschussproduktion der exportorientierten Volkswirtschaften verschwand. An die 20 Milliarden US-Dollar müssen monatlich in den Finanzsektor der USA fließen, um deren gigantische Defizite aufrecht erhalten zu können. Das Handelsdefizit zwischen den USA und China betrug beispielsweise in 2007 über 250 Milliarden US-Dollar. Die Chinesen leihen den USA somit das Geld, damit diese weiter ihre Produkte kaufen können. Somit ist klar, dass die gute Konjunktur der letzten Jahre einfach auf Pump realisiert wurde, insbesondere durch die Verschuldung innerhalb der USA, auf deren ganzes Ausmaß wir noch zu sprechen kommen werden.

Wie dieses konjunkturelle Perpetuum Mobile, das dem spätkapitalistischen Weltsystem zu einem letzten ökonomischen Frühling verhalf, die Ausbildung der globalen Weltwirtschaftskrise beförderte, erläuterte der inzwischen abtrünnige "Vater der Reaganomics", Paul Craig Roberts:

»*Der Mechanismus, der die amerikanische Finanzkrise weltweit verbreitete, war*

das massive US-Handelsdefizit. Jedes Jahr verfügen die Länder, mit denen die USA ein Handelsdefizit aufweisen, über eine Gesamtmenge von Hunderten von Milliarden Dollar. Die Länder packen diese Dollar nicht unter die Matratze. Sie investieren sie. ... Sie kaufen auch US-Finanzprodukte. Sie finanzieren das Haushaltsdefizit der US-Regierung, indem sie amerikanische Staatsanleihen und Forderungen aufkaufen. Sie helfen, den Hypothekenmarkt der USA zu finanzieren, indem sie die Bonds von Fannie Mae und Freddie Mac erwerben. Sie kaufen auch Finanzinstrumente wie hypothekarisch besicherte Anleihen (Mortgage Backed Securities) und andere Derivate von den US-Investmentbanken - und so verbreitete sich die Krise überallhin.«

Paul Craig Roberts

Das Finanzsystem der USA erfand schlicht die "Finanzprodukte", die im Austausch für all die in die Vereinigten Staaten fließenden Waren in alle Welt gingen. Finanziert auf Pump, waren eigentlich alle Teilnehmer an diesen Defizitkreisläufen zufrieden: Die exportierenden Länder hatten einen Absatzmarkt, die USA ihren lang anhaltenden Konsumboom. Die aus Stagnation und der Krise der Arbeitsgesellschaft resultierenden Spannungen und Widersprüche des spätkapitalistischen Weltsystems scheinen ins Nirvana des munter wuchernden Finanzsystems zu verschwinden - bis zum bösen Erwachen.

Von der Immobilienspekulation zum Zusammenbruch der globalen Defizitkonjunktur

Die als Antwort auf die Stagflation der 1970er Jahre umgesetzten neoliberalen Reformen brachten fundamentale Widersprüche mit sich, die eine schwindende Massennachfrage zur Folge hatten und folglich in Überproduktion von Waren sowie Überakkumulation von Kapital zu münden drohten. Weitere Faktoren verstärkten die systemimmanenten Widersprüche: Die mit den revolutionären, durch Mikroelektronik und Informationstechnologie ausgelösten Produktivkraftsteigerungen einhergehende, fundamentale Krise der Arbeitsgesellschaft führte zu einer neoliberalen "Flucht nach vorne": Ausbau des deregulierten Niedriglohnsektors, Verlagerung von Produktion in Schwellenländer

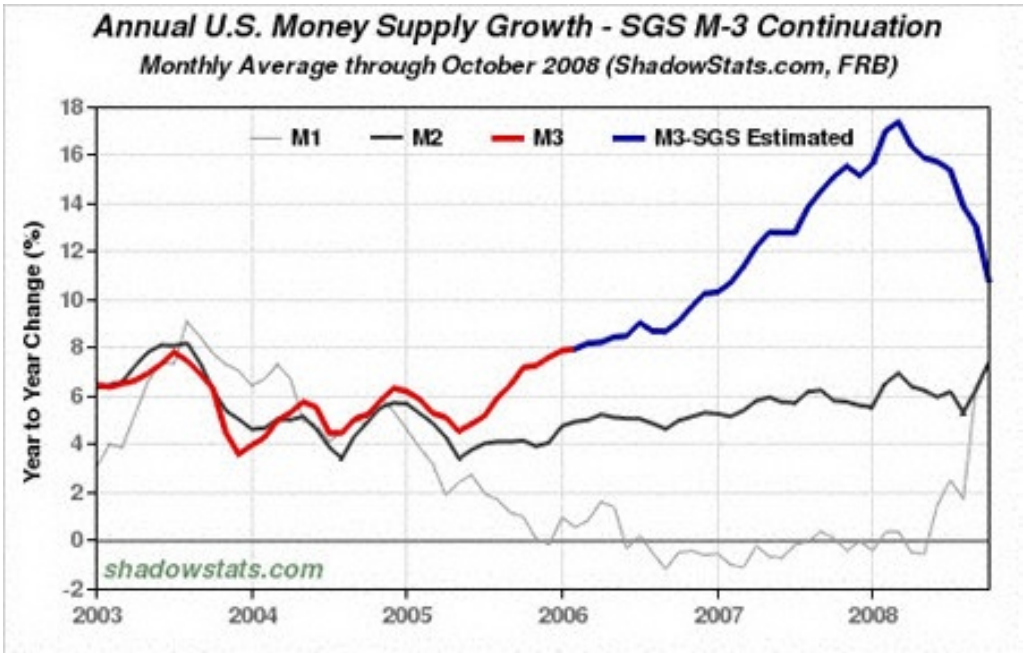
und verstärktes Wachstum des Finanzsektors, der sich zu einer Stütze der Konjunktur entwickelte, waren die Folgen. Es bildeten sich globale, durch das Finanzsystem kreditfinanzierte Defizitkreisläufe heraus, die mit verstärkter spekulativer Blasenbildung einhergingen. Die sich immer weiter verschuldenden Vereinigten Staaten nahmen als eine Art "Konjunkturpumpe" die weltweite Überschussproduktion der exportorientierten Volkswirtschaften auf, diese reinvestierten ihre Einnahmen vor allem im US-Finanzsektor.

Die Entstehung der Immobilienspekulation in den USA und etlichen anderen Ländern (u.a. Spanien, Großbritannien) ist untrennbar mit dem Platzen der Hightech-Blase im Jahr 2000 verbunden. Die durch irreale Erwartungen in astronomische Höhen getriebenen Aktien von Internet-Startups stürzten binnen weniger Monate ein. Billionen von Dollar wurden aus der Hightech-Börse Nasdaq oder dem deutschen "Neuen Markt" abgezogen, während die einstmals gefeierten, scheinbar so innovativen Internetunternehmen scharenweise Bankrott gingen und Milliarden Dollar an Investitionen verbrannten. Der IT-Sektor konnte die überzogenen Erwartungen in ihn nicht erfüllen, denen zufolge er zu einer neuen "Schlüsseltechnologie" würde, die eine erneute, lang anhaltende Konjunkturwelle mit sich brächte.

"Mit Benzin löschen"

Dennoch schrammte die US-Konjunktur - zumindest laut offizieller Statistik - knapp an einer Rezession in 2001 vorbei, so das bereits 2004 bis zu vier Prozent Wirtschaftswachstum verzeichnet wurden. Verdankt wurde dieses Kunststück dem damaligen Fed-Chef Alan Greenspan, der haargenau so reagierte, wie es der Ökonom Paul Sweezy in dem bereits zitierten Artikel "The Financial Explosion" vorhersagte. Er löschte das ökonomische Feuer der geplatzten Spekulationsblase mit noch mehr Benzin. Dieses "Löschen mit Benzin" ging durch eine radikale, lang anhaltende Senkung der Leitzinsen vonstatten, die in der Wirtschaftsgeschichte der USA - bislang - ohne Beispiel ist. Zwischen 2002 und 2005 verharrte der US-Leitzins unter der Marke von zwei Prozent, wobei Greenspan diesen nach den Terroranschlägen vom 9.11.2001 sogar für über ein Jahr auf ein Prozent senkte.

Infolge dieser Niedrigzinspolitik nahm die Kreditaufnahme in den Vereinigten Staaten rapide zu und wuchs die in den Wirtschaftskreislauf eingespeiste Geldmenge immer stärker an. Diese extrem expansive Geldpolitik der US-Notenbank ermöglichte eine Geldmengenerhöhung um rund 20 Prozent zwischen 2001 und 2003. Das den Finanzmarkt überflutende "billige" Geld führte aber nicht zu einer klassischen Inflation, sondern zu der Immobilienblase, da viele US-Bürger billige Kredite aufnahmen, um Häuser zu bauen oder zu renovieren. Es fand somit eine "Inflation der Immobilienpreise" statt, da viele Kleinanleger, die beim Platzen der Hightech-Blase Verluste verbuchen mussten, nun auf die scheinbar "sicheren" und "bodenständigen" Immobilien setzten. Nach einer kurzen Phase der Beruhigung bis 2005 nahm die Inflationierung des Dollars im Verlauf immer stärker zu, bis sich die Fed ab 2006 genötigt sah, die Zahlen über die Ausweitung der Geldmenge M3 unter Verschluss zu halten.



Geldmengenwachstum USA. Grafik: ShadowStats.com

Wie aus dieser Grafik ersichtlich wird, hatte die Fed gute Gründe, die genauen Angaben zum Geldmengenwachstum unter Verschluss zu halten. Es lag im

gesamten Zeitraum über dem Wachstum des amerikanischen Bruttonationaleinkommens (BNE), ab 2006 explodiert es geradezu. Mit dieser immensen Inflationierung des US-Dollar wurde die Immobilienspekulation am Leben gehalten und der Zusammenbruch der Weltkonjunktur hinausgezögert, wobei sich zugleich dessen Dimension vergrößerte.

Ermöglicht wurde dieser geldpolitische Exzess durch die Aufhebung des Goldstandards des US-Dollars. Der Dollar hat nun keinen Bezug zu realen (Waren-) Werten mehr. Er ist sozusagen "sein eigenes Gold", und die Versuchung der US-Notenbanker, den Wunschtraum der mittelalterlichen Alchemisten wahr werden zu lassen und "Gold aus dem Nichts" zu erschaffen, war angesichts der sich zuspitzenden Krisendynamik zu groß.

Eine weitere Methode, das Feuer der platzenden Dot-Com-Blase zu löschen, bestand in der weitestgehenden Deregulierung der Finanzmärkte, mit der die bereits ausführlich geschilderten Widersprüche der spätkapitalistischen Produktionsweise gewissermaßen in den Finanzsektor "verlagert" wurden. Solange die Finanzmärkte fröhlich weiterwucherten, traten ökonomische Stagnation, Überproduktionskrisen, Überakkumulation des Kapitals und die Krise der Arbeitsgesellschaft nicht offen hervor. Zu den wichtigsten Meilensteinen dieses Liberalisierungsprozesses der Finanzmärkte gehörte die Aufhebung des Glass-Steagall Act in 1999, mit dessen Ende auch die Trennung zwischen Kunden- und Investmentbanken beseitigt wurde. Im Jahr 2000 konnte durchgesetzt werden, den Handel mit Derivaten und "Credit Default Swaps" (CDS) von jeglicher Kontrolle auszuschließen. 2004 fielen schließlich die weitere Hürden für die Investmentbanken, da diese nun keine Rücklagen zu bilden verpflichtet waren, um eventuelle Verluste aus ihren Geschäften decken zu können. Hier wurde der Weg für das "Leveraging", für eine hemmungslose Verschuldung der Finanzmarktakteure frei gemacht, die im Zuge der Dollarschwemme der Fed schnell um sich griff.

Es ist wiederum der Fed-Chef Alan Greenspan, der nun für diese Politik der Deregulierung der Finanzmärkte hart kritisiert wird. Hier scheinen ein paar grundsätzliche Bemerkungen angebracht: Wir sollten uns nochmals Sweezys

Metapher von dem Mann in Erinnerung rufen, der einen Tiger zu reiten versucht. Damit wollte der Ökonom das Verhältnis zwischen kapitalistischen Eliten und kapitalistischer Krisendynamik erhellen. Wie uns beispielsweise ein Blick auf die Fortune-500 Liste offenbart, gibt es viele milliardenschwere "hohe Herrn" im kapitalistischen Weltsystem (Damen finden sich in diesem erlauchten Kreis kaum), doch es gibt keine Herrn des Kapitalismus, es gibt niemanden, der das kapitalistische Weltsystem tatsächlich "von außen" lenkt. Selbst die einflussreichsten Milliardäre und mächtigsten Politiker sind der kapitalistischen Gesellschaftsstruktur und ihrem Antriebsprinzip unterworfen, das in der uferlosen Geldvermehrung, in der Investition von Kapitals zur Gewinnmaximierung, besteht.

Für dieses Manöver aus Deregulierung und expansiver Geldpolitik, mit dem die Fed die weitere Kapitalreproduktion im Finanzsektor erfolgreich aufrecht erhalten konnte, etablierte sich der Begriff "The Great Bubble Transfer". Transferiert wurde die Dot-Com-Blase in die Immobilienblase. Im Verlauf dieses Manövers wurden drei Billionen US-Dollar aus den Hightech-Aktienmärkten abgezogen und auf dem Immobilienmarkt reinvestiert.

Nochmals zusammenfassend: Diesen "Tiger" der blinden, kapitalistischen Krisendynamik reitend, versuchten die Verantwortlichen um Greenspan, die Möglichkeiten zur Realisierung von Profiten für die Wall Street zu verbessern, und es wurde nach Wegen gesucht, das ganze System einer defizitfinanzierten Konjunktur mitsamt der globalen "Blasenökonomie" am Laufen zu halten. Der "Bubble Transfer" verschaffte der Weltökonomie tatsächlich noch eine Gnadenfrist von einigen Jahren. Die handelnden Akteure waren somit selber von der Krisendynamik des Kapitalismus getrieben - und sie wählten wie immer die "Flucht nach vorn", hin zu mehr Deregulierung und verstärkter, expansiver Geldpolitik, zum "Bubble-Transfer" in den Immobilienmarkt.

Die Immobilienblase

Die Entwicklung und der genaue Verlauf der Spekulationshausse auf dem US-Immobilienmarkt - wie auch in etlichen anderen Ländern und Regionen - sind bereits vielfach ausführlich und kompetent dargelegt worden, weswegen im

Folgenden nur die wichtigsten Phasen dieser Spekulationsblase - und hier insbesondere deren Verzahnung mit den Finanzmärkten - kurz skizziert werden sollen.

Zwischen dem Beginn der Spekulation im Jahr 2000 und ihrem Höhepunkt 2006 stieg der formelle Nennwert aller US-Immobilien von 110 Prozent des BNE auf über 150 Prozent. Zwischen 2000 und 2005 wuchsen die Immobilienpreise im Landesdurchschnitt um 50 Prozent, wobei zu berücksichtigen ist, dass der US-Markt zweigeteilt war: In der Provinz steht billiges Bauland praktisch unbegrenzt zur Verfügung, die Preise wurden dort von den Baukosten diktiert. Der Boom konzentrierte sich hingegen auf die US-Metropolen und die Küstenregionen des Landes, wo die Preise in den fünf Jahren um durchschnittlich 100 Prozent stiegen.

Ermuntert durch die niedrigen Zinsen und die expansive Geldpolitik der Fed nahmen immer mehr US-Bürger Hypotheken zu variablen Zinssätzen auf, die von den Hypothekenbanken dann zu frei handelbaren Wertpapieren (Mortgage Backed Securities) "verbrieft" wurden. Die zumeist in CDOs (Collateralized debt obligations) gebündelten Hypotheken wurden von den Banken auf den Finanzmärkten weiterverkauft, um wiederum frisches Kapital für neue Hypothekenvergaben zu erhalten. Die Hypothekenbanken interessierten sich nicht allzu sehr für die Finanzkraft des Hypothekennehmers, da mit den CDOs auch das Ausfallrisiko weiterverkauft wurde. Deswegen waren auch die Subprime-Mortgages, die Hypotheken für Kunden mit schlechter Bonität, so beliebt bei den Hypothekenbanken, da diese mit höheren Zinsen (wegen des größeren Ausfallrisikos) einhergingen und somit höhere Provisionen versprachen.

Eine regelrechte Massenproduktion von Subprime-Mortgages setzte innerhalb der Finanzindustrie ein, die durch den Einsatz - von an Betrug grenzenden - Verkaufstechniken des "Predatory Lending" immer mehr Hypotheken absetzen konnte. Um den Wert dieser "Wertpapiere" zu steigern, wurden diese zudem noch gegen das Ausfallrisiko versichert; dies geschah zumeist über die Credit Default Swaps (CDS). Diese von der einstmals größten Versicherung der Welt, der AIG-Gruppe, "erfundenen" Kreditversicherungen wurden wiederum als Wertpapiere auf den Finanzmärkten gehandelt - während die Ratingagenturen von den

Emittenten der Wertpapiere dafür bezahlt wurden, all diesen komplexen "Finanzinstrumenten" die beste Bewertung ("Tripple A") zu verpassen. Es waren diese "Finanzinstrumente", die in die ganze Welt "exportiert" wurden, um die globalen Defizitkreisläufe aufrecht zu erhalten.

Auch dieses Schneeballsystem funktionierte anscheinend blendend, solange die Immobilienpreise immer weiter stiegen. Doch die "Subprime-Hypotheken" waren mit niedrigen Einstiegsraten versehen, um die finanziell schlecht gestellten Hypothekennehmer überhaupt zur Hypothekenaufnahme ködern zu können. Nach einiger Zeit stiegen die Zinsen dramatisch an, so dass immer mehr Zwangsvollstreckungen durchgeführt werden mussten, die einen immer stärkeren Druck auf die Immobilienpreise ausübten. Die Immobilienpreise brachen dann regenrecht ein und es kam schließlich ein wahrer Tsunami an Zwangsvollstreckungen.

Der massive Ausfall von Hypotheken ließ die einstmals umjubelten Finanzinstrumente - wie die CDOs oder die CDS - binnen kürzester Zeit zu Finanzschrott werden, der nahezu unverkäuflich blieb, etlichen Finanzinstituten die Existenz kostete und zu dem berüchtigten "Credit Crunch" führte. Kein Marktteilnehmer konnte mit Sicherheit wissen, welche Mengen dieser Schrottpapiere bei den anderen Finanzinstituten schlummerten, so dass die Kreditvergabe unter den Banken zum Erliegen kam. Jedes Geldhaus hortete sein Bares, da es befürchtete, die vergebenen Kredite im Fall einer Pleite des Kreditnehmers nicht mehr zurückzubekommen. Auch die Kreditvergabe an Privatkunden und vor allem an die reale Ökonomie wurde stark beschnitten.

Dem Platzen der Immobilienblase mitsamt fortdauernder Finanzkrise folgte der Zusammenbruch der realen Ökonomie. Es ist nicht nur der "Credit Crunch", der die reale Ökonomie in den Abgrund zieht, sondern vor allem das plötzliche Ausbleiben der stimulierenden Auswirkungen der Finanzexplosion auf die Industrie. Diese Zusammenhänge sollen im kommenden Kapitel näher beleuchtet werden.

Finanzblasen-Ökonomie

Im Verlauf der an Intensität zunehmenden Immobilienspekulation bildeten sich auch Verflechtungen zwischen Real- und Finanzwirtschaft in einem zuvor nicht gekannten Maß aus. Die verarbeitende Industrie hing sozusagen "am Tropf" der Finanzmärkte, deren spekulative Bewegung die private Konsumnachfrage überhaupt entstehen ließ, die zu einem immer wichtigeren Konjunkturfaktor avancierte.

Zu den stimulierenden Effekten auf die reale Ökonomie, die vom Finanzkapitalismus ausgingen, gehörten selbstverständlich die größtenteils hoch bezahlten Arbeitsplätze im Finanzsektor. Die Wirtschaft der Metropolen des Finanzkapitals, wie beispielsweise New York oder London, ist im Rahmen der besagten, neobliberalen "Trickle-Down-Economy" auf die Konsumfreude von Zehntausenden von Investmentbankern oder Börsenmaklern angewiesen, die mit ihren Ausgaben ein Vielfaches an den mies bezahlten Jobs im Dienstleistungs- oder besser gesagt "Dienstbotensektor" generieren.

Die Immobilienblase brachte auch einen weiteren, bei der Hightech-Blase in dem Ausmaß nicht auftretenden Effekt mit sich, der zur Konjunkturbelebung führte. Im Verlauf der auf irrealen Profiterwartungen fußenden Spekulation wurden reale Häuser gebaut, so dass die Bauwirtschaft einen starken Aufschwung erlebte und aufgrund ihres arbeitsintensiven Charakters sowie ihrer Verflechtung mit vielen Zulieferindustrien auf die gesamten Ökonomie stimulierend wirkte. Eine von solch einer spekulativ angeheizten "Baukonjunktur" dominierte ökonomische Struktur fand sich nicht nur in den Vereinigten Staaten. Die entsprechenden Immobilienblasen bildeten sich unter anderem auch in Großbritannien, Spanien und weiten Teilen Osteuropas aus. Die enorme Auswirkung dieses Baubooms auf die Gesamtökonomie der betroffenen Volkswirtschaften beschrieb der Krisentheoretiker Robert Kurz am Beispiel Spaniens bereits 2005:

»Wenn allein die spekulative Bautätigkeit in Spanien inzwischen 18 Prozent des Bruttosozialprodukts ausmacht, kann man die Gesamtdimension der Rückkoppelung des "fiktiven Kapitals" auf die Realwirtschaft ermessen.«
Robert Kurz, "Das Weltkapital"

Schließlich kam der während der Hightech-Blase beobachtete "Wealth-Effect" in leicht modifizierter Form auch im Verlauf der Immobilienspekulation massiv zum Vorschein. Die beständig steigenden Preise ihrer Immobilien verführten viele Mitglieder der amerikanischen Mittelklasse dazu, Hypotheken auf ihre Häuser aufzunehmen und das so "gewonnene" Geld für Konsumgüter aufzuwenden. Hierbei handelte es sich um Größenordnungen von mehreren hundert Milliarden Dollar, die so dem US-amerikanischen Binnenmarkt zugeführt wurden und so die globalen Defizitkreisläufe am Laufen hielten.

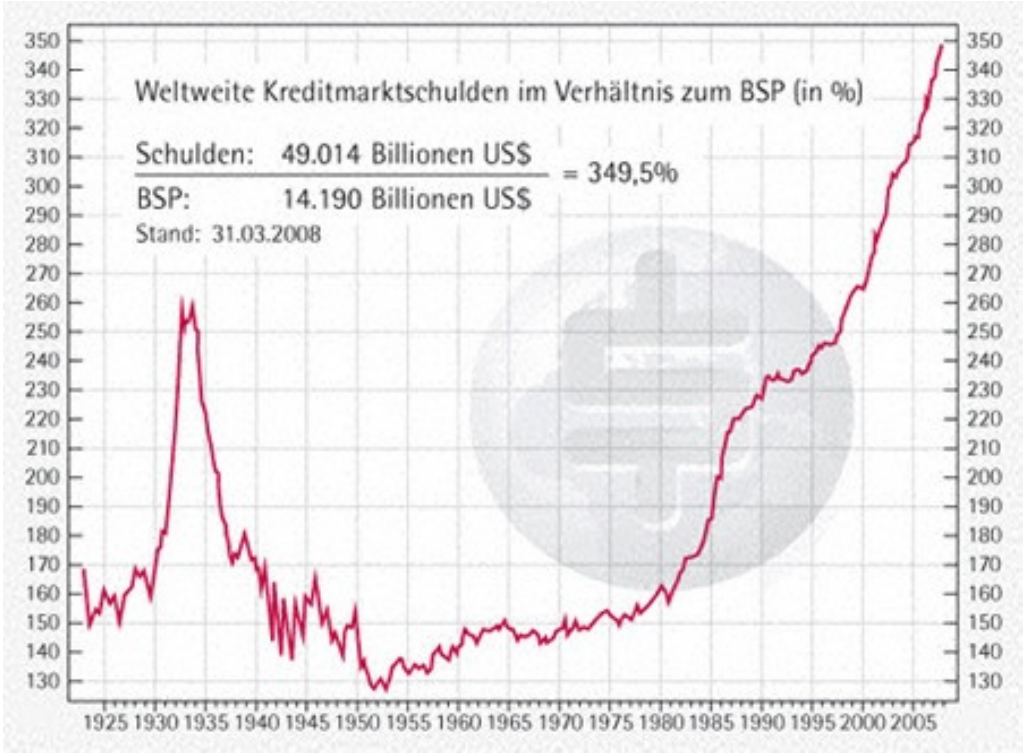
Das Gegenstück zu dem Aktienzocker der Hightech-Spekulation waren während der Immobilienblase die sogenannten "Flipper". Diese oftmals der US-Mittelklasse angehörenden Menschen kauften während des Booms Häuser, um sie nach einer mehr oder minder gründlichen Renovierung mit Gewinn wieder veräußern zu können. Ähnlich den Gewinnen aus Aktienerlösen ging ein Teil dieser so generierten - oder oftmals nur imaginierten - Einkommenszuwächse als "Wealth-Effect" in den Konsum.

Ein weiteres Merkmal der von den Finanzmärkten angetriebenen Marktwirtschaft in den USA ist folglich die immer weiter zunehmende Bedeutung des Konsums, der vor allem in den letzten Jahren für einen Großteil der wirtschaftlichen Dynamik der Weltwirtschaft verantwortlich war. So kletterten die Konsumausgaben in den USA von 62 Prozent des BNE im Jahr 1980 auf 70 Prozent zu Beginn des 21. Jahrhunderts. Diese permanent - allen Finanzkrisen und platzenden Blasen zum Trotz - zunehmende Bedeutung des Konsums kann nicht nur auf den "Wealth-Effect" zurückgeführt werden, da der auf "irrealen" Gewinnerwartungen durch Aktien- oder Immobilienspekulation fußende Konsum in Zeiten einer platzenden Spekulationsblase zusammenbrechen müsste. Der "Wealth-Effect" ist ja nichts anderes als die Illusion zunehmenden Reichtums, die schließlich wie ein Traumbild "zerplatzt".

Auch kann die Lohnentwicklung in den USA nicht zur Erklärung dieses Phänomens herangezogen werden, da die realen Löhne zwischen New York und Los Angeles in den vergangenen Jahrzehnten nicht gestiegen sind. Inflationsbereinigt erklommen die US-Durchschnittslöhne laut dem Journalisten

David Cay 1973 mit 33 000 Dollar ihren Gipfel, während es nun unter Herausrechnung aller statistischen Verzerrungen an die 29 000 Dollar sind.

Was trieb nun die obig dargelegte "Finanzblasen-Ökonomie" mitsamt der globalen Defizitkreisläufe über solch einen langen Zeitraum "im Innersten" an? Ein Blick auf die Verschuldung der Vereinigten Staaten lüftet den Schleier.



Verschuldung in Relation zum BNE bzw. BSP der USA

Inzwischen ist die Gesamtverschuldung der USA in wahnwitzige Dimensionen vorgerückt, die absolut keine Parallelen in der Wirtschaftsgeschichte dieser größten Volkswirtschaft der Welt aufweisen. Wie aus der Grafik ersichtlich wird, standen die Vereinigten Staaten am 31. März 2008 mit 350 Prozent ihrer jährlichen Gesamtwirtschaftsleistung in der Kreide! Im gesamten "Goldenen Zeitalter" des Kapitalismus, also zwischen den 1950er und 1970er Jahren, bewegte sich die US-Gesamtschuld zwischen 130 und 160 Prozent des BNE. Erst ab den 1980erJahren,

in Zusammenhang mit der neoliberalen Offensive, explodierte die Verschuldung innerhalb von knappen drei Jahrzehnten auf die genannten 350 Prozent.

Um die ungeheureren Dimensionen dieses Schuldenbergs zu erfassen, genügt ein Blick auf die explodierende Verschuldung während der 1929 ausgebrochenen, bislang schwersten Wirtschaftskrise in der Geschichte des kapitalistischen Weltsystems. Diese ging 1933 mit einem Schuldenberg von 270 Prozent des BNE einher. 1929 betrug die Verschuldung noch moderate 170 Prozent des BNE, doch aufgrund der Konjunkturprogramme des "New Deal" und des fallenden BNE im Zuge der Depression verschlechterte sich diese Relation zusehends.

Wir haben aber unsere Rezession noch vor uns und die gesamten Ausgaben zur "Stabilisierung" der Finanzmärkte sind in der derzeitigen Verschuldung von 350 Prozent des BNE noch nicht eingerechnet. Somit dürfte dieser Wert noch viel stärker steigen. Die Gesamtverschuldung der USA wird bald mit 44 Billionen Dollar dem Weltbruttosozialprodukt entsprechen, resümierte der Sozialwissenschaftler John Bellamy Foster bereits Mitte 2007. Angesichts dieser Dimensionen zu glauben, der Finanzkrise sei dank eines "Bailouts" von läppischen 700 Milliarden US-Dollar beizukommen, ist schlicht illusionär.

Allein im Jahr 2005, auf dem Höhepunkt der letzten Immobilienspekulation, steigerten die privaten US-Haushalte ihre Verschuldung um 11,7 Prozent auf die schwindelerregende Summe von 11,5 Billionen Dollar. Dies war die höchste Verschuldungsrate seit 1985, als die damalige Immobilienblase kurz vor dem Zusammenbruch stand und zu der erwähnten Sparkassenkrise führte. Weder die Verschuldung der US-Unternehmen (plus 7.8 Prozent auf 8.4 Billionen) noch die Staatsschulden der Vereinigten Staaten (sieben Prozent plus auf ca. neun Billionen) stiegen in solch einem hohen Tempo wie die private Kreditaufnahme. Die Lohnabhängigen der USA, die seit Jahrzehnten mit stagnierenden Löhnen zu kämpfen haben, wurden so zu einer wahren Goldgrube des gesamten kapitalistischen Weltsystems. Richard Wolff , Ökonomieprofessor an der University of Massachusetts in Amherst, erläuterte bei einer Vorlesung die Funktionsweise dieser globalen Schuldenmaschine:

»Da die Arbeitgeber erfolgreich Lohnsteigerungen verhindern konnten, bestand der einzig gangbare Weg, die stetig wachsende Warenproduktion auch abzusetzen, im Verleihen des Geldes an die Arbeiter, damit diese mehr kaufen konnten. Die Unternehmen investierten ihre Profite in den Aufkauf von Wertpapieren, in denen Hypotheken von Arbeitern, Autokredite, und Kreditkartenschulden verbrieft waren. Die Besitzer dieser Sicherheiten hatten dadurch Anrecht auf Teile der monatlichen Ratenzahlungen, die die Arbeiter zu leisten hatten. Im Endeffekt zahlten sich die Extraprofite, die von den Arbeitgebern durch die weiterhin niedrigen Löhne erzielt wurden, doppelt aus, da sie diese Profite als Kredite an die Arbeiter weitergaben und hierfür nochmals saftige Zinsen kassierten. Was für ein System!«

Richard Wolff

Wie wir sehen können, gingen Lohndumping und die "Markterweiterung" durch die Finanzbrache vermittels Schuldenexplosion Hand in Hand. Man könnte dieses System auch als eine Art "privatisierten Keynesianismus" bezeichnen, in dem US-Bürger mit ihrem "deficit spending" die Konjunktur stützen. Dasselbe tat im Endeffekt der amerikanische Staat, dessen Verschuldung ebenfalls längst astronomische Höhen erreicht hat. Global war dieses System deswegen, weil dieser schuldenfinanzierte Nachfrageboom im Zentrum der globalen Defizitkreisläufe stand, die auch die Volkswirtschaften in Südostasien oder Europa über Wasser hielten. Es ist dieses auf Pump betriebene, weltwirtschaftliche Perpetuum Mobile, dass im Zentrum der "Finanzblasen-Ökonomie" stand im Zuge der Finanzkrise zum Erliegen kam.

Der die Gemüter erhitzenden Autokrise in Deutschland und den USA werden mit Sicherheit noch weitere Verwerfungen folgen: Denn nun sind die avancierten Volkswirtschaften wieder den erwähnten, in einer massiven Überproduktionskrise sich äußernden Widersprüchen der spätkapitalistischen Produktionsweise (der Krise der Arbeitsgesellschaft) direkt ausgesetzt, die vormals mittels Schuldenbau im Finanzsektor "verschwunden" waren. Deutschlands Industrie profitierte übrigens als magersüchtiger Exportweltmeister von der globalen Defizitkonjunktur im besonderen Ausmaß. Harzt IV diente ja gerade der Zurichtung der deutschen Gesellschaft an die Interessen der deutschen Industrie, deren Exportoffensive im

Rahmen der globalen Defizitkreisläufe eine komplementäre Funktion zum steigenden Handelsdefizit der USA einnahm.

Es sei noch erwähnt, dass diese im Zuge des sich durchsetzenden Finanzkapitalismus entstandene Finanzblasen-Ökonomie seit der Deregulierung in den 1980er Jahren zu ca. 100 mehr oder weniger schwerwiegenden Krisen und Spekulationen rund um den Globus geführt hat. Neben den bereits erwähnten Verwerfungen zeitigten die mexikanische Finanzkrise von 1994/95, die Asienkrise 1997/98, der russische Finanzkrach von 1998 und der Zusammenbruch Argentiniens 2002 besonders verheerende Folgen für die betroffenen Volkswirtschaften.

Im Land der Fantastillionen - Die Ausmaße des Finanzkapitalismus

Die globale Defizitkonjunktur lebte, wie beschrieben, als Anhängsel der explosionsartig wachsenden Finanzmärkte, sie bildete sozusagen deren Wurmfortsatz. Dieses oberflächlich betrachtet unwahrscheinliche Verhältnis zwischen der globalen realen Wirtschaft und der Finanzsphäre war nur aufgrund der astronomischen Dimensionen möglich, in welche die permanent wuchernden und mutierenden Finanzmärkte vorstießen.

Doch bevor wir uns an eine Quantifizierung der Finanzkapitalismus machen, sollte noch die innere Struktur dieser Expansionsbewegung des Finanzkapitals geklärt werden. Wie schon erwähnt, werden reale, die Form von Waren annehmende Werte nur vermittels der Verausgabung menschlicher Arbeitskraft erzeugt, so dass innerhalb der Finanzbranche eigentlich kein neues Kapital, keine neuen Werte erzeugt werden können - es handelt sich um ein Nullsummenspiel, bei dem der Reichtum den Besitzer wechseln kann, aber kein neuer entsteht. Woher also die Expansion der Finanzmärkte?

Die Finanzmärkte brauchen immer neuen "Brennstoff" an frischem Kapital, um ihr Wachstum, um die besagte "Finanzexplosion", aufrecht erhalten zu können. Im Zuge der neolibaralen Reformen strömte seit den 1980er Jahren Kapital aus der realen Wirtschaft in den Finanzsektor, da dort höhere Gewinne realisiert werden

konnten. Später, ab der Popularisierung der Börsenspekulation in den 1990er Jahren, investierte auch die Mittelklasse ihre Ersparnisse zunehmend in Aktien und Wertpapieren. Die wachsende soziale Spaltung in nahezu allen Volkswirtschaften führte zu einer raschen Vermehrung wohlhabender "Investoren", die sich ebenfalls auf den Finanzmärkten engagierten. Die Privatisierung der Sozialsysteme verschaffte der Finanzbranche einen weiteren Wachstumsschub, da nun beispielsweise die Rentenfonds im Finanzsektor auf Renditejagd gingen. Schließlich bildete die Verschuldung von Privathaushalten den Unternehmen und dem Staat eine weitere Einnahmequelle für das Finanzkapital.

Voraussetzung dieser massiven Verschuldung war eine Politik niedriger Zinsen, die Kreditvergaben erleichterte. Im Endeffekt war es also gerade die im vorletzten Kapitel ("Löschen mit Benzin") geschilderte expansive Geldpolitik der Fed, die als der wichtigste Brennstoff der Finanzmärkte fungierte. Durch niedrige Zinsen und der damit einhergehenden Erweiterung der Geldmenge wurde anscheinend "Reichtum per Knopfdruck", allein durch Betätigung der Notenpressen, geschaffen, da der Dollar durch die Aufhebung der Goldbindung zu "seinem eigenen Gold" wurde.

Es wurde so eine creatio ex nihilo, eine "Erschaffung aus dem Nichts", von rein fiktivem - da durch keine Wertschöpfung in realer Produktion gedecktem - Kapital vollführt. Diese Voodoo-Ökonomie flankierte die galoppierende Verschuldung und führte maßgeblich - ähnlich der Inflation der Immobilienpreise - zu einer Inflation von Aktienpreisen und Wertpapieren aller Art. Die Ausmaße dieses aufgeblähten finanzkapitalistischen Wasserkopfes, der auf der realen Ökonomie fußte und diese am Leben erhielt, sind in der Tat "astronomisch", wie es der Philosoph István Mészáros bezeichnete:

» *Wie können wir uns all diese Billionen vorstellen? Eine Billion Jahre, das ist schon das Hundertfache des Alters unseres Universums. Das zeigt doch, worüber wir hier sprechen, wir sprechen hier nicht über die Währung einer Bananenrepublik, sondern über den allmächtigen US-Dollar, über die bevorzugte Währung aller wichtigen Transaktionen. Wie viel spekulatives Geld bewegt sich nun um den Globus? Laut*

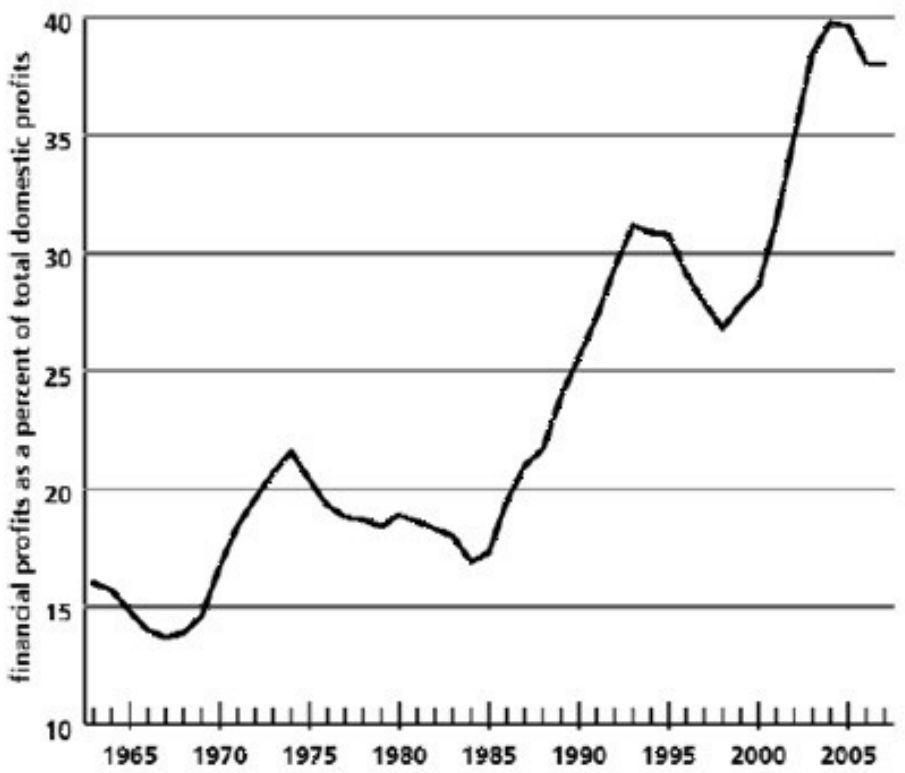
einer Analyse der Mitsubishi UFJ Asset Management Gruppe beträgt das Ausmaß der realen Ökonomie, in der Waren und Dienstleistungen gehandelt werden, 48,1 Billionen Dollar. Auf der anderen Seite beträgt die Größe der globalen Finanzökonomie, die totale Menge an Aktien, Sicherheiten und Depositen, 151,8 Billionen US-Dollar. Die Finanzwirtschaft ist so auf mehr als die dreifache Größe der realen Ökonomie angeschwollen. ... Die Krise von 1929 ist relativ klein im Vergleich zu dem, was wir heute haben.«

István Mészáros

Tatsächlich scheint es geboten, die eigentlich unvorstellbaren Dimensionen des Finanzkapitalismus am besten in Relation zur realen Ökonomie erfassen. Das Verhältnis zwischen dem Gesamtumsatz der US-Finanzmärkte und dem Bruttonationaleinkommen der Vereinigten Staaten ist in diesem Zusammenhang besonders erhellend für die seit den letzten Jahrzehnten voranschreitende, "finanzielle Explosion". So entsprach das amerikanische BNE in 1960 noch 66,2 Prozent aller Umsätze der US-Finanzmärkte. 1970 fiel dieser Anteil auf 37,8 Prozent, 1980 waren es noch 15,7 und ein Jahrzehnt später nur noch 2,6 Prozent. Im Jahr 2000 betrug die Summe aller in einem Jahr hergestellten Güter und Dienstleistungen der größten Volkswirtschaft der Welt gerade einmal 1,9 Prozent der Umsätze der US-Finanzmärkte! Damit wird deutlich, wie sehr auch die spekulative Bewegung im Zuge des Finanzkapitalismus zunahm. Bei diesen Relationen ist es kein Wunder, dass der "Wealth Effect", die "paar Cent pro Dollar" fiktiver Wertsteigerung, die in die reale Ökonomie gingen, diese auch am Laufen erhalten konnte. Die mit der Kreation und Verbreitung von Derivaten einhergehende Explosion zog sich durch alle Bereiche des Finanzsektors, wie der Soziologe John Bellamy Foster erläuterte:

»Der durchschnittliche tägliche Umsatz bei Devisentransaktionen steig von 570 Milliarden Dollar in 1989 auf 2,7 Billionen in 2006. Seit 2001 wuchs der globale Markt für Derivate (der globale Markt für Instrumente zum Risikotransfer) um über 100 Prozent jährlich. Von relativ geringer Bedeutung zu beginn des Millennium, blähte sich der totale Nennwert der global gehandelten Kreditderivate auf 26 Billionen im ersten Halbjahr 2006 auf.«

Nicht anders sieht es bei den im Finanzsektor und in der realen Ökonomie realisierten Gewinnen . Auch hier sind die Profite des Finanzkapitals mit drei Prozent des BNE längst höher als im produzierenden Gewerbe, dessen Gewinne bei zwei Prozent liegen. Folgende Grafik verdeutlicht den langfristigen Anstieg des Anteils der im Finanzsektor erzielten Gewinne an den Gesamtprofiten in den USA, die im Zuge des sich entfaltenden Finanzkapitalismus von ca. 17 Prozent in 1985 auf nahezu 40 Prozent anstiegen:



Anteil der Profite des Finanzsektor an den Gesamtprofiten in den USA Grafik: Monthly Review

Ein wichtiger Hebel, mit dem solch stürmisch steigende Profite realisieren worden sind, bezeichnet man im Banker-Neusprech als "Leverage". Damit ist der Grad an Verschuldung gemeint, mit dem ein Marktteilnehmer operiert. Diese weit

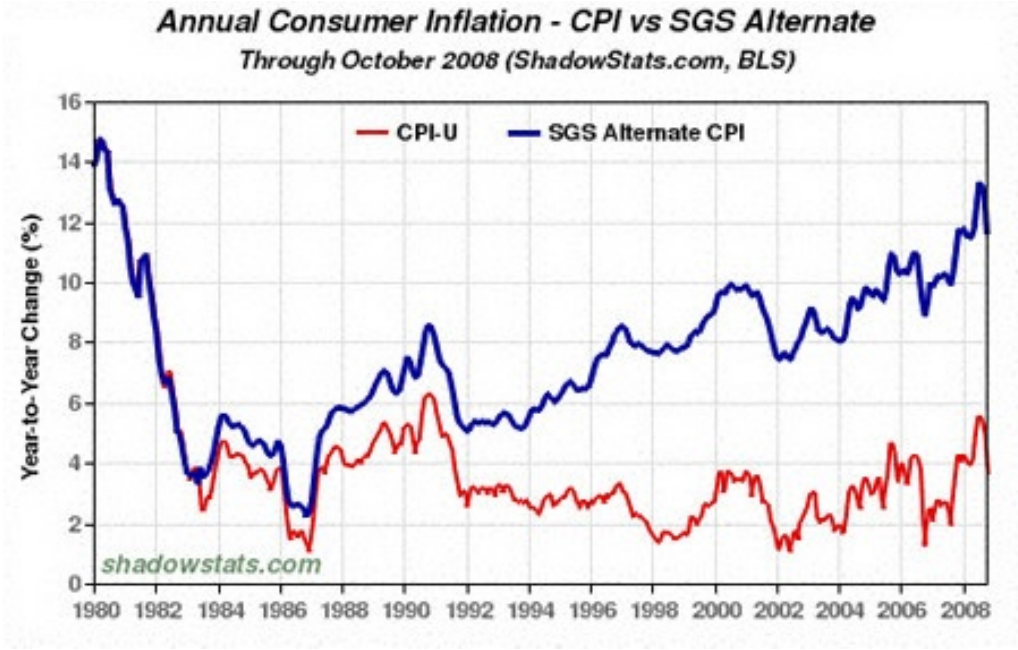
verbreitete Praxis des "Leverage" hatte ebenfalls die expansive Geldpolitik der Fed zu Voraussetzung, die nicht nur die Verschuldung der Privathaushalte beförderte, sondern auch innerhalb der Finanzbranche selber zum exzessiven Einsatz von Fremdkapital führte. Dank der Dollarflut konnten beispielsweise die Private-Equity-Firmen 2006 das 15-Fache des eigenen Kapitaleinsatzes mobilisieren.

Die Verschuldung konnte selbst bei Marktschwergewichten regelrecht absurde Dimensionen annehmen, wie István Mészáros am Beispiel der Hypothekenfinanzierer Fannie Mae und Freddie Mac illustrierte. Demnach betrug das Eigenkapital beider Giganten des Immobilienmarktes 83,2 Milliarden US-Dollar gegen Ende 2007, wohingegensich die Schulden, Garantien und sonstigen Verpflichtungen dieser Unternehmen auf 5,2 Billionen Dollar beliefen. Dies ist eine Relation zwischen Eigenkapital und Schulden von 1:65 - bei einem der wichtigsten und größten Hypothekenfinanzierer der Welt!

Anhand dieser Relationen müsste klar werden, welche Mengen an "heißer Luft", an von den Notenbanken vermittels Dollarflut generierten "fiktiven Kapital" in das Finanzsystem injiziert wurden. So absurd es scheint - es war diese "heiße Luft" allseitiger ausufernder Verschuldung, die das marode, spätkapitalistische Weltsystem am Laufen erhielt.

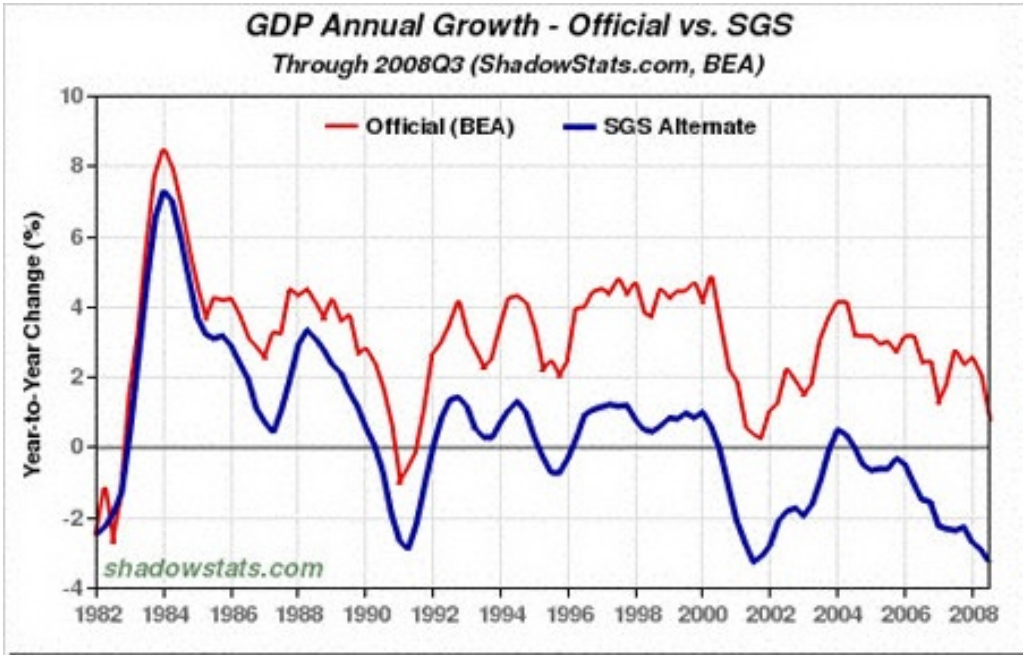
Exkurs: Unsere Potemkinschen Dörfer

Irgendwann reichten selbst die größten Injektionen an frischgedruckten US-Dollar nicht mehr aus, um die Fassade eines dynamischen kapitalistischen Systems aufrecht zu erhalten, so dass mit fortschreitender Finanzialisierung die Versuchung zunahm, der grauen Realität statistisch auf die Sprünge zu helfen. Wir haben schon die statistischen Verzerrungen der deutschen und amerikanischen Arbeitslosenquote kennengelernt, wie auch das zu einem Staatsgeheimnis avancierte Geldmengenwachstum in den USA. Das Statistik-Portal shadowstats.com zeigt aber noch die Manipulation bei der Inflationsrate,



Inflationsrate USA. Grafik: Shadowstats.com

sowie bei dem Wirtschaftswachstum auf.



Wirtschaftswachstum USA. Grafik: Shadowstats.com

Das Bild eines kerngesunden Kapitalismus verflüchtigt sich ganz schnell, sobald diese alternativen Daten in Betracht gezogen werden. Stattdessen scheint die bereits diskutierte These von der Stagnation der entwickelten kapitalistischen Gesellschaften an Plausibilität zu gewinnen.

In Deutschland sieht es im Übrigen nicht viel besser aus, da die "gefühlte Inflation" - die in Verkehrung dieses orwellschen Begriffs eigentlich als reale Inflation gelten müsste - immer oberhalb der "offiziellen" Inflationsrate liegt. Die Schönfärberei stieß mit Ausbruch der Finanzkrise in absurde Dimensionen vor, wie die 2008 beschlossenen Änderungen bei den Bilanzregeln für die Bankenbranche beweisen. Künftig dürfen Banken und Versicherungen ihre Wertpapiere zum Kaufpreis verbuchen, und nicht zum aktuellen Marktpreis. Ein Teilnehmer des Welt-Forums kommentierte diese "Reform" der Bilanzierungsregeln treffend:

» *Was heute noch strafbar ist und zur Nichtigkeit der Bilanzen führt (§§ 256 Abs. 5 Nr. 1 AktG, 331 Nr. 1 HGB), nämlich die Überbewertung von Aktivposten, soll in*

Zukunft das Heil bringen? Nichts anderes ist nämlich die Bewertung zu Kaufkursen, wenn die Marktpreise darunter liegen. Oder ist es sinnvoll, dass ein Aktionär die Aktie der Deutschen Bank heute mit EUR 120, wie er die Aktie gekauft hat, bewertet, anstatt mit dem heutigen Börsenkurs von 30? Diese neuen Regelungen färben lediglich in drastischer Weise schön und werden dazu führen, dass längst bankrotte Unternehmen weitermachen dürfen. Marode Unternehmen werden an ihren Bilanzen nicht mehr zu erkennen sein. Damit ist der Grundstein für die nächste Katastrophe in zehn Jahren gelegt.«

Solche desperaten "Reformen" erinnern frappierend an die Endphase der staatssozialistischen Länder, wie etwa der DDR oder der Sowjetunion. Deren offizielle Statistiken wiesen auch selbst noch 1985 unaufhörliche Wirtschaftserfolge aus, während die Volkswirtschaften tatsächlich in Stagnation versanken.

Zusammenfassung und Ausblick

Wir sind nun in der Lage, die anfangs gestellten Fragen nach den Ursachen der kommenden Weltwirtschaftskrise zu beantworten. Die Deregulierung der Finanzmärkte beförderte tatsächlich die "finanzielle Explosion" der letzten Jahrzehnte, doch haben gerade diese wild wuchernden Finanzmärkte die von Stagnation bedrohte reale Ökonomie am Laufen erhalten. Die "Gier" von Spekulanten nach dem höchstmöglichen Profit anzuprangern, ist ungefähr so sinnvoll, wie sich über den Gestank eines Misthaufens zu beschweren - beides liegt in der Natur der Sache. Die Jagd nach dem höchsten Profit, nach der Maximierung von Gewinnen vermittels Investitionen in Produktion oder Spekulation, bildet das innerste Wesen, den Selbstzweck des kapitalistischen Systems.

Die Eigenschaft des kapitalistischen Systems, die Kritiker wie Befürworter gleichermaßen fasziniert, ist die permanente, konkurrenzgetriebene Umwälzung der technischen Voraussetzungen der Produktion, der unaufhörliche Fortschritt der Produktionsmittel. Derjenige Unternehmer, der die neueste Technik in der Produktion anwenden kann, erwirtschaftet auch die höchsten Gewinne, indem mit weniger Menschen in kürzerer Zeit viel mehr Produkte hergestellt werden.

Diese permanent voranschreitende "Revolution der Produktivkräfte" bringt den Abbau von Beschäftigung in einem gegebenen Industriezweig mit sich. Solange neue Industriezweige weitere Beschäftigung kreieren, bleibt das Gesamtsystem im Gleichgewicht. Doch spätestens seit den 80ern löst die technische Revolution in der Mikroelektronik und Informationstechnik einen derartigen Produktivitätsschub aus, dass die Rechnung nun nicht mehr aufgeht. Automatisierung und Rationalisierung in der gesamten Wirtschaft machen viel mehr Arbeitsplätze überflüssig, als in der IT-Branche entstehen. "Autos kaufen keine Autos." Dies Henry Ford zugeschriebene Zitat, das eine nachfrageorientierte keynesianische Politik impliziert, kann auf die heutige Situation nur bedingt angewendet werden, in der die Industriearbeiterschaft rapide sinkt und das Heer der Prekären und Arbeitslosen von Konjunkturzyklus zu Konjunkturzyklus anschwillt. Technischer Fortschritt der Produktivkräfte, die potentielle Grundlage einer allgemeinen Bedürfnisbefriedigung aller Gesellschaftsmitglieder, wandelt sich unter kapitalistischen Produktionsbedingungen zu einer Geißel der Menschheit, die Elend, Hunger, Marginalisierung bewirkt.

Somit entstehen Berge an unverkäuflichen Waren (Überproduktion), Unmengen an brachliegendem Kapital (Überakkumulation) und die ab den 70ern auftauchende Massenarbeitslosigkeit. Auf anscheinend magische Weise löst der Finanzkapitalismus mitsamt der sich etablierenden Blasenökonomie dieses spätkapitalistische Dilemma. Die wild wuchernden Finanzmärkte nehmen das überschüssige Kapital auf, die während der Boomphasen diverser Spekulationsblasen generierten Gewinne sorgen hingegen für kaufkräftige - aber auch fiktive, kreditfinanzierte - Nachfrage. Die globalen Defizitkreisläufe, mit den USA als einem sich immer weiter verschuldenden Zentrum, nehmen die Überschussproduktion von exportorientierten Ländern wie China, Japan oder auch Deutschland auf.

Mit dem Zusammenbruch der Immobilienblase kommen auch diese defizitgetriebenen, globalen Konjunkturkreisläufe zum Stillstand. Sie sollten angesichts der astronomischen Verschuldung, auf der sie im Endeffekt basierten, auch nicht mehr wieder in Gang gesetzt werden. Der Abbau des US-

Schuldenberges scheint eigentlich nur durch eine Hyperinflation machbar. Was jetzt stattfindet, ist nichts weniger als eine fundamentale, strukturelle Krise des Zentrums des kapitalistischen Weltsystems. Die Industrie und die produzierende Wirtschaft sind auf sich selbst zurückgeworfen, da die stimulierenden Effekte des Finanzkapitalismus ausbleiben. Eine Überproduktionskrise von gigantischem Ausmaß kündigt sich an.

Ein "Zurück" zum bereits in den 1970er Jahren in der Krise befindlichen Keynesianismus, zu massiven Konjunkturprogrammen, wird ebenso wirkungslos bleiben wie eine erneute Regulierung der Finanzmärkte. Genauso könnte man einem Krebskranken mit Hustenbonbons zu heilen versuchen. Der immer weiter fortschreitende wissenschaftlich-technische Fortschritt macht immer mehr Menschen in der Reproduktion unserer Gesellschaft "überflüssig", er führt zu der "Krise der Arbeitsgesellschaft".

Der US-amerikanische Sozialwissenschaftler Immanuel Wallerstein beschrieb diese "Ära des Übergangs" und wagte einen Ausblick auf die künftige Entwicklung des Weltsystems:

»*Die unmittelbaren Konsequenzen bestehen aus starken chaotischen Turbulenzen, die unser Weltsystem im Moment durchlebt und noch für vielleicht 20 bis 50 weitere Jahre durchleben wird. Während alle in die Richtung drücken, die sie als die derzeit vorteilhafteste ansehen, wird eine neue Ordnung aus dem Chaos auftauchen, die entlang eines oder zweier verschiedener Pfade verlaufen wird.*

Wir können mit Zuversicht behaupten, dass das derzeitige System nicht überleben kann. Was wir nicht vorhersagen können, ist die Ordnung, die gewählt wird, um es zu ersetzen, weil dies ein Ergebnis von nahezu unendlichen individuellen Anstrengungen sein wird. Aber früher oder später wird ein neues System installiert werden. Es wird nicht das kapitalistische System sein, und es könnte auch viel schlimmer werden (sogar noch polarisierender und hierarchischer), oder auch viel besser (relativ demokratisch und relativ egalitär) als das derzeitige System. Die Auswahl eines neuen Systems ist der wichtigste globale politische Kampf unseres Zeitalters.«

Immanuel Wallerstein

Eine Gnadenfrist für das in Agonie liegende, kapitalistische Weltsystem könnte noch das Heraufziehen einer neuen Schlüsseltechnologie bringen, die Massenbeschäftigung generieren und eine "lange Konjunkturwelle" im Sinne Kondratjews initiieren würde. Die klügsten US-Politiker sehen diese Möglichkeit in dem forcierten Ausbau regenerativer Energien, der mit einer umfassenden, arbeitsintensiven Transformation der gesamten energetischen Basis der Vereinigten Staaten einhergehen würde.

3.3 Happy Birthday, Schweinesystem!

Deutschlands Eliten aus Wirtschaft und Staat haben allen Grund, das zehnjährige Jubiläum ihrer Agenda 2010 zu feiern. Für die Lohnabhängigen ist es hingegen der Jahrestag einer historischen Niederlage

"Wer sich vorm Arbeiten drückt, muss mit Sanktionen rechnen." Altkanzler Gerhard Schröder durfte im März 2013 anlässlich des zehnten Jahrestages der Agenda 2010 in der BILD-Zeitung nochmals die wichtigste Parole von sich geben, mit der seine Koalitionsregierung aus SPD und Grünen den größten Sozialkahlschlag in der Geschichte der Bundesrepublik gegen eine breite Oppositionsbewegung durchsetzte. Im Deutschen Bundestag mussten die Sozialdemokraten mitsamt ihren Juniorpartnern aus der Partei der "Grünen" hingegen keinen Widerstand fürchten, da die Agenda von der CDU wie der FDP unterstützt wurde.

Folglich setzte im März 2013 das ganz große mediale Schulterklopfen bei fast allen Beteiligten ein. Die Bundestagsfraktion bereitete Schröder bei einer Visite einen begeisterten Empfang, der zuletzt auch noch "weiteren Mut" zur Durchsetzung einer "Agenda 2020" forderte. Auch Unions-Fraktionsvorsitzender Volker Kauder lobte die von Rot-Grün durchgesetzten Strukturreformen, die er als die Grundlage "des heutigen wirtschaftlichen Erfolges Deutschlands" bezeichnete. Diverse Unionspolitiker, wie etwa Finanzminister Wolfgang Schäuble, konnten der SPD nur vorwerfen, im derzeitigen Vorwahlkampf von der damaligen Agenda-Politik verbal abgerückt zu sein.



Gerhard Schröder im Wahlkampf 2005. Bild: André Zahn/CC-BY-SA-2.0

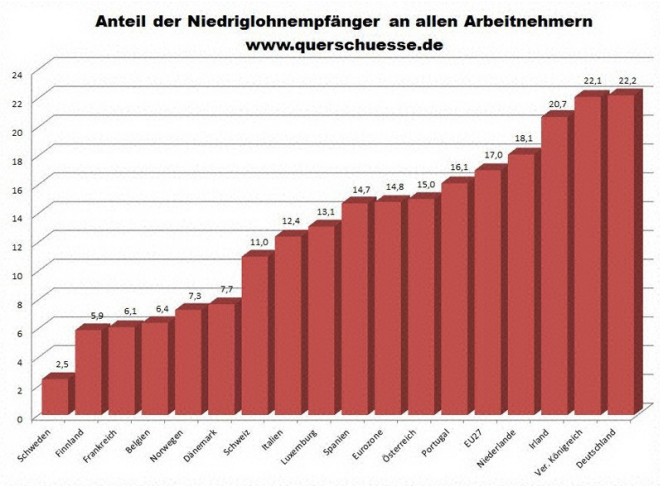
Mit der Agenda 2010 leitete diese ganz große Koalition die bislang größte und erfolgreichste Offensive gegen die kümmerlichen zivilisatorischen Mindeststandards ein, die dem bundesrepublikanischen Kapitalismus in den Nachkriegsjahrzehnten mühsam abgetrotzt werden konnten. Form und Inhalt kamen bei der Durchsetzung des auf gesamtgesellschaftliche Konkurrenzoptimierung ausgerichteten Maßnahmenpaketes, das wohl die wichtigste wirtschafts- und sozialpolitische Zäsur in der deutschen Nachkriegsgeschichte markiert, zu einer totalen Übereinstimmung: Ausgebrütet hinter verschlossenen Türen von Kapitallobbygruppen wie der Bertelsmannstiftung und Unternehmensberatern wie McKinsey, die im öffentlichen Diskurs beständig als "unabhängige Experten" firmierten, zielten die Reformen letztendlich auf die Unterwerfung aller Lebensbereiche unter eine betriebswirtschaftliche Logik.

Die Wirtschaft ging daran, die Gesellschaft bewusst nach ihrem Ebenbild

umzuformen. Die Bundesrepublik sollte wie ein Unternehmen geführt, zur "Deutschland AG" zugerichtet werden. Alle Gesellschaftssphären - von der Bildung über die Krankenversorgung, das Rentensystem und den Sozialstaat bis hin zur Familienpolitik - wurden einem gnadenlosen Kosten-Nutzen-Kalkül unterzogen. Ein totalitärer Ökonomismus strebte die Eliminierung aller als Kostenfaktoren identifizierten Bereiche und Strukturen an, die die fetischisierte Wettbewerbsfähigkeit des "Wirtschaftsstandortes Deutschland" zu unterminieren schienen. In einer flankierenden jahrelangen Kampagne überbot sich die Presse in der Identifizierung "verkrusteter Strukturen" und uneinsichtiger "Besitzstandswahrer". Mit der Agenda 2010 wurde insbesondere die zügellose Hetze gegen Arbeitslose in den Massenmedien forciert und in der Öffentlichkeit etabliert.

Die Agenda 2010 mitsamt den Hartz-Arbeitsgesetzen zielte auf die Absenkung des Preises der Ware Arbeitskraft, die Verschärfung des Arbeitsregimes, die umfassende Prekarisierung des Arbeitslebens sowie die Entrechtung und Entmachtung der Lohnabhängigen in Deutschland. Es ist kein Zufall, dass der damals in der Bundesrepublik umgesetzte Demokratie- und Sozialabbau den heutzutage in Südeuropa durchgepeitschten Sparterror zum Verwechseln ähnelt. Die Enteignung und Entrechtung der Lohnabhängigen vollzog sich unter anderem durch die Senkung der öffentlich als "Lohnnebenkosten" bezeichneten Einkommensanteile, durch massive Leistungskürzungen in der Krankenversicherung, die Aushöhlung des Rentensystems oder die berüchtigten "Lockerungen" des Kündigungsschutzes, die den Ausbau von Leiharbeit in einem Niedriglohnsektor beförderten.

Den durchschlagenden Erfolg dieser von SPD und "Grünen" durchgesetzten Prekarisierungspolitik illustriert die folgende Grafik, die den Anteil der Niedriglohnempfänger an allen Arbeitnehmern im europäischen Vergleich in 2010 darstellt. Die Bundesrepublik hat inzwischen auch in dieser Kategorie den europäischen Spitzenplatz errungen und sogar das neoliberal zugerichtete Großbritannien überholt: 22,3 Prozent aller Lohnabhängigen in Deutschland arbeiten für einen Hungerlohn, im EU-Durschnitt sind es nur 17 Prozent.



Anteil der Niedriglohnempfänger an allen Arbeitnehmern im europäischen Vergleich. Querschuesse.de

Flankiert wurden diese Maßnahmen durch eine Steuerpolitik, die enorme Steuererleichterungen für Konzerne und Reiche mit einer drastischen Erhöhung der Konsumsteuern kombinierte: Im Vorfeld der Agenda 2010 hat die Rot-Grüne Regierungskoalition unter Schröder-Fischer bei ihrer Steuerreform die Spitzensteuersätze (von 53 auf 42 Prozent), die Körperschaftssteuern und die Gewerbesteuern abgesenkt und gigantische Steuerschlupflöcher geschaffen. Im Jahr 2001 etwa verzeichnete der deutsche Staat ein negatives Körperschaftssteueraufkommen, da er aufgrund exzessiv ausgeweiteter Abschreibungsmöglichkeiten Körperschaftssteuer in Milliardenhöhe an Konzerne, Versicherungen und Banken zurückzahlen musste. Folglich musste die "Große Koalition" aus CDU und SPD ab 2007 die Mehrwertsteuer um drei Prozentpunkte anheben, um diesen Einnahmeverlust zu kompensieren. Mit dieser an der Supermarktkasse zu entrichtenden Kopfsteuer, die vor allem Arme überdurchschnittlich stark belastet, wurden letztendlich die Steuergeschenke für Vermögende und Unternehmen gegenfinanziert.

Die Arbeitsmarktgesetze bildeten den eigentlichen Zivilisationsbruch innerhalb der Agenda 2010

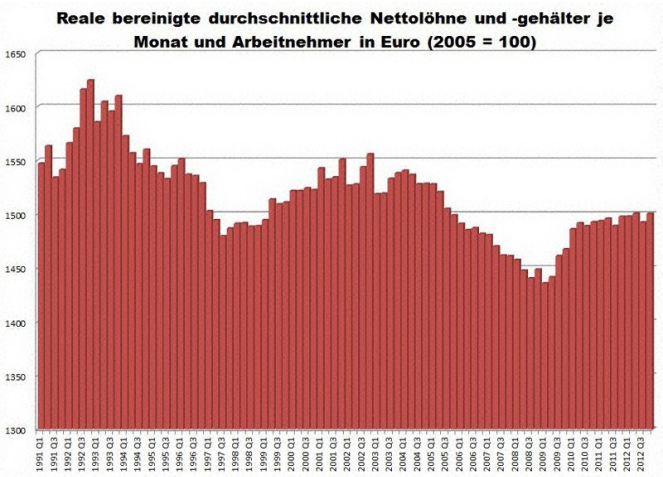
Den repressiven Kern der Agenda 2010 bilden aber die Hartz-Arbeitsgesetze, die konsequenterweise von dem VW-Kapitalfunktionär Peter Hartz in Kooperation mit der Unternehmensberatung McKinsey ausgebrütet worden sind. Diese zwischen 2003 und 2005 eingeführten Arbeitsmarktgesetze bildeten den eigentlichen Zivilisationsbruch innerhalb der Agenda 2010: Nach einem Jahr auf Arbeitslosengeld rutschen alle Arbeitslosen - unabhängig von der Anzahl der Arbeitsjahre, in denen sie Beiträge zur Arbeitslosenversicherung gezahlt haben - in das Arbeitslosengeld 2 (ALG2). Mit dem ALG2 wurde in übelster deutscher Tradition Zwangsarbeit für Arbeitslose eingeführt und dafür ein Repressionsinstrumentarium geschaffen. Der damalige SPD-Arbeitsminister Franz Müntefering hat diese mörderische Logik auch offen formuliert: "Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen." Im Endeffekt müssen nach der Implementierung von Hartz IV, bei der die "Zumutbarkeitsreglen" verschärft wurden, alle Arbeitslosen jegliche Arbeitsangebote der Arbeitsvermittlung annehmen, sie müssen selbst an den unsinnigsten "Weiterbildungsangeboten" teilnehmen und sie werden genötigt, sogenannte 1-Euro-Jobs zu verrichten.

Sobald ein Arbeitsloser eine ausbeuterische Arbeitsgelegenheit - etwa bei einer Zeitarbeitsfirma - ablehnt, nicht einem stupiden Weiterbildungskurs (Computerbedienung für Anfänger) teilnimmt oder das mit einem Euro die Stunde vergütete Sammeln von Hundescheiße im Park verweigert, können seine "Fallmanager" ihm bekanntlich das ohnehin unzureichende Arbeitslosengeld 2 kürzen und im Wiederholungsfall sogar ganz streichen. Seinen ersten Hungertoten produzierte das Hartz-System 2007. Der psychisch kranke 20-jährige Sascha K. wurde am 15. April verhungert in seiner Wohnung aufgefunden, seine 48-jährige Mutter musste wegen Mangelerscheinungen in ein Krankenhaus eingeliefert werden, nachdem Monate zuvor ihr Fallmanager alle Zahlungen von ALG2 eingestellt hat. Die Verantwortlichen in der zuständigen Behörde wurden selbstverständlich nicht belangt - sie handelten ja gesetzeskonform. Letztendlich bildet diese Drohung mit dem Hungertod den innersten Kern von Agenda 2010 und Hartz IV.

Diese mit der Agenda 2010 eingeführte und von Müntefering explizit formulierte

Vernichtungsdrohung - die in Gestalt beständiger Abstiegsängste wie ein Alb auf der gesamten deutschen Arbeitsgesellschaft liegt - bildete den wichtigsten Faktor, der die Agenda 2010 zu solch einem gigantischen Erfolg für deren Initiatoren in Politik und Wirtschaft werden ließ.

Die Bundesrepublik verfügte 2010 neben den größten Billiglohnsektor Westeuropas auch über ein riesiges Heer an Zeitarbeitskräften: Rund eine Million Lohnabhängige müssen inzwischen in Deutschland als Leiharbeiter über die Runden kommen. Vermittels der Verschärfung der Zumutbarkeitsregeln und der Drohung mit Leistungsentzug konnten die Arbeitsagenturen diesen extrem ausbeuterischen Niedriglohnsektor genügend Menschenmaterial zuführen, das dort bis zur totalen Erschöpfung verheizt wird. Den wir wissen nun: Wer nicht bis zum Umfallen arbeitet und sich wie eine Zitrone von skrupellosen Menschenschindern auspressen lässt, der soll auch nicht essen. Und selbstverständlich schlugen sich diese Maßnahmen auch in einem gigantischen Lohnkahlschlag in der Bundesrepublik nieder, wie die folgende Grafik belegt.



Nettolöhne und Gehälter Bundesrepublik. Bild: Querschuesse.de

Der preisbereinigte durchschnittliche Nettolohn sank von rund 1.540 Euro Anfang 2004 auf rund 1.430 Euro im ersten Quartal 2009. Folglich lag trotz kurzer Aufschwungphasen in der angeblich boomenden Deutschland AG der Durchschnittslohn im dritten Quartal 2011 um 5,5 Prozent unter dem Wert vom

ersten Quartal 1991 und 4,07 Prozent unter der durchschnittlichen Vergütung in 2000. Bezeichnend ist auch, dass das Lohnniveau in der angeblich "boomenden" Bundesrepublik seit dem kurzen Anstieg in 2009/2010 erneut stagniert.

Abschied von der Illusion einer "Zivilisierung" des Kapitalismus

Diese eindeutigen Zahlen vermögen es aber nicht, die tiefreichenden autoritären Transformationsprozesse innerhalb der deutschen Gesellschaft widerzuspiegeln, deren Katalysatoren Agenda 2010 und Hartz IV waren. Insbesondere die Hartz-Arbeitsgesetze stellen ein Unterwerfungssystem dar, das auf die Produktion von Untertanen, auf die Eliminierung aller Widerstandspotenziale der Lohnabhängigen und deren totale Entsolidarisierung abzielt. Den Marktextremismus der Agenda 2010 bringt wohl am besten das damals propagierte Ideal der "Ich-AG" zur Geltung: Wir alle hätten uns als die "Unternehmer unserer Selbst" zu betrachten, als in allseitiger Konkurrenz zueinander befindliche Marktatome, die nur noch nach der optimalen Verwertung ihrer Arbeitskraft zu streben haben. Ohne Übertreibung kann konstatiert werden, dass dieses extremistische Entrechtungs- und Kahlschlagprogramm die gesamte Bundesrepublik von Grund auf verändert hat. Die von Rot-Grün durchgesetzten "Reformen" bildeten den Abschied von der Ära der Nachkriegsprosperität in der BRD, einen Abschied von der Illusion einer "Zivilisierung" des Kapitalismus.

Für die Arbeitslosen, die Opfer dieses Systems, gleicht Hartz IV einem institutionalisierten Spießrutenlaufen, bei dem die Fallmanager der "Jobcenter" angehalten sind, mit einem Übermaß an Schikanen den ALG2-Beziehern das Leben zur Hölle zu machen und diese in jede noch so ausbeuterische Arbeit zu nötigen. Dies geschieht unter kalkuliertem Rechtsbruch der ohnehin drakonischen Arbeitsgesetze, wie die Klageflut gegen die Exzesse der deutschen Arbeitslosenverwaltung belegt. Allein am Berliner Sozialgericht hat sich die Zahl der Verfahren nach der Einführung von Hartz IV vervierfacht. Bei rund 70 Prozent der Rechtsstreitigkeiten geht es um Hartz IV, wobei die Erwerbslosen in 54 Prozent der Fälle diese für sich entscheiden können. Der Alltag eines Arbeitslosen ist folglich von einem permanenten Kampf mit diesem Apparat geprägt, der alle Möglichkeiten nutzt, um diesen etwa durch falsche Berechnungen der

Unterkunftskosten, kurzfristige Vorladungen zum Rapport beim Fallmanager, oder durch das Verdonnern zu "Weiterbildungskursen" und stupiden "Beschäftigungsgelegenheiten" zu schikanieren.

Dieser Windmühlenkampf des zielgerichtet in die Vereinzelung getriebenen Arbeitslosen mit den übermächtigen Institutionen der kapitalistischen Menschenverwaltung ist auf psychischen Verschleiß, auf das Brechen des Widerstandswillens der Betroffenen ausgerichtet. Das antisoziale Konstrukt der "Bedarfsgemeinschaft" wurde eigens mit der Intention eingeführt, die soziale Atomisierung der "Ich-AGs" zu forcieren, die künftig darauf achten sollen, sich bloß mit niemandem in einer "Bedarfsgemeinschaft" einzulassen, der zu einer finanziellen Belastung werden könnte. Die Agenda 2010 hat erst dann voll "gegriffen", wenn deren Opfer sich tatsächlich als Ich-AGs imaginieren, die selbst die übelste Ausbeutung und Zwangsarbeit als eine "Chance" zur Steigerung der eigenen Markfähigkeit betrachten. Jeder soll sich laut der Gehirnwäsche der Agenda-Ideologie als sein "eigener Chef" fühlen - in Wirklichkeit wird jeder zum stromlinienförmigen Untertanen dressiert.

Zudem etablierte sich mit der Agenda 2010 die Hetze gegen die Krisenopfer, die in einer beispiellosen Diffamierungskampagne zu Tätern, den Verursachern der Krise der kapitalistischen Arbeitsgesellschaft aufgebaut wurden. Bei dieser Stimmungsmache überboten sich sozialdemokratische sowie grüne Politiker und Massenmedien mit immer neuen Geschichten über angebliche "Sozialschmarotzer", die der Allgemeinheit nur faul auf der Tasche liegen würden. Die Arbeitslosen wurden als "faul" oder "arbeitsscheu" charakterisiert, die Ursachen der Arbeitslosigkeit in der BRD wurden in Rahmen dieser Ideologie personifiziert. Die Erwerbslosen trügen die Schuld an der Arbeitslosigkeit, so der implizite Subtext der damaligen Kampagne, die auf die grundlegende Entsolidarisierung der Lohnabhängigen abzielte. Erinnert sei in diesem Zusammenhang nur an die Bild-Kreation Florida-Rolf oder an Schröders Spruch: "Es gibt kein Recht auf Faulheit."

Personalisierung der Krisenursachen

Die mit der Agenda 2010 eingeführte Scharfmacherei gegen die Opfer der

kapitalistischen Systemkrise, die in einer ideologischen Personifizierung der Krisenursachen zu deren Verursachern halluziniert werden, ist seitdem zu einem beständigen Moment des öffentlichen Diskurses in der Bundesrepublik geworden. Die berüchtigte Sarrazin-Debatte bei der das Feindbild des "Sozialschmarotzers" mit xenophoben und antiislamischen Ressentiments angereichert wurde, wäre ohne die demagogische "Vorarbeit" im Rahmen der Agenda 2010 genauso wenig möglich gewesen, wie die jüngsten Hetztiraden gegen die "korrupten Griechen" oder gegen "faule Südeuropäer" im Gefolge der Eurokrise. In all diesen Fällen wird von den Einpeitschern in Politik und Meiden an die niedersten Instinkte und Ängste derjenigen Bevölkerungsgruppen appelliert, die noch nicht unter die Räder der amoklaufenden kapitalistischen Wirtschaftsmaschine geraten sind. Es war vor allem die von Abstiegsängsten geplagte Mittelklasse, die nur allzu bereitwillig diese Ideologie verinnerlichte und alle Maßnahmen akzeptiere, mit denen die Entrechtung, soziale Isolierung und Schikanierung der zu Tätern getempelten Krisenopfer umgesetzt wurde.

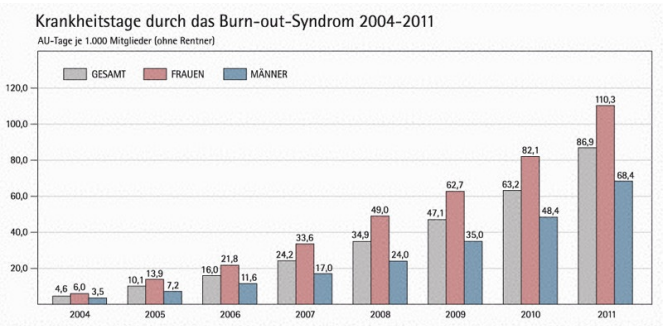
Der blindwütige Reflex dieser wutbebenden und angstschwitzenden "Mitte" besteht schlicht in dem Bedürfnis, sich von den "Krisenverlierern" möglichst stark abzugrenzen - und gerade dadurch konnten diese Lohnabhängigen dazu gebracht werden, gegen ihre ureigensten Interessen zu handeln. Den selbstverständlich besteht der einzige elementare Unterschied zwischen dem im Standesdünkel verhafteten Mittelschichtsangehörigen und dem von ihm verabscheuten Hartz-IV-Empfänger nur darin, dass der Erstere noch in der Lage ist, seine Arbeitskraft zu verkaufen. Sie beide können nichts anderes als ihre Arbeitsfähigkeit zu Markte tragen. Folglich führte die Durchsetzung von Hartz IV, die Entrechtung und Verelendung der Arbeitslosen, auch zur Verschärfung der Arbeitsbedingungen vieler Lohnabhängigen, die zuvor die Agenda-Politik begrüßten.

Autoritärer Kreislauf durch Identifikation mit der Ökonomie

Die Angst vor dem blanken Elend und vor der totalen Entwürdigung in den Fängen der Arbeitslosenverwertung, die man zuvor begeistert gegenüber angeblichen "Sozialschmarotzern" bejahte, kroch langsam in die Büros und Arbeitsstellen der Angestellten. Sie lähmte den Widerstandswillen nicht nur gegen

den im Gefolge der Agenda 2010 einsetzenden Lohnkahlschlag, sondern auch gegen die zunehmende Intensivierung der Ausbeutung, gegen die immer weiter vorangetriebene Verschärfung des Arbeitsregimes in der BRD. Das abschreckende Beispiel der Entrechtung ihrer arbeitslosen Klassengenossen führte zu einer Entmachtung der noch "in Arbeit" befindlichen Lohnabhängigen, die so ziemlich alles mit sich machen ließen, um bloß nicht "abzustürzen". Der Sadismus vieler Angestellter und Mittelschichtstangehörigen, der die hohen Zustimmungswerte zu vielen Repressionsmaßnahmen gegen die arbeitslosen "Schnorrer" ermöglichte, bekam so eine masochistische Komponente.

Inzwischen werden die Lohnabhängigen in Deutschland buchstäblich in den Wahnsinn gehetzt, wie die extreme Zunahme von berufsbedingten psychischen Erkrankungen offenbart: Um 120 Prozent sei die Zahl der psychischen Erkrankungen unter Deutschlands "Arbeitnehmern" seit 1994 angestiegen, meldete etwa das Wissenschaftliche Institut der AOK Mitte August 2012 (Die kränkelnde Arbeitsgesellschaft). Die größten Steigerungsraten wurden dabei beim Burnout, dem "arbeitsassoziierten Erschöpfungszustand", konstatiert: Allein in den vergangenen sieben Jahren sind die auf diese ausbeutungsbedingte Erkrankung zurückgeführten Krankheitstage um das Elffache (auf 2,7 Millionen Fehltage) explodiert.



Anstieg Burnout-Fälle Deutschland.

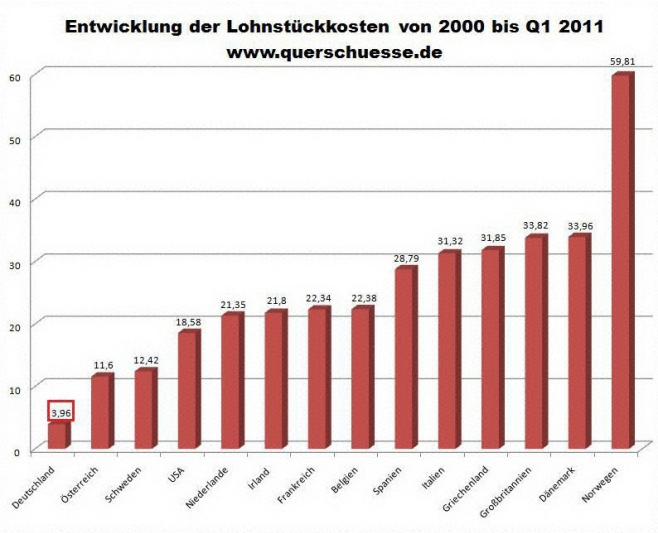
Diese irrsinnigen Tendenzen zur Arbeitshetze und Arbeitsverdichtung haben bekanntlich keine beständige Oppositionsbewegung entfacht, sie tragen vielmehr zur Verfestigung eines "autoritären Kreislaufs" bei all jenen Lohnabhängigen, die

sich eine Alternative zur kapitalistischen Dauerkrise nicht vorstellen können. Der Sozialpsychologe Oliver Decker hat diese Ökonomisierung autoritärer und rechter Ideologien, die von der Agenda 2010 befeuert wurde, folgendermaßen auf den Punkt gebracht:

»Die ständige Orientierung auf wirtschaftliche Ziele - präziser: die Forderung nach Unterwerfung unter ihre Prämissen - verstärkt einen autoritären Kreislauf. Sie führt zu einer Identifikation mit der Ökonomie, wobei die Verzichtsforderungen zu ihren Gunsten in jene autoritäre Aggression münden, die sich gegen Schwächere Bahn bricht.«

Je stärker der Druck auf den autoritär fixierten Angestellten lastet, desto größer sein Bedürfnis, schwächere Menschen genauso ausgepresst und ausgebeutet zu sehen, wie er es selbst wird. Dieser "autoritäre Kreislauf" bildet auch den Morast, der Erniedrigungsshows wie dem "Dschungelcamp" ihre alptraumartig hohen TV-Einschaltquoten ermöglicht. Der kausale Zusammenhang zwischen Verelendung und Entrechnung der Arbeitslosen und der Verschärfung der eigenen Arbeitsbedingungen wird hierbei in ausgeblendet und weicht irrationalen Reflexen von Hass und Sadismus, die den Boden für neofaschistische Krisenideologien bereiten.

Ein ähnlich gearteter kausaler Zusammenhang besteht auch zwischen der Intensivierung der Ausbeutung der "Ware Arbeitskraft" in der Bundesrepublik einerseits, sowie der Ausbildung der europäischen Schuldenberge andererseits. Bevor die Agenda 2010 in Gestalt des deutschen Spardiktats zu einem europaweiten Exportschlager werden konnte, war sie die Grundlage der erfolgreichen Exportoffensiven der deutschen Industrie in der Eurozone. Dass real rückläufige Lohnniveau in Deutschland ging einher mit einer Steigerung der Produktivität der hoch entwickelten deutschen Industrie. Hieraus ergab sich eine für die Industrie sehr vorteilhafte Entwicklung der Lohnstückkosten (des Anteils der Löhne an den Kosten einer Ware) in Deutschland, die weit unter dem EU-Durchschnitt blieben.

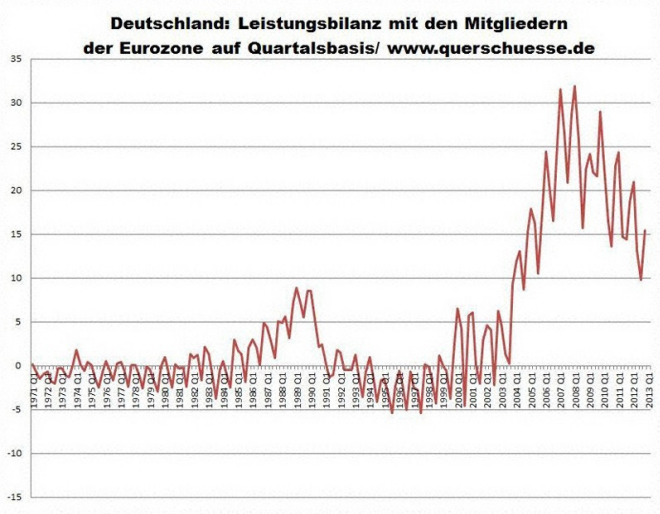


Vergleich Anstieg Lohnstückkosten international.

Wie aus der obigen Grafik ersichtlich wird, die die Entwicklung der Lohnstückkosten zwischen 2000 und 2011 darstellt, weist Deutschland in dieser Kategorie den mit Abstand niedrigsten Anstieg auf, der selbstverständlich einen entscheidenden Faktor bei der Erringung der deutschen "Exportweltmeisterschaften" darstellte.

Mit der Euroeinführung und der damit einhergehenden Durchsetzung der Agenda 2010 explodierten folglich die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse gegenüber der Eurozone, die sich inzwischen auf den gigantischen Betrag von rund 700 Milliarden Euro summieren. Die Lohnabhängigen in der Bundesrepublik mussten sich also die Exporterfolge der deutschen Wirtschaft durch beständiges "Gürtel enger schnallen" vom Munde absparen. In Südeuropa - das aufgrund des Euro nicht mehr mit Währungsabwertungen auf die Exportoffensiven der deutschen Industrie reagieren konnte - führten die deutschen Leistungsbilanzüberschüsse zur Ausbildung von Defiziten, von Schuldenbergen in eben demselben Ausmaß. Die Mathematik hat es nun mal so eingerichtet, dass der Überschuss des Einen zwangsläufig das Defizit des Anderen darstellt, auch wenn diese Tatsache zu den größten Tabus der deutschen Krisenideologie gehört. Die folgende Grafik visualisiert diese Explosion der Leistungsbilanzüberschüsse der deutschen

Exportindustrie gegenüber den Ländern Eurozone, die im Gefolge von Euro-Einführung und Agenda 2010 einsetzte.



Leistungsbilanz Deutschland - Eurozone

Obwohl die Folgen der Agenda 2010 (Lohnkahlschlag, Prekarisierung, Arbeitsverdichtung) die Herausbildung dieser "europäischen Ungleichgewichte" entscheidend verstärkten, war es aufgrund der inzwischen eingeübten ideologischen Reflexe den deutschen Meinungsmachern ein Leichtes, nach den Hartz-IV-Empfängern nun auch die europäischen Krisenopfer zu Krisenverursachern zu stempeln. Die unter dem drakonischen deutschen Arbeitsregime stöhnenden Lohnabhängigen empören sich nun über die als faul und korrupt imaginierten Südeuropäer, für deren angebliche Schuldenexzesse nun die Zeche zu zahlen sei - der kausale Zusammenhang zwischen Lohnkahlschlag wie Arbeitshetze in Deutschland und der Verschuldung in Südeuropa blieb ausgeblendet.

Ein Blick gen Süden genügt, um der Zukunft des Arbeitslebens in der Bundesrepublik ansichtig zu werden

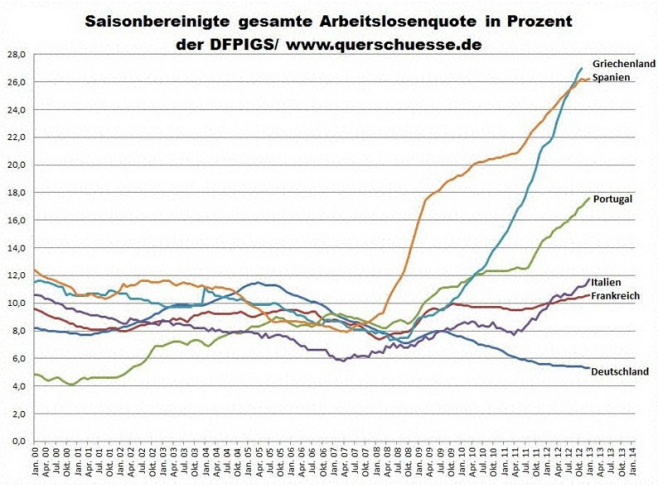
Die in Deutschland dominierende Tendenz, die Krisenursachen im Ausland zu verorten, wird durch die zeitliche Übereinstimmung von Euro-Beitritt und Agenda 2010 befördert. Diese Krisenideologie - die nur bei verbissener Ignorierung der

Folgen der deutschen Handelsüberschüsse aufrechterhalten werden kann - trägt aber auch ein Körnchen verzerrter Wahrheit in sich: Von den Handelsüberschüssen und der korrespondierenden Schuldenbildung in der Eurozone profitierte die deutsche Exportindustrie, während die Lohnabhängigen mit dem Folterinstrumentarium der Agenda 2010 traktiert wurden. Für die finanziellen Folgen der Eurokrise sollen aber die Steuerzahler aufkommen. Dem "deutschen Michel", der sich mit "seiner" Deutschland AG identifiziert, scheint es tatsächlich so, als ob er nun trotz immer größerer Arbeitsanstrengungen die Zeche zu zahlen hat. Dass die Profiteure der europäischen Schuldenkrise nicht in Südeuropa, sondern in denselben Vorstandsetagen seiner "Deutschland AG" zu finden sind, in denen die Folterinstrumente der Agenda 2010 ausgebrütet wurden, ist im Rahmen der deutschen Krisenideologie schlicht undenkbar.

Für die deutschen Funktionseliten aus Wirtschaft und Politik hat sich die Agenda 2010 somit auch auf europäischer Ebene zu einem unglaublichen Erfolg entwickelt: Mittels der rabiaten Absenkung der Kosten der "Ware Arbeitskraft" konnte eine nahezu totale ökonomische Dominanz der Bundesrepublik in der Eurozone errungen und ein großer Teil der europäischen Konkurrenz platt gemacht werden. Zugleich forcierte die korrespondierende Ideologie des totalitären Ökonomismus die Entsolidarisierung der Lohnabhängigen innerhalb Deutschlands wie auch auf europäischer Ebene.

Der fast schon sakrale Charakter, den die Agenda-Ideologie selbst übelster Ausbeutung verliehen hat ("Hauptsache Arbeit"), deutet selbstverständlich auf die wahren Krisenursachen hin. Der Veitstanz um die Lohnarbeit bildet eine ideologische Reaktion auf das sich abzeichnende Ende der Lohnarbeit, die einer an ihrer Hyperproduktivität erstickenden kapitalistischen Arbeitsgesellschaft auszugehen droht. Immer mehr Menschen fallen aus dem Prozess der Verwertung von Arbeit heraus, sie werden "überflüssig" - während der Druck auf die noch in Arbeit befindlichen Lohnabhängigen immer weiter wächst. Hieraus ergibt sich auch die derzeitige sozioökonomische Spaltung der Eurozone. Deutschland kann als eine Burnout-Republik bezeichnet werden, während in Südeuropa zweistellige Arbeitslosenraten von bis zu 30 Prozent erreicht werden. Nur vermittels der

deutschen Leistungsbilanzüberschüsse kann hierzulande noch die Illusion einer intakten Arbeitsgesellschaft aufrechterhalten werden. Mit den Leistungsbilanzüberschüssen exportierte Deutschland auch Arbeitslosigkeit. Diese spezifisch europäischen Disparitäten bei der Entfaltung der Arbeitslosigkeit, die in der besagten Krise der Arbeitsgesellschaft wie in den Ungleichgewichten der Eurozone gründen, bringt die folgende Grafik zur Geltung:



Arbeitslosigkeit ausgewählte Länder Eurozone

Wohin nun die Reise für alle Europäer geht, die nichts anderes als ihre Arbeitskraft auf den krisenbedingt kollabierenden Märkten feilbieten können, illustriert beispielsweise der Skandal um die menschenunwürdige Kasernierung spanischer Saisonarbeiter durch den Versandhändler Amazon (Amazon oder die moderne Ausbeutung in Zeiten der Krise). Die neofeudalen Tendenzen, bei denen Arbeitslose buchstäblich zum Eigentum der Apparate der kapitalistischen Krisenverwaltung deklariert werden, kamen Weihnacht 2012 auch in Bendorf in Rheinland-Pfalz zum Vorschein, wo Arbeitslose bei einer Tombola an interessierte Unternehmer zum kostenlosen Arbeitseinsatz verschenkt wurden. Anstatt die schrumpfende gesellschaftlich notwendige Arbeit auf alle Gesellschaftsmitglieder zu verteilen, reagiert der Kapitalismus auf diese Krise mit Marginalisierung und Zwangsarbeit einerseits und mit entgrenzter Arbeitshetze andrerseits.

Die Agenda 2010 stellt somit nur einen Markstein dar auf dem Weg des Kapitalismus zurück in seine eigene finstere Vergangenheit aus Zwangsarbeit, Arbeitshaus und existenziellem Massenelend, den das System in Reaktion auf diese fundamentale Krise eingeschlagen hat. Mit jedem weiteren Krisenschub wird der Druck zur Durchsetzung weiterer "Reformen" anwachsen.

Der Ruf nach einer Agenda 2020 wird inzwischen auch den Hohepriestern der Wirtschaftsstandortreligion, von den üblichen "Top-Ökonomen" erhoben, die gerne eine "Rente mit 70" und die "prozentuale Beteiligung der Versicherten an den Gesundheitskosten" realisieren möchten. Wichtige Vorarbeiten bei der weiteren Entrechtung der Lohnabhängigen werden derzeit im krisengeplagten Südeuropa geleistet. Genauso wie die Hetze gegen Arbeitslose letztendlich auf die Lohnabhängigen in Gestalt von Lohnkahlschlag und Arbeitsverdichtung zurückschlug, werden die derzeit in Südeuropa durchgesetzten Grausamkeiten in ein paar Jahren auch in der Bundesrepublik Einzug halten.

Ein Blick gen Süden, etwa nach Griechenland, genügt somit, um der Zukunft des Arbeitslebens in der Bundesrepublik ansichtig zu werden. Die in Hellas verhasste "Troika" aus IWF, EZB und EU-Kommission forderte etwa Ende 2012 die Einführung einer Sechs-Tage-Woche mit 13-Stunden-Tagen, die Griechenlands Lohnabhängige durchzustehen hätten, "wenn der Betrieb dies als nötig einstuft", wie die Welt meldete. Es ist nur ein neuer Krisenschubsnotwendig, um diese bislang unerfüllten Forderungen Realität werden zu lassen. "Der Blick in das 18. Jahrhundert ist der Blick in die Hölle unserer eigenen Zukunft", prognostizierte der Krisentheoretiker Robert Kurz in seinem "Schwarzbuch Kapitalismus" schon Ende des 20. Jahrhunderts.

3.4 Die erste Macht im Staate

Wie Massenmedien Regierungen einsetzen, Politik machen, die Bevölkerung unmündig halten und Kriege führen lassen

Nichts hat unsere Aussichten auf eine humane Gesellschaftsordnung stärker verdüstert, als die Verwandlung von Wissen und Informationen in Waren, die von gigantischen Medienkonzernen produziert und gehandelt werden. Seine historischen Anfänge hat das Medienkapital im 19. Jahrhundert, als im Gefolge der industriellen Revolution die ersten Zeitungen mit größeren Auflagen aufkamen und sich eine "öffentliche Meinung" im Bürgertum herausbildete. Schon Mitte des 19. Jahrhunderts entwickelten französische Zeitungskapitalisten die Geschäftsgrundlage, auf der Informationen bis zum heutigen Tage gehandelt werden - und die dafür sorgt, dass radikale Kritik im Medienbetrieb bestenfalls eine marginale Rolle spielt. Mittels Anzeigen, die andere Kapitalisten für ihre Produkte in der Zeitung aufgeben, wird von den meisten Massenblättern seit dem 19. Jahrhundert ein Großteil der Einnahmen erzielt, wodurch die Zeitungspreise stark gesenkt und neue Leserkreise erschlossen werden konnten (was nochmals höhere Anzeigenpreise ermöglicht).

Die Medien im Kapitalismus sind somit im doppelten Sinne käuflich - für diejenigen, die sie per Abo oder am Kiosk erwerben. Vor allem aber für diejenigen, die es sich leisten können, die Anzeigenseiten mit ihren Inseraten zu füllen. Mit der diesem Geschäftsprinzip korrespondierenden bürgerlichen Ideologie, die die Pressefreiheit als eine Abart der Gewerbefreiheit definiert, musste sich auch Karl Marx in jungen Jahren als Mitarbeiter der "Rheinischen Zeitung" auseinandersetzen: "Die erste Freiheit der Presse besteht darin, kein Gewerbe zu sein", entgegnete Marx den liberalen Befürwortern des aufkommenden Medienmarktes schon 1842. Bei der Gleichsetzung von Pressefreiheit und Gewerbefreiheit würde man "die Pressefreiheit (...) verteidigen, indem man sie vor der Verteidigung totschlägt", so Marx.

Das ganze Potenzial an Massentäuschung, ideologischer Indoktrination und Demagogie, das die sich rasant entwickelnden Massenmedien boten, wurde erstmals während des 1. Weltkrieges offenbar, als die Zeitungen in ihrer Kriegshetze zu regelrechten Propagandakompanien der jeweiligen Militärapparate verkamen. Der Schriftsteller Karl Kraus widmete aufgrund dieser Erfahrungen einen großen Teil seiner publizistischen Tätigkeit der ätzenden Kritik an der "Journaille", am Personal des Medienbetriebs, das die Weisungen seiner Auftraggeber als die eigene Meinung auszugeben hat. Die Form, das Blendwerk, tritt so an die Stelle der Aufklärung über gesellschaftliche Zusammenhänge: "Keinen Gedanken haben und ihn ausdrücken können - das macht den Journalisten", so Kraus.

Seit den von der Journaille angefachten Massenschlachten der Weltkriege haben sich die Massenmedien in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts zu dem zentralen Pfeiler kapitalistischer Herrschaftssicherung entwickelt. Die Theoretiker Theodor Adorno und Max Horkheimer prägten den Begriff der Kulturindustrie für diese kapitalistische Medienmacht, die sukzessive alle Gesellschaftsbereiche okkupierte und so kritisches Denken erfolgreich marginalisierte. Medienkonzerne bilden die ideologischen und machtpolitischen Knotenpunkte, an denen sich Kapitalinteressen in politischen Druck und öffentliche Stimmungen umwandeln. Durch Medienkampagnen können breite Bevölkerungsschichten dazu gebracht werden, entgegen ihren ureigensten Interessen zu handeln. Politische Kräfte können aufgebaut oder zerschlagen werden .

Club der Medien-Mächtigen

Die einflussreichen Herausgeber dieser massenwirksamen Presseerzeugnisse bildeten schon immer einen äußerst exklusiven Klub. Bereits 1956 schrieb Paul Sethe, einer der Gründungsherausgeber der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung", im Hinblick auf die beständigen Konzentrationsprozesse auf dem Medienmarkt:

»*Pressefreiheit ist die Freiheit von 200 reichen Leuten, ihre Meinung zu verbreiten. Da die Herstellung von Zeitungen und Zeitschriften immer größeres Kapital erfordert, wird der Kreis der Personen, die Presseorgane herausgeben, immer kleiner.*

Damit wird unsere Abhängigkeit immer größer und immer gefährlicher.«

Dabei können wir heutzutage von solch einer "Vielfalt" von 200 dominanten Medienkapitalisten nur träumen: Die Medienmärkte sind in den meisten Ländern des Westens nur noch von wenigen gigantischen Konzernen dominiert. In Deutschland etwa haben 2010 die zehn größten Zeitungskonzerne rund 58 Prozent des Marktes für Tageszeitungen unter ihrer Kontrolle, wobei die wichtigsten Konzentrationsprozesse in den vergangenen Jahrzehnten in der absoluten Spitzengruppe der Top-Fünf-Pressekonzerne abliefen, die nun knapp 44 Prozent der Zeitungsauflage in Deutschland zu verantworten haben. Absoluter Spitzenreiter auf dem deutschen Pressemarkt ist mit 19,6 Prozent die stockkonservative Axel Springer AG, gefolgt von der Süddeutschen Medien Holding (SWMH), der WAZ-Verlagsgruppe und DuMont Schauberg. Noch krasser gestaltet sich der Konzentrationsprozess auf dem Markt für Zeitschriften, wo die vier größten Verlage Bauer, Springer, Gruner & Jahr und Burda einen Marktanteil von rund zwei Dritteln aufweisen.

Der deutsche Fernsehmarkt wird ohnehin von den zwei großen privaten Konzernen ProSiebenSat.1 Media AG (Marktanteil von rund 20 Prozent) und der im Besitz der Bertelsmann AG befindlichen RTL-Group (12,5 Prozent Marktanteil), sowie den öffentlich-rechtlichen Fernsehanstalten beherrscht, die sich bei ihrer Programmgestaltung längst dem hohlen Unterhaltungsprogramm der Privaten angenähert haben. Dennoch garantieren die öffentlich-rechtlichen Medien trotz ihrer strikten politischen Kontrolle zumindest ein gewisses Mindestmaß an medialer Vielfalt, die auch einige Nischen für kritische Sendungen wie etwa das WDR-Recherchemagazin Monitor bietet.

Land der unbegrenzten Medienmacht-Möglichkeiten

Die Eigentumsstruktur der Massenmedien in den Vereinigten Staaten stellt hingegen das Paradebeispiel für einen Mediensektor dar, auf dem die Konzentrationsprozesse des Kapitals auf die Spitze getrieben wurden. Es sind nur noch sechs Mediengiganten, die rund 90 Prozent dessen kontrollieren, was die Menschen in den USA sehen, lesen oder hören - und diesen somit eine "Illusion der

Wahlmöglichkeit" verschafften, meldete die Newssite Business Insider Mitte 2012. Die "großen Sechs" des amerikanischen Medienmarktes bestehen - in der Reihenfolge ihres Jahresumsatzes - aus Comcast/NBCU, The Walt Disney Company, News Corp., Viacom, CBS und Time Warner. Dabei handelt es sich auch hier um eine Verzerrung, da Viacom und CBS erst 2005 in formell unabhängige Unternehmen aufgesplittet wurden, aber weiterhin von Medienmogul Summer Redstone geführt werden. Ein Rückblick ins Jahr 1983 verschafft uns eine Ahnung der ungeheuren Konzentrationsprozesse auf dem US-Medienmarkt in den vergangenen Jahrzehnten: Damals kontrollierten noch 50 unabhängige Medienkonzerne 90 Prozent des Marktes.

Diese marktbeherrschenden US-Konzerngiganten gehören mit ihren Jahresumsätzen zwischen 40 Milliarden Euro (Comcast) und 20 Milliarden Euro (Time Warner) auch zu den weltweit größten Medienunternehmen. Auf dieser Weltrangliste des Medienkapitals kommt erst auf Platz sieben mit Sony Entertainment ein japanischer Konzern. Auf Platz acht folgt der größte deutsche Medienriese Bertelsmann (Umsatz 2012: 15,2 Milliarden Euro). Platz neun belegt das französische Unternehmen Vivendi.

Der drittgrößte europäische Medienkonzern, Lagardère Media, kommt mit einem Umsatz von 7,6 Milliarden Euro ebenfalls aus Frankreich und weist eine äußerst "praktische" Unternehmensstruktur auf. Neben zahlreichen Zeitungen, Verlagen, Fernsehkanälen und Radiostationen ist der Konzern auch in der Rüstungsindustrie aktiv: Lagardère Media hält 7,5 Prozent an dem Rüstungskonzern EADS. Eine dominante Rolle auf dem italienischen Medienmarkt spielt selbstverständlich Mediaset SpA (Nr. 29 auf der Weltrangliste), das Fernsehimperium des ehemaligen Ministerpräsidenten Berlusconi, in dem drei italienische und zwei spanische Fernsehsender vereinigt sind. Berlusconi besitzt überdies unter dem Dach seiner Holding Fininvest das größte Verlagshaus Italiens (Mondadori), die Filmproduktionsfirma Medusa und den Fußballklub A.C. Milan.

Aufstieg neuer, Abstieg alter Medien

Die Medienbranche ist seit dem Aufkommen des Internets einem beschleunigten

Strukturwandel ausgesetzt, bei dem vor allem die Zeitungen und Zeitschriften einen beständigen Auflagenverlust verzeichnen, während der gesättigte Fernsehmarkt stagniert oder leicht rückläufig ist. Allein im dritten Quartal 2012 sank die Auflage aller in Deutschland verkauften Tageszeitungen und Zeitschriften um 3,62 Prozent, wobei der langfristige Trend diesen Kahlschlag im Blätterwald viel deutlicher wiedergibt. Die Auflage der Bild-Zeitung etwa schrumpfte von 4,5 Millionen im Jahr 1998 auf nur noch 2,8 Millionen 2011. Die Auflage der FAZ ging im selben Zeitraum von 439.000 Exemplaren auf 380.000 Exemplare zurück. Auch die meisten anderen überregionalen Tageszeitungen und Wochenmagazine kämpfen mit beständig sinkender Nachfrage nach ihren Produkten, während die Kosten für die Online-Präsenz zumeist nicht durch die mageren Werbeeinnahmen im Netz gedeckt werden können.

Eine Ausnahme stellt hier das Portal Spiegel-Online dar, das tatsächlich profitabel arbeiten soll. Die neuen Aufsteiger innerhalb der Medienbranche stellen hingegen die Internetkonzerne dar. Der Suchmaschinenbetreiber Google erreichte 2011 gleich hinter Disney mit einem Umsatz von 27,3 Milliarden Euro bereits den dritten Platz auf der Rangliste der größten Medienkonzerne, die vom Institut für Medien- und Kommunikationspolitik erstellt wird. Das Internetportal Yahoo liegt auf Platz 34 (Umsatz: 3,5 Milliarden Euro). Das jüngst mit mäßigem Erfolg an die Börse gebrachte soziale Netzwert Facebook kommt immerhin auf einen Umsatz von etwas mehr als einer Milliarde Euro.

Muster für eine Welt-Medien-Macht: Murdoch

Die geballte Konzentration von Medienmacht ermöglicht die umfassende Formung der "öffentlichen Meinung". Diesen Machtfaktor kann wiederum kein Politiker ignorieren, der gewählt werden will. Bislang sind es zumeist die Chefs der "traditionellen" Medienkonzerne, die ihre Machtfülle einsetzten, um Kapitalinteressen durchzusetzen oder Politik zu machen. Ein fast schon klischeehaftes Paradebeispiel für den machtgierigen und rücksichtslosen Medienmogul, der in der Politik die Puppen nach seiner Pfeife tanzen lässt, bietet der erzreaktionäre Milliardär und Boss der News Corp., Rupert Murdoch.

Mit einem Umsatz von umgerechnet knapp 24 Milliarden Euro stellt das weitverzweigte Medienimperium Murdochs einen der wichtigsten Machtfaktoren bei der Formung der "öffentlichen Meinung" in den Vereinigten Staaten, in Australien und Großbritannien dar. Die News Corp. publiziert weltweit 175 Zeitungen, inklusive der als "Meinungsführer" fungierenden Blätter "New York Post", "Wall Street Journal" und der "Times" (London). In den USA ist Murdoch mit 35 TV-Sendern präsent, die rund 40 Prozent des Landes abdecken. Das Flaggschiff seiner Kabelsender bildet der berüchtigte "Nachrichtensender" Fox-News, der eine zwischen Rechtspopulismus und Rechtsextremismus oszillierende Realsatire objektiver Berichterstattung darstellt, die selbst lockerste journalistische Mindeststandards mühelos unterschreitet. Zu jeder Nacht- oder Tageszeit sei "eine von fünf amerikanischen Familien" dabei, von der News Corp. produziertes Medienmaterial zu konsumieren, berichtete die Zeitschrift "Businessweek".

In Großbritannien besitzt Murdoch neben der "Times" mit der auflagenstärksten Boulevardzeitung "The Sun" das inzwischen einflussreichste Boulevard-Blatt der westlichen Welt, das mit durchschnittlich 2,9 Millionen verkauften Exemplaren eine größere Auflage als die deutsche Bild-Zeitung hat. Seine Dominanz im Pay-TV konnte die News Corp. 1990 mit dem Aufbau des Bezahlsenders BSkyB erringen, der 11 Millionen Haushalte im Vereinigten Königreich und Irland erreicht. Ähnlich gut aufgestellt sind Murdochs Bezahlsender in Deutschland (Sky Deutschland) und Italien (Sky Italia), wo sie ebenfalls die Marktführerschaft innehaben.

Rupert Murdoch hatte es sich schon früh zur Gewohnheit gemacht, die Medienmacht seines Konzerns zur Durchsetzung seiner politischen Vorstellungen und Interessen zu missbrauchen, wie der ehemalige New Yorker Bürgermeister Ed Koch ausführte. Während des Bürgermeisterwahlkampfs von 1978, nur kurze Zeit nach dem Aufkauf der "New York Post", ließ Murdoch alle drei aussichtsreichen Kandidaten bei sich vorsprechen. Er befragte einen jeden Kandidaten, wie er die aufmüpfigen Gewerkschaften im öffentlichen Dienst zu zerschlagen gedenke, die damals mit Streiks drohten. "Ich habe gesagt, dass ich den Streik brechen würde. Wenn sie streiken, wird der Streik für illegal erklärt und sie werden verlieren",

erinnerte sich Koch gegenüber dem Magazin "The New Yorker". Murdoch soll von diesem Zugeständnis "beeindruckt" gewesen sein, doch galt der als Law-and-Order-Populist auftretende Koch als ein Underdog im Rennen um das Bürgermeisteramt, dem gegen seine bekannten Kontrahenten kaum Chancen eingeräumt wurden. Dennoch erhielt Koch wenige Tage später einen Anruf von Murdoch, der ihm mitteilte, dass die "New York Post" eine Wahlempfehlung für ihn aussprechen und ihn im Wahlkampf unterstützen werde. Ed Koch, der über drei Amtsperioden bis 1989 den Bürgermeisterposten in New York okkupieren sollte, erinnerte sich noch an seine erste Reaktion auf diese Mitteilung des Medienmoguls: "Du hast mich gerade gewählt, Rupert."

Murdoch in Großbritannien

Mit der Expansion seines Medienimperiums wuchs auch der machtpolitische Ehrgeiz Murdochs immer weiter an. Aus den Bürgermeistern, die durch serviles Verhalten sein Wohlwollen erkaufen wollten, wurden Staatsoberhäupter und Regierungschefs. Der scheidende englische Ministerpräsident Tony Blair hat seine Beziehung zu Murdoch bei der 2006 gehaltenen Eröffnungsrede der alljährlichen Konferenz des Konzerns News Corp. folgendermaßen umrissen: "Rupert, als ich dich das erste Mal traf, war ich mir nicht sicher, ob ich dich mag, aber ich fürchtete dich. Jetzt, da die Tage meiner Wahlkämpfe vorbei sind, fürchte ich dich eigentlich nicht mehr, aber ich mag dich."

Auf diesen Konferenzen lässt Murdoch gerne die Eliten aus Politik und Kapital antanzen und einen "Erfahrungsaustausch" durchführen. Die hochrangige Gästeliste des Events im Jahr 2006 umfasste so einflussreiche Politiker wie Bill Clinton, John McCain, Al Gore, Arnold Schwarzenegger oder Shimon Peres, die dort in einen Austausch mit den Spitzenmanagern der News Corp. und anderen Größen des Medienbusiness traten. Die Lobhudelei Blairs gegenüber Murdoch ist nur aus Augenzeugenberichten überliefert, da während der gesamten Konferenz dieses Meinungsmachers der unabhängigen Presse der Zutritt verwehrt wird und die dort gehaltenen Gespräche zwischen Kapital und Politik nicht aufgezeichnet werden dürfen.

Dabei gaben auch die häufigen privaten Besuche Murdochs in der Downing Street Nr 10, in der Residenz des Ministerpräsidenten Blair, Auskunft über die innige Freundschaft zwischen Medienmogul und Regierungschef. Murdochs Massenmedien wirkten sei 1980 als wichtige Unterstützer der Konservativen unter der "eisernen Lady" Margaret Thatcher, die den neoliberalen Umbau der britischen Gesellschaft mit aller Gewalt durchsetzte. Es gilt unter Beobachtern beispielsweise als gesichert, dass es die wütenden Attacken der Murdoch-Presse waren, die 1992 den unterwarteten Sieg der Konservativen unter dem Thatcher-Nachfolger John Mayor gegen Labour unter Neil Kinnock ermöglichten. Murdochs Revolverblatt "The Sun" titelte etwa am Wahltag: "Wenn Kinnock heute gewinnt, soll die letzte Person, die Großbritannien verlässt, bitte das Licht ausmachen." Erst diese Niederlage der britischen Sozialisten machte den Weg frei für Tony Blair, der Labour ab 1994 einer umfassenden neoliberalen Transformation unterzog - und somit faktisch diese Partei als eine sozialistische oder als eine den Gewerkschaften verbundene Arbeiterpartei abschaffte.

Neokoloniale Welle

Nach einem ersten Treffen zwischen Blair und Murdoch im September 1994, bei dem der neue Labour-Chef dem Medienmogul versicherte, unter seiner Regierung die Mediengesetze nicht zu ändern, fand die entscheidende Zusammenkunft 1995 bei der News Corp-Konferenz statt. Hier habe Blair sich als "radikaler Modernisierer" dargestellt, der das Erbe von Margaret Thatcher antreten werde, schrieb der ehemalige "Sunday Times"-Chefredakteur Andrew Neil in seinen Memoiren. Gegen Ende 1995 hätten "Murdochs Chefredakteure kaum Zweifel gehabt, dass Blair ihr Mann ist", so Neil. Bei den Wahlen 1997 stützen dessen Massenblätter "The Sun" und "News of the World" den Vorsitzenden von "New Labour", der prompt den Urnengang für sich entscheiden konnte.

In den Vereinigten Staaten gehörte Murdoch zu den fanatischsten Anhängern und Unterstützern des neoliberalen Präsidenten Ronald Reagan, um sich später von dessen Nachfolger George H. W. Bush zu distanzieren, der ihm aufgrund einiger Steuererhöhungen suspekt wurde - und der schließlich die Wahlen gegen Bill Clinton verlor. Während der Regierungszeit der Clinton-Administration

unterstützte Murdoch den rechten, zum Extremismus tendierenden Flügel der Republikaner, wie etwa den damaligen Clinton-Gegenspieler und Sprecher des Repräsentantenhauses, Newt Gingrich. Zudem hob die News Corp. 1995 die neokonservative Zeitschrift "Weekly Standard" aus der Taufe, die zu dem publizistischen Sprachrohr der Neocons avancierte, die während der Regentschaft des republikanischen Präsidenten George W. Bushs (des Sohns von George H. W. Bush) zu der einflussreichsten politischen Kraft in Washington aufstiegen und maßgeblich den Angriffskrieg der USA gegen den Irak forcierten.

Spezialgebiet Krieg

Neben der brutalen Zerschlagung von Gewerkschaften, der Schleifung des Sozialstaates, totaler Deregulierung insbesondere des Medienmarktes und immer neuen Steuersenkungen für ihn und seinesgleichen sind Rupert Murdoch vor allem imperialistische Angriffskriege und hemmungslose Kriegshetze immer ein Herzensanliegen gewesen. Ohne Untertreibung kann konstatiert werden, dass die News Corp. einen wichtigen - wenn nicht gar ausschlaggebenden - Faktor bei der Entscheidung der USA und Großbritanniens zur Invasion im Irak spielte. Vor Kriegsbeginn wurden alle Zeitungen und Fernsehsender der News Corp. auf eine strikte, den Krieg befürwortende Linie gebracht. Murdoch brachte mit persönlichen Interventionen den zögerlichen Tony Blair dazu, sich diesem imperialistischen Abenteuer anzuschließen. Berüchtigt ist inzwischen eine Bemerkung Murdochs im Vorfeld des Angriffs auf den Irak, mit der er das kommende Gemetzel zu rechtfertigen versuchte: "Die wunderbarste Sache, die für die Weltwirtschaft daraus erwachsen wird, ... ist ein Ölpreis von 20 US-Dollar pro Barrel. Das wird von größerer Bedeutung sein als jegliche Steuersenkungen in allen Ländern."

Es ist bezeichnend für den maroden Zustand der westlichen "Mediendemokratie", dass Murdoch nicht über die hemmungslose Kriegstreiberei und Beeinflussung von gewählten Regierungschefs stolperte, sondern über eine Abhöraffäre bei seinem britischen Revolverblatt "News of the World", das Prominente und Politiker abhören und bespitzeln ließ, um seine Klatschspalten zu füllen. Während die Anzettelung eines mörderischen imperialistischen Abenteuers durch Murdoch bei

den diesbezüglichen Ermittlungen in diesem Jahr kaum thematisiert wurde, ging den britischen Funktionseliten die übereifrige Spitzeltätigkeit der News Corp. dann doch zu weit. Bisher hat Murdoch aber nur marginale Konsequenzen aus dem Skandal ziehen müssen: Das Skandalblatt "News of the World" wurde dicht gemacht. Die vor kurzem angekündigte Ausgliederung der Printsparte, die ebenfalls als Reaktion auf den Skandal gewertet wird, entpuppt sich hingegen als Mogelpackung. Sowohl in dem Zeitungskonzern als auch bei der in der News Corp. verbleibenden Film- und Fernsehsparte wird es weiterhin nur einen einzigen Chef geben: Rupert Murdoch.

Indessen stellt Murdoch mit seiner ostentativen Machtgeilheit und Bösartigkeit kein Einzelbeispiel in der Branche dar. Silvio Berlusconi, der Eigentümer des genannten italienischen Medienimperiums unter dem Dach der Holding Fininvest, entschloss sich ja bekanntlich, sich den Umweg über die Bestechung und Beeinflussung von Regierungsoberhäuptern zu sparen und selbst an die Schalthebel der Macht zu gelangen. Dank der Unterstützung durch seine Massenmedien schaffte es der Medienmogul und Chef der Rechtspartei Forza Italia, die längste Regierungszeit aller Nachkriegspremiers Italiens zu absolvieren. Berlusconi vermischte dabei munter Politik und persönliche Wirtschaftsinteressen, indem er eigens auf seine Unternehmensgruppen und Person abgestimmte Gesetze durchs Parlament peitschen ließ, die ihm etwa weitgehende Straffreiheit verschafften.

Dennoch sind Figuren wie Berlusconi, Murdoch - oder der verstorbene deutsche Pressezar Axel Springer - bereits anachronistisch, da inzwischen die Beeinflussung der Politik durch die Medien-Titanen viel geräuschloser und somit effizienter von statten geht. Die weitgehende Gleichschaltung der kapitalistischen Presse wird heutzutage deswegen immer erst bei gesellschaftlichen Konflikten oder Krisen voll sichtbar - oder bei Kriegen. So überzogen beispielsweise alle relevanten Medienkonzerne 2004 die Bundesrepublik mit einer bösartigen Hetzte gegen "faule Arbeitslose" und "Leistungsverweigerer", als es galt, die Hart-IV-Arbeitsgesetze gegen den Unwillen und Widerstand in breiten Bevölkerungskreisen durchzusetzen. Mittels des durch die Massenmedien geschürten Hasses auf "Sozialschmarotzer" wurden die Lohnabhängigen Deutschlands dazu gebracht, in

klassischer Weise entgegen ihren eigenen Interessen diese Arbeitsgesetze hinzunehmen - die seither maßgeblich zum Kahlschlag bei den Arbeitseinkommen und zur Prekarisierung der Arbeit in Deutschland beigetragen haben.

Geradezu geschlossen beteiligte sich die deutsche Journaille auch 1999 als Propagandakompanie bei dem völkerrechtswidrigen Angriffskrieg auf die Bundesrepublik Jugoslawien. Die wenigsten Medienschaffenden - als eine der wenigen Ausnahmen sei hier das ARD-Magazin "Monitor" genannt - wagten es, sich der hysterischen und hetzerischen antiserbischen Gräuelpropaganda entgegenzustellen, mit der Deutschlands erster Angriffskrieg nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges legitimiert werden sollte. Im Nachhinein stellte sich dann heraus, dass sich zentrale Elemente dieser Kriegspropaganda - wie der "Hufeisenplan" oder das "Massaker von Razak" - bösartige Fiktion waren. Doch das war zu diesem Zeitpunkt gleichgültig, schließlich hatte sich die Funktion der Lügen erfüllt.

Diese Art Propaganda kehrt im direkten Vorfeld des Krieges regelmäßig wieder. 1990 war es das Mädchen Nayirah, die in allen westlichen TV-Kanälen der Welt tränenüberströmt und stockend berichtete, wie irakische Soldaten in kuweitische Krankenhäuser eingefallen waren und dort Frühgeborene aus den Brutkästen gerissen hätten. Kurz darauf konnten die US-Bomber aufsteigen. Später stellte sich heraus, dass Nayirah die Tochter des kuweitischen Botschafters in Washington war, die kuweitischen Boden lang nicht betreten hatte, und dass die Story schlicht erfunden worden war. 2002/2003 gab es dann Dutzende Berichte über Massenvernichtungswaffen Saddam Husseins. Trotz angeblich exakter Fotos konnte von all dem nach dem neuerlichen Irak-Krieg nichts gefunden werden.

Neues Schlachtfeld: Internet

Auch im Internet, einstmals als anarchistischer Nicht-Ort der Freiheit bejubelt, sind längst die Claims abgesteckt worden. Google, Apple, Facebook und Amazon vereinen circa 80 Prozent des grenzüberschreitenden Datenverkehrs auf sich. Inzwischen verbringen die Internetnutzer im Schnitt rund 40 Prozent ihrer Online-Zeit auf den Websites dieser großen Vier des World Wide Web. Bei dem sozialen

Netzwerk Facebook tummeln sich zehnmal mehr User als Deutschland Einwohner hat. Die Suchmaschine Google, die allein in Deutschland einen Marktanteil von mehr als 90 Prozent hält, bearbeitet mittlerweile global eine Milliarde Suchanfragen - pro Tag. Die Berichte über Manipulationen des Informationsflusses, Bespitzelung von Usern und Akte von Zensur häufen sich dabei in letzter Zeit vor allem bei Apple und Facebook. Apple ließ schon des Öfteren moralisch oder politisch unliebsame Programme aus seinem App-Store entfernen, während Facebooks Sammelwut inzwischen so weit geht, die Chats seiner User zu überwachen.

Doch das größte Manipulationspotenzial besteht in der intransparenten Art und Weise, wie diese Internet-Giganten das World Wide Web filtern. Google hütet seinen Such-Algorithmus wie ein Staatsgeheimnis, was angesichts der marktbeherrschenden Stellung dieses Unternehmens zwangsläufig die Frage nach den Kriterien aufkommen lässt, nach denen die Relevanz der angezeigten Seiten bestimmt wird. Derjenige, dessen Internetpräsenz nicht durch Google "gefunden" wird, existiert im heutigen Internet praktisch nicht mehr. In etlichen Fällen ließ Google bereits Index-Verweise oder Videomaterial löschen, nachdem staatliche Stellen - etwa in Indien, der Türkei oder Deutschland - entsprechende Gerichtsurteile erwirkten.

Ein erstes Experiment mit webbasierender Kriegspropaganda wurde im Rahmen der Medienkampagne Kony 2012 durchgeführt, bei der die Gruppe Invisible Children Stimmung für eine US-Intervention in Uganda machte, um den berüchtigten Warlord Joseph Kony (Chef der Lord's Resistance Army - LRA) festzunehmen. Das wichtigste Mobilisierungsmittel dieser geschickt in den sozialen Netzwerken losgetretenen Kampagne, bei der das Internet auf die Jagd nach dem berüchtigten Rebellenführer gehen sollte, bestand aus einem professionell hergestellten Dokumentarfilm, den mehr als 80 Millionen Menschen gesehen haben. Das rund halbstündige Video thematisiert in aufwühlenden, stark emotionalisierenden Bildern die Schrecken des ugandischen Bürgerkrieges und die Schicksale der Opfer der LRA. Dabei wurde Joseph Kony als der alleinige Verantwortliche für das massenhafte Abschlachten in diesem Bürgerkrieg dargestellt.

Millionen von Internet-Usern haben die entsprechenden "Like-Buttons" gedrückt, um sich als Teil einer großen, für das Gute kämpfenden Gemeinschaft fühlen zu können. Und die Teilnehmer der Kony-2012-Kampagne befanden sich tatsächlich in einer wahrhaft illustren Gesellschaft: Da fanden sich Größen der Kulturindustrie wie Angelina Jolie, Lady Gaga und Justin Bieber, Milliardäre wie Mark Zuckerberg, Warren Buffet sowie Bill Gates und auch mehr oder weniger honorige Politiker vom Schlage eines Bill Clinton, Mitt Romney und (kein Witz) George W. Bush. Auch deutschsprachige Newssites wie Spiegel-Online hielten ihre Leser eine Zeit lang auf dem Laufenden über die "Jagd" nach Joseph Kony.

Dennoch erwies sich die Kampagne als ein Fehlschlag, da binnen kürzester Zeit eine Gegenwelle durchs Netz schwappte, die das rechtsklerikale Milieu von Invisible Children, die machtpolitischen Motive einer etwaigen Intervention in Uganda und die dubiosen Mittel der Kampagnenmacher bloßstellte.

Der freie und schnelle Fluss der Informationen innerhalb der globalen Internetgemeinde scheint somit das beste Gegengift zu solchen Manipulationskampagnen zu sein - solange er noch nicht durch die neuen Giganten des Internets abgewürgt werden kann.

Textnachweis

Nachweis für Kapitel, die bereits anderweitig veröffentlicht wurden. Für das eBook wurden die Texte teils überarbeitet und ergänzt.

2.04 In der Krise wächst der Hass, *Neues Deutschland*, 03.12.2011

2.06 All you can eat, *Konkret* 3/2013

2.08 Bloch vs. Dschungelcamp, *Telepolis*, 24.01.2013

2.09 Projektionsfläche Amerika, *Telepolis*, 21.08.2013

2.10 "Unsere große Stärke liegt in unserer Machtlosigkeit", *Telepolis*, 10.06.2012

2.11 Wir müssen draußen bleiben, *Telepolis*, 28.03.2012

2.12 Von Judenzählern, Horthy-Verehrern und völkischen Ornithologen, *Telepolis*, 08.12.2012

2.13 Ungarn: "Kultur des Faschismus", *Telepolis*, 03.05.2011

2.14 Weniger Demokratie wagen, *Telepolis*, 05.12.2011

2.15 Separatismus und Krise, *Fabrikzeitung Nr. 293*, 01.07.2013

2.16 Die Antiquiertheit der Demokratie, *Telepolis*, 28.04.2013

2.17 Roma zwischen Segregation, Pogrom und Vertreibung, *Telepolis,* 22.07.2013

3.1 Die Krise kurz erklärt, *Telepolis,* 23.12.2011

3.2 Kurze Geschichte der Weltwirtschaftskrise, *Telepolis,* 24.11.2008

3.3 Happy Birthday, Schweinesystem!, *Telepolis,* 15.03.2013

3.4 Die erste Macht im Staate, *Lunapark 21, Nr. 19,* Herbst 2012

Impressum

Tomasz Konicz
Krisenideologie
Wahn und Wirklichkeit spätkapitalistischer Krisenverarbeitung

Redaktion: Florian Rötzer

Umschlaggestaltung, Titelfoto & Herstellung: Michael Schuberthan

ISBN 978-3-944099-15-6 (V1)

Copyright © 2013 Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG, Hannover

Die vorliegende Publikation ist urheberrechtlich geschützt. Alle Rechte vorbehalten.
Die Verwendung der Texte und Abbildungen, auch auszugsweise, ist ohne die schriftliche Zustimmung des Verlags urheberrechtswidrig und daher strafbar. Dies gilt insbesondere für die Vervielfältigung, Übersetzung oder die Verwendung in elektronischen Systemen.
Alle Informationen in diesem Buch wurden mit größter Sorgfalt kontrolliert. Weder Herausgeber, Autor noch Verlag können jedoch für Schäden haftbar gemacht werden, die in Zusammenhang mit der Verwendung dieses Buches stehen.

Heise Zeitschriften Verlag GmbH & Co KG
Karl-Wiechert-Allee 10
30625 Hannover

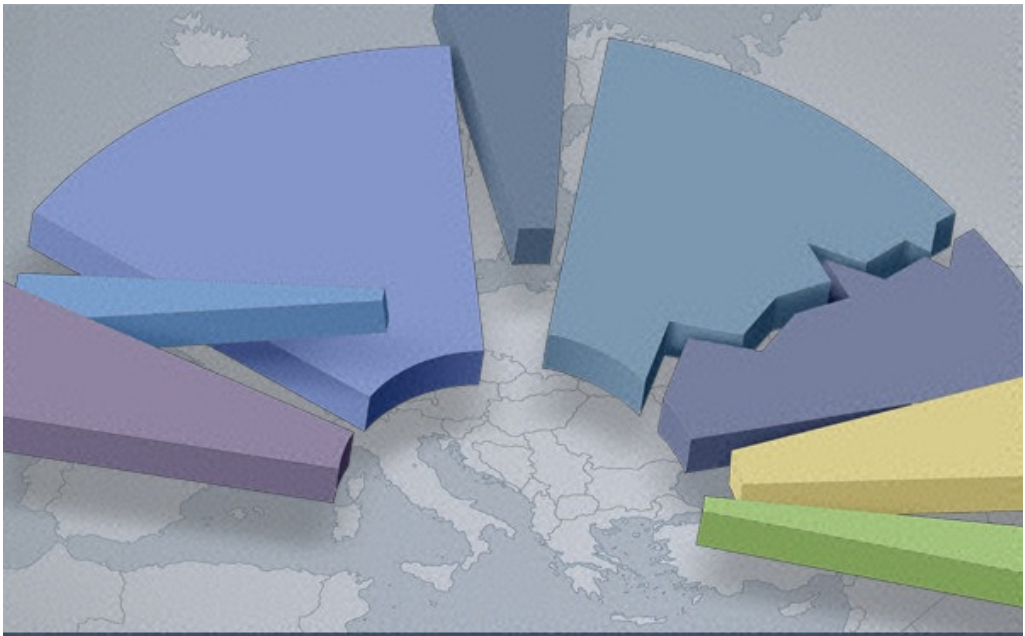
Weitere Telepolis-eBooks

Hg.: Florian Rötzer

Parteien im Umbruch

Neue politische Gruppierungen und Bewegungen in Europa

mehr ►

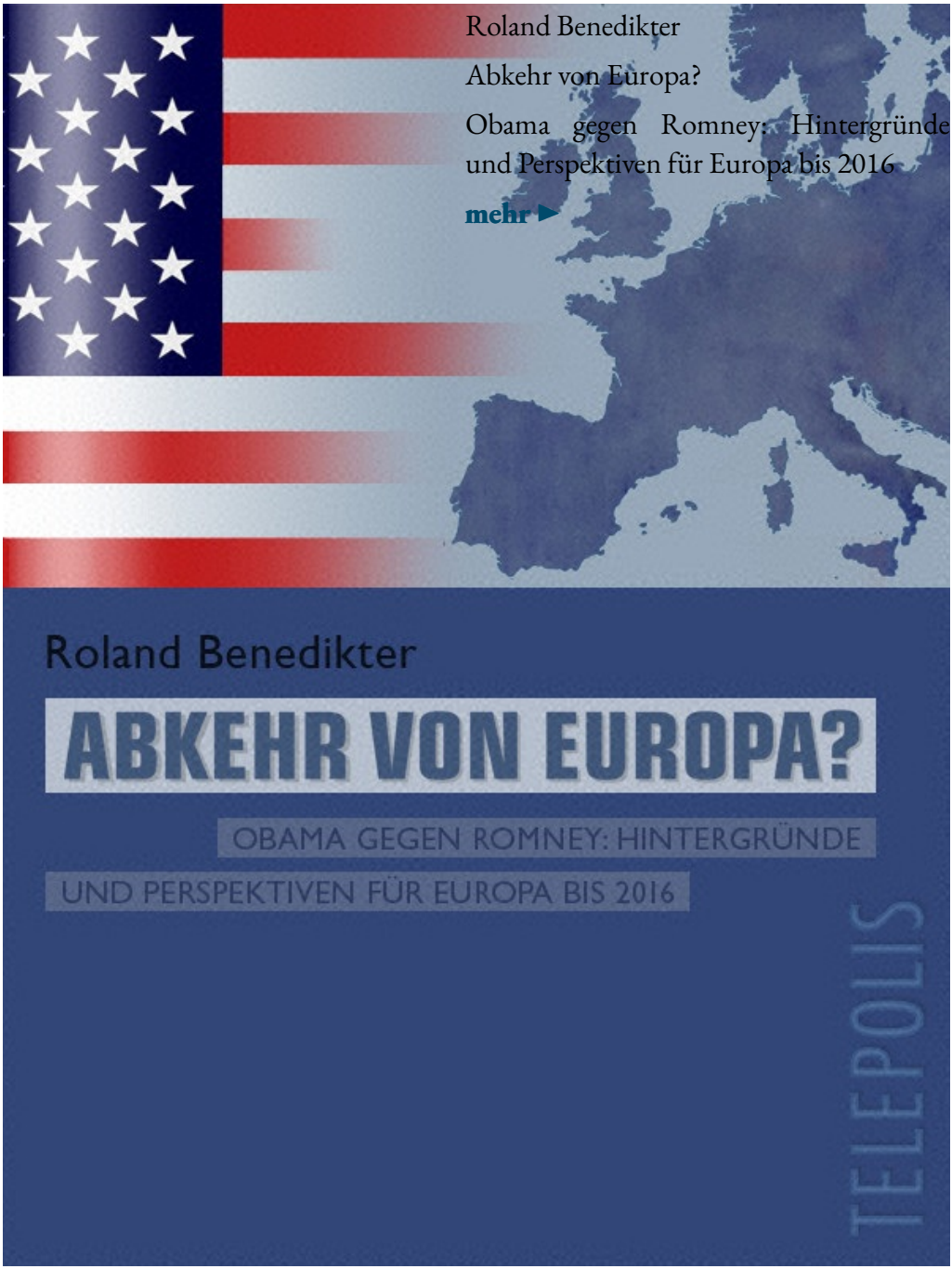


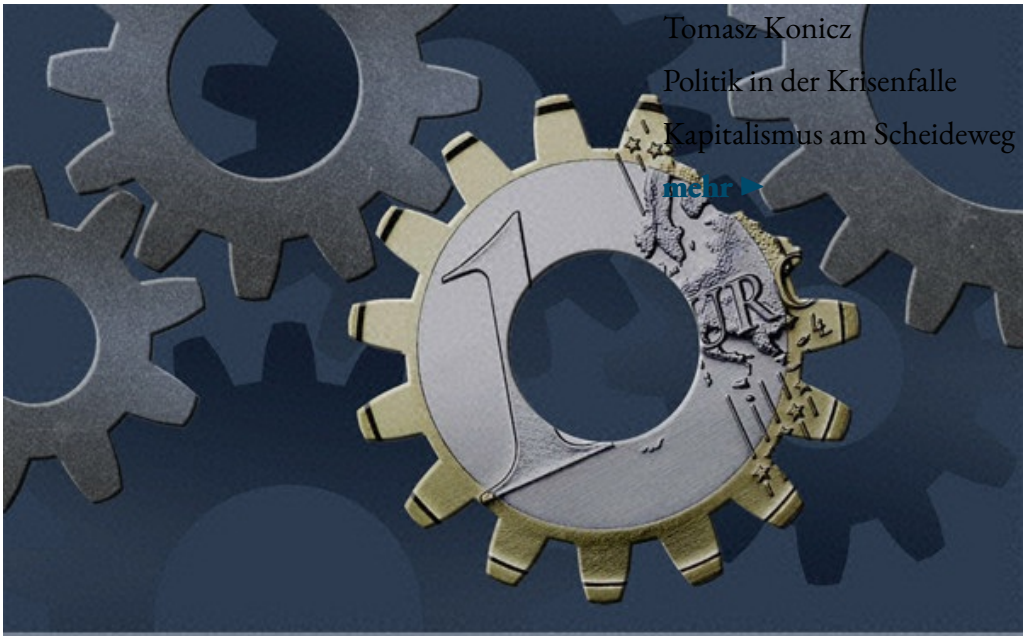
Hg.: Florian Rötzer

PARTEIENSYSTEM IM UMBRUCH

NEUE POLITISCHE GRUPPIERUNGEN UND BEWEGUNGEN IN EUROPA

TELEPOLIS


Roland Benedikter
Abkehr von Europa?
Obama gegen Romney: Hintergründe und Perspektiven für Europa bis 2016
mehr ►
Roland Benedikter
ABKEHR VON EUROPA?
OBAMA GEGEN ROMNEY: HINTERGRÜNDE
UND PERSPEKTIVEN FÜR EUROPA BIS 2016
TELEPOLIS



Tomasz Konicz

Politik in der Krisenfalle

Kapitalismus am Scheideweg

mehr ▶

Thomasz Konicz

POLITIK IN DER KRISENFALLE

KAPITALISMUS AM SCHEIDEWEG

TELEPOLIS



Reinhard Jellen

Enthemmte Wirtschaft

Krisen, Politik und Grenzen der Demokratie

mehr ►

Reinhard Jellen

ENTHEMMTE WIRTSCHAFT

KRISEN, POLITIK UND GRENZEN DER DEMOKRATIE

TELEPOLIS